Donnerstag, 20. Oktober 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 245 - 42. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Lebensarbeitszeit: Die zuständigen Bonner Minister haben gestern abend zusammen mit Bundeskanzler Kohl ihre Beratungen über die flexiblere Gestaltung der Lebensarbeitszeit fortgesetzt. Umstritten bleibt die Finanzierungsform. Arbeitsminister Blüm will bereits in den nächsten Wochen einen Gesetzentwurf vorlegen.

Kritik der „DDR": Als Unverschämtheit hat das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" die Glückwünsche von Bundeskanzler Kohl an den polnischen Arbeiterführer Walesa für den Friedensnobelpreis „im Namen aller Deutschen" bezeichnet. Für die Bürger der „DDR" zu sprechen fehle Bonn jegliche Kompetenz.

Chirac: Engere Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn in der Sicherheitspolitik fordert Gaullistenführer Chirac. Europa müsse sein eigenes militärisches Potential mit dem Ziel verstärken, die gegenwärtigen Grenzen zu sichern. (S. 12)

Klarstellung: Die Bundesregierung lehnt alternative Verteidigungskonzepte ab, die nach Änderung der gültigen Strategie der NATO und Ablösung atomarer durch konventionelle Waffen streben. (S. 6)

Mahnung Tichonows: Moskau erwartet von den Handelspartnern im RGW dringend Maßnahmen zur Verbesserung der Waren-Qualität. Mit der Lieferung veralteter Erzeugnisse müsse Schluß gemacht werden, sagt Ministerpräsident Tichonow in Ost-Berlin. Für die Lieferung von Öl und Rohstoffen verlange man entsprechende Gegenleistungen. (S. 1)

Antrag gescheitert: Ein Mißtrauensantrag der israelischen Opposition gegen die neue Regierung von Yitzhak Shamir ist von der Knesset mit 61 gegen 54 Stimmen abgelehnt worden.

Rüstungsgespräche: Eine unbegrenzte Fortsetzung der Genfer INF-Verhandlungen und die Reduzierung sowjetischer Mittelstreckenwaffen befürwortet Rumäniens Staats- und Parteichef Ceausescu. – Moskau erwägt, im Falle einer westlichen Nachrüstung die Zahl seiner Atom-U-Boote vor Amerikas Küsten zu erhöhen.

Heute: Minister Wörner stellt Verteidigungs-Weißbuch vor. – Bundestagspräsident Barzel in Brüssel. – Wirtschaftsminister Lambsdorff nimmt Gespräche in Sofia auf. – Eröffnung des 3. Deutschen Unternehmertags in Berlin.

ZITAT DES TAGES



» Es ist ein schlimmer und gefährlicher Mißbrauch des Wortes Widerstand, wenn es im Zusammenhang mit kirchlichen und christlichen Aktionen gebraucht wird. «

Der evangelische Militär-Generaldekan Reinhard Gramm in einer Kritik am „Widerstandstag der Christen" gegen die Nachrüstung.

FOTO: DIE WELT

WIRTSCHAFT

„Kurs halten": Vor einer Lockerung der Sparpolitik des Bundes warnt DIHT-Präsident Otto Wolff von Amerongen. Bei höheren Bundesbankgewinnen oder Steuereinnahmen dürfe die Regierung „keine weichen Knie bekommen". Von Bonn fordert der DIHT umfassende Steuersenkungen, die mit Kürzungen im Sozialbereich finanziert werden sollten. (S. 13)

Commerzbank optimistisch: Ein „silbergerändertes Wertpapierjahr" erwartet die Commerzbank für 1984.

Ferlemann im Amt: Die Frage der 35-Stunden-Woche ist nach Auffassung des neuen IG-Druck-Vorsitzenden Erwin Ferlemann (53) „nicht ohne einen Arbeitskampf zu klären".

Kuba kauft Zucker: Um Lieferverpflichtungen gegenüber Moskau einzuhalten, muß Kuba, einer der größten Zuckerproduzenten, bis zu 150 000 Tonnen in Brasilien einkaufen.

Angebot von Allianz: Ein öffentliches Aktienkaufangebot für Eagle Star, einen der größten britischen Versicherer (Börsenwert rund 692 Millionen Pfund), hat die deutsche Allianz gemacht.

Börse: Massive Kaufaufträge aus dem Ausland sorgten für Auftrieb an den deutschen Aktienbörsen. Auch der Rentenmarkt lag bei ruhigem Geschäft gut behauptet. WELT-Aktienindex 146,5 (145,9). Dollarmittelkurs 2,5899 (2,5847) Mark. Goldpreis pro Feinunze 394,00 (397,25) Dollar.

KULTUR

Nobelpreise: Der Nobelpreis für Physik wurde an die US-Astrophysiker Subrahmanyan Chandrasekhar und William Fowler vergeben. Chandrasekhar arbeitete über Stabilitätsprobleme in den Entwicklungsphasen der Sterne, Fowler erforschte Kernreaktionen während der Entwicklung der Sterne. Den Nobelpreis für Chemie erhielt der Kanadier Henry Taube für Arbeiten über die Reaktionsmechanismen der Elektronenübertragung.

SPORT

Olympia: Das Präsidium des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland empfiehlt seiner Mitgliederversammlung, Berchtesgaden als Bewerber für die Winterspiele 1992 zu wählen. Damit hat der zweite deutsche Kandidat, Garmisch-Partenkirchen, kaum noch Chancen.

Fußball: Werder Bremen unterlag im Hinspiel der zweiten Runde des UEFA-Pokals 0:1 beim „DDR"-Vertreter Lokomotive Leipzig. Das Tor fiel in der 35. Minute. Die Bremer brauchen nun im Rückspiel (2. November) einen Sieg mit zwei Toren Vorsprung. (S. 11)

AUS ALLER WELT

„Treibhaus Erde": Schon in den 90er Jahren wird eine möglicherweise katastrophale Erwärmung der Erde einsetzen, die das Polareis zum Schmelzen bringen könnte. (S. 20)

Buße für Diskriminierung: Der US-Autokonzern General Motors ist zur Zahlung von 42,5 Millionen Dollar bereit, um weibliche und farbige Mitarbeiter zu fördern. GM hofft, so einen Prozeß wegen Diskriminierung zu verhindern.

Wetter: Wechselnde Bewölkung, gelegentlich Schauer. Um 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Lebensarbeitszeit: Blüm ringt um eine „flexible Regelung"

Gestern weiteres Gespräch mit Stoltenberg, Lambsdorff / Streit um Kosten

G. BADING / H. HECK, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) will schon in den kommenden Wochen einen Gesetzentwurf über die flexiblere Gestaltung der Lebensarbeitszeit vorlegen. Allerdings hat er bei dem etwa dreistündigen Gespräch mit Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) und Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) am Dienstag abend noch keine Einigung über die von ihm geplante Vorruhestandsregelung erzielen können.

Das Thema hat daher auch die Kanzlerrunde gestern abend beschäftigt, an der neben den drei Ministern auch der FDP-Vorsitzende, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, teilnahm und die zur Erörterung der Stahlkrise anberaumt worden war.

Lambsdorff und Stoltenberg lehnen finanzielle Mehrbelastungen der Unternehmen wie des Staatshaushalts als Folge eines auf 58 Jahre vorgezogenen Ruhestandsalters weitgehend ab. Damit sind die Gestaltungsmöglichkeiten für Blüm eng gezogen. Aber nicht einmal über das Ausmaß möglicher Mehrbelastungen bestand in der Dreierrunde am Dienstag abend Einigkeit, so daß zunächst einmal neue Rechenaufträge vergeben wurden. Die Gespräche sollen „bald" fortgesetzt werden, ohne daß es hierfür bisher einen Zeitpunkt gibt. Blüm geht es darum, das Gesetz über die Vorruhestandsregelung so rechtzeitig über die parlamentarischen Hürden zu bringen, daß es schon in der Tarifrunde im nächsten Frühjahr, in der einige große Gewerkschaften den Einstieg in die 35-Stunden-Woche planen, angewandt werden kann.

Die Meinungsunterschiede zwischen den Ministern haben eine wesentliche Ursache in den unterschiedlichen Erwartungen über die Neubesetzung freiwerdender Stellen. Blüm ist ähnlich optimistisch wie die Gewerkschaften und erwartet, daß rund 70 Prozent der durch die Regelung vorzeitig „geräumten" Stellen neu besetzt werden. Lambsdorff und Stoltenberg erwarten allenfalls 30 Prozent. Entsprechen geringer fallen die Einsparungen beim Arbeitslosengeld aus.

Das von Blüm favorisierte Modell basiert im wesentlichen auf den Vorschlägen, die Günter Döding, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG), bereits in der Regierungszeit der SPD/FDP-Koalition vorgelegt hatte. Allerdings hat Blüm den Finanzierungsplan ändern lassen. Er plädiert jetzt für ein Modell, das Arbeitnehmern gestattet, freiwillig mit 58 Jahren in Rente zu gehen. Ihnen soll eine Tarifrente etwa in Höhe des Arbeitslosengeldes oder knapp darüber (ungefähr 68 Prozent der früheren Nettobezüge) gezahlt werden. Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge soll der Arbeitgeber entsprechend dem früheren Gehalt weiterzahlen. Mit 63 Jahren soll dann die „normale" Rente beginnen.

Die Bundesanstalt für Arbeit und die Tarifparteien sollen sich die Kosten der Frührente teilen. Hatte Döding seinem Modell noch ein Verhältnis von 75 zu 25 Prozent zugrundegelegt, so denkt Blüm offenbar eher an 50 zu 50. Die Bundesanstalt in Nürnberg soll die Ersparnisse, die sie beim Arbeitslosengeld erzielt (da nach dem Modell die freiwerdenden Plätze mit Arbeitslosen besetzt werden sollen), für die Frührente verwenden.

Insofern ist auch die angenommene Wiederbesetzungsquote von entscheidender Bedeutung für das Ausmaß der mutmaßlichen Kosten der Vorruhestandsregelung. Nach Modellrechnungen kosten 100 000 vorzeitig ausscheidende Arbeitnehmer

● Fortsetzung Seite 12

Industrie fordert von Bonn Klarheit

Enttäuschung über Ausbleiben deutlicher wirtschaftspolitischer Signale / Pöhl mahnt

INGE ADHAM, Frankfurt

„Keinen wirtschaftspolitischen Fleckerlteppich", sondern eine „Wirtschaftspolitik aus einem Guß" wünscht sich Otto Wolff von Amerongen von der Bundesregierung. Hinter der Forderung an Bonn, sich nicht an noch so akuten Einzelfällen zu verbrauchen, sondern endlich wirtschaftspolitische Perspektiven zu formulieren und diese durchzusetzen, in der Rede des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages zum Abschluß eines zweitägigen Kongresses in Frankfurt stand unüberhörbar die Enttäuschung über das Ausbleiben deutlicher wirtschaftspolitischer Signale aus Bonn.

„Eine Wirtschaftspolitik von Problem zu Problem, von Fall zu Fall, verliert sehr schnell ihren Kontakt nach außen. Internationaler Wettbewerb erstreckt sich nicht nur auf Produkte und Preise. Letztlich stehen die einzelnen Länder mit ihrer Wirtschaftspolitik insgesamt miteinander im Wettbwerb", sagte Wolff. Er erinnerte daran, daß die derzeitigen Auftriebstendenzen in der deutschen Wirtschaft ausschließlich vom Binnenmarkt getragen werden.

Zwar bescheinigte Wolff der Bundesregierung, mit ihrer Finanzpolitik auf dem richtigen Weg zu sein. Aber er appellierte dringend an Bonn, endlich eine klare Aussage zur mittel- und langfristigen Steuerpolitik zu machen. Wolff forderte vor allem ein Datum für eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer. Diese Reform müsse bewirken, daß dem Steuerpflichtigen von seinem Einkommen wieder mehr bleibe, als er an den Staat abgeben müsse.

Zum Abschluß seines Kongresses brachte der DIHT einen umfangreichen Thesenkatalog in die wirtschaftspolitische Diskussion ein, der auch eine klare Absage an eine „pauschale" 35-Stunden-Woche enthält.

Auch Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl warnte vor der „wirklichkeitsfremden Vorstellung", es gäbe eine Gesamtmasse an zu leistenden Arbeitsstunden, die sich auf mehr Personen umverteilen ließen. Er erinnerte eindringlich daran, daß das Arbeitsplätzeangebot nicht eine feste technische Größe sei, sondern maßgeblich von Kosten und Preisen mitbestimmt wird. „Arbeitszeitverkürzungen, die zu einer Beeinträchtigung der Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft führen, haben letzten Endes keine Verringerung, sondern im schlimmsten Fall sogar eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit zur Folge", mahnte der Bundesbankpräsident.

Als besten Beitrag der Geldpolitik für eine dauerhafte Aufwärtsentwicklung (und damit auch Abbau der Arbeitslosigkeit) nannte Pöhl „die Erhaltung der Stabilität unserer Währung". Eine klare Absage erteilte Pöhl Forderungen nach einer Rückkehr zu festen Wechselkursen gegenüber dem Dollar, die die Bundesrepublik Deutschland in eine noch größere Abhängigkeit von der amerikanischen Geldpolitik bringen würde.

Konsequenzen, die sich aus der Einbindung in die Weltwirtschaft ergäben, werde sich die Bundesrepublik nicht entziehen können, betonte Pöhl, der dirigistischen Lösungen eine grundsätzliche Absage erteilte. Ausdrücklich lobte er Geschäftsbanken und internationale Institutionen hinsichtlich ihrer Fähigkeit zum „Krisenmanagement" in der internationalen Verschuldenskrise. Eine „Sozialisierung der Verluste", das heißt mehr öffentliche Gelder für die betreffenden Länder, lehnte er ab. Mit Seitenblick auf die Diskussion in den USA machte der Bundesbankpräsident unzweifelhaft klar, daß die Fähigkeit und Bereitschaft der Bundesrepublik – einer der wichtigsten Geldgeber des internationalen Währungsfonds – zur Kreditgewährung an gewisse Grenzen stößt. „Unsere Bereitschaft ist auch davon abhängig, was andere Länder bereit sind, beizutragen."

RGW-Staaten weisen auf Mängel hin

Ungarn fordert kritische Analyse der Wirtschaftsprobleme des Ostblocks

PETER WEERTZ, Berlin

Auf der Jahrestagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Ost-Berlin haben die Repräsentanten mehrerer Mitgliedsländer (Ungarn, Bulgarien und Polen) auf „Schwachstellen" der Zusammenarbeit hingewiesen.

Der ungarische Ministerpräsident György Lazar stimmte zwar dem Bericht des RGW-Exekutivkomitees zu, der für 1982 über eine Zunahme des Nationalprodukts der RGW-Länder um 2,6 Prozent, der Industrieproduktion um 2,3 Prozent und des gegenseitigen Warenverkehrs um 11,5 Prozent berichtet. Lazar forderte aber, „größeres Augenmerk" sollte „der kritischen Analyse der Probleme" geschenkt werden, „die unsere Vorwärtsbewegung" hemmten. Der ungarische Regierungschef sprach sich – im Gegensatz zu General Jaruzelski aus Warschau – eindeutig für einen Ausbau der Handelsbeziehungen zum Westen aus.

Jaruzelski bezeichnete die Situation der Wirtschaft in Polen als „weiterhin kompliziert". Auf die Hilfe aus dem Westen ging er nicht ein, er warf vielmehr den USA vor, sie wollten Polen aus dem sozialistischen Bündnis drängen. Der General reiste gestern vormittag nach Warschau zurück. Eine Begründung, warum er nicht das Konferenzende am Donnerstag abwartete, wurde nicht gegeben.

Für ein langfristiges Programm der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bis zum Jahr 2000 plädierte der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Tichonow. Offen erklärte Tichonow den Delegierten freilich, daß die Sowjetunion für ihre Erdöl- und Rohstofflieferungen eine Gegenleistung ihrer östlichen Handelspartner durch die Lieferungen von Maschinen, Technologie und Konsumgüter erwarte. Dabei erwähnte er allerdings nicht, wie hoch die östlichen Partner durch die hohen sowjetischen Öl- und Rohstoffpreise verschuldet sind.

Seit Jahren ist die Handelsbilanz der meisten RGW-Staaten mit der UdSSR negativ. Systembedingt müssen diese Schulden durch zusätzliche Warenlieferungen an die Sowjetunion beglichen werden. 1982 stiegen die sowjetischen Ölpreise um mehr als die Hälfte; in diesem Jahr wird voraussichtlich der Ölpreis der UdSSR mit 32 Dollar je Barrel höher liegen als der Weltmarktpreis, der früher bis zu 40 Prozent teurer war als das Sowjetöl für die RGW-Staaten.

Bonn: Prüfstein Afghanistan

Minister Möllemann spricht von „Methoden der Kolonialzeit" / Bericht über neue Kämpfe

DW. Bonn

Die Bundesregierung in Bonn betrachtet Afghanistan weiterhin als Prüfstein für die Bereitschaft der Sowjetunion, Unabhängigkeit und Selbständigkeit blockfreier Staaten zu achten und eine auf Vertrauen gegründete internationale Politik zu führen. Staatsminister Jürgen Möllemann (FDP) vom Auswärtigen Amt definierte gestern den Bonner Standpunkt: Die starre Haltung Moskaus sei am wenigsten durch die Ereignisse in Afghanistan zu rechtfertigen, wo der Widerstand der Bevölkerung gegen die sowjetische Besatzung ungebrochen sei.

In einer vom Auswärtigen Amt verbreiteten Presseerklärung berichtete Möllemann über der Bundesregierung vorliegende Informationen aus dem besetzten Land. So sei die Hauptstadt Kabul im September weiterhin täglich Schauplatz militärischer Operationen gewesen. In den Provinzen würden die Städte Ghazni, Kandahar und Herat ganz oder teilweise vom afghanischen Widerstand kontrolliert. Kämpfe gebe es auch immer wieder in Mazar-i-Sharif und Kunduz. In Jalalabad würden der Flugplatz und die Lager der sowjetischen Soldaten nachts angegriffen, andere Provinzstädte könnten nur aus der Luft versorgt werden.

Nach den Informationen, deren Quelle von dem Staatsminister nicht genannt wurde, suchen die Vergeltungsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsarmee an Brutalität und Menschenverachtung ihresgleichen. Plünderungen, Vergewaltigungen und willkürliche Erschießungen schienen alltäglich geworden zu sein.

Möllemann vertrat die Auffassung, daß eine Entscheidung in Afghanistan nicht abzusehen sei. Die Sowjetunion, meinte der Bonner Politiker weiter, werde jedoch erkennen müssen, daß Methoden der Kolonialzeit heute nicht mehr zum Ziele führten. Es bleibe nur die Alternative zwischen Völkermord und politischer Lösung.

Anfang der Woche war von einer „Herbstoffensive" der Sowjets in Afghanistan berichtet worden. Ihr Ziel sei, so hieß es in Korrespondentenberichten aus der indischen Hauptstadt Neu-Delhi, noch vor Einbruch des Winters den Widerstand gegen die Besatzer zu schwächen.

Seite 2: Neuer blutiger Herbst

DER KOMMENTAR

Zwickmühle

PETER GILLIES

Die vielen Modelle, nach denen man weniger arbeiten muß, aber den gleichen Wohlstand verbrauchen darf, haben meist ein gemeinsames Merkmal: Sie versuchen, sich den eisernen Gesetzen der Ökonomie schlangengleich zu entziehen. Die Bundesregierung ist mit ihren Überlegungen, eine Frührente mit 58 Jahren zu eröffnen, in einer Zwickmühle.

Einerseits möchte sie den Arbeitsmarkt entlasten, den kompromißbereiten Gewerkschaften ein Angebot unterbreiten und damit die fragwürdige Kampagne zur 35-Stunden-Woche unterlaufen. Andererseits hat sie sich dahingehend festgelegt, daß ein früherer Ruhestand keine zusätzlichen Kosten verursacht.

Beides ist miteinander unvereinbar. Ein kostenneutrales Modell bedeutet: Wer mit 58 Jahren in Rente will, muß einen Rentenabschlag bis zu vierzig Prozent hinnehmen. Alle anderen Modelle, die diese Wirkung verschleiern, belasten – direkt oder auf Umwegen – die Unternehmen, die gebeutelte Staatskasse, letztlich den Arbeitsmarkt.

Vielleicht ist auch nicht hinreichend durchdacht, daß es das Gegenteil von Humanisierung sein mag, wenn ältere und erfahrene Kollegen zu bestimmten Geburtstagen aus dem Betrieb vergrault werden. Und es ist eine realitätsferne Annahme, daß jeder dieser freigeschaufelten Arbeitsplätze prompt und kontrollierbar wieder besetzt werden könne.

Wie bei der Frührente, sei der Bundesregierung auch bei anderen Projekten angeraten, reinen Wein auszuschenken. Es gibt keine Rente, keinen Urlaub und keine bezahlte Freizeit, die kostenlos erhältlich wären. Es gibt auch keine trickreichen Berechnungen oder Umwegfinanzierungen, die diesen Zusammenhang auf Dauer verbergen könnten.

Irgendjemand in dieser Volkswirtschaft muß den Wohlstand verdienen, den ein anderer sich bewilligt. So ist die Zwickmühle, in der sich die Frühverrenter befinden, eine selbstgebastelte.

Ceausescu: Moskau soll Raketen abbauen

DW. New York

Für eine unbegrenzte Fortsetzung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen in Europa hat sich der rumänische Staats- und Parteichef Nikolae Ceaucescu ausgesprochen. Er forderte die Sowjetunion zum Abbau von Raketen auf. In einem Interview mit der ägyptischen Zeitung „Al Achram", das gestern von der rumänischen Nachrichtenagentur Agerpres veröffentlicht wurde, sagte Ceaucescu: „Die Sowjetunion sollte keine neuen Flugkörper stationieren, sondern mit einem partiellen Abbau der bereits aufgestellten beginnen."

Der rumänische Staatschef regte weiter eine Ausweitung der Raketenverhandlungen auf alle Länder der NATO und des Warschauer Pakts an. Dies könne zur Realisierung eines Abkommens zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten beitragen. Ceaucescu war in den vergangenen Monaten mehrfach mit Äußerungen hervorgetreten, die einen mäßigenden Kurs innerhalb des Warschauer Pakts erkennen ließen.

Rumäniens UN-Botschafter Teodor Marinescu hat vor dem Politischen Hauptausschuß der Vereinten Nationen in New York verlangt, die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa um ein Jahr zu verschieben; er appellierte an beide Supermächte, „nichts zu tun, was den Gang der Verhandlungen erschweren würde". Er kündigte eine rumänische Eingabe bei der UN-Vollversammlung an, in der die USA und die UdSSR aufgefordert werden sollen, ihre Verhandlungen bis zu einem Ergebnis fortzusetzen.

Tichonow hält Einigung noch für möglich

AP/dpa, Berlin

Der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Tichonow hält eine Einigung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen noch für möglich. In seiner von der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN verbreiteten Rede auf der 37. Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), erklärte Tichonow, die Stationierung amerikanischer Pershing-Raketen und Cruise Missiles in Europa würde jedoch „eine neue, angespanntere Situation schaffen und uns zwingen, Gegenmaßnahmen zur Wiederherstellung des militärstrategischen Gleichgewichts sowohl im regionalen als auch im globalen Maßstab zu treffen".

Bei einer Stationierung der Mittelstreckenwaffen in Westeuropa würde nach Auffassung Moskaus und Ost-Berlins sowohl den deutsch-deutschen als auch den deutsch-sowjetischen Beziehungen ein „ernster Schaden" zugefügt. In dem in Ost-Berlin veröffentlichten Abschlußkommuniqué zum Besuch des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko in der „DDR" heißt es, die Bundesregierung müsse sich darüber im klaren sein, daß sie „lebenswichtige Interessen" der Bundesrepublik aufs Spiel setze, wenn sie ihre Entscheidung nicht überdenke. Die UdSSR und andere Staaten würden „zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wieder von deutschem Boden aus militärisch bedroht". Solange noch keine Raketen stationiert seien, sei ein Abkommen in Genf allerdings weiterhin möglich, hieß es in dem Kommuniqué.

Belgrad: Angst vor Folgen läßt Kommunisten schweigen

Jugoslawische Medien veröffentlichen Umfrageergebnisse

dpa, Belgrad

In Jugoslawien sind in jüngster Zeit einige wissenschaftliche Studien erschienen, in denen innere Strukturen des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BKJ) an der Elle der theoretischen Ansprüche gemessen werden. Wenig Aufsehen dürfte es in der jugoslawischen Öffentlichkeit erregt haben, daß der Vorsitzende des Parteipräsidiums, Dragoslav Markovic, die Einheit der Bundespartei beschwor, die von den Sonderinteressen der seit langem selbständigen Republikparteien bedroht werde. Daß aber Ergebnisse objektiver Meinungsumfragen veröffentlicht werden, in denen Kommunisten herbe Kritik am Innenleben der Partei äußern, dürfte auch für Jugoslawien nicht alltäglich sein.

Das Belgrader Magazin „NIN" meinte in seinem Bericht über eine Umfrage unter kroatischen Parteivertretern „warum schweigen die Kommunisten?" Danach fanden die Wissenschaftler heraus, daß mehr als die Hälfte der Mitglieder nicht bereit ist, auf Parteiversammlungen offen ihre Meinung zu vertreten. Die Gründe: ungenügende Kenntnis der angesprochenen Probleme und „Angst vor den Folgen" einer offenen Meinungsäußerung.

Vor diesem Hintergrund überrascht nicht, daß Parteigremien offen mangelndes Engagement zahlreicher Kommunisten beklagten. Der Hauptgrund für diese Passivität liege in dem Gefühl der Mitglieder, selbst auf Gemeindeebene ohnehin nichts ausrichten zu können. Daß dennoch junge Menschen den Weg in die Reihen der Partei finden, läßt einen hohen kroatischen Parteifunktionär bereits „Mode, um nicht zu sagen: Kalkulation" vermuten.

Die Belgrader „Politika" überschrieb ihren Beitrag über eine Befragung des Instituts für Gesellschaftswissenschaften unter Kommunisten in der Hauptstadt: „Neue Leute müssen her." Die Interviewten lesen darin ihren leitenden Funktionären in ungewohnter Weise die Leviten. Sie seien nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen, sondern verschanzten sich hinter irgendwelchen Beschlüssen oder hinter der lapidaren Feststellung „wir haben alle Schuld".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sorge um die Deutschen

Von August Graf Kageneck

Für manche deutschen Ohren mag es verblüffend geklungen haben, mit welcher Entschiedenheit sich der Gaullistenchef Jacques Chirac auf deutschem Boden, in Berlin zumal, für die Wiedervereinigung der Deutschen einsetzte. Galt es nicht seit eh und je für ausgemacht, daß kein europäisches Land die deutsche Wiedervereinigung akzeptieren würde, weil ein Gesamtdeutschland den Frieden bedrohen – oder jedenfalls seine Nachbarn politisch und wirtschaftlich erdrücken – würde? Galt nicht gerade Charles de Gaulle, Chiracs großes Vorbild, als der französische Superpatriot, der ein zerschlagenes Deutschland lieber sah als ein ganzes?

Wer diese Märchen erzählte, der kannte entweder de Gaulles Aussagen nicht – oder er verfälschte sie bewußt. Der General hat in der deutschen Frage nie etwas anderes als das „natürliche Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung" vertreten. Und zwar auf eine Wiedervereinigung in Freiheit. De Gaulle war viel zu sehr Realist – und viel zu sehr Patriot –, als daß er jemals geglaubt hätte, eine große Nation werde sich mit ihrer Teilung abfinden.

Und er war viel zu sehr Realist, als daß ihm nicht die Gefahr eines Deutschland vor Augen geschwebt hätte, das nicht in Freiheit seine nationale Selbstbestimmung durchsetzen könnte und deshalb einer Wiedervereinigung unter sowjetischen Auspizien nachliefe – oder ihr zum Opfer fiele. Die Vorstellung von wieder einmal achtzig Millionen Deutschen unter dem Banner einer Welteroberung, diesmal der sowjetischen, war ein Cauchemar für ihn. Die Tatsache, daß auf Deutschlands Straßen wieder marschiert wird, zwar nicht in Stiefeln, sondern in Turnschuhen, dafür aber in einer Richtung, die wieder den Welteroberern Hoffnung macht, hätte ihn entsetzt – und entsetzt viele Franzosen heute.

Wie ernst Chirac die Lage in der Bundesrepublik einschätzt, beweisen seine Äußerungen über eine deutsche Beteiligung an der nuklearen Verteidigung Europas. Er hat sie zwar in dieser Form dementiert, aber was immer er dazu gesagt hat, es war etwas, was noch vor kurzem für alle Franzosen undenkbar war. Die Sorge um eine festere Einbindung der Deutschen in die Sache der Freiheit steht dahinter.

Erpressung, dann Mord

Von Heinz Barth

Vor genau einem Jahr errang der Sozialismus in Spanien seinen größten Wahlsieg seit der Zeit vor dem spanischen Bürgerkrieg. Aber die Hoffnung, sein weitherziges Verständnis für Dezentralisierung und den Ausbau der längst etablierten Autonomie würden zu einer allgemeinen Entspannung des politischen Klimas beitragen, hat sich bisher nicht erfüllt.

Die ETA hat ihr immenses Schuldkonto mit dem brutalen Geiselmord an einem Hauptmann der Sanitätstruppen beladen, den sie vor zwei Wochen in ihre Gewalt gebracht hatte. Mit der Drohung, ihn zu töten, erzwang sie die Veröffentlichung ihrer spanienfeindlichen Kommuniqués durch die baskische Presse, die sich – mit einer einzigen Ausnahme – dieser Erpressung beugte. Das staatliche Fernsehen versprach gleichfalls die Verlesung der Separatisten-Prosa der „ETA-Militar, 8. Versammlung", allerdings mit der Einschränkung, die Antennen erst nach der Freilassung des Entführten für das Terroristen-Kommuniqué zu öffnen.

Dennoch fand man den Sanitätsoffizier jetzt mit zwei Kugeln im Kopf in den baskischen Bergen. Tags zuvor hatte die Terror-Mafia am anderen Ende Spaniens, im andalusischen Puerto de Santa Maria, den Gefängnisarzt mit der Begründung erschossen, alle Beamten von Strafanstalten, in denen Terroristen einsitzen, seien als „militärische Objektive" zu betrachten.

Daß die Mehrheit der Basken nichts mit dem absurden Krieg zu tun haben will, den die Separatisten gegen die spanische Demokratie führen, ändert nichts an der Lage. Die Wurzeln des Terrorismus sitzen tief in der Bürgerkriegsära der Vergangenheit, als der iberische Anarchismus mit aktiver kommunistischer Unterstützung die Halbinsel in eine Föderation linksradikaler Republiken aufzuspalten suchte. Dieser Krieg ist noch lange nicht zu Ende. Die fortschreitende Radikalisierung, die den europäischen Sozialismus in vielen anderen Ländern entzweit, macht nicht halt vor der gemäßigten sozialistischen Regierung Spaniens. Sie muß sich entschließen, härter durchzugreifen.

Erfahrungen aus Melos

Von Peter R. Hofstätter

Er könne sich „vielleicht dazu bringen, überzeugt und überzeugend zu bekennen, daß es in der Tat nichts Wichtigeres gibt, als den Krieg zu verhindern, selbst wenn der Friede die Freiheit kostet", hat der Reform-Pädagoge Hartmut von Hentig (Jahrgang 1925) unter dem Stichwort „Heißer Herbst" in einer Wochenzeitung erklärt. „Leben wir weiter", meinte er, „und haben wir nicht vergessen, was Freiheit ist, können wir sie zurückgewinnen."

Wie es auch immer um das Zurückgewinnen der Freiheit stehen mag – in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn hat man damit offenbar Schwierigkeiten –, bleibt doch zunächst die Frage, wer uns eigentlich, wenn wir hilflos sind, das Weiterleben garantiert. Nach dem Sieg der Kommunisten in Rußland, China, Vietnam und Kambodscha waren die Chancen für Millionen – namentlich für Intellektuelle – miserabel; auch an Katyn wäre zu denken.

Da Herr von Hentig Altphilologe ist, kann man ihn an das Gespräch erinnern, das Thukydides im 17. Jahr des Peloponnesischen Krieges aufgezeichnet hat: Im Sommer des Jahres 416 v. Chr. lagen die Athener mit ihrer Kriegsflotte vor der Kykladen-Insel Melos. Sie forderten die Stadt mit der Begründung zur Übergabe auf, daß – wie jedermann wisse – „im zwischenmenschlichen Verhältnis das Recht nur bei Gleichheit der Kräfte gilt, daß aber der Stärkere durchsetzt, was ihm möglich ist, und der Schwächere dies hinnimmt". Die Melier sollten sich gefälligst daran halten, „denn so würden wir ohne Mühe eure Herren, und ihr bliebet zum beiderseitigen Nutzen heil" (V., 91).

Darauf boten die Melier einen Neutralitätsvertrag an – „euch freund und keiner Partei feind zu sein". Die Athener aber bauten eine Mauer um die Stadt, und als die vom Hunger bedrohten Einwohner im Winter auszubrechen versuchten, nahmen sie die Stadt ein; alle erwachsenen Männer wurden getötet, die Frauen und Kinder aber in die Sklaverei verschleppt.

Die Weltgeschichte ist seither nicht müde geworden, die Maxime zu bestätigen, daß ein Volk sich auf das Recht „nur bei Gleichheit der Kräfte" verlassen kann. Jahrhundertelang haben das die Staatsmänner aus dem Thukydides gelernt; wer es ihm nicht geglaubt hat, hat es an eigenem Leib erfahren.



Arbeiten am Fundament

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Katalysator als Beispiel

Von Holger Bonus

Umweltschutz und Wirtschaftswachstum scheinen sich auf den ersten Blick schlecht zu vertragen. Denn Staubfilter und Entschwefelungsanlagen sind aufwendige Fabriken, die nichts herstellen als saubere Luft; und die wird im Sozialprodukt nicht mitgerechnet. Müssen wir also auf Wachstum im herkömmlichen Sinne verzichten, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten?

Ganz im Gegenteil. Umweltschutz kann zum Wachstumsmotor werden, wenn man ihn richtig anfaßt. Mächtige Innovationsschübe können von ihm auf die übrige Wirtschaft ausstrahlen. Umweltschutz braucht nicht als Investitionshemmnis und Jobkiller dazustehen, sondern kann die Investitionen wieder auf Trab bringen und neue Arbeitsplätze schaffen. Alles hängt davon ab, wie man ihn betreibt.

Würde jemand wohl auf die Idee kommen, Daimler-Benz durch Bürokraten vorschreiben zu lassen, welcher Stand der Technik beim Bau von Zylinderköpfen Verwendung finden soll oder etwa Siemens, wie die nächste Computergeneration auszusehen hat? Nicht im Traum würden wir das tun. Sonst würde unsere Industrie rasch ihren Weltrang verlieren und im Export auf die hinteren Plätze abrutschen.

Beim Automobil wäre es beinahe zur verbindlichen Einführung einer ganz bestimmten Technologie gekommen. Laut Kabinettsbeschluß vom 13. Juli 1983 soll der Kraftfahrzeugverkehr bis Anfang 1986 auf bleifreies Benzin umgestellt werden, was nur beim gleichzeitigen Einbau von Katalysatoren einen Sinn macht. Der Beschluß läuft also darauf hinaus, Katalysatoren vorzuschreiben.

Aber nicht auf die Technologie kommt es an, sondern auf das Ergebnis. Die Abgaswerte müssen herunter. Wie das im einzelnen zu geschehen hat, ist nicht Sache des Staates: davon versteht die Industrie mehr als alle Bürokraten. Neue Probleme durch technische Innovation zu lösen ist ihr tägliches Geschäft.

So hat die WELT kürzlich über eine vielversprechende Alternative zum Katalysator berichtet, die Magergemisch-Technologie, wie sie gegenwärtig bei Ford in Köln erprobt wird. Solche Versuche würden sinnlos, wenn Katalysatoren vorgeschrieben würden.

Aufgabe der Bundesregierung ist es, ökologische Eckwerte zu setzen, also das Ziel anzugeben. Aber den Weg zum Ziel darf sie nicht auch noch vorschreiben; sonst erstickt sie die belebende Kraft des Wettbewerbs um den besten Weg.

Erklärungen von Kabinettsmitgliedern anläßlich der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt lassen darauf hoffen, daß die Bundesregierung von ihrem ursprünglichen Beschluß abrückt. Zwar wird sie in der Sache härter werden und die Abgaswerte sogar noch unter den anspruchsvollen amerikanischen Standard senken. Aber die Wahl der technischen Möglichkeiten hierzu soll jetzt offenbar doch den Technikern überlassen bleiben.

Mit einem solchen Gesinnungswandel begäbe sich die Bundesregierung auf den richtigen Weg, und man kann ihr nur raten, diesen Weg weiterzuverfolgen. Allzulange hat der Staat auf einer rein dirigistischen Umweltpolitik beharrt, die alles und jedes im Detail vorschreiben will, und die allmählich in ein undurchdringliches Verordnungsgestrüpp eingemündet ist. Ein solcher Umweltschutz spricht marktwirtschaftlichen Grundsätzen hohn und würgt die Dynamik der Wirtschaft ab, statt sie zu stimulieren.

Vorschriften etwa, die für neue Produktionsanlagen auch den jeweils neuesten „Stand der Technik" verbindlich machen, sind zwar gut gemeint. Aber sie bewirken das Gegenteil des Bezweckten. Denn um den strengeren Anforderungen für die neue Anlage zu entgehen, zögern die Betreiber den Ersatz ihrer emissionsträchtigen Altanlagen möglichst lange hinaus. Der Löwenanteil aller Schadstoffe kommt aber nun einmal aus Altanlagen; und wenn ihre Erneuerung verzögert wird, bleibt die Immissionsfracht höher als nötig.

Und wenn Pioniertechnologien im Umweltschutz zunächst einmal dazu führen, daß die Anforderungen an neue Anlagen verschärft und die Kosten dadurch in die Höhe getrieben werden (weil der neueste Stand der Technik das nunmehr erlaubt), dann wird der technische Fortschritt zurückgedrängt, nicht vorangetrieben. Viel zu lange haben wir so den Umweltschutz mit angezogenen Bremsen betrieben.

Statt die anzuwendende Technologie jedem Betreiber im Detail vorzuschreiben, könnte der Staat die zulässige Belastung auf direktem Wege begrenzen. Für einen konkreten Betrieb mögen dabei tausend Jahrestonnen SO_2 herausspringen, die er nicht überschreiten darf. Damit hat der Betrieb eine klare Zahl, auf die er sich einrichten kann. Wie er das tut, kann ihm selbst überlassen bleiben. Sollte sich die Schwefelfracht insgesamt als noch zu hoch erweisen, so kann der Staat von allen Betreibern eine zusätzliche Drosselung um – sagen wir – dreißig Prozent verlangen, im konkreten Beispiel also um dreihundert Jahrestonnen SO_2. Auch jetzt kann er es aber dem Betrieb überlassen, wie er die dreihundert Tonnen wegbekommen will. Der Staat kann auch zulassen, daß sich mehrere Betreiber zu einem Emissionsverbund zusammentun, der dann eine gemeinsame Quote einzuhalten hat. Dadurch wird zusätzliche Flexibilität gewonnen. Denn jetzt kann ein Betreiber, dem das leichter fällt, für den anderen einspringen, für den die Drosselung ein echtes Problem wäre.

Der so betriebene Umweltschutz wäre eine Herausforderung für die Wirtschaft, immer neue Technologien zu entwickeln und emissionsträchtige Altanlagen rasch umzurüsten oder stillzulegen. Wer das nämlich tut, gewinnt dadurch Freiraum für die eigene Expansion oder für die Niederlassung eines Neuankömmlings. Umweltschutz und Wirtschaftswachstum werden miteinander verträglich gemacht.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Holger Bonus lehrt Wirtschaftswissenschaften an der Universität Konstanz
FOTO: FRANZIS v. STECHOW

IM GESPRÄCH Rafik Hariri

Vermittler in Libanon

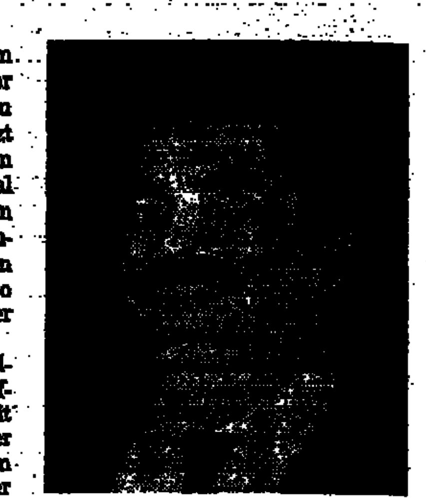
Von Peter M.-Ranke

Der stämmige Mann mit dem schwarzen Schnurrbart birst vor Energie und Optimismus. Mit seinem Aktenkoffer ist Rafik Hariri (39) jetzt in Beirut dauernd unterwegs. Mal im Präsidentenpalast von Baabda, mal bei den Drusen oder den christlichen Parteien. Wenn es zu einer Versöhnungskonferenz der libanesischen Kriegsparteien kommen sollte, so wäre das nicht zuletzt dem Vermittler Rafik Hariri zuzuschreiben.

Der Geschäftsmann aus dem südlibanesischen Saida handelt im Auftrag des saudischen Königs Fahd, mit dem er gut bekannt ist. Noch enger vertraut ist er allerdings mit dem saudischen Verteidigungsminister Prinz Sultan und dessen Sohn Prinz Bandar Ibn Sultan, der vor ihm in Beirut den Vermittler spielte und die saudischen Interessen wahrnahm. Da Prinz Bandar aber nach Riad zurückkehren mußte und sich auch um seinen neuen Posten als Botschafter in Washington kümmern muß, sprang der agile Hariri ein.

Hariri ist Bauunternehmer und hat für die Saudis Straßen, Flugplätze und Stützpunkte gebaut. Daher ist er so eng mit Prinz Sultan befreundet. Ihm verdankt er Reichtum und die saudische Staatsbürgerschaft. Trotzdem war es nicht selbstverständlich, daß Hariri in diesem Frühjahr als erster und auf eigene Kosten begann, die verwüstete Innenstadt von Beirut aufzuräumen. Erst später ersetzte ihm König Fahd die Unkosten von 33 Millionen Dollar.

Überall in der Trümmerwüste der alten Basare am „Platz der Märtyrer", die während des Krieges von 1975/76 in Schutt und Asche gesunken waren, konnte man in diesem Frühjahr die Bagger und Lkw von „Oger-Liban" sehen, wie sie ausgebrannte Häuser einrissen, Straßen freischaufelten und den Trümmerschutt ins Meer karrten. Der neue Krieg hat die Arbeit erst einmal gestoppt. Aber Hariri ist es gewohnt, zuzupacken, in den Beiruter Ruinen wie in der Politik.



Erst einmal Trümmer aufgeräumt: Hariri
FOTO: AP

Die Einschaltung des Selfmademans Hariri als Vermittler durch die Saudis beweist, daß das Königreich daran interessiert ist, Beirut als Hauptstadt und Handelsplatz und wohl auch als Vergnügungsstätte in einem freien Libanon wiederherzustellen. Zu groß sind die saudischen Investitionen in Grundstücke und Liegenschaften.

Daran hat nicht zuletzt Hariri mitgewirkt. Er verkaufte nicht nur freigeräumte Trümmergrundstücke zu Spekulationspreisen, sondern auch das durch den Schutt neugewonnene Land an der Küste Beiruts. Die Stadt überließ es ihm als Dank. Und wenn Hariri beim Freiräumen der Straßen zum libanesischen Frieden ebenso erfolgreich ist wie als Unternehmer, kann man von ihm noch einiges erwarten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Aachener Volkszeitung

Zu Bernt Engelmann, der im Namen der deutschen Schriftsteller vor der IG Druck die politischen Ideen des Friedenspreisträgers Manès Sperber „abenteuerlich" nannte und „schleunigst" die Rückgabe des Friedenspreises forderte, heißt es in dem Blatt:

Der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes kann entweder nicht lesen oder er will nicht lesen können. Er hat freilich den Mut, die Lebenserfahrung eines großartigen Mannes, der zwei Weltkriege mühsam überlebte und entschieden gegen Krieg ist, mit Hohn zu überziehen. Engelmann hat die Frechheit, dem Mann, der als Ostjude durch den Feuerofen Europas gegangen und doch ein Stück seiner Kultur geworden ist, abzuqualifizieren wie einen kleinen Parteifunktionär. Das ist unglaublich, aber leider wahr. Der eigentliche Skandal aber ist, daß dieser mittelmäßige Autor im Namen eines deutschen Geistes auftritt, daß die allermeisten seiner Kollegen kein einziges Wort dagegen sagen oder allenfalls schweigend den Verband verlassen.

Süddeutsche Zeitung

Zu Brandt meint das Münchner Blatt:

Wegen eines Rednerauftritts auf der Friedensdemonstration im Oktober 1981 war Erhard Eppler vom sozialdemokratischen Regierungschef Schmidt kräftig gerüffelt worden, jetzt fand die Ankündigung Brandts im Parteipräsidium angeblich ungeteilte Unterstützung – bei Abwesenheit Schmidts.

NEUE RUHR ZEITUNG

Zur Frage des politischen Streiks heißt es in dem Essener Blatt:

Zwei Tage vor seinem Abschied vom Amt des Vorsitzenden der IG Druck und Papier hat Leonhard Mahlein einen „politischen Streik" gegen neue Atomraketen nicht ausgeschlossen. Damit kann er die Gewerkschaft auf einen falschen Weg drängen. Das Streikrecht ist nach dem Grundgesetz ein garantiertes Recht im Arbeitskampf... Ein „politischer Streik" aber, der nicht Teil eines Arbeitskampfes ist, hat hierzulande keine rechtliche Basis und würde für Gewerkschaft und Streikende böse Folgen haben. Sie davor zu bewahren, ist auch Aufgabe von Gewerkschaftsfunktionären. Im übrigen darf der Staat auch nicht die Notstandsgesetze gegen die Folgen eines Streiks als Arbeitskampf anwenden. Auch das ist geltendes Recht. Niemand sollte es aufs Spiel setzen.

WESTFALEN-BLATT

Zur Volkszählung bemerkt die Bielefelder Zeitung:

Es ist zu hoffen, daß die „zweite Runde" im Streit um die Volkszählung von jener Sachlichkeit geprägt ist, die im Frühjahr so schmerzlich vermißt wurde. Die Kritiker des Gesetzes mußten sich zum Teil den Vorwurf gefallen lassen, eine Angstkampagne zu schüren, die das Vertrauen in Regierung und Behörde untergraben sollte... Der gesunde Menschenverstand läßt zur Volkszählung keine vernünftige Alternative erkennen. Wer will schon auf Dauer hinnehmen, daß volkswirtschaftlich und soziologisch entscheidende Daten gewissermaßen nur noch über den Daumen gepeilt werden?

Kölnische Rundschau

Die Veranstaltung am Samstag schätzt das Blatt so ein:

Brandt erfüllt den moskautreuen Kommunisten in der Organisationsleitung der Großdemonstration einen alten Traum. Der im Ausland noch immer renommierte Friedensnobelpreisträger tritt zusammen mit Vertretern kirchlicher, aber auch aller möglichen kommunistischen Gruppierungen auf, welche die Volksfront – vor allem das Bündnis zwischen mehrheitsfähigen Sozialdemokraten und Kommunisten – für das erstrebenswerte Ziel halten.

Die Friedensmacht und ihr neuer blutiger Herbst

In Afghanistan sieht es für die Sowjets trüber aus denn je / Von Carl Gustaf Ströhm

In Afghanistan haben die sowjetischen Truppen ihre alljährliche Herbstoffensive gegen die Freiheitskämpfer begonnen. Nach wie vor ähnelt die Lage der Sowjetarmee in Afghanistan verblüffend der Situation der deutschen Wehrmacht in Jugoslawien während der letzten drei Jahre des Zweiten Weltkrieges. Die Besatzungsarmee kontrolliert die großen Städte und Verkehrswege, hat aber das Land – vor allem die Gebirgsregionen – nicht unter Kontrolle. Aus dem unkontrollierten und unkontrollierbaren Hinterland schlagen die Aufständischen immer wieder gegen sowjetische Nachschubkolonnen und Truppentransporter los. Sogar in Kabul und anderen Städten soll die Aktivität der Stadtguerrilla in letzter Zeit zugenommen haben.

Weder die sowjetischen Militärs, die zu Weihnachten 1979 mit dem afghanischen Abenteuer begannen noch viele westliche Experten haben seinerzeit damit gerechnet, daß der Widerstand der afghanischen Bevölkerung so lange anhalten, daß er sich mit der Zeit sogar verstärken werde. Als die Sowjets in Afghanistan einmarschierten, brachten sie etwa 90 000 Mann ins Land. Heute, nach fast vier Jahren, sind etwa 130 000 sowjetische Soldaten in Afghanistan stationiert – ein klarer Beweis dafür, daß die Lage für die Besatzungstruppen nicht besser, sondern schlechter geworden ist.

Inzwischen hat sich auch die anfängliche erdrückende Überlegenheit der sowjetischen Kampfhubschrauber, die praktisch ohne auf Gegenwehr zu stoßen ganze Dörfer auslöschen konnten, zumindest relativiert, wenn nicht gar aufgehoben. Die afghanischen Freiheitskämpfer verfügen jetzt nämlich über kleine Boden-Luft-Raketen, mit denen sie den sowjetischen Hubschraubern empfindliche Verluste beibringen.

Die Moral der sowjetischen Soldaten in Afghanistan ist allem Anschein nach nicht hoch. Die meisten von ihnen sehen keinen Sinn darin, in Gefechten gegen fremde Bergstämme in einem unwirtlichen, zerklüfteten Land ihr Leben zu riskieren. Sie haben auch kein Motiv für ihren Kampf, denn daß die Afghanen die Sicherheit der Sowjetunion bedrohen, behauptet nicht einmal der kühnste kommunistische Propagandist.

Der afghanische Widerstandskampf ist auch für die Europäer lehrreich. Wenn etwa die Pazifisten bei uns neuerdings von der Notwendigkeit „sozialer Verteidigung" anstelle „militärischer Verteidigung" sprechen – in Afghanistan sehen wir diese soziale Verteidigung in der Praxis. Würden die Kämpfer von Afghanistan einseitig abrüsten, dann hätte die sowjetische Besatzungsmacht gewonnen. Dann könnten die Okkupanten dem ganzen Land ihren Willen diktieren. Durch ihren Widerstand halten die Freiheitskämpfer für ihr Land künftige Optionen und Möglichkeiten offen, wie immer diese dann aussehen mögen.

Aber solange Moskau in Afghanistan aus purem Machtwillen die Menschen niedermetzeln läßt, die ja vor Weihnachten 1979 gar keinen Konflikt mit der UdSSR wollten, solange muß es damit rechnen, daß die Entwicklung in diesem Land schließlich eine für die Sowjets gefährliche Richtung nimmt. Der Kleinkrieg muß auf der Seite der Freiheitskämpfer die radikalsten Gruppen – etwa jene, welche dem islamischen Fundamentalismus zuneigen – immer stärker und einflußreicher werden lassen. Moskau züchtet damit, nachdem Iran sich bereits in der Hand der moslemischen Fundamentalisten befindet, eine zweite fundamentalistische Bewegung direkt an der sowjetischen Südgrenze.

An dieser sowjetischen Südgrenze aber leben die islamischen, zentralasiatischen Nationen der Sowjetunion: Usbeken, Turkmenen, Tadschiken, Kasachen und andere; Völker, die sich mit einer für die Großrussen unheimlichen Geschwindigkeit vermehren. Die Sowjets müssen damit rechnen, daß der Fundamentalismus mit allen seinen Konsequenzen über kurz oder lang auch in den asiatischen Sowjetrepubliken Fuß faßt. Statt durch den Einmarsch in Afghanistan größere „Sicherheit" für sich zu erreichen, hat Moskau genau das Gegenteil bewirkt. Nicht auszuschließen ist, daß die afghanischen Aufständischen auch bei den Sowjet-Moslems Erinnerungen an eigene Aufstände und Kleinkriege gegen Moskau und den Kommunismus wachrufen: etwa Reminiszenzen an die nationalistische „Basmatschi-Bewegung" in Turkestan, für deren Niederschlagung die Sowjets vor dem Zweiten Weltkrieg fast fünfzehn Jahre brauchten. So zeigt der Fall Afghanistan, daß unter bestimmten Voraussetzungen auch heute noch die Geschichte von David und Goliath ihre Gültigkeit haben kann.

Gegen Daten-Diebstahl soll der Fingerabdruck helfen

Jugendliche Schlauberger schreckten kürzlich das Pentagon auf. Ihnen war es gelungen, die Datenbank einer militärischen Einrichtung „anzuzapfen". Wie ist es möglich, in ein Computer-Netzwerk einzudringen? Wie kann es geschützt werden?

Von A. BÄRWOLF

Die Teenager in der amerikanischen Bierstadt Milwaukee, die sich unlängst über ihre Heimcomputer in das Netzwerk des Atomwaffen-Laboratoriums von Los Alamos eingeschlichen hatten, zählten sicherlich nicht zu einem germanistischen Seminar. Sie kannten wohl auch nicht Eichendorff: „Und die Welt hebt an zu singen, triffst Du nur das Zauberwort."

Aber die „Whiz Kids", die Schlauköpfe aus Milwaukee, hatten das elektronische Zauberwort, das Kennwort, Schlüsselwort oder Paßwort herausbekommen, das ihnen neben der Kenntnis der Identifikation Zugang zu den Daten jenes Waffenlaboratoriums verschaffte, das 1945 die Kernbomben für die Angriffe auf Hiroshima und Nagasaki gebaut hatte. Die Schlauberger, die durch Telenet mehr als ein Dutzend Computer-Systeme von Küste zu Küste an der Nase herumgeführt hatten, gingen schließlich beim Dialog der elektronischen Maschinen einer Bank in Los Angeles auf den Leim.

Wie ist überhaupt Unbefugten Zugriff zu Computerdaten möglich? Für ein Computer-Netzwerk wird das allgemeine Telefonnetz benutzt – in Amerika das der einzelnen Privatgesellschaften wie Bell, in der Bundesrepublik das der Post. Weder die Wählleitungen noch die Standleitungen sind vor Mißbrauch sicher, so wie kein bestehendes Computersystem vollkommen sicher ist.

Ein mit der Computerelektronik vertrauter Gauner könnte zum nächsten Verteilerkasten der Post gehen, den Schrank aufbrechen und sich ein Aderpaar heraussuchen. Er könnte sich über einen Oszillographen den Dialog zwischen Zentralcomputer und der Benutzerstation ansehen. So erhielte er Zugang zu den Informationen, die für eine Identifizierung desjenigen notwendig sind, der Zugang zu den Daten haben möchte.

Diese Identifizierung findet mit Hilfe eines strukturierten Namens statt, der die Benutzerstation kennzeichnet. Und dieser Name wird durch das sogenannte Paßwort verifiziert, das nur der Benutzer der Station kennen sollte. Da das Paßwort offen über die Leitung kommen muß, könnte der Gauner über ein Überwachungsgerät das „Zauberwort" erfahren. Mit dem Paßwort könnte er in eine festgeschaltete Leitung eindringen und für den Computer so tun, als sei er ein Terminal.

In einer Variante des Computer-Mißbrauchs könnte der Mann, der sich im Postverteiler in eine Standleitung eingeschaltet hat („Wiretapping"), auch das Ende-Zeichen des echten Terminals auffangen, den Computer an der Nase herumführen und so in eigener Regie mit der Datenübertragung weitermachen.

Die sichersten Methoden zum Datenschutz sind: Wechsel des Paßworts bei jeder Transaktion (im Bankverkehr), Einbau einer zusätzlichen sogenannten softwaregesteuerten Kontrolle, die überprüft, von welchen Punkten im Netzwerk überhaupt welche Benutzer welche Dinge machen dürfen, und schließlich die Chiffrierung sämtlicher Informationen auf dem Netzwerk.

Ganz offensichtlich ist in den letzten Jahren seit Aufkommen der Datenübertragung die Technik des Paßwort-Wechsels nicht ausreichend beachtet worden. Bei vielen Anwendungsformen von mobilen Benutzerstationen, die einfach akustisch über den Telefonhörer mit dem Zentralcomputer gekoppelt werden, wird das einmal ausgegebene Paßwort überhaupt nicht geändert.

Doch die Identifikationsmittel der Paßworttechnik reichen nicht aus, wenn es um die Frage geht: Wer hat Zugang zu welcher Informationsebene? Da die generellen Steuerprogramme sicherheitstechnisch unzulänglich sind, kann der Kunde bei den Computer-Herstellern zusätzliche Sicherungselemente kaufen oder mieten. Dies ist eine besondere Zugriffsberechtigung, die durch Software-Pakete die Computer-Ressourcen sichert.

Die besondere Software-Sicherung wurde ursprünglich von einem großen Computerhersteller als „RSS" (Ressource Security System) für militärische Anwendungen entwickelt. Das von einer anderen Firma angebotene Sicherheitspaket „ACF2" hat angeblich noch raffiniertere Besonderheiten. Beide Systeme funktionieren als Komponente des Betriebssystems. Sie prüfen, ob ein Teilnehmer für ein bestimmtes Dialogprogramm überhaupt autorisiert ist. Auf verschiedenen Ebenen sensibler Informationen, seien es Atomwaffen oder Gehälter, findet jedesmal eine verschärfte Autorisierungskontrolle statt. Diese Phasen sind logisch getrennt von der Identifikation. Auch einem mit allen Computer-Wassern gewaschenen Spion oder Gauner dürfte es schwerfallen, durch „Wiretapping" im Verteilerkasten die Sicherung „ACF2" auszuschalten.

Doch das beste Mittel zur Sicherung der Daten auf dem Wege von der Eingabestation bis zur Empfangsstation ist die Chiffrierung der Daten. Dazu ein Computerfachmann: „Ohne Chiffrierung läuft letzten Endes verdammt wenig."

Bei Einsatz der Chiffriertechnik wird direkt hinter dem Terminal eine Chiffriereinrichtung eingebaut. Unmittelbar vor dem Großcomputer wird dechiffriert. Das Problem: Steuerinformationen können nur bedingt verschlüsselt werden, da der Computer wissen muß, was Befehle, was Daten sind. Für diese Unterscheidungen müssen die Geräte sehr komplex programmiert werden.

Bei fortschreitender Technik werden Computer-Einbrüche aber immer schwieriger werden. Die aufkommenden Glasfaserkabel sind gegen „Wiretapping" einbruchsicher. Wer ein Glasfaserkabel aufbricht, unterbricht die Leitung.

In nicht allzu ferner Zukunft werden Fingerabdrücke oder Handproportionen elektronisch gelesen und zur Identifizierung verwendet werden. Der Daumen mit seiner individuellen Zeichnung ist dann das Paßwort. Und später, wenn man den Dialog mit dem Computer in natürlicher Sprache führt (Voice Command), könnte das Stimmprofil das Paßwort zur Identifizierung sein.

Mit dem Heimcomputer die Datenbank „geknackt": Vier Teenager beschäftigten das FBI FOTO: UPI



In seiner Korrespondenz steckt manche Überraschung: Konrad Adenauer (1876–1967) FOTO: UPI

Mit einem Schuß Gefühl

Man kennt ihn als ersten Bundeskanzler, die Älteren kennen ihn noch als Oberbürgermeister von Köln. Als Briefschreiber ist Konrad Adenauer sicher kaum bekannt. Diese Lücke zu schließen, ist das Anliegen einer Edition von Briefen Adenauers.

Von GEORG SCHRÖDER

Ein Mann braucht 1946 die glaubwürdige Bestätigung, daß er allzeit ein guter Kommunist und Freund der Sowjetunion gewesen ist. Sein politisches Leben ist wie das so vieler in jenen Zeiten ein Hindernislauf gewesen: Bis 1933 kommunistischer Stadtverordneter; 1934 bis 1937 Mitglied der NSDAP (im Auftrag der illegalen KP, wie er sagt); dann politisch Verfolgter und 1944/45 im KZ Buchenwald.

Von wem erhofft sich der ehemalige Kölner Stadtverordnete diesen Persilschein? Von Konrad Adenauer. Und der bestätigt auch dem Peter Alois Knab, daß er ihn von früher her als entschiedenen Kommunisten kennt. Der habe ihn in den Jahren 1942 bis 1944 einige Male aufgesucht und Ausführungen gemacht, die erkennen ließen, daß er den Krieg für verloren hielt. Und es klang ebenfalls aus seinen Ausführungen „eine starke Hinneigung und Bewunderung für Rußland heraus".

Den 37jährigen, also jenen, die im Jahr 1946 geboren sind, wird das ganz und gar unwahrscheinlich wie jener Brief vom 12. Mai 1945 aus dem KZ Buchenwald, den die ehemals kommunistische Lagerleitung Messe-Köln dem werten Herrn Dr. Adenauer mit Wünschen „für eine erfolgreiche und glückliche Zukunft in unserem vom Naziterror befreiten Vaterland" schickte.

Das ist wirklich ein Stück des unbekannten Adenauer, der nach dem Willen der Professoren Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz in dem im Siedler-Verlag herausgekommenen Band „Adenauer-Briefe 1945 bis 1947" zu Worte kommen soll. Wer jene wilden Zeiten miterlebt und miterlitten hat, übersieht zu leicht, daß heute schon unter uns nicht nur eine, sondern daß zwei Generationen leben, für die das Ferne, meistens sogar Unbekannte Vergangenheit ist. Ob unsere Grünen von heute auch nur ahnen, daß im Herbst 1945 Kölns Oberbürgermeister geradezu erbost mit der britischen Besatzungsmacht darum ringt, daß die Bäume in Köln nicht gefällt werden, weil damit der Stadt „ein unabsehbarer Schaden zugefügt" würde, der in Jahrzehnten nicht wiedergutgemacht werden könnte? Sie werden auch nicht wissen, daß schon am 25. Februar 1946 Adenauer für Gartenstädte in den Außenbezirken der Großstädte eintritt: „Es handelt sich hier um eine Frage von größter ethischer Bedeutung für die Großstädte. Sie müssen entgiftet werden."

Vieles ist vergessen, das ist nur natürlich. Vergessen ist auch, daß die Petra Kelly des Jahres 1946 Maria Sevenich hieß. Auch sie eine leidenschaftliche, zur Aktion drängende junge unverheiratete Frau, eine christliche Sozialistin, zuerst bei der CDU Landtagsabgeordnete, zu der sie auch nach einem Schwenk zur SPD dann in ihren reifen Jahren zurückkehrte. Um angesichts des Hungers in Deutschland das Weltgewissen aufzurütteln, trat sie in einen vierwöchigen Hungerstreik.

„Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, ich weiß nicht, wie das alles ausgehen soll. Ich habe nur den einen sehnlichen Wunsch, daß Ihr Opfer nicht vergeblich sein möge und daß Ihre so wertvolle Kraft uns erhalten bleibt", schrieb ihr Adenauer. Dann besuchte sie der rheinische Parteivorsitzende an ihrem Leidensbett in einem abgelegenen Dorf Süd-Oldenburgs.

Hier lernen wir einen Adenauer kennen, den das Mitgefühl aus seiner Reserve, die er sonst immer wahrt, heraussprengt. Der Mann, der auch in seinen Briefen stets die knappen, präzisen, sparsamen Worte sucht, nimmt sich im Dezember 1946 die Zeit, ihr ausführlich von seinen Plänen zu schreiben. Er redet ihr gut zu, mit derselben Energie und Entschlossenheit, mit der sie gehungert habe, nun alles daranzusetzen, um die Folgen des Hungerns zu überwinden, und zwar sowohl in körperlicher wie in geistiger Hinsicht. Geradezu beschwörend bittet er sie, sich zuerst einmal zu schonen und Geduld zu haben. Er dringt darauf, daß sie einen weiteren Arzt hinzuzieht.

Dies ist ein Ausnahmebrief aus der Serie der 572, die in dem Band zusammengefaßt sind und dem zwei weitere Bände folgen werden. Dies alles ist ein Quellenwerk, ein Steinbruch, aus dem mehr als ein Historiker sich authentisches Material für eigene Schriften herausbrechen wird. Der Briefschreiber Adenauer hat alles andere als literarische Intentionen. Der Mann der Tat tritt auch in der Zeit, in der er kaum handeln kann, in Stil und Inhalt ganz plastisch vor uns. Jeder Brief ist handfest, sachlich, nüchtern, knapp.

Immer wieder versichert er in den ersten Monaten, daß er sich nach anfänglichem Sträuben schließlich habe doch bewegen lassen, seine alte Position wieder anzunehmen. An einen guten Bekannten in der Schweiz schreibt er: „Mein Urteil ist, wie ich hoffe, ganz ungetrübt von Ehrgeiz. Ich beabsichtige nichts anderes zu werden und auch zu sein als Oberbürgermeister der Stadt Köln, und auch das nur für eine beschränkte Zeit, bis ich den Wiederaufbau der Stadt in seinen Anfängen wenigstens gesichert habe."

Daß dies ernst gemeint ist, zeigt ein Brief aus dem gleichen Sommer 1945 an seinen Schwager Fritz Zinser. Darin erscheint ein deprimierter Adenauer, der zum ersten, aber auch zum einzigen Mal seine Aufgabe in Köln nicht nur als sehr schwer, sondern auch als unlösbar bezeichnet: „Ich sehe für uns alle eine sehr trübe und ernste Zukunft voraus."

Es ist die gleiche Zeit, in der Adenauer zum erstenmal einen Fühler aus Köln herausstreckt, sich im Mutterhaus der Missionsschwestern in Hiltrup bei Münster zusammen mit dem Hamburger Bürgermeister Petersen und dem früheren Oberbürgermeister Menge selbst einlädt, um für die Nacht ein Quartier und um Verköstigung zu finden. Zwei Monate später schreibt er an den Hamburger Bürgermeister, daß er in Hiltrup noch nicht ganz im reinen mit sich selber über das war, was zu geschehen habe: „In der Zwischenzeit bin ich mir völlig klar darüber geworden und halte die Gründung dieser Partei für eine absolute Notwendigkeit im Interesse unseres Volkes." Eine christlich-demokratische soll es nach seinem Willen sein.

Es ist also, wie sich aus diesem Brief ergibt, nicht erst seine Absetzung durch die Briten in Köln, die ihn ab 1946 dazu treibt, mit all seiner Kraft an den Aufbau der CDU heranzugehen.

WIE WAR DAS?

Als die Türken Zypern teilten

Von E. ANTONAROS

„Selbstverständlich haben die Türken Zyperns das Recht, ihre Zukunft selbst zu bestimmen, aber zu diesem Augenblick kann die türkische Regierung die Ausrufung eines unabhängigen Teilstaates auf Zypern nicht unterstützen." Mit diesen sehr klaren Worten hat Ankaras Außenminister Türkmen in diesen Tagen den türkisch-zyprischen Volksgruppenführer Rauf Denktasch gebremst.

Was Denktasch nicht erst seit einigen Monaten anstrebt, ist die De-jure-Besiegelung einer seit über neun Jahren andauernden De-facto-Situation: Seit dem Sommer 1974, als türkische Truppen über Zypern herfielen, ist die Mittelmeerinsel zweigeteilt, in einen griechischen und in einen türkischen Teil. Folgenschwer wäre die Ausrufung einer „türkischen Republik Nordzypern", wie sie Denktasch wünscht, weil der Alleinvertretungs-Anspruch der Insel-Griechen gefährdet wäre. Alle Staaten der Welt – mit Ausnahme der Türkei – erkennen Staatspräsident Spyros Kyprianou als legitimes Staatsoberhaupt Zyperns an.

Den ersten Schritt zur staatsrechtlichen Teilung hatte Denktasch, dem die Generäle in Ankara wegen seiner engen Beziehungen zum früheren konservativen Premier Demirel zutiefst mißtrauen, schon einige Monate nach dem Zypern-Krieg vollzogen: „Mit dem Ziel, zu einem späteren Zeitpunkt eine unabhängige türkische Republik Zypern zu gründen", rief die autonome türkisch-zyprische Verwaltung am 13. Februar 1975 den „türkischen Föderativ-Staat von Kibris" (so nennen die Türken Zypern) aus. Seither besitzt der türkische Teil Zyperns, wo knapp 30 000 türkische Soldaten stationiert sind, nicht nur eine eigene Regierung und ein eigenes Parlament, sondern auch eine eigene Verfassung.

Nach Ankaras Ansicht sollte dieser Föderativ-Staat durch Verhandlungen mit dem griechischen Inselteil zusammengeschlossen werden. Dutzende von Verhandlungsrunden sind allerdings ergebnislos verlaufen. Die Türken bestehen auf einer „bizonalen Föderation", in deren Rahmen beide Volksgruppen „im jeweils ihnen zustehenden Inselteil" werden leben müssen. Nach Ansicht der Griechen würde eine solche Regelung, die „angesichts der Prinzipien der Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit unzumutbar ist", nicht einen Bundesstaat, sondern einen losen Staatenbund zur Folge haben.

Mit 33 gegen sechs Stimmen verabschiedete das türkisch-zyprische Parlament am 17. Juni 1983 eine Resolution, deren Artikel vier das „Recht der türkisch-zyprischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung" proklamiert. Mehrfach drohte Denktasch damit, dem Parlament ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen, das ihm die Möglichkeit geben sollte, eine Volksbefragung über die Unabhängigkeitsfrage abzuhalten. (SAD)

Sie wollen eine echte Unternehmer-Rendite

durch Beteiligung an industriellen Zukunftstechnologien.
Nur für unsere Mitglieder haben wir den Inno-Wert Fonds 1 aufgelegt. Sie lassen Ihr Geld in mindestens 4 chancenreichen Industrien arbeiten:
- Lasertechnik
- Motorenbau
- Meß- und Regeltechnik
- Kunststoffchemie.

Durch unser System der vertikalen und horizontalen Risikostreuung wollen wir in unserem ersten industriellen „Venture-Capital Fonds" für Sie die Risiken minimieren und die Chancen maximieren.
Die Höchstbeteiligung beträgt DM 20.000,–, um möglichst viele unserer 8.500 Mitglieder an den Chancen der industriellen Zukunft teilhaben zu lassen.

Informationscoupon
Bitte einsenden an KAPITAL & WERT e. G.
Postfach 25 30, 6500 Mainz 1
☐ Ich bin schon Mitglied
☐ Ich möchte Mitglied werden
☐ Ich interessiere mich für eine Beteiligung an industriellen Zukunftstechnologien
Name ______ Vorname ______
Straße ______ Ort ______
Telefon ______ Beruf* ______
DHC/Welt 20 10 83

KAPITAL & WERT
macht Ihr Kapital wertbeständig

„Times": Der Traum der deutschen Linken

DW. Bonn

In der in diesen Tagen um Aufmerksamkeit bemühten „Friedensbewegung" sieht die Londoner „Times" Anzeichen einer Veränderung in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland, die Tendenzen zu einem Weg des Neutralismus zeigten. „Die Raketendebatte hat eine neue Dimension gewonnen", schrieb die Zeitung gestern. Sie gehe einher mit „einer Wiederbelebung eines deutschen Gefühls, das besonders deutlich bei der Linken und bei der Jugend ist, wonach die Zeit für das Land gekommen ist, sich stärker selbst zur Geltung zu bringen".

Die Pershings, schreibt die „Times", seien in Deutschland heute „zu einem Symbol für alle anderen

Anzeige



Waffen geworden". Solch eine Haltung dränge unvermeidlich die Amerikaner aus der Rolle von Beschützern in die „von Besetzern". Eine kriegsschuldfreie Generation beginne sich gegen die amerikanische Anwesenheit aufzulehnen. „Ihre Suche nach deutschen Wurzeln und einer eigenen Identität kollidiert zwangsläufig mit dem, was man als Amerikanisierung der deutschen Gesellschaft bezeichnet".

Der „Traum einer Wiedervereinigung", sei „wiederbelebt, wenn nicht gar in veränderter Form. Heute ist dies genauso ein Traum der Linken, wie er es früher der Rechten war. Nur glaubt die Linke jetzt, daß dafür auch Westdeutschland und nicht nur Ostdeutschland seine politische Richtung verändern muß."

Solche Vorstellungen aber laufen in Richtung Neutralismus, „auf eine Distanz zur NATO, um Raum für eine unabhängige Politik zu gewinnen und nach Möglichkeit den Dialog mit der Sowjetunion zu vertiefen. Eine solche Entwicklung ist natürlich schon seit langem eine der wichtigsten Zielsetzungen der Sowjets", schreibt die „Times".

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Der Verkauf der „Astor" ist kein Ruhmesblatt für den Senat

Schiffahrtsexperten schütteln den Kopf / 50 Millionen Mark Belastung für die Staatskasse

Von UWE BAHNSEN

Hamburgs wohlbeleibt-bärtiger Finanzsenator Jörg König schrieb den Vorstandsmitgliedern und Geschäftsführern der öffentlichen Unternehmen in der Hansestadt soeben einen Brief, den die Empfänger mit grimmigem Sarkasmus zur Kenntnis nahmen: „Aus der Presse", so lasen die Staatsmanager, sei ihnen der Verkauf des Kreuzfahrtschiffs MS Astor „an eine ausländische Gruppe" bekannt. Verbunden mit dieser Transaktion sei nun, daß „der größte Teil der Besatzung vom Käufer nicht übernommen wird und zudem 34 Arbeitsplätze" in der Hadag-Verwaltung, der hamburgischen Staatsreederei und bisher maßgeblichen „Astor"-Betreiberin, „entfallen". König bat die Adressaten seines Briefes nun, „vor Ihrerseits notwendigen Personaleinstellungen jeweils zu prüfen, ob und welche Hadag-Mitarbeiter" sie übernehmen könnten. Um „welche Personen" es sich handele, könne er nicht sagen.

Die erste Antwort liegt schon auf Königs Schreibtisch. Die Direktion der Staatsoper ließ nicht ohne Süffisanz wissen, wie dem Herrn Senator ja bekannt sei, sollten die Staatstheater in den nächsten fünf Jahren insgesamt zehn Personen ihres Personals einsparen, und das würde wohl in der Oper selbst zu Kündigungen führen: Für die Einstellung von „Astor"- und Hadag-Mitarbeitern gebe es keine Chance.

Betroffene fühlen sich verraten und verkauft

Die eigentlich Betroffenen allerdings, die „Astor"-Besatzung und die nun entbehrlichen Hadag-Bediensteten, wundern sich nicht mehr. Sie fühlen sich vom Senat und vor allem von dem Hadag-Aufsichtsratsvorsitzenden, dem Wirtschaftssenator Volker Lange, auf der ganzen Linie verraten und verkauft – und das mit Grund.

Denn Lange hatte ihnen am Abend des 21. Juni auf einer Betriebsversammlung erklärt, von den beiden bisherigen Vorstandsmitgliedern Jacobsen und Kröger habe man sich unter anderem deshalb getrennt, damit die Arbeitsplätze bei der Staatsreederei gesichert bleiben. Und was die „Astor" betreffe – da gelte es, alles zu tun, „damit dieses Schiff seine Chancen im Markt wahrt und ausbaut". Im übrigen gebe es keinen Zeitdruck.

Der neue Hadag-Vorstand ließ insofern Taten folgen, als er aufwendige Umbauten in der Hadag-Zentrale, die Anschaffung von teuren EDV- und sonstigen Anlagen, und manche andere Organisationsmaßnahme anordnete. Das festige den Eindruck, die „Astor"-Betriebsgesellschaft Hadag Cruise Line (HCL) werde weitergeführt.

Senatsintern aber hatten sich die Spitzengenossen, vor allem auf Drängen des Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi und des Wirtschaftssenators Volker Lange, längst darauf verständigt, das Schiff abzustoßen. Die Gelegenheit kam, als die südafrikanische Reederei Safmarine Interesse bekundete.

Nun war keine Rede mehr von vertrauensbildenden Maßnahmen für die „Astor", und vom Betriebsverfassungsgesetz und der darin vorgeschriebenen Einschaltung des Betriebsrates dispensierten sich die Genossen auch gleich. Hastig griffen sie nach dieser Chance und machten den Deal perfekt – das alles freilich in einer Art und Weise, die bei den robusten Schiffahrtsexperten der Küste zunächst Staunen und dann Gelächter hervorrief. Fast öffentlich war nämlich zu besichtigen, wie biedere hanseatische Senatsdirektoren von gewieften Kontrahenten über den Tisch gezogen wurden.

Die Verhandlungen verliefen in einer Reihenfolge, wie sie ungünstiger für die Hadag und damit für die Hansestadt nicht hätte sein können. Der Senat ließ aktiv den Verkauf der „Astor" betreiben, ohne die Zustimmung seiner privatwirtschaftlichen Partner in der Betriebs- wie in der davon getrennten Besitzgesellschaft in der Tasche zu haben. Ihnen mußte der Hadag-Vorstand und damit die Stadt das Ja zur Veräußerung des Dampfers praktisch abkaufen.

Das Ergebnis bestätigte der geplagte Finanzsenator Jörg König am Dienstag mit bekümmerter Miene: Das ganze Kapitel „Astor" wird Hamburgs ohnehin geplünderte Staatskasse mit fast 50 Millionen Mark belasten. Dieser Betrag enthält noch nicht die Sanierungskosten der angeschlagenen Hadag.

Das Thema „Astor" ist noch nicht abgehakt

Inzwischen haben allerdings auch die hanseatischen Rathausregenten erkannt, daß es ihnen schwerfallen wird, die gesamte „Astor"-Transaktion als ein Musterbeispiel für vorbildliches Verhandlungsgeschick zu „verkaufen". In der verdächtig wortreichen, neun Seiten umfassenden Presseinformation zu diesem Thema ließ der Hadag-Vorstand bei Erwähnung des Angebots der kaufenden Reederei Safmarine das Adjektiv „attraktiv" vorsichtshalber ausweißen. Vereinbart sind 130,5 Millionen Mark.

Diesen Preis freilich und die sonstigen Konditionen des gesamten Geschäfts, vor allem die Zahlungen an die privaten Partner, will der Senat nicht veröffentlichen. Das Thema „Astor" ist noch längst nicht abgehakt.

Erregte Debatte über den Frieden

„Aktuelle Stunde" in München zum „Widerstandstag der Schulen"

lz/DW. München/Bonn

Einen Tag vor dem im gesamten Bundesgebiet angekündigten „Widerstandstag der Schulen, Volkshochschulen und Hochschulen" kam es im Bayerischen Landtag gestern zu einer erregten Konfrontation zwischen CSU und SPD über Friedensaktivitäten an den Schulen. In einer von der CSU beantragten „Aktuellen Stunde" warf CSU-Fraktionschef Gerold Tandler der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der SPD vor, sie wollten „unter dem Mäntelchen des Friedens" Unfrieden in die Schulen tragen, die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik weiter unterminieren und demokratische westliche Politiker diffamieren.

Als glatten Verstoß gegen das bayerische Bildungsziel der Völkerverständigung wertete Kultusminister Hans Maier die Aufforderung der GEW an die Lehrer, mit ihren Schülern Reden von Hitler und Reagan am Beispiel Frieden zu vergleichen. „Es ist eine Ungeheuerlichkeit, die Friedensheuchelei Hitlers mit dem amerikanischen Friedenswillen gleichzusetzen", meinte der Minister. Nachdem sich die SPD von den GEW-Aktivitäten nicht distanzierte, müsse man fragen, wie sie es mit der Verteidigungsbereitschaft halte.

In der von Tumulten gekennzeichneten Debatte versuchte der SPD-Landtagsabgeordnete und bayerische GEW-Vorsitzende Peter Kurz die Friedensdiskussion als eine „historische Herausforderung an die pädagogische Verantwortung aller Lehrer und Erzieher" darzustellen. Es sei eine patriotische Pflicht, vor einem Militärkonzept zu warnen, „das unsere Heimat zur Abschußrampe und zur Zielscheibe von Atomraketen umfunktioniert".

Die Empfehlungen der GEW für Aktivitäten an den Schulen aus Anlaß des heutigen „Widerstandstages" sind auch in den übrigen Ländern auf Kritik der Kultusminister gestoßen. Berlins Schulsenatorin Laurien warf der GEW vor, sie mache sich der „Anleitung von Lehrern zum Amtsmißbrauch" schuldig. Auch in Stuttgart hieß es, der Schulfriede werde gestört.

Nordrhein-Westfalens Kultusminister Girgensohn überraschte vor einigen Wochen mit einem Rundschreiben, in dem er den Schulleitern untersagte, für den sogenannten „Friedenstag" – wie von der GEW gefordert – schulfrei zu geben. Nun scheint Girgensohn, wohl auf massiven Druck der GEW, einen Rückzieher gemacht zu haben. In einem vertraulichen Schreiben an die Schulräte heißt es, auf mögliche Protestaktionen in den Schulen sei „flexibel und situationsgerecht" zu reagieren. Im Einzelfall „könnte die Schule durchaus Beurlaubungen aussprechen, wenn zum Beispiel ein Schüler als Redner eingesetzt ist". Spontane Äußerungen von Schülern während der Pausen könnten „als Ausdruck der Meinungsäußerung hingenommen werden".

Die Fronten haben sich eher noch verhärtet

Befürworter und Gegner der Volkszählung in Karlsruhe

XING-HU KUO, Karlsruhe

Zwischen der Bundesregierung und den Datenschutzbeauftragten von sieben Bundesländern ist es gestern vor dem Bundesverfassungsgericht zu kontroversen Auffassungen zum Volkszählungsgesetz vom 25. März 1982 gekommen. Vor dem höchsten Gericht in Karlsruhe wurde am zweiten und letzten mündlichen Verhandlungstag deutlich, daß sich die Standpunkte der Gegner und Befürworter in Sachen Volkszählung eher noch verhärtet haben. Das BVG hatte im Frühjahr dieses Jahres durch eine einstweilige Anordnung die Durchführung der bundesweiten Volkszählung am 27. April 1983 auf Grund von Verfassungsbeschwerden zunächst ausgesetzt.

Unter Vorsitz von BVG-Präsident Professor Ernst Benda, der Ende dieses Jahres nach zwölfjähriger Amtszeit in den Ruhestand geht, trugen die Datenschutzbeauftragten ihre Bedenken gegen dieses einst von allen Parteien verabschiedete Gesetz vor. Gleichzeitig wurde ein ganzer Katalog von Verbesserungsvorschlägen seitens der Datenschützer vorgetragen. Der Vertreter der Bundesregierung, Professor Badura, wies die Kritik am Volkszählungsgesetz nachdrücklich zurück.

Die baden-württembergische Datenschutzbeauftragte Frau Leutze warnte vor einer „realen Gefahr einer Totalregistrierung der Bürger", wenn das Volkszählungsgesetz in seiner jetzigen Fassung verwirklicht werde. Wie ihre Amtskollegen vertrat auch Frau Leutze die Auffassung, daß durch die rasante Entwicklung der neuen Technologien eine heutige Volkszählung nicht mehr mit früheren Erhebungen verglichen werden könne, da der Bürger weitestgehend in Computern verschiedenster Art gespeichert sei. Im Gegensatz zu vergangenen Jahren sei es gegenwärtig ein „Kinderspiel", so Frau Leutze weiter, Datensysteme miteinander zu verbinden und Informationen aller Art auszutauschen. Ein Hauptangriffspunkt bildete der Paragraph 9 des Volkszählungsgesetzes. Er schreibt vor, an welche Empfänger und zu welchen Zwecken die statistischen Ämter Daten aus der Volkszählung weiterleiten dürfen.

Übereinstimmend forderten die Datenschützer, in einem neuen Volkszählungsgesetz die Trennung zwischen Statistik und Verwaltung klarer abzugrenzen und zu bestimmen. Die Daten müßten durch eine klare Zweckbestimmung vor mißbräuchlicher Verwendung und Übermittlung geschützt werden. Auch die Anonymität der Volkszählungsdaten müsse künftig besser gesichert werden.

Bremens Datenschutzbeauftragter Büllesbach erklärte hierzu, durch die Zweckentfremdung von Daten könnten diese beispielsweise einen „anderen Sinn erfahren, wenn sie in ein anderes Umfeld gesetzt werden". Die Übermitthung von solchen Informationen sei deshalb eine „besondere Gefahr" für den individuellen Persönlichkeitsschutz. Auch Hamburgs Datenschutzbeauftragter Schapper bemängelte die „fehlende Präzision" des Paragraphen 9. Er schlug unter anderem vor, die Bürger künftig besser über deren Rechte aufzuklären. Der Bürger sollte auch das Recht bekommen, den Fragebogen direkt an die erhebende Dienststelle zu übergeben, so daß der Zähler keinen Einblick in die Angaben bekommen könne.

Professor Badura erwiderte, wie auch die Beschwerdeführer hätten die Datenschutzbeauftragten eine „große Phantasie" gezeigt. Jetzt müsse sich zeigen, wie weit die Solidarität reiche, die der Sozialstaat voraussetze, um seine Aufgaben erfüllen zu können. Auch die Statistik sei ein Spiegelbild der Staatsaufgaben. Man könne nicht den Leistungsstaat propagieren und ihm gleichzeitig die Möglichkeit verwehren, die Möglichkeiten zu schaffen, diese Aufgaben zu erfüllen.

Appell an die Vernunft

Bonns Polizeipräsident: Lage ist brisant

WERNER KAHL, Bonn

Nach den Krawallen in Bremerhaven und an anderen Orten während der „Aktionswoche der Friedensbewegung" rechnet die Polizei in der Bundeshauptstadt ebenfalls mit dem Auftreten militanter autonomer Gruppen. Die Situation vor geplanten Blockaden der Bundesministerien für Verteidigung und für wirtschaftliche Zusammenarbeit am Freitag sowie der Großdemonstration am Sonnabend („Volksversammlung") bezeichnete gestern Polizeipräsident Hans Wilhelm Fritsch als „brisant". Fritsch appellierte an die „Vernunft jener Kreise der Friedensbewegung", die für Blockaden werben und zugleich von der Polizei erwarten, daß sie auf jegliche Zwangsmittel verzichtet. Die Maßnahmen der Polizei hingen allein vom Verhalten der Demonstranten ab, betonte Fritsch. Es gebe die „klare Forderung" der Minister Manfred Wörner und Jürgen Warnke, die Funktionsfähigkeit ihrer Behörden zu gewährleisten.

„Ich habe große Zweifel, daß es der Friedensbewegung dient", so Fritsch, „wenn sogenannte gewaltfreie Blokkaden angekündigt werden, obwohl die Veranstalter genau wissen, daß die Polizei einschreiten muß und damit Gewalt seitens der Polizei vorprogrammiert wird." In der Bonner Innenstadt sind gestern erstmals Plakate von „Grünen" aufgetaucht, die das Auftreten des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt auf der „Volksversammlung" kritisieren. „Ohne Willy Brandt auf der Volksversammlung ist der Frieden alles", heißt es auf einem Transparent.

Auch am fünften Tag der von der „Friedensbewegung" ausgerufenen „Aktionswoche" gegen eine NATO-Nachrüstung war die verhältnismäßig schwache Resonanz der Bevölkerung auf die groß angekündigten Protestveranstaltungen spürbar. Vor der Westfalen-Hütte in Dortmund stellten sich Belegschaftsmitglieder zu einer vierundzwanzigstündigen Mahnwache auf.

SED rügt Gruß an Walesa „im Namen aller Deutschen"

DW. Berlin

Als „Unverschämtheit" hat die SED-Zeitung „Neues Deutschland" die Glückwünsche der Bundesregierung „im Namen aller Deutschen" an den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa zur Verleihung des Friedensnobelpreises bezeichnet. In einem Kommentar, in dem Walesa als „konterrevolutionärer Krakeeler" bezeichnet wird, schrieb die Zeitung gestern: „Man müßte es schon eine Übertreibung nennen, wenn der Glückwunsch namens aller Bundesbürger erfolgt wäre, denn selbst vielen von ihnen dürfte die Preisverleihung schwerlich zugesagt haben." Für die „DDR" zu sprechen aber fehle Bonn jegliche Kompetenz. Dazu genüge ein Blick in den Grundlagenvertrag.

Weiter heißt es: „Von dem Kanzlerglückwunsch versprach man sich in Bonn wohl eine Art Wiederbelebungseffekt für den verblaßten ‚Mattscheibenheld der westlichen Welt'. Das ist in der Tat nur als eine Provokation gegen das polnische Volk zu werten." Da Bonn den scharfen Protest Polens gegen diese Gratulation zurückgewiesen habe, stelle dies „einen weiteren unfreundlichen Akt" dar.

Kelly spricht auf Bonner Kundgebung

hey. Bonn

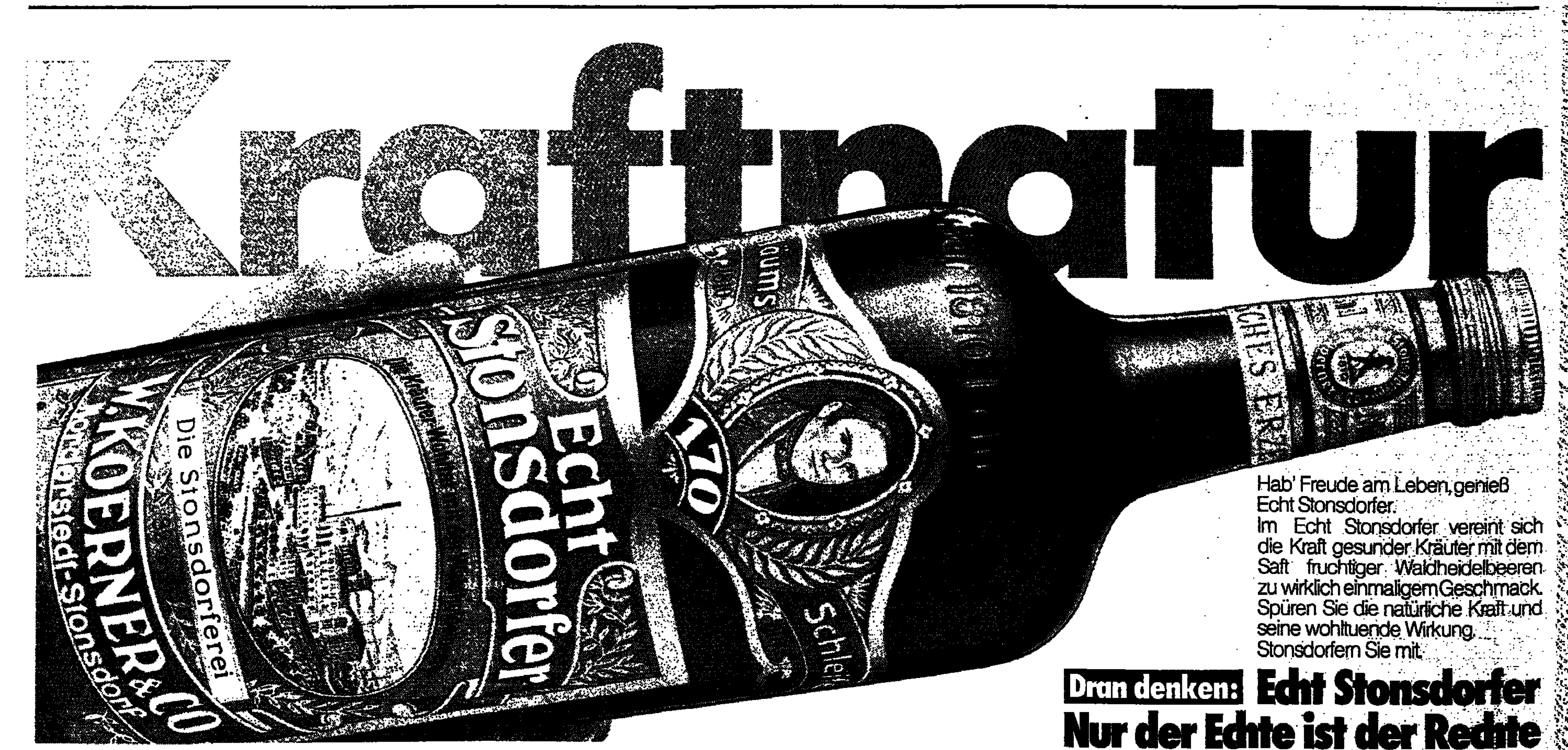
Die Grünen werden nun doch einen Redner zu der Großdemonstration gegen neue Mittelstreckenraketen am Samstag in Bonn schicken: Die Fraktionsführung einigte sich nach einem Gespräch mit dem Koordinierungsausschuß für die in dieser Woche stattfindenden Aktionen auf die Abgeordnete Petra Kelly. Sie setzte sich damit in Widerspruch zu Teilen des Bundesvorstands, die sich wegen des Auftritts von SPD-Chef Willy Brandt gegen die Mitwirkung eines bekannten Grünen gewandt hatten. Die Fraktionsspitze war dagegen der Auffassung, daß die „Friedensbewegung" selbst über Einladungen entscheiden könne.

Beamte standen früher auf als die Blockierer

AP, Köln

Die rund 600 Rüstungsgegner, die am Mittwochmorgen kurz nach sechs Uhr die Konrad-Adenauer-Kaserne am Kölner Militärring blockieren wollten, kamen zu spät. In den Gebäuden auf dem Gelände, wo das Heeresamt der Bundeswehr, die Leitung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) sowie das Heeresbeschaffungsamt untergebracht sind, herrschte um diese Zeit bereits reges Treiben. In einer mit dem Personalrat abgestimmten Aktion hatten die Behörden den Arbeitsbeginn kurzerhand auf 5.30 Uhr vorverlegt. Fast alle rund 1500 Beamten und Angestellten waren nach Angaben des Sprechers zu der frühen Stunde an ihren Arbeitsplätzen eingetroffen.

Die Demonstranten, deren Zahl bis zum frühen Morgen nach Schätzungen der Polizei auf etwa 900 anwuchs, besetzten drei Eingänge der Kaserne, während die Mitarbeiter der Bundeswehrämter ungestört ihrer gewohnten Arbeit nachgingen.



Athen geht eigene Wege

Abgrenzung zur Türkei hat Vorrang vor NATO-Bedürfnissen

AP/rtr, Athen

Griechenland wird in Zukunft die geografische Verteilung seiner Streitkräfte „nach den eigenen Sicherheitsbedürfnissen und nicht nach denjenigen der NATO" vornehmen. Wegen einer „Bedrohung Griechenlands in den vergangenen zehn Jahren" sollen die Streitkräfte zugleich verstärkt werden.

Mit dieser Ankündigung deutete der sozialistische Ministerpräsident Griechenlands, Papandreou, an, daß er den Gegensatz zwischen Griechenland und der Türkei über Territorialfragen in der Ägäis künftig in den Vordergrund seiner Verteidigungspolitik stellen werde. Ähnliche Äußerungen des Ministerpräsidenten waren bereits am 22. März dieses Jahres gefallen.

Getreu seiner in dieser Frage bisher vorsichtigen Politik versicherte Papandreou allerdings ausdrücklich, Griechenland und die Türkei hätten bisher jahrelang in Frieden miteinander gelebt und würden es auch künftig tun.

Im Einklang mit seinen Vorstellungen einer NATO-unabhängigen Politik lehnte Papandreou während der Rede vor Anhängern seiner PASOK-Partei die geplante Errichtung eines Kommandozentrums im zentralgriechischen Larissa ab. Im sogenannten „Rogers-Abkommen" anläßlich des Wiedereintritts Griechenlands in die NATO-Kommandostruktur im Jahre 1980 war vorgesehen, den Griechen von dort aus die Führung ihrer NATO-Kontingente zu ermöglichen, um ihnen die Rückkehr in das Ägäis-Hauptquartier im türkischen Izmir zu ersparen.

Papandreou bekräftigte ferner seine Entschlossenheit, die vier US-Stützpunkte auf griechischem Boden bis 1988 endgültig zu schließen.

Papandreou hatte bereits in den vergangenen Wochen wegen der Spannungen zwischen Athen und *Ankara die Teilnahme an einem NATO*-Manöver abgesagt und Schritte gegen amerikanische Manöver-Streitkräfte unternommen. Der *letzte* militärische Konflikt *zwischen den* beiden NATO-Partnern Griechenland und Türkei hatte 1974 in der Zypern-Frage gedroht.

Sein Name steht für offensive Marktwirtschaft

DW. Bonn

Der Kreis war illuster, das Gelände für einen Westpreußen fremd: „Ausgerechnet" in der Bayerischen Landesvertretung feierte man gestern den 75. Geburtstag von Heinz Pentzlin, den WELT-Lesern als Kolumnist seit Jahrzehnten vertraut, der Wissenschaft ein kritischer Begleiter und den Managern ein gesuchter Gesprächspartner.

Pentzlin, vor 75 Jahren in Westpreußen geboren, auf bayerischem Boden gepriesen? Professor Lothar Bossle, Präsident des Instituts für Demokratieforschung, das die Feier ausrichtete, erklärte denn auch die Affinität zwischen Bayern und Preußen: Die Bayern seien die verläßlichsten Preußen, wenn es um die Würdigung von Lebensleistungen gehe.

„Ketzer der sympathischen Art"

Pentzlin, dessen wirtschaftspolitische Kommentare Legion und dessen Bücher imponierend zahlreich sind, habe für die freie und soziale Marktwirtschaft stets „Perspektiven und Offensiven" eröffnet. Unter Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten biete Pentzlin die „Gewißheit eines guten Rates". Im übrigen, so fügte Bossle schmunzelnd hinzu, seien auch heute „viele Nordlichter hervorragende Beleuchtungskörper an bayerischen Universitäten geworden".

Den Dank von Redaktion und Verlag überreichte Herbert Kremp, Chefredakteur der WELT. Pentzlin sei als Nestor der Wirtschaftspublizisten nie ein bequemer Mann der Feder gewesen, sondern stets ein Chronist, der sich nicht mit dem Vordergründigen zufriedengab, den Blick aber auf jene Dinge lenkte, die von Würdenträgern bedachtsam im Hintergrund gehalten werden.

Kremp schilderte den journalistischen Weg des Jubilars, der 1934 als Auslandskorrespondent begann und *nach dem Kriege zur WELT führte.* 1954 sei Pentzlin Ressortleiter des Wirtschaftsteils der WELT geworden, zehn Jahre später dann in die Chefredaktion eingerückt. *1970* wird er in den Aufsichtsrat der Axel Springer Verlag AG berufen.

Die Faszination von Inflation und Geld, von Sozialstaat und Beschäftigung, Unternehmerwagnis und Entwicklungshilfe haben sich in zahlreichen Büchern niedergeschlagen. Pentzlin war nie mit den naheliegenden Erklärungen zufrieden gewesen. Pentzlin sei „ein bißchen Ketzer gewesen, freilich einer von der sympathischen Art", meinte Kremp.

„Er weiß, wovon er redet"

In seinen zahlreichen Beiträgen habe ihn stets die Sorge umgetrieben, daß eine überlegen-erfolgreiche Ordnung wie die Soziale Marktwirtschaft „unter die Räder von Ideologen kommt". Und es sei immer noch „das beste Kompliment, was Journalisten einem der ihren spenden können: Er weiß, wovon er redet".

Mit Professor Merk kam auch ein Nationalökonom zu Wort, der sich besonders von der klaren Sprache und den klaren Sätzen beeindruckt zeigte. Die Darstellungsart Pentzlins sei „leider in unserer Disziplin eine Ausnahme geworden".

Mit einer launigen Rede bedankte sich Pentzlin bei den Gästen aus Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und bei manchen Weggefährten, die nach Bonn fanden. Er erinnerte sich an den guten Corpsgeist, wie er früher unter den Auslandskorrespondenten herrschte, und daran, daß Leistungen stets nur im Verbund mit Gleichgesinnten zu bewirken seien.

Die Landsmannschaft Westpreußen verlieh Pentzlin den „Marienburg-Preis", ihren Kulturpreis für Dichtung und Publizistik. Der Jubilar dankte seinen Landsleuten und meinte, junge Generationen könnten wohl den Verlust heimatlicher Wurzeln heute nicht mehr so recht verstehen.

Von Gladstone stamme wohl das Wort, ein Politiker denke an die nächste Wahl, ein Staatsmann jedoch an *die nächste Generation. Der Wirt*schaftspublizist aktualisierte die Metapher: „Heute hat man mitunter den Eindruck, daß Politiker nicht einmal an die nächste Wahl denken, sondern nur an die nächste Meinungsumfrage."

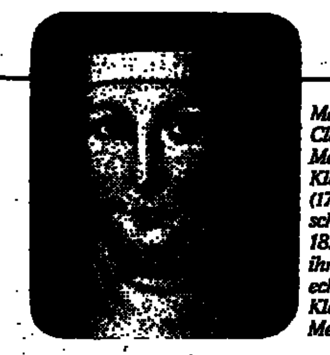
IG Druck: Forderungen zur Arbeitszeit

dpa, Nürnberg

Die 35-Stunden-Woche muß nach Auffassung des neugewählten Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Erwin Ferlemann, unter allen Umständen mit einem Rationalisierungsschutz gekoppelt werden. „Die Wochenarbeitszeit von 35 Stunden bringt uns nichts, wenn wir nicht parallel dazu in demselben Manteltarifvertrag die entsprechenden Schutzbestimmungen mit einbringen", erklärte er vor dem 13. Ordentlichen Gewerkschaftstag unter dem Beifall der Delegierten.

Ferlemann erwartet einen Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche im Bereich seiner Gewerkschaft und unterstrich, daß die IG Druck und Papier durchaus für die neuen Technologien sei, jedoch nur unter der Bedingung, daß das soziale Umfeld *stimme und die Entwicklung den* Beschäftigten zugute komme.

Mit Nachdruck warnte er im Hinblick auf die Nachrüstung davor, Friedens- statt Gewerkschaftspolitik zu betreiben. Ferlemann: „Da ziehen nämlich die Kollegen nicht mehr mit."

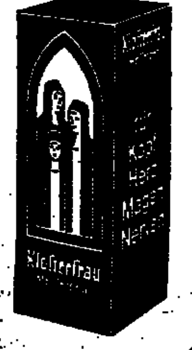


Maria Clementine Martin, Klosterfrau (1775–1843), schenkte uns 1826 den nach ihr benannten echten Klosterfrau Melissengeist.

Nie war er so wertvoll wie heute

Gerade in unserer hektischen Zeit ist natürliche Hilfe besonders wichtig.

Erproben Sie deshalb Klosterfrau Melissengeist – aber den echten mit den drei Nonnen.



Klosterfrau Melissengeist bei nervösen Störungen wie Kopfdruck, innere Unruhe, Abgespanntheit, Wetterfühligkeit, Erschöpfung, schlechter Schlaf, Streß. Nicht einnehmen bei Lebererkrankungen, Magen- und Darmgeschwüren. Klosterfrau, Köln.

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 08 579 104 aufgeben

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheibe (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietler; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Thema „Arbeitszeit"

Banken: Wer weniger arbeitet, sollte auch mit weniger Einkommen zufrieden sein



Selbständige erleben es täglich: Je mehr sie leisten, desto besser sind sie beschäftigt. Aber sie kennen auch die Kehrseite: Je weniger sie ihren Kunden für's Geld bieten, desto weniger Kunden haben sie.

Diese Erfahrung gilt nicht nur für den einzelnen Selbständigen, den Handwerksmeister etwa. Sie gilt für die Wirtschaft schlechthin und für alle, die beruflich weiterkommen wollen. Wer seine eigene oder die Entwicklung eines Betriebes vorantreiben will, wird kaum auf die Idee kommen, weniger zu leisten und für die gekürzte Leistung den ungekürzten Preis zu verlangen.

Wir Banken haben Verständnis dafür, wenn jemand mehr Freizeit und vorgezogene Pensionierung höher einschätzt als die volle Arbeitszeit und zugleich hofft, damit auch noch zur Milderung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Aber wir meinen, wer einen Teil seiner Arbeit anderen überlassen will, der muß ihnen dann auch gerechterweise den Lohnanteil überlassen.



Bundesverband deutscher Banken

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft: Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken.

Peking weist Gewerkschaften neue Aufgabe zu

AP/AFP, Peking

Mit einem Aufruf des chinesischen Staatspräsidenten Li Xiannian zur Unterstützung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist gestern in Peking der zehnte Nationalkongreß der chinesischen Gewerkschaften eröffnet worden. Die Gewerkschaften müßten sich die Vervierfachung der Wirtschaftsleistung bis zur Jahrhundertwende zum Ziel setzen, erklärte Li vor 1999 Delegierten. Der Präsident rief die Gewerkschaften zugleich auf, die angekündigte Säuberung der Partei von Linksabweichlern zu unterstützen.

Mehr als 73 Millionen Chinesen sind gewerkschaftlich organisiert. Die Arbeit der parteigelenkten Gewerkschaften konzentriert sich auf das Angebot spezieller Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote und die Sicherheit am Arbeitsplatz.

Scharfe Maßnahmen hat die chinesische Führung gegen Betriebsleiter angekündigt, deren Betriebe unrentabel arbeiten. Wie die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua meldet, wurden bereits in der Provinz Liaoning 148 Unternehmensleiter entlassen, weil ihre Firmen mit Verlust wirtschafteten. Diese Entlassungen hätten eine deutliche Produktivitätssteigerung bewirkt.

Die Verluste chinesischer Staatsunternehmen hatten in den vergangenen Jahren beträchtliche Ausmaße angenommen. Das Finanzministerium forderte daraufhin die Unternehmen ultimativ auf, ihre Defizite bis Ende des Jahres um ein Drittel zu verringern. Die Wirtschaftszeitung „Jingji Ribao" kritisierte das gängige System der Ernennung und Rotation von Unternehmensleitern, das nicht an ihre Leistung geknüpft sei.

„Stern" bald wieder in Ost-Berlin?

rtr, Hamburg

Das im Januar geschlossene Büro der Illustrierten „Stern" in Ost-Berlin kann seine Arbeit bald wiederaufnehmen. Es gebe ein Angebot, das Büro „sobald wie möglich" zu besetzen, erklärte ein Redaktionssprecher. Einzige Vorbedingung sei, daß der frühere Ostberliner Korrespondent, Dieter Bub, nicht mehr zurückkehre. Für ihn gehe der bisherige Bonner Korrespondent, Peter Pragal, nach Ost-Berlin. Bub war am 12. Januar ausgewiesen worden, nachdem der „Stern" über einen angeblichen Anschlag auf SED-Chef Erich Honecker berichtet hatte.

Bonn lehnt „alternative" Verteidigungskonzepte ab

„Risiko des Angreifers darf nicht kalkulierbar sein"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Bundesregierung hat allen sogenannten alternativen Verteidigungskonzepten, die nach einer Änderung der gültigen Strategie der NATO streben und Atomwaffen durch konventionelle Waffen ablösen wollen, eine eindeutige Absage erteilt. Eine Stellungnahme zu dieser Problematik liegt seit gestern allen Abgeordneten des Bundestages vor und wird in der kommenden Woche in einer öffentlichen Anhörung des Verteidigungsausschusses zu Strategiefragen eine entscheidende Rolle spielen.

In der Stellungnahme wird die NATO-Strategie so begründet: „Abschreckung zielt auf die Beeinflussung des politischen Willens des Gegners. Dabei ist die enge Verknüpfung von Schadensandrohung und Risikokalkül von besonderer Bedeutung. Nicht nur die Gewißheit eines politischen Aggressors, daß er auf einen zur Verteidigung fähigen und entschlossenen Gegner trifft, sondern auch die Ungewißheit des Angreifers über die Art und Weise unserer Reaktion und damit über Konfliktverlauf und -ausgang bewirken Abschreckung." An anderer Stelle heißt es ergänzend, „glaubwürdige Abschreckung gegenüber dem auch nuklear hochgerüsteten Warschauer Pakt kann durch konventionelle Kräfte und Mittel allein nicht sichergestellt werden."

Diese klaren Aussagen sind eine eindeutige Ablehnung von Verteidigungsvorstellungen, wie sie unter den Stichworten „Raumverteidigung", „rein konventionelle Verteidigung", oder auch „defensive Verteidigung" in Kreisen der SPD, vor allem aber von den Grünen favorisiert werden. Die Anhörung vor dem Verteidigungsausschuß dient insbesondere einer Bewertung „alternativer Verteidigungskonzepte". In allen wird angeraten, auf den Einsatz von Atomwaffen zu verzichten.

Zu dieser Vorstellung heißt es: „Ein Verzicht auf die Option des selektiven Ersteinsatzes von Nuklearwaffen hätte schwerwiegende Folgen: Der Aggressor könnte sich von dem Risiko befreit glauben, mit der vorbedachten nuklearen Eskalation und damit mit dem eigenen Existenzrisiko konfrontiert zu werden. Selbst bei einem konventionellen Großangriff auf das gesamte europäische NATO-Territorium könnte der Angreifer annehmen, daß sein Territorium dann ein Sanktuarium (Heiligtum, d. Red.) bleibt, solange er selbst nicht zu Nuklearwaffen greift. Damit würde das Risiko in den Augen des Angreifers kalkulierbarer und begrenzter werden mit der Folge, daß ein ausschließlich konventioneller Krieg in Europa wieder möglich und vermutlich wahrscheinlicher würde."

Den Verfechtern einer „Raumverteidigung" anstelle des gültigen militärstrategischen Prinzips der „Vorneverteidigung" in Mitteleuropa wird vorgehalten, sie unterschätzten eindeutig die Folgen eines konventionellen Krieges. Sie seien bereit, Teile der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bevölkerung „zum Zwecke eines zweifelhaften Zeitgewinns aufzugeben". Sie übersähen, daß der Teil der Bundesrepublik, der in einem mit konventionellen Waffen geführten Gefecht aufgegeben und zurückerobert, also raumverteidigt würde, „ein hohes Maß an Leiden für die Zivilbevölkerung und an Zerstörung der Infrastruktur aufweisen wird". Auf keinen Fall wäre Raumverteidigung, wie ihre Verfechter behaupten, mit „Billigwaffen und Billigstreitkräften" zu realisieren. Raumverteidigung sei eher eine Strategie zur Kriegführung anstelle zur Kriegverhinderung.

Ähnlich kritisch äußert sich die Bundesregierung zu Vorstellungen über eine rein konventionelle Verteidigung. Nur konventionell ausgerüstete Streitkräfte aufzustellen wäre „extrem kostspielig". Das würde das „ohnehin vorhandene sowjetische Übergewicht im konventionellen Bereich" weiter wachsen lassen und die Bundesrepublik Deutschland wegen der nötigen Größe und Präsenz der Verteidigungskräfte in ein „riesiges Heerlager" verwandeln. Schließlich würde eine rein konventionelle Verteidigung die Gefahr in sich bergen, „daß der Verbund der konventionellen und nuklearen Kräfte gesprengt und das nuklearstrategische Potential der USA von Europa abgekoppelt werden könnte".

Zu „defensiven" Streitkräften heißt es, ob Waffen offensiv oder defensiv sind, entscheide weniger ihre Technik und Wirkung als vielmehr die Absicht, mit der sie eingesetzt werden. Die zahlenmäßige Überlegenheit der Streitkräfte des Warschauer Paktes und ihr Vorteil, bei einer Aggression Raum, Zeit und Schwerpunkt des Angriffs bestimmen zu können, müsse durch eine bewegliche Operationsführung des Verteidigers ausgeglichen werden.

Hessen: Neuer Etatentwurf vorgelegt

dpa, Wiesbaden

Der hessische Finanzminister Heribert Reitz (SPD) hat einen vom Kabinett beschlossenen neuen Etatentwurf für das Haushaltsjahr 1983 vorgelegt, der noch im Lauf der Woche den vier Fraktionen des am 25. September gewählten Landtags zugeleitet werden soll. Mit der Vorlage will die geschäftsführende hessische Landesregierung die Voraussetzungen für die baldige Beratung und Verabschiedung eines ordentlichen Haushaltsplans schaffen, nachdem der erste Regierungsentwurf für den Etat 1983 im alten Landtag von CDU und Grünen abgelehnt worden war.

Reitz sagte, jetzt sei es Sache des Verfassungsorgans Landtag, dem Land Hessen auf dieser Grundlage endlich einen ordentlichen Haushalt zu geben. Dabei könne das Parlament „selbstverständlich auch eigene Akzente setzen" und den Etatentwurf „nach eigenem Geschmack verändern". Der Finanzminister wies allerdings darauf hin, daß bereits 96 Prozent der im ersten Entwurf vorgesehenen Ausgaben in Höhe von 20,6 Milliarden Mark ausgegeben worden seien. Mit einem Volumen von 20,6 Milliarden Mark schließt auch der neue Entwurf für den Etat 1983 ab. Nach Vorschaltgesetz, Ausbildungsplatzgesetz und vorläufiger Haushaltsführung stehen nur noch rund 1,1 Milliarden Mark zur Entscheidung des Landesparlaments an.

Die CDU im hessischen Landtag bleibt bei ihrer Auffassung, daß zunächst eine ordentliche Landesregierung gebildet werden muß, um eine sichere Grundlage für die Haushaltsgesetzgebung für die Jahre 1983 und 1984 zu gewährleisten.

Arafat-Hilferuf an die Sowjets

AFP, Beirut

Yassir Arafat hat angesichts der wachsenden Revolte prosyrischer Kräfte in der PLO den Kreml um Hilfe gebeten. In einer Botschaft, die Arafat zum Jahrestag der Oktoberrevolution an Andropow richtete, drückte der PLO-Chef die „dringende Hoffnung" aus, daß die UdSSR „der PLO und dem palästinensischen Volk jede Unterstützung gewährt, damit sie ihre derzeit kritische Etappe überwinden können". „Imperialistische Kräfte" wollten die Palästinenser „um die von der PLO erkämpften Früchte bringen".

Bis zuletzt Tauziehen um Versöhnungskonferenz

Ohne Dschumblatt gibt es keinen Frieden für Libanon

Von PETER M. RANKE

Nach dem Willen des libanesischen Präsidenten Amin Gemayel soll die „Versöhnungskonferenz" der libanesischen Konfliktparteien heute um elf Uhr im Flughafengebäude von Beirut beginnen. Die Friedenstruppen der amerikanischen Marines, der Franzosen, Italiener und Briten wurden um Schutz gebeten. Pro-syrische Politiker wie Kerame und Frandschieh aus Nordlibanon sowie eine syrische und saudische Delegation sollen mit Hubschraubern und Düsenjets anreisen.

Noch gestern war es allerdings nicht völlig sicher, ob die Konferenz würde stattfinden können. Denn der Drusen-Chef Walid Dschumblatt lehnte – nach Rücksprache mit Damaskus – den Tagungsort aus „Sicherheitsgründen" ab. Aus politischen Gründen will er nicht unter dem Schutz der alliierten Friedenstruppe tagen, ebensowenig die syrische Beobachter-Delegation. Wenn aber Dschumblatt nicht kommt, ist die „Versöhnungskonferenz" praktisch schon vor Beginn gescheitert.

Um nicht den Waffenstillstand vom 26. September vollends zu gefährden, der fast täglich durch Beschießung der US-Stellungen oder der Armee-Positionen in Souk el Gharb ohnehin gebrochen wird, will Präsident Gemayel jedoch eine weitere Vertagung der Konferenz nicht zulassen; er würde notfalls erst einmal ohne die Drusenpartei Dschumblatts beginnen. Ein anderer Drusen-Politiker, Feisal Arslan von den Yasbeki-Drusen, hat sein Erscheinen zugesagt. Präsident Gemayel will jetzt klarstellen, wer die Versöhnung blockiert.

Wenn Dschumblatt nicht erscheint, dann droht die Gefahr, daß seine Drusen-Miliz von den Bergen aus den Flugplatz unter Feuer nimmt und daß mit der Konferenz auch der Waffenstillstand endgültig zusammenbricht. In den letzten Tagen hatten Heckenschützen einer pro-iranischen Schiiten-Miliz, nicht die „Amal", von einem Slumviertel aus stundenlang amerikanische Positionen unter Feuer genommen, so daß auch die Straße zum Flughafen zeitweise blockiert war. Auch diese Gefahr droht der Konferenz auf dem Flugplatz.

Die „Versöhnungskonferenz" war nach saudischer und amerikanischer Vermittlung im Waffenstillstandsabkommen vom 25. September als Hauptpunkt für die Beendigung der dreiwöchigen Kämpfe im Schuf vereinbart worden. Als Tagungsort waren Dschidda in Saudi-Arabien oder der Präsidenten-Palast in Baabda in Aussicht genommen worden, doch lehnten die Syrer wie Dschumblatt beides ab. Der Drusenchef stellte ebenso wie die Regierung in Damaskus und die pro-syrische Opposition um Frandschieh und Kerame in Tripoli die Bedingung, daß vor einer wirklichen Aussöhnung die allierte Friedenstruppe Beirut verlassen müsse und das libanesische Abkommen mit Israel vom 17. Mai annulliert werde.

Die Verzögerungsmanöver der prosyrischen Opposition und der syrischen Regierung lassen erkennen, daß diese Gruppierung nicht an Versöhnung durch Verhandlungen und Kompromisse denkt, sondern nach der Auffüllung der Munitionsbestände den Krieg um Beirut fortsetzen will. Dschumblatt hat bereits erklärt, der Krieg gehe weiter, wenn die „Versöhnungskonferenz" nicht eine den Drusen genehme „Neue Ordnung" in Libanon bringe und nicht die syrischen Sicherheitsinteressen berücksichtige.

Präsident Gemayel hat nicht zuletzt unter saudischem und amerikanischem Druck in der Frage des Tagungsortes immer wieder Zugeständnisse gemacht, um die Konferenzidee zu retten. Er hat bisher aber auch nicht erreicht, daß Italiener und Griechen ihm rund 800 Mann zur Überwachung des prekären Waffenstillstandes schicken. Dabei gibt es nicht nur eine sechstausend Mann starke UNO-Truppe in Südlibanon, sondern in Beirut seit 1949 auch die UNTSO (Unites Nations Truce Supervision Organisation), die den damaligen Waffenstillstand mit Israel überwacht. Die UNTSO wird von den Libanesen abfällig nur „United Nations Tourist and Sightseeing Organisation" genannt.

Wenn die Drusen Dschumblatts und die Syrer nicht zur „Versöhnungskonferenz" kommen, bleibt noch die Aussprache unter den christlichen Politikern, den gemäßigten Schiiten und Sunniten über eine neue Koexistenz im libanesischen Staatsverband und eine Neuverteilung der Macht. Doch ohne die Drusen wird die moslemische Gruppierung keine Entscheidungen treffen. So bleibt abzuwarten, wie viele der zwölf eingeladenen Politiker heute erscheinen werden. (SAD)

„Prawda"-Chef zu Drohungen an die USA

rtr, Moskau

Die Sowjetunion wird nach den Worten des Chefredakteurs der Parteizeitung „Prawda", Viktor Afanasjew, nach einer Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Europa möglicherweise die Zahl ihrer vor den USA kreuzenden Atom-U-Boote erhöhen. In einem von der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo verbreiteten Interview schloß Afanasjew eine Stationierung sowjetischer Raketen in Kuba aus.

Die Stationierung der US-Waffen könnte zu einer Aussetzung der Genfer Abrüstungsverhandlungen führen, doch müßten die Gespräche irgendwann fortgesetzt werden, da Verhandlungen die einzige Hoffnung für eine Lösung des Problems seien. Unter Bezug auf die jüngsten Unterredungen des sowjetischen Außenministers Gromyko mit Bundesaußenminister Genscher sagte der Chefredakteur, Gromyko habe eine mögliche Aussetzung nicht erwähnt.

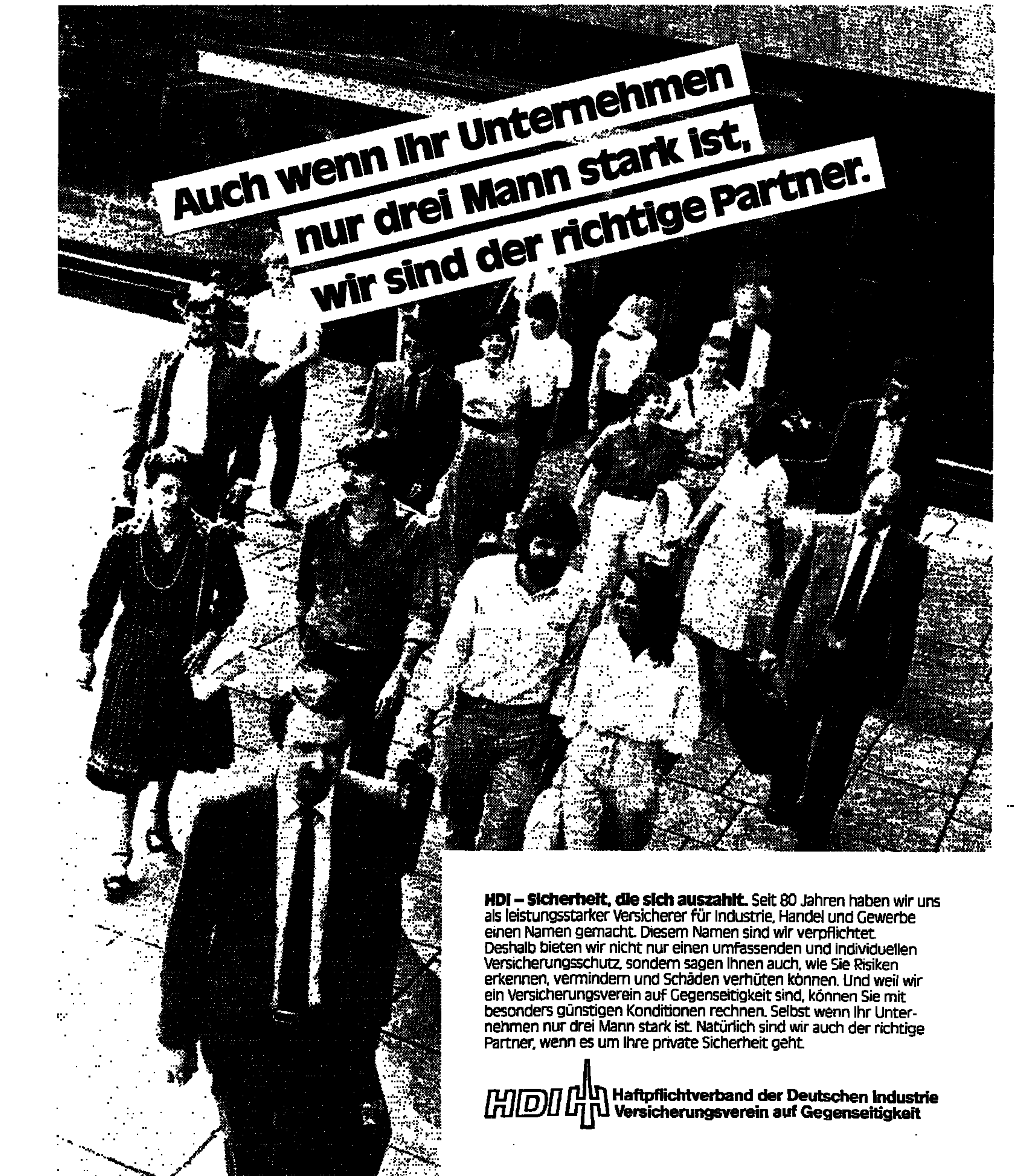
Seoul verhaftet „Spione Nordkoreas"

dpa, Seoul

Mit der Bekanntgabe der Verhaftung von zwölf Menschen wegen „Spionage" für Nordkorea will die südkoreanische Regierung offensichtlich die Wachsamkeit der Bevölkerung gegenüber dem kommunistischen Norden stärken. Die Regierung in Seoul beschuldigt Pjöngjang, das Bombenattentat in Rangun inszeniert zu haben, bei dem 17 führende südkoreanische Politiker ums Leben kamen.

Die konspirativen Aktivitäten der Verhafteten wurden nach Angaben des für die innere Sicherheit zuständigen Armeekommandos bei einer Untersuchung von nordkoreanischen Sabotagemanövern gegen die Jahrestagung der Interparlamentarischen Union (IPU) aufgedeckt, die Anfang des Monats in Seoul stattgefunden hatte.

Unter den Verhafteten sind drei Südkoreaner im Alter zwischen 27 und 32 Jahren, die ihren ständigen Wohnsitz in Japan haben. Nach Angaben der Sicherheitsbehörden soll einer von ihnen 1973 zur Agentenausbildung in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang gewesen sein. Später soll er von Japan aus einen Spionagering geleitet und südkoreanische Studenten mit der Auskundschaftung von Militär- und Polizeieinrichtungen beauftragt haben.



Operation Sugar: Im stummen Flug heimlich nach dem Nahen Osten

Wie die fünf französischen Super-Etendards in den Irak gelangten

Von WALTER H. RUEB

Wo sind die fünf Kampfflugzeuge vom Typ Super-Etendard, die Frankreich Irak zu liefern versprach? Paris und Bagdad bestreiten nach wie vor eine Lieferung. In Bagdad soll Staatspräsident Saddam Hussein Frankreich sogar mit Repressalien gedroht haben für den Fall, daß es die versprochenen Super-Etendards nicht liefert.

In einer groß aufgemachten Exklusiv-Reportage berichtete jetzt Reporter Jean-François Crozier von „France Soir", der größten Zeitung Frankreichs, über die „Operation Sugar", die kürzlich zwischen Frankreich und Irak ablief und nichts anderes war als der streng geheimgehaltene Flug der umstrittenen Flugzeuge quer durch Europa zum irakischen Luftwaffen-Stützpunkt Qyararah.

Nach Croziers Schilderungen ging der sensationelle Flug wie folgt vonstatten: Am Freitag, dem 7. Oktober, starteten auf dem Marine- und Luftwaffenstützpunkt von Landivisiau in der Normandie sieben Etendards ohne Kennzeichen. In den Cockpits saßen Offiziere der französischen Luftwaffe. In einer Höhe von 3000 Metern bildeten die Flugzeuge eine Formation, zusammen mit einem Zivilflugzeug voller abmontierter Etendard-Teile. Das Zivilflugzeug übernahm logistische Aufgaben und den Funkverkehr mit den französischen Bodenstationen. Die Etendards selbst mußten stumm bleiben.

Durch einen der Armee reservierten Luftkorridor ging es nach Süden, hinter einem weiteren Zivilflugzeug her, dessen Besatzung auf den ausgewählten Landestationen Vorbereitungen für das diskrete Zwischenlanden und Auftanken der Kampfflugzeuge erledigen mußte.

Um 17 Uhr setzten die Etendards in Cazaux im Departement Gironde unweit der französisch-spanischen Grenze auf, im Verlauf des Abends schließlich bei Solenzara im Süden von Korsika. Hier war für zwei der sieben Etendards sowie für eines der beiden Zivilflugzeuge Endstation. Die beiden zusätzlichen Etendards waren lediglich für den Fall einer Panne mitgeflogen.

Mitten in der Nacht wurde schließlich die griechische Militärbasis Tanagra unweit Athens erreicht. Von dort ging es am frühen Samstagmorgen weiter zum türkischen NATO-Flugplatz bei Ankara. Hier gab es erstmals Probleme. „Der Flugplan sah ursprünglich vor, auf Nordkurs in Richtung Irak zu fliegen", schreibt Crozier. „Die Behörden der Türkei machten jedoch darauf aufmerksam, daß die französischen Flugzeuge dabei vom sowjetischen Radar mit großer Reichweite erfaßt werden könnten. Sie schlugen deshalb eine sicherere Flugroute vor, mehr im Süden. Dem wurde sofort zugestimmt."

Nach dem Passieren der türkisch-irakischen Grenze überflogen die Etendards das militärische Sperrgebiet bei Mossul und landeten am späten Samstagabend auf der Airbase von Qyararah, im äußersten Norden Iraks. Der dortige Luftwaffenstützpunkt ist der wichtigste des Landes und so geheim, daß er auf keiner aeronautischen Karte eingetragen ist. Die Etendards wurden nach der Landung sofort in Hangars gerollt.

Noch vor dem Morgengrauen flogen die französischen Piloten in dem Zivilflugzeug auf dem gleichen Weg wie beim Hinflug in die Heimat zurück. Am Nachmittag des Sonntags landete die Maschine am Ausgangspunkt der „Operation Sugar" in Landivisiau. Crozier: „Die Piloten haben ihre Arbeit getan, jetzt ist es an den Politikern, die Szene zu betreten. Sagen wir es offen: Seither lügen alle."

Nordkorea stützt linke Regierungen

Militärausbilder in Afrika im Einsatz / Opposition soll eingeschüchtert werden

Von MANFRED NEUBER

Das kommunistische Nordkorea dehnt seine Militärhilfe für afrikanische Staaten auf jene benachbarten Inseln aus: In jüngster Zeit sind nordkoreanische Ausbilder auch auf Malta und auf den Seychellen im Einsatz.

Maltas konservativer Oppositionsführer Fenech Adami hat jetzt die Regierung in La Valletta zur Stellungnahme aufgefordert, ob ein Geheimabkommen mit Pjöngjang besteht. Ministerpräsident Dom Mintoff und die Staatspräsidentin Agatha Barbara reisten vor Monaten zu getrennten Besuchen nach Nordkorea.

Instrukteure aus Fernost bilden derzeit Sondereinheiten der Armee und der Polizei auf Malta zur Niederschlagung öffentlichen Aufruhrs aus. Einige treue Gefolgsleute des Sozialisten Mintoff wurden zur besonderen Schulung nach Nordkorea entsandt. Der Ministerpräsident hat dem Polizeichef Pullicino Sondervollmachten zur Sicherung seines Regimes übertragen. Nach Angaben westlicher Diplomaten sind die nordkoreanischen Militärberater in einem früheren Camp der britischen Royal Marines stationiert.

Nach einer Kabinettsumbildung im September hatte Mintoff seinen Amtssitz völlig überraschend aus La Valletta in eine Kaserne nahe dem Flugplatz Luqa verlegt.

Auf den Seychellen haben etwa 55 Nordkoreaner vor wenigen Monaten die Militärberater aus Tansania ersetzt. Die Afrikaner sollen bei einer Meuterei in den Streitkräften der Seychellen vor Jahresfrist ungeschickt reagiert haben. Damals starben mindestens neun Personen. Major James Michel, Chef des Stabes, erklärte: „In Kürze werden wir eine der am besten ausgebildeten Truppen im Indischen Ozean haben. Diese Aufgabe werden die Nordkoreaner übernehmen, die zu den diszipliniertesten Völkern der Erde zählen."

Von Burundi bis Zimbabwe haben mehr als ein Dutzend afrikanischer Länder nordkoreanische Militärausbilder in den vergangenen zehn Jahren angefordert. Nach Schätzungen westlicher Beobachter wurden 3800 Soldaten aus afrikanischen Staaten in Nordkorea geschult, und Pjöngjang entsandte verschieden große Kontingente nach dem Schwarzen Erdteil, so zwanzig Ausbilder nach Libyen und zeitweise 200 nach Sambia. In Uganda sollen die Nordkoreaner in Kämpfe mit Aufständischen verwickelt worden sein, die im August 1982 den Tod von zwei nordkoreanischen Offizieren nördlich von Kampala meldeten.

Weltweite Aufmerksamkeit fand das Auftreten der Nordkoreaner in Zimbabwe, wo 160 Instrukteure die 5000 Mann starke Fünfte Brigade ausgebildet haben. Sie dient als Prätorianer-Garde für Ministerpräsident Robert Mugabe. Die Fünfte Brigade wird auch als schlagkräftige Truppe in Stammeskonflikten gegen Anhänger des Oppositionspolitikers Joshua Nkomo eingesetzt.

Aus dem neuen Buch des russischen Bürgerrechtlers Wladimir Bukowski / Über Demokratie und den Fetisch, „links" zu sein

„Ich war in Hunderten von Häusern und sah fast nirgends Bücher"

Über die Unterschiede zwischen Ost und West schreibt Wladimir Bukowski in seinem neuen Buch nach über fünfjährigem Aufenthalt im Westen. Allgemeine, fast zufällig gemachte Beobachtungen verdichten sich nun zum Grundsätzlichen. Bukowski vergleicht und überprüft den Stellenwert der politischen Traditionen. Er beklagt die Unschärfe des historischen Gedächtnisses im Westen.

Von WLADIMIR BUKOWSKI

Das Recht, für seine Interessen, seine Prinzipien zu kämpfen, ist das wesentliche Element der Demokratie. Ungerechtigkeit und Unterdrückung können in jeder Gesellschaft vorkommen, doch nur in der Demokratie kann einen niemand hindern, gegen sie zu kämpfen.

Man verfasse Appelle, klebe Plakate an, halte Demonstrationen ab, suche Gleichgesinnte (und man wird sie finden), man wende sich an die Zeitungen (und sie werden einem Platz geben, wenn auch vielleicht nur aus Interesse an der Neuigkeit), man wende sich an berühmte Persönlichkeiten (und eine von zehn wird bereit sein zu helfen), man übe Druck auf die Politiker aus (und wenigstens einer wird sich der Kampagne anschließen, weil er Wählerstimmen benötigt). Der gesamte Mechanismus der Demokratie unterstützt den Kämpfer, spornt ihn sogar an, Lärm zu schlagen und Forderungen zu stellen.

In Wirklichkeit ist das Ergebnis stets mehr oder weniger das gleiche, welche Torheit man auch verteidigt, welche alberne Forderungen man auch erhebt. Der Mechanismus der Demokratie ist neutral, er kann nicht selektiv funktionieren. Für ihn sind nur zwei Faktoren wichtig: das Problem und die Forderung.

Demonstration und Petitionen richten nichts mehr aus – es gibt Zehntausende von ihnen –, deshalb muß die ‚unterdrückte' Minderheit, wenn sie genug Energie hat, zu effektvolleren Methoden greifen, zum Beispiel zur Geiselnahme oder zur Explosion von Bomben in Gaststätten.

Ich weiß, daß noch viele „Reaktionäre" bei dem Wort „Geiseln" die Nase rümpfen, dabei ist diese Methode seit langem anerkannt. Sie wird nicht nur von Extremisten praktiziert, sondern auch vollkommen respektable Gewerkschaften nehmen Geiseln, zum Beispiel die Kinder in britischen Krankenhäusern oder Zehntausende ebensolcher Arbeiter und Angestellten wie sie, die nach Frankreich in Urlaub gefahren sind: Wenn man gründlicher darüber nachdenkt, ist jeder umfassende Streik in unserer Zeit auch eine Geiselnahme. Dem Reisenden ist gleichgültig, ob Terroristen sein Flugzeug entführen oder ob streikende Fluglotsen es zurückhalten: Die einen wie die anderen erpressen Geld von jemandem, den zu kennen sie nicht die Ehre haben.

Erstaunlich, nicht wahr, wie leicht sich „Unterdrückte" in „Unterdrükker", Ausgebeutete in Ausbeuter verwandeln? Art Buchwald schrieb einmal ein sehr interessantes Feuilleton darüber, daß es bei den jetzigen „positiven Diskriminierungen" in der Industrie am schwersten geworden ist, einen Arbeitsplatz für einen jungen, weißen, gesunden Mann zu finden, der keine Vorstrafen oder Drogenprobleme hat. Der Unternehmer erhält von der Regierung keine Prämie, wenn er einen solchen Arbeiter anstellt. Das ist kein Witz, denn schon werden Prozesse über die Diskriminierung von Weißen geführt. Und die Gewerkschaften? Während sie gestern noch das Recht zu ihrer Gründung erobern mußten, machen sie heute diejenigen arbeitslos, die sich ihnen nicht anschließen wollen. Das Streikrecht ist kaum durchgesetzt, und schon beklagen sich Tausende von Briten bei ihren Parlamentsmitgliedern, weil sie sich ohne geheime Abstimmung fürchten, einen der vielen Streiks abzulehnen. Über den Terror politischer Minderheiten brauche ich nichts hinzuzufügen; er wird ganz offen abgehalten und zielt häufig auf die Zerstörung der Demokratie.

Immer wieder Terror

Einen Moment. Das alles klingt gefährlich vertraut: Terror einer Minderheit gegen die Mehrheit, Zensur, Zwangsmitgliedschaft in den Gewerkschaften und gleichzeitig in politischen Organisationen (die Stimmen der Gewerkschaftsmitglieder werden zum Beispiel in Großbritannien und Schweden automatisch der sozialistischen Partei zugerechnet). Das ist doch unsere prächtige Sowjetunion in all ihrem Glanz. Nur hat bei uns eine terroristische Minderheit in einer Krise die Macht ergriffen. Das Weitere folgte von ganz allein: Terror im Rahmen eines ganzen Landes, eine eingeschüchterte „schweigende Mehrheit", schwacher, desorganisierter Widerstand der Armee und wieder Terror.

Das Land ist groß, die Kommunikationslinien sind unterbrochen, an einem Ende weiß man nicht, was am anderen vorgeht: Zerrüttung, Hunger, Aufruhr, Plündereien, ein solches Chaos, daß auch im Westen die brutalsten Maßnahmen der Zentralregierung für gerechtfertigt gehalten werden. Ich bin davon überzeugt, daß keine einzige europäische Demokratie die Krise überlebt hätte, wie sie in Rußland am Ende des Ersten Weltkriegs entstand.

„Erlauben Sie", wird ein weiser Historiker sagen, „Sie vergessen die Traditionen, die Kultur ... Im Westen existiert die Demokratie Hunderte von Jahren, während es in Rußland nie eine gegeben hat!"

Wenn man für jeden Menschen schon zu Lebzeiten einen Nachruf schreiben kann, läßt sich auch für jedes Land eine völlig überzeugende Entstehungsgeschichte des dortigen Totalitarismus verfassen. Wo, abgesehen von England, Holland, der Schweiz und Skandinavien, existierte die Demokratie denn schon mehrere Jahrhunderte lang ohne Unterbrechung? In Amerika? Dort wurde die Sklaverei zwei Jahre später beseitigt als in Rußland die Leibeigenschaft. Dazu geschah dies bei uns auf friedlichem Wege, durch einen Beschluß des Herrschers, während in Amerika aus diesem Anlaß ein mehrjähriger Bürgerkrieg tobte, weil fast die Hälfte des Landes gegen diese Maßnahme war.

Andererseits sind junge Demokratien ohne jede „Tradition" zum Beispiel in Japan oder Deutschland entstanden und haben sich schon mehr als dreißig Jahre gehalten. Die andere Hälfte Deutschlands – gleich nebenan, man braucht nur über einen Stacheldraht zu klettern – ist faschistisch geblieben und hat lediglich die Farbe geändert.

Mir scheint, daß wir geneigt sind, die Bedeutung von Traditionen zu überschätzen. Welchen Einfluß kann der Glaube der älteren Generation auf die Bildung unserer Ansichten ausüben? Höchstens einen negativen, da die neuen Generationen die


Wladimir Bukowski studierte ab 1977 in Cambridge, heute ist er an der Universität Stanford. FOTO: CAMERA PRESS

Tendenz haben, aufzubegehren, die Überzeugungen ihrer Väter zurückzustoßen. Zum Beispiel war ich nach allem, was ich über die Bewegung der westlichen Jugend in den sechziger Jahren, über all diese Hippies, Beatniks usw. gehört hatte, überrascht vom eher konservativen Äußeren und den Stimmungen der heutigen Studenten. Im Gespräch mit einem jungen Mann in meinem College, der besonders steif aussah und neben Anzug und Krawatte immer auch eine Weste mit Uhrkette trug, erkannte ich plötzlich, daß die Lebensweise seiner Eltern ihn schwer bedrückte. Er erzählte, daß sie bei seiner Schulabschlußfeier erschienen waren, und beschrieb sehr witzig, wie er sich diesem seltsamen Paar in abgerissenen Jeans und mit ungekämmten Haaren versteckt und so getan hatte, als kenne er sie nicht. Sie hätten ihn fürchten lassen, daß sie sich ihm nähern, ihm lässig auf die Schultern klopfen und vorschlagen können: „Na, Alter, rauchst du 'nen Joint mit uns?"

Etwas Ähnliches, wenn auch vielleicht nicht ganz so Drastisches, geschah mit dieser ganzen Generation. Insgesamt sind die Studenten heute unpolitisch und konzentrieren sich ernsthaft auf ihr Studium, was für die westlichen Universitäten fast unvorstellbar ist.

Ich glaube, daß jede neue Generation die Tradition überprüft. Die einzige Grenze in dieser Dialektik bildet wohl der Nationalcharakter, sofern dieser Ausdruck heutzutag noch etwas bedeutet. Aber auch von diesem Gesichtspunkt aus sind die Osteuropäer für den Totalitarismus nicht geeigneter. Wir sind ungehorsam, eignen uns die Einschränkungen der Disziplin nur mit Mühe an, und die Obrigkeit hat bei uns nie besondere Achtung genossen.

Wenn etwa die Forderungen des Regimes in sowjetischen Gefängnissen und Lagern strikt eingehalten worden wären, hätten wir schwerlich überlebt. Sagen wir, daß der wachhabende Gefängnisaufseher die Häftlinge in einer Zelle alle zwei Stunden zählen soll. Nachts soll er das Licht periodisch einschalten und sogar die Türen öffnen. Natürlich ist er zu faul, und das Licht brennt die ganze Nacht hindurch, was auch unangenehm ist, woran man sich aber gewöhnen kann. In den Gefängnissen der DDR wird diese Anweisung, wie man sich erzählt, mit typisch deutscher Pedanterie befolgt, und die Nacht wird zu einer Tortur für die Häftlinge. Überhaupt hat uns unsere legendäre Schlamperei vor vielen Nöten bewahrt.

Was die Traditionen der Demokratie betrifft, so bezweifle ich stark, daß sie auch nur theoretisch existieren. Die ganze Geschichte des antiken Griechenland bestand daraus, daß Demokratie und Tyrannei einander ablösten. Platon war sogar der Meinung, daß die eine unvermeidlich die andere hervorbringe. Außerdem, wenn die Bedeutung einer solchen Tradition anerkannt wird, so folgt daraus, daß man die Menschen Freiheit und Demokratie – wie Mathematik – lehren muß. Dieser Idee liegt ein Fehlschluß zugrunde: Aus Mangel an Erziehung kann man nicht direkt von der Tyrannei zur Freiheit übergehen. Wie aber erhält man eine solche Erziehung in der Unfreiheit?

All diese Gedanken über Traditionen hätten einen Sinn, wenn ein Volksgedächtnis die Ereignisse der Vergangenheit festhielte. Aber auch davon kann keine Rede sein. Nach den Nationalfeiertagen der demokratischen Länder zu urteilen, besteht ihre Geschichte ausschließlich aus Siegen und humanen Akten. Diese Feiertage spiegeln nichts als nationale Eitelkeit wider. Die traurigen Ereignisse, die nicht mehr als dreißig oder vierzig Jahre alt sind, werden schon aus der Erinnerung getilgt. Die amerikanische Fernsehserie ‚Holocaust' löste einen Sturm aus. Nicht nur die Jugend, sondern auch Menschen der älteren Generation waren vollkommen fassungslos, als wenn die Tatsachen über die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis eine Neuigkeit darstellten. Es schien, als habe es die Nürnberger Prozesse, Tausende von Büchern und Filmen nie gegeben. Fängt man nicht immer noch von Zeit zu Zeit Naziverbrecher irgendwo in Lateinamerika? Ist heute von den Menschen, die den Konzentrationslagern die Freiheit gebracht haben oder die dort eingesperrt waren, niemand mehr am Leben? Jedes Schulkkind hat doch von alldem gehört.

Das historische Gedächtnis

Die einzige Folge des Faschismus des Zweiten Weltkrieges ist eine unreflektierte Neigung ‚nach links', was dieses ‚links' auch bedeuten mag. Links zu sein ist zu einem Fetisch geworden, und jeder Politiker rechts von den Sozialisten sieht sich schon als ‚Faschist' tituliert. Deshalb ist die Welt heute dem ‚roten Faschismus' näher als das Europa der Vorkriegszeit dem ‚braunen'. Soviel zu den Traditionen.

Es mag paradox erscheinen, doch die Völker Osteuropas besitzen ein weit besseres historisches Gedächtnis. Wir leben überhaupt mehr in der Vergangenheit, weil es keine Gegenwart gibt und die Zukunft nicht abzusehen ist. Unsere Völker haben sowohl den faschistischen Einmarsch wie die kommunistische Herrschaft erlebt; deshalb können Ideologien uns kaum mehr beeinflussen. Jeder antifaschistische Film, jedes antifaschistische Buch wird bei uns als antisowjetisch interpretiert (und manchmal sogar von der Zensur verboten).

Alles in allem liest man bei uns erheblich mehr. Sogar die ärmlichste Arbeiterfamilie nennt ein Regal mit Büchern ihr eigen, und kultiviertere Familien besitzen ganze Bibliotheken, die von einer Generation an die andere weitergegeben werden. Die Auflagen der Bücher sind gewaltig, und seltene oder verbotene Ausgaben werden heimlich auf dem Schwarzen Markt verkauft. Hier dagegen interessieren sich offenbar nur mehr Spezialisten für die Klassiker. Das Durchschnittsalter eines Buches beträgt bestenfalls ein Jahr. Als ich im Jahre 1978 in Cambridge eine Unterkunft suchte, betrat ich Hunderte von Häusern und sah fast nirgends Bücher, vom Telefonbuch abgesehen. Und das in Cambridge, nicht in irgendeinem Dorf.

Natürlich trifft dies nicht nur auf Großbritannien zu. Ich halte mich seltener in anderen Ländern auf, kenne das Leben in ihnen weniger gut, doch zufällige Episoden zeigen ein ähnliches Bild. In Amerika zum Beispiel kauft man Bücher weniger, um sie zu lesen, als sie aufs Regal zu stellen. Solschenizyn ist beinahe in jedem Haus vertreten – es gehört zum guten Ton, seine Bücher zu besitzen. Ich war neugierig, wie die Amerikaner seine Werke beurteilten, und fragte jeden, ob er die bei sich auf dem Regal stehenden Bücher gelesen habe. ‚O ja', antwortete man mir in den meisten Fällen, ‚aber nicht persönlich.'

Ich begriff nicht, wie man Bücher ‚nicht persönlich' lesen kann, bis ein Russe mir erklärte, daß die Mehrheit die Rezensionen in den Zeitungen liest und sich damit begnügt. Das reicht aus, um nicht als Ignorant zu erscheinen und gegebenenfalls das Gespräch aufrechtzuerhalten.

Vor relativ kurzer Zeit war ich in Marseille und bat natürlich, mich zum Château d'If zu fahren. Meine Freunde lachten im Chor. Wie sich herausstellte, ist dies die Bitte, die alle Russen zuerst vorbringen. Es gibt auch Interessenten aus anderen Ländern, nur Franzosen gehören nicht zu ihnen. Die französischen Kinder lesen Dumas nicht!

Auszüge aus Wladimir Bukowski: „Dieser stechende Schmerz der Freiheit"; Seewald-Verlag 1983.



Kommunikationsprobleme im Büro. Zum Beispiel:

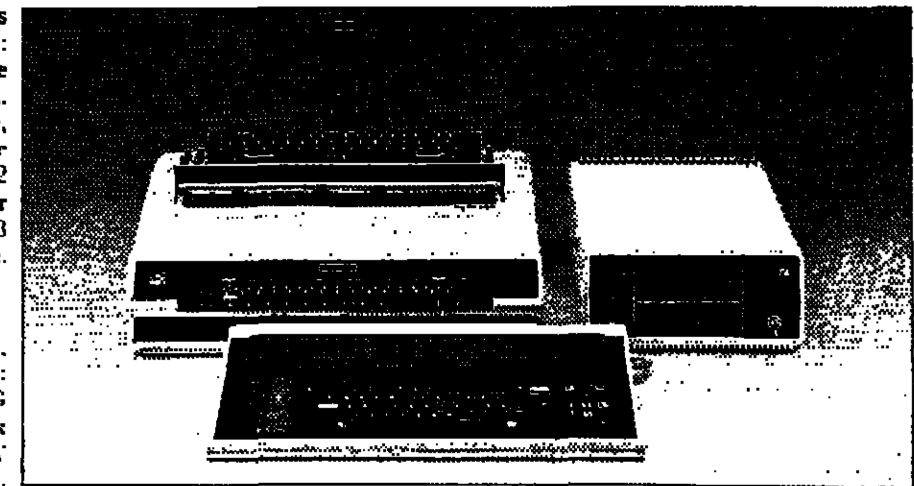
DAS SCHIWA-PRINZIP.

Viele Hände wie die fernöstliche Gottheit Schiwa müßte man haben, wenn alles auf einmal kommt. Reiseabrechnungen, Kopien, Briefe, Notizen, Tabellen. Und alles ist gleichermaßen eilig. Hoffnungslos?

Nicht mehr, seit es die integrierte Bürokommunikation von TA gibt.

Dazu gehört eine gute Beratung. Unser großes Programm aus Soft- und Hardware. Und unser schneller Service. Überall. Direkt vor Ihrer Haustür. Mikro- und Bürocomputer, Textsysteme, elektronische Schreibmaschinen, auf Wunsch mit Teletex, Kopierer für den Arbeitsplatz – was immer davon in Ihr Büro gehört: TA hat es.

Gegen das Schiwa-Prinzip hilft: die integrierte Bürokommunikation von TA. Die elektronische, ergonomisch vorbildliche Schreibmaschine SE 1042 mit Textspeicher, getrennter Tastatur und Teletex-Anschluß gehört dazu.



Wenn Sie mehr wissen möchten, schreiben Sie an: TRIUMPH-ADLER AG für Büro- und Informationstechnik Kennwort: 2S/DW Witschelstr. 102, 8500 Nürnberg.

TA TRIUMPH-ADLER Bürokommunikation

SIEMENS

Seit dem 17.10.
gibt es von Siemens
einen Computer,
der kann allein
vieles...



...und
mit der Zentrale alles

Denn zum einen ist der neue Arbeitsplatz-Computer 9780 von Siemens so leistungsfähig, daß er Fachabteilungen die selbständige Anwendung sogar größerer Softwarepakete ermöglicht. Zum anderen paßt sich der neue Siemens-Computer 9780 als intelligentes Terminal auch nahtlos in ein EDV-Konzept mit dem Betriebssystem BS2000 ein. Der Anwender am Arbeitsplatz kann also zusätzlich auch alle Programme des zentralen Rechners nutzen.

Der neue Arbeitsplatz-Computer TRANSDATA® 9780 von Siemens ist also ein richtiger Computer am Arbeitsplatz – und ein richtiger Bildschirm zum zentralen Computer. EDV-Fachleute sollten ihn sich deshalb gemeinsam mit ihren Kollegen aus den Fachabteilungen vorführen lassen.

Der neue Arbeitsplatz-Computer 9780 in Stichworten:
16 Bit-Mikroprozessor, bis zu 4 Bildschirme anschließbar, Betriebssystem SINIX (9780), vorbildliche Ergonomie.*

Siemens-Computer.
Der neue Arbeitsplatz-Computer 9780.



*SINIX basiert auf dem weltweit bekannten Betriebssystem UNIX der Bell Laboratories.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Mehr Geschrei als Wolle

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

ich habe, als Anfang August Franz Josef Strauß in einer Pressekonferenz über seine Reise in die DDR und seine dort mit SED-Chef Honecker gehabten Gespräche berichtete und die WELT den Vorgang mit skeptischen oder gar hämischen Kommentaren begleitete, Sie meinen Unmut hierüber sogleich wissen lassen, ganz einfach, weil ich Ihren Pessimismus damals nicht teilen mochte.

Inzwischen sind ein paar Monate ins Land gegangen, und es kann doch wohl nicht geleugnet werden, daß sich in diesem Zeitraum immerhin einiges im deutsch-deutschen Verhältnis bewegt hat. Und daß darüber hinaus die begründete Hoffnung besteht, daß sich im Laufe der Zeit Weiteres bewegen wird. Der Weg, das wissen wir alle, ist mühsam und steinig. Aber es nützt alles nichts, er muß um des hohen Zieles wegen begangen werden.

Als gebürtiger Mitteldeutscher und DDR-Flüchtling lasse ich mich da von Honeckers „Eis-Warnung" nicht beeindrucken. Sein so bombastisch aufgeputzter Brief gehört m. E. zu den Pflichtübungen, die ihm seine enge Bindung an den großen Bruder in Moskau und seine sozialistischen Bruderländer auferlegen und die daher, wenn man sie auf ihre Substanz abklopft, mehr Geschrei als Wolle sind.

Wir sollten uns daher von Honekkers großen Worten und drohenden Gesten nicht über Gebühr beeindrucken lassen, sondern unbeirrt unseren für richtig erkannten Weg weitergehen. Jedes Zaudern hierbei würde nur schwere Rückschläge bewirken. Dem Mutigen gehört die Welt!

Mit freundlichen Grüßen
Karl-Heinz Merner,
Wolfsburg

Wo Genossen resignieren

„Njet": WELT vom 10. Oktober

Wilfried Hertz-Eichenrode hat recht mit seinem Kommentar: es ist der „böse Geist" der SPD, Egon Bahr, der zu allem Unheil hin, das er bereits in der Ost- und Deutschlandpolitik angestiftet hat, auch noch dafür sorgt, daß die SPD den Godesberger Kurs verläßt und zum Neutralismus zurückschwenkt.

Zwar versucht Bahr, seinen verhängnisvollen Kurs durch verbale Bekenntnisse zur NATO zu verschleiern. Wer jedoch, wie er, der Politik der Epplers und Lafontaines die Tür zur Mehrheitsposition in der SPD öffnet, macht damit auch den Weg frei zum endgültigen Nein der Sozialdemokratie zum Atlantischen Bündnis. Von den Jungsozialisten wird dieses Nein übrigens schon heute offiziell gefordert.

Wie eh und je deckt der SPD-Vorsitzende Brandt den bösen Kurs Bahrs, der ja sein politischer Zögling ist. Es stört den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale dabei gar nicht, daß namhafte sozialistische Führer in Westeuropa wie Mitterrand oder Craxi den Schwenk der deutschen Genossen nur noch mit Kopfschütteln betrachten. Er macht seine Partei lieber politik-unfähig, um eine Formel des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel zu benutzen, als den neutralistischen Eiferern in der Partei Zügel anzulegen.

Man kann es unter diesen Umständen nur als Glück bezeichnen, daß diese SPD nicht über die Schalthebel der Regierung verfügt. Aber es ist tief beunruhigend, daß sich die große Oppositionspartei, die doch die Alternative zur Regierung sein müßte, auf einem Ost-Kurs befindet, der nur noch den Machthabern im Kreml und pazifistischen Schwarmgeistern Freude bereitet. Viele alte Sozialdemokraten sehen das ähnlich; aber sie haben resigniert und wagen es nicht mehr, gegen das Abdriften ihrer Partei offen zu rebellieren. Ich fürchte, Bahr wird in der Tat zum unabwendbaren Schicksal seiner Partei werden.

Claus Jäger, MdB, CDU,
Bonn / Wangen im Allgäu

Freiheitssymbol

Sehr geehrte Damen und Herren,

die diesjährige Verleihung des Friedens-Nobelpreises an Lech Walesa ist eine besonders erfreuliche und eindrucksvolle Bestätigung dafür, wie wichtig es (auch für unsere eigene Zukunft) ist, die Bürgerrechtsbewegung in den Ostblockstaaten und anderen Teilen der Welt zu unterstützen. Die Verleihung findet zudem zu einem Zeitpunkt statt, an dem das polnische Volk und die polnischen Arbeiter zunehmender Unterdrükkung und zusätzlichen Pressionen von seiten des Staates ausgeliefert sind. Nachdem das Kriegsrecht nun unter anderem Namen verlängert worden ist, indem härteste Ausnahme- und Notstandsbestimmungen in die Verfassung eingebaut und verschärfte Strafgesetze eingeführt wurden, gibt es trotz Amnestien immer noch mindestens 199 politische Gefangene in Polen. Daher ist es wichtig wie richtig, den Polen und allen unterdrückten Völkern gerade unter bedrohlich verstärkter Verfolgung durch das Regime Mut zu machen, denn die polnischen Behörden gehen jetzt daran, mit DDR-Hilfe ein Spitzelsystem nach StaSi-Muster zu installieren und Walesa mit Hilfe einer Verleumdungskampagne auszuschalten.

Lech Walesa aber ist mittlerweile ein Symbol geworden für Freiheit und für Menschenrechte, für Gewaltlosigkeit und Versöhnungsbereitschaft aus einer tiefen christlichen Überzeugung heraus, für freie Gewerkschaften und für die Arbeiterbewegung in der ganzen Welt. Organisationen wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte haben ihn deshalb schon in den Vorjahren als Friedens-Nobelpreisträger vorgeschlagen. Lech Walesa ist nun neben dem argentinischen Schriftsteller Perez Esquivel und dem verbannten und schwer herzkranken russischen Atomphysiker Andreij Sacharow, dessen Schicksal uns mahnende Verpflichtung sein muß, die dritte große Persönlichkeit, die wegen ihres gewaltlosen Einsatzes für die Menschenrechte mit dem Friedens-Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Mit freundlichen Grüßen
Bernward Münster,
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V.,
Herborn

Wort des Tages

„Sache der Religion ist die Wiedergeburt und Heiligung unseres Lebens, seine Verknüpfung mit dem göttlichen Leben. Dies ist vor allem Sache Gottes; aber ohne uns kann sie nicht getan werden: unser Leben kann nicht wiedergeboren werden ohne unser eigenes Wirken."

Wladimir Solowjew, russ. Religionsphilosoph (1853–1900)

Adels-Vita

„Wittelsbacher-Vita polnischer Bestseller": WELT vom 11. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

Kurfürstin Theresia Kunigunde von Bayern, geboren am 4. März 1676 zu Warschau, Tochter des Königs Johann III. Sobieski von Polen, vermählt (als 2. Gemahlin) mit Kurfürst Max II. Emanuel von Bayern seit dem 12. Januar 1695, gestorben am 10. März 1730 zu Venedig, beigesetzt in der Wittelbacher-Fürstengruft der Theatinerkirche „St. Cajetan" in München – nicht „in St. Cajus bei München".

Mit freundlichen Grüßen
Peter Wacker,
Nürnberg 90

Personalien

ERNENNUNGEN

Drei neue Botschafter haben Bundespräsident **Karl Carstens** ihr Beglaubigungsschreiben überreicht. Zu ihnen gehört der bulgarische Diplomat und Jurist Georgi Eftimov Awramov, Jahrgang 1929, der schon einmal in der Bundesrepublik tätig war, von 1967 bis 1971 als Vertreter des Staatlichen Komitees für Tourismus in Frankfurt. Botschafter Awramov war anschließend bis 1978 Stellvertreter des Ministers für Binnenhandel und Dienstleistung und seit 1978 Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Tourismus in Bulgarien.

*

Irland hat Botschafter **John H. Campbell** nach Bonn geschickt. Der Diplomat, Jahrgang 1936, war auf Posten in Washington, Paris und London, wo er 1975 als Gesandter hinging. Seit 1980 ist John H. Campbell Botschafter in Peking gewesen. Für Irak kam Botschafter **Abdul Karim Mohammed Najim Al-Tai** nach Bonn. Der Diplomat, Jahrgang 1928, war unter anderem in Tokio, Kairo, Brüssel, Athen und Beirut auf Posten. Zuletzt war er Botschafter in der Zentralafrikanischen Republik und in Mali gewesen.

*

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. **Herbert Hupka** wurde während der Herbsttagung der Nordatlantischen Versammlung in Den Haag zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Erziehung, Kultur und Information gewählt. Außerdem übernahm Hupka den Vorsitz im Ausschuß „Freizügigkeit für Menschen und Nachrichten", „Free flow of information and people". Hupka ist seit 1973 Mitglied der Nordatlantischen Versammlung, die aus Parlamentariern von heute 16 NATO-Mitgliedsstaaten besteht.

PARLAMENT

Zu seinem ersten Auslandsbesuch als Bundestagspräsident reist heute Dr. **Rainer Barzel** für zwei Tage nach Brüssel. Barzel will zusammen mit seinem belgischen Amtskollegen **Jean Defraigne** über eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen dem Bundestag und der belgischen Abgeordnetenkammer beraten. Außerdem ist eine Audienz bei Belgiens König Baudouin verbunden mit einem Vier-Augen-Gespräch eingeplant. Barzel trifft auch den Vizepräsidenten der EG-Kommission, **Wilhelm Haferkampf**, und EG-Kommissionsmitglied **Karl-Heinz Narjes**. Der Bundestagspräsident wird aus Kosten der Sparsamkeit keine „Delegationsreise" mit anderen Kollegen genehmigen. Erst kürzlich hatte er im Bundestag angekündigt, daß bei der Bewilligung von Auslandsreisen „ein besonders strenger Maßstab" angelegt werden soll.

VERANSTALTUNGEN

Berlins Bundessenator Professor **Rupert Scholz** präsentierte in seiner Bonner Landesvertretung zwei prominente Vertreter des Berliner Musiklebens, Professor **Götz Friedrich**, Generalintendant der Deutschen Oper Berlin und die Sopranistin „ **Karan Armstrong**, die sich mit „Verliebten Liedern" vorstellte. Unter den Gästen in der Vertretung waren auch US-Botschafter **Arthur F. Burns**, der dem Generalintendanten mit großem Interesse den historischen Rückblicken in das Opernleben an der Spree folgte. Friedrichs: „Die Deutsche Oper Berlin, am Schnittpunkt zwischen West und Ost, in der Mitte Deutschlands und Europas, hat eine besondere, weit über das Regionale hinausreichende Aufgabe." Fazit: „Darum sollte ihr auch der Bund finanziell stärker unter die Arme greifen." Bei ihren „Verliebten Liedern" von Brahms bis Gershwin wurde **Karan Armstrong**, die mit Götz Friedrich verheiratet ist, am Flügel von Professor **Hans Hilsdorf**, dem Leiter der traditionsreichen Berliner Singakademie, begleitet.

*

„Es ist nicht entscheidend, daß ein Mensch die Kunst studiert, sondern daß er sie mit Gefühl, Seele und Herz erlebt", so **Otmar Alt**. Der Künstler Alt, der die Fröhlichkeit in die Bilder zurückgebracht hat, stand erneut im Mittelpunkt einer Ausstellung, zu der der Bundesverband der Freien Berufe in Bonn in das Haus des Hartmannbundes eingeladen hatte. Daß der „Alt-Stil" zur „positiven Beschäftigung mit den Dingen anregt", so Gastgeber Dr. **Rolf Schlegell**, der Präsident des Bundesverbandes, hat wohl auch dazu geführt, daß Otmar Alt viele Ärzte unter seiner Kundschaft hat und sich in vielen Krankenhäusern Bilder von ihm befinden. Das Bemühen, „ein positives Zeichen in die Welt hinein zu setzen", dies in Farbigkeit und Formen, hat die moderne Kunst, so wie er sie versteht, ganz offensichtlich vielen Menschen näher gebracht. Die Otmar-Alt-Fans waren in Bonn von jung bis alt sehr zahlreich zur Stelle. Der etablierte Alt hatte gar nichts dagegen, daß mit seinem Namen auch der Name einer jungen Künstlerin verbunden wurde, die erst noch Freunde gewinnen will. Keramiken und Zeichnungen präsentierte mit ihm die Kölnerin Eva Degenhardt.



Fröhlich und skurril: Otmar Alt ist ein Meister von beiden.

Verbot der Bonner Polizei war rechtens

dpa, Münster

Auch die „künstlerische" Diffamierung von Karl Carstens unmittelbar vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten im Jahr 1979 war beleidigend, ehrverletzend und damit rechtswidrig. Aus diesem Grunde durfte der Bonner Polizeipräsident den Veranstaltern des „Anachronistischen Zuges" verbieten, beleidigende Masken, Transparente und Plakate während ihres Umzuges durch die Bundeshauptstadt mitzuführen, stellte das Oberverwaltungsgericht in Münster in einem gestern veröffentlichten Urteil fest. (AZ.: 4a 973/82)

Am Tage der Bundespräsidentenwahl hatte eine Schauspielertruppe das Brecht-Gedicht „Der anachronistische Zug oder Freiheit und democracy" auf Carstens „umgemünzt". Unter dem Motto „Mit Brecht gegen Carstens" hatte die Truppe mit nachgemachten SS-Uniformen und Nazi-Symbolen Vergleiche zwischen Carstens und der Hitler-Zeit gezogen.

Vierstufenplan der EG für Kooperation mit Lateinamerika

Initiative des Straßburger Parlaments / Schon jetzt ist Europa vor den USA der Investor Nummer eins

Von ULRICH LÜKE

Die Europäische Gemeinschaft will ein neues Kapitel in ihren Beziehungen zu Lateinamerika aufschlagen. Ziel der Planungen, die im Europäischen Parlament entwickelt und von der EG-Kommission bereits uneingeschränkt begrüßt wurden, ist ein „in sich geschlossenes wirtschafts-, finanz- und entwicklungspolitisches Kooperationskonzept". Denn die Länder Mittel- und Südamerikas sind für die Europäische Gemeinschaft heute noch weitgehend weiße Flecken auf der Karte der Beziehungsgeflechte. Anders als zu den Asean-Ländern oder zu den Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raumes, gibt es so gut wie keine koordinierten Kontakte zwischen den beiden Regionen. Ähnlich „dürftig" sind eigentlich nur noch die Beziehungen der Gemeinschaft zum Comecon.

Nur mit Mexiko und mit Brasilien – einem Land, mit dem die Bundesrepublik als Einzelstaat allerdings traditionelle Bindungen pflegt – gibt es Kooperationsabkommen. Aber selbst diese Abkommen haben nach Einschätzung des deutschen Europaabgeordneten Jochen van Arssen (CDU) „bisher nicht zu konkreten Ergebnissen geführt". Länderübergreifende Abmachungen gibt es – von Teilbereichen ausgenommen – überhaupt nicht, und die wirtschaftliche Bilanz hat sich verschlechtert. Der Anteil der 25 Staaten Lateinamerikas am Gesamtaußenhandel der Europäischen Gemeinschaft hat in den letzten Jahren rapide abgenommen, heute stagniert er.

In dieser Situation hat das Europäische Parlament – wiewohl formal ohne rechtliche Kompetenz – das Heft in die Hand genommen. Die Bereitschaft zu einem neuen Anfang ist auf beiden Seiten vorhanden. Die lateinamerikanischen Staaten haben sich sogar bereit erklärt, ein gemeinsames Exekutivorgan zu schaffen, das auf dem Niveau des EG-Ministerrats mit der Gemeinschaft verhandeln kann, was der Lateinamerika-Berichterstatter des Parlaments, van Arssen, letzte Woche in Straßburg eine „politische Sensation" nannte.

Van Arssens Empfehlung eines Vierstufenplans wurde vom Parlament der EG-Kommission fast einmütig akzeptiert. Er sieht vor:

- Ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Sistema Economico Latino-Americano (Sela), also der lateinamerikanischen Wirtschaftsorganisation. Der Sela gehören praktisch alle Staaten Lateinamerikas an, Kuba eingeschlossen.
- Abschluß von Abkommen mit regionaler Bedeutung. Hier spielt vor allen Dingen der Anden-Pakt eine hervorragende Rolle. Seine Mitgliedstaaten Kolumbien, Peru, Venezuela, Bolivien und Ecuador sind zum Abschluß eines Kooperationsabkommens bereit. Die EG hatte die Verhandlungen 1980 nach der Machtübernahme der Militärs in Bolivien auf Eis gelegt, ist jetzt aber zum baldigen Abschluß bereit, da Bolivien zur Demokratie zurückgekehrt ist.
- Phase drei sieht bilaterale Abkommen, ähnlich den Beispielen Brasiliens und Mexikos vor. Eingebettet in die anderen Abkommen – so ist die Hoffnung – könnten diese Verträge trotz der bisher unerfreulichen Erfahrungen mit Leben erfüllt werden.
- Als vierte Phase empfiehlt das Europäische Parlament Abkommen in besonders wichtigen Bereichen wie zum Beispiel auf dem Energiesektor.

Van Arssen warnte in der Parlamentsdebatte dennoch vor Wunschvorstellungen: „Wir dürfen die Erwartungen nicht so hoch schrauben. Unsere lateinamerikanischen Freunde gehen manchmal davon aus, daß die Europäische Gemeinschaft enorm reich ist und viele ihrer Probleme sozusagen aus dem Stand lösen könne. Das können wir nicht."

Nicht die USA, sondern die Staaten Europas sind trotz der bisher unzureichenden Beziehungen schon heute der größte Investor in Südamerika. Keine Frage, daß die Forderung nach Investitionsschutz für europäische Anleger ganz oben im Wunschkatalog der Gemeinschaft rangiert. Ziel der Lateinamerika-Initiative des Europäischen Parlaments ist es zwar, die Abhängigkeit der Staaten Lateinamerikas von den USA zu lockern, aber die EG will ihr Konzept nicht gegen die Vereinigten Staaten durchsetzen.

Der Van-Arssen-Bericht nennt eine Fülle von Instrumenten und konkreten Zielen, in deren Rahmen die engere Kooperation durchgesetzt werden soll, beispielsweise die Gründung einer euro-lateinamerikanischen Bank und eines Instituts für lateinamerikanische Kontakte oder die tatsächliche Ausdehnung des allgemeinen Präferenzsystems der Gemeinschaft auf die wirklich armen Länder Lateinamerikas.

Neuer ETA-Mord an Offizier in Spanien

DW. Bilbao

Der von der baskischen Separatistenorganisation ETA-politico-militar (Eta-PM) entführte spanische Armeehauptmann Alberto Martin Barrios ist gestern nahe Bilbao tot gefunden worden. Barrios war durch einen Kopfschuß getötet worden. Seine Mörder hatten ihm zuvor die Hände auf dem Rücken zusammengebunden und ihn geknebelt. Der Offizier ist das 41. Todesopfer der politischen Gewalt seit Anfang dieses Jahres in Spanien.

Barrios war am 5. Oktober von einem Kommando der ETA-PM auf dem Weg zum Dienst entführt worden. Die Terroristen verlangten für seine Freilassung die Verlesung eines Kommuniqués im Fernsehen. Das Fernsehen erklärte sich zu einer Veröffentlichung des Textes in voller Länge bereit, sobald Barrios auf freien Fuß gesetzt sei. Einzelne Punkte aus dem ETA-Kommuniqué wurden verlesen.

Wir trauern um

Dr. Otto Deppe

der am 12. Oktober 1983 im Alter von 77 Jahren verstarb.

Dr. Otto Deppe war mehr als 40 Jahre für die Degussa tätig. Er bekleidete als Kaufmann verantwortungsvolle Positionen in der ehemaligen Metallabteilung der Degussa sowie in den Zweigniederlassungen Berlin, Hamburg und Düsseldorf. Dr. Otto Deppe war 20 Jahre lang Leiter der Zweigniederlassung Düsseldorf und damit der Repräsentant unseres Unternehmens in Nordrhein-Westfalen. Er hat sich um die Degussa große Verdienste erworben. Bei Geschäftsfreunden und Mitarbeitern genoß Dr. Otto Deppe hohes Ansehen. Seit 1971 lebte er im Ruhestand.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes und dankbares Gedenken bewahren.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der
Degussa AG

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80, -39 42 oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Viele behinderte Kinder könnten gesund sein

Zweidrittel aller angeborenen Behinderungen lassen sich vermeiden oder doch wesentlich bessern

Jedes zehnte Neugeborene, das in der Bundesrepublik zur Welt kommt, trägt das Risiko in sich, behindert zu werden. Sie tragen einen auf Vererbung beruhenden Defekt in sich oder erleiden während der Schwangerschaft oder unter der Geburt Schaden, den es zu verhüten gilt. Rechtzeitige Vorsorge und Früherkennung können Zweidrittel dieser Behinderungen vermeiden oder doch ganz wesentlich bessern. Die Stiftung für das behinderte Kind zur Förderung von Vorsorge und Früherkennung bemüht sich, durch gezielte Vorsorgemaßnahmen angeborene Schäden und Behinderungen zu vermeiden.

Ihre Spende hilft uns helfen!

Spendenkonten: Postscheckamt Frankfurt/Main 606-608 (BLZ 500 100 60), Bank für Gemeinwirtschaft BfG Frankfurt 100 900 1900 (BLZ 500 101 11). Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig.
Wenn Sie sich über das Vorsorgeprogramm für werdende Eltern informieren möchten, fordern Sie mit dem Coupon die Fibel an „Unser Kind soll gesund sein ..."
Die Empfehlungen der Fibel erhöhen die Chancen, ein gesundes Kind zu bekommen. Sie sagt Ihnen, durch welche Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen Sie mögliche Gefahren von Ihrem Kind abwenden können.

Coupon
Name
Straße
PLZ/Ort

Stiftung für das behinderte Kind zur Förderung von Vorsorge und Früherkennung
Kennedyallee 173, 6000 Frankfurt am Main 70, Tel 0611-637108

Industrie NRW informiert:

Ein Glaubenskrieg

... ist ausgebrochen. Die Gewerkschaften behaupten: Die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich bringt uns rund 1,6 Millionen neue Arbeitsplätze. Jeder soll einen Teil seiner Arbeit abgeben an jene, die keine Arbeit haben.

● Tatsache ist:
Wer Arbeit abgibt, damit ein anderer sie erhalten kann, muß auch Einkommen abgeben. Sonst kann kein einziger Arbeitnehmer neu eingestellt werden. Weil kein Geld dafür da ist.

● Tatsache ist:
Wochen-Arbeitszeitverkürzung ist nichts anderes als eine Umverteilung von Arbeitslosigkeit.

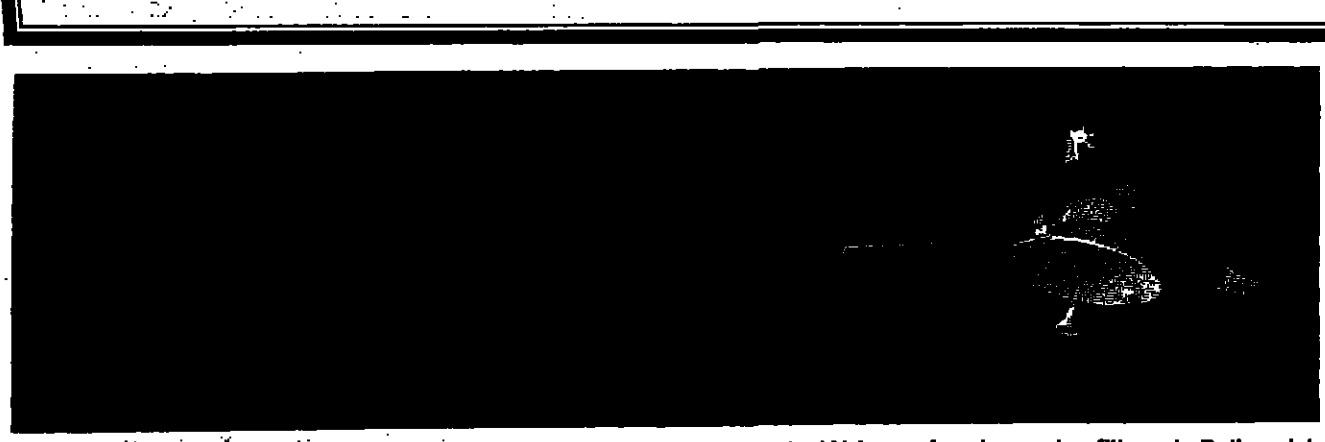
Sie schafft keinen neuen Arbeitsplatz. Sie sichert nicht einmal die vorhandenen Arbeitsplätze. Im Gegenteil: **Denn unsere ohnehin zu teure Arbeit wird noch teurer.**

● Tatsache ist:
Arbeitslosigkeit haben wir nicht, weil wir zu lange arbeiten. Unsere Arbeitszeit ist mit die kürzeste in der Welt. Arbeitslosigkeit haben wir deshalb, weil die Arbeitskosten – mit allem drum und dran – bei uns zu hoch sind.

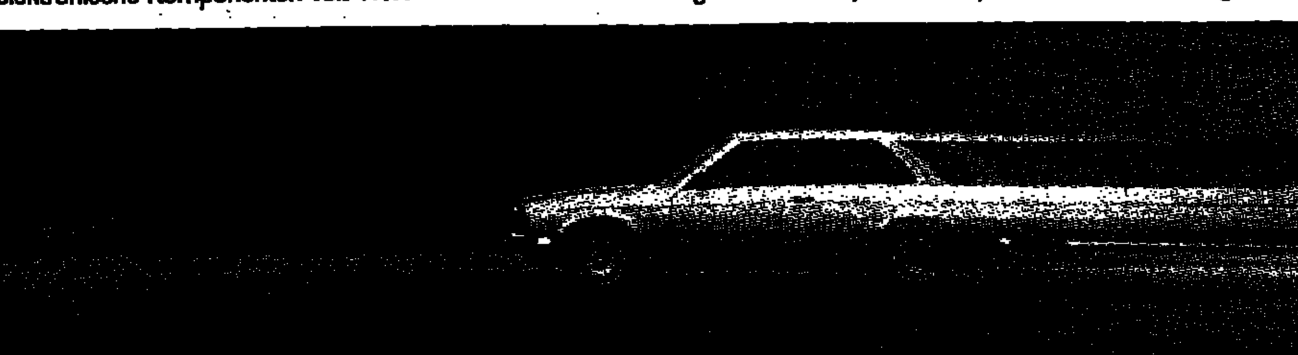
Weniger arbeiten, dasselbe verdienen und dadurch neue Arbeitsplätze schaffen: Das grenzt an Wunderglauben.

Industrie NRW

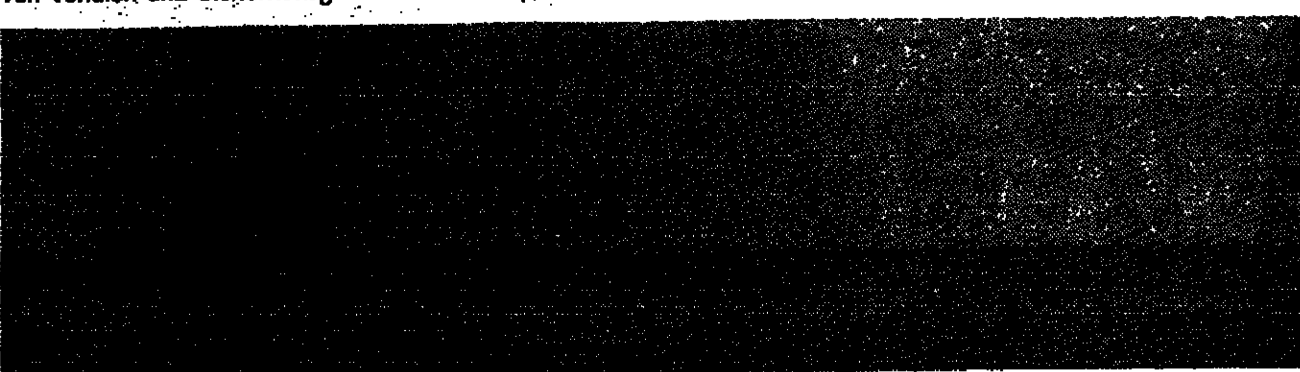
Mehr Informationen durch:
Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens
4000 Düsseldorf 1, Postfach 50 06



TRW ist ein vielseitiger Industriekonzern, der in der Elektronik und in der Weltraumforschung eine führende Rolle spielt. Der erste Satellit, der unser Sonnensystem verließ, Pionier 10, wurde von TRW gebaut, und auch auf der Erde finden elektronische Komponenten von TRW hunderte von Anwendungen. Zum Beispiel in Computern und in Fernsehgeräten.



TRW begann vor über 80 Jahren mit der Herstellung von Automobilteilen. Heute ist fast jeder Personen- und Lastwagen mit TRW Teilen bestückt. Fabrikationsanlagen rund um die ganze Erde fertigen eine Vielzahl von KFZ-Ausrüstungen: von Ventilen und Sicherheitsgurten bis zu kompletten Lenk- und Fahrwerksteilen.



Industrie- und Energieprodukte von TRW sind der Maßstab für Zuverlässigkeit. Unterstützt von einem weltweiten Servicenetz helfen TRW Maschinen bei der Förderung von Öl und Erdgas. Flugzeuge aller namhaften Hersteller sind mit TRW Teilen ausgestattet. Und TRW Kugellager, Werkzeuge und Befestigungsteile tragen zur weltweiten Produktivitätssteigerung bei.



© TRW Inc. 1983
TRW ist der Firmenname der TRW Inc.
TRW Inc., Cleveland, Ohio, USA

Diese Formel brachte die Menschheit hinter den Mond.

$$G_{\mu\nu} = \frac{8\pi G}{c^4} T_{\mu\nu}$$

Sie ist die von Albert Einstein*) entwickelte Gravitationsgleichung, seine Allgemeine Relativitätstheorie von 1915. Die Gleichung besagt, wie Materie und Energie Schwerkraft erzeugen. Mit Einsteins Theorie bekam die klassische Physik eine neue Dimension. Sie bereitete den Aufbruch des Menschen in das Weltraum-Zeitalter vor, mit seinen Mondraketen, seinen Raumfähren, nicht zuletzt: den Fernmelde- und Wettersatelliten. Sie machen das Telefonieren über Kontinente zum Kinderspiel.

Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Da Spitzenleistungen in der Forschung eine konsequente und wirksame Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses voraussetzen, kümmern wir uns darum ganz besonders. Nicht ohne Erfolg.

So erweist sich der von uns jährlich veranstaltete bundesweite Schülerwettbewerb Mathematik als ein Musterbeispiel gelungener Hochbegabtenförderung: von 31 Bundessiegern dieses Wettbewerbs haben inzwischen 29 ihr Studium mit den Examensnoten „sehr gut" oder „mit Auszeichnung" abgeschlossen.

Der Stifterverband arbeitet unabhängig vom Staat. Wir halten auch in der Forschung viel vom Mut zum Risiko. Und auch davon, daß sich Wissenschaft möglichst frei von administrativen Zwängen entfalten kann.

Alles, war wir tun, dient einem Ziel: mit dazu beizutragen, daß unser Land auch in Zukunft zu den führenden Wissenschaftsnationen zählt. Deshalb gehören die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit, die medizinische Forschung, die Förderung der Natur- und Geisteswissenschaften ebenso zu unserem Programm wie die Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun wollen. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Märkten von morgen sichert.

*) * 14. 3. 1879, Ulm; † 18. 4. 1955, Princeton/USA.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft
Brucker Holt 56–60 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/711051

Der rote Ken, Bürgermeister von London

Per U-Bahn ins Rathaus

So wie fast jeder Engländer die Corgis der Königin kennt, so kennt fast jeder Londoner die Salamander seines Bürgermeisters. Nicht weniger als 40 der schwarzgelben Tierchen hält sich Ken Livingstone (38) in seiner mehr als bescheidenen Unterkunft. Über diesen Tick regt sich im Lande der Exzentriker kaum jemand auf. Nur die ganz Böswilligen behaupten, diese wechselwarmen Wesen seien Teil einer genialen Medienstrategie.

Seit Mai 1981, als Labour die Londoner County Hall eroberte, diesen Sieg maßgeblich ihrem linken Flügel unter Ken Livingstone verdankend,

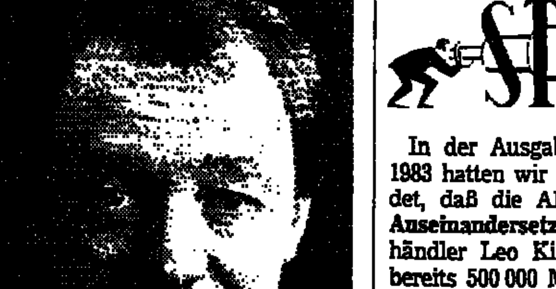
Britische Nachbarn – ARD, 21.00

regiert der „rote Ken" die Sieben-Millionen-Menschen-Metropole mit einem Budget von mehr als sechs Milliarden Mark. Aber der „Leader" sowie die 21 000 Beschäftigten des Greater London Council (GLC) müssen um ihre Jobs zittern. In der letzten Thronrede ihrer Majestät, die ihr die Regierung schreibt, hieß es: „Vorschläge für die Abschaffung des GLC werden vorbereitet." Dabei hatten die Torys selbst dieses „Super-Rathaus" erst in den 60er Jahren auf Empfehlung einer königlichen Kommission geschaffen.

Die Gegner kritisieren: aufgeblähte Bürokratie, Schaffung neuer hochdotierter Posten, Filz, Doppelarbeit und Kompetenzüberschneidung mit den 32 Bezirksrathäusern, Zuschüsse für alle Arten von Minderheiten aus einem Zwei-Milliarden-Mark-Fonds und Ausflüge eines Kommunalpolitikers in die Außen- und Innenpolitik, mit der er sachlich nichts zu tun hat: 1983 erklärte Livingstone zum Friedensjahr (eine Million Mark für Friedensveranstaltungen aus dem Fonds) mit einem Besuch des Moskauer Bürgermeisters; sehr umstritten war auch sein Besuch in Belfast bei Sinn Fein, dem politischen Arm der Terrororganisation IRA („Die britischen Soldaten in Nordirland sollen die Waffen niederlegen"); seit zwei Jahren prangt an der Fassade des Rathauses ein 25 Meter langes Transparent, das monatlich aktualisiert wird: „Londons Arbeitslose September 1983: 370 885" – besonderer Blickfang für Premierministerin Thatcher und alle anderen Abgeordneten des House of Commons, das an der City-Seite der Themse dem Rathaus direkt gegenüber liegt.

Der Bürgermeister sitzt in seinem großen eichengetäfelten Büro – (an der Tür warnt ein Schild vor Feuer, Flut und Bomben) – mit dem Rücken zum Parlament. Ins Amt (24 000 Mark Jahresgehalt) kommt er mit der U-Bahn – dabei bisher viermal tätlich angegriffen. Einen Dienstwagen will er nicht. Von diesem „Ego-Trip an Prestige" hat er sich befreit.

Eine seiner größten Niederlagen



Hat eine Schwäche für Salamander: Ken Livingstone
FOTO: CAMERA PRESS

verdankt Ken fünf Lords des Oberhauses. Als er kurz nach der Wahl eines seiner Versprechen einlöste und die Fahrpreise für die U-Bahnen und Busse (täglich fast fünf Millionen Fahrgäste) mit einem Handstreich um die Hälfte senkte, entschied der Court of Appeal: „Das war dumm, unfair und ungesetzlich." Doch der Bürgermeister zeigte sich auch hier als zäher Kämpfer und Langzeitstratege: Mit einer großen Aktion (wer sich in Listen eintrug, bekam einen persönlichen Brief vom Bürgermeister) setzte er durch, daß die inzwischen erneut gestiegenen Tarife durch eine High-Court-Entscheidung um wenigstens 25 Prozent gesenkt wurden. Letztlich ein kleiner Sieg: Im Mai 1981 zahlte der „rote Ken" für die Fahrt von Maida Vale bis Waterloo-Station 2,80 Mark, heute 2,00 Mark. PETER LAUDON (SAD)

KRITIK

War es das Land der Verheißung?

Es war ein Epos auf sechs weibliche Pioniere des Staates Israel, Edna Politis Film **„Anou Banou – Töchter der Utopie"** (ZDF). Allerdings gab es niemals eine Heldenfanfare. Nein, schlichten, fast kammerspielartigen Charakter hatte das Porträt der Frauen, die in ihrer Jugend aus Rußland und Polen ausgewandert waren und das Land der Verheißung, als es noch Palästina hieß und dem Osmanischen Reich oder – nach 1918 – dem britischen Empire unterstand, urbar machten. Nichts wurde verschwiegen – auch nicht der gescheiterte Versuch, Juden und Araber in dem Lande miteinander zu versöhnen. Kritik an der Besiedlung Westjordaniens und an der Außenpolitik der Regierung kam in kleinen Dosierungen.

Selbst der Tod einer Demonstrantin, die in Jerusalem „Frieden sofort" gefordert hatte, verzerrte nicht die Züge zum lauten Protest, sondern war Anlaß zur stillen Trauer. Nirgendwo ein schriller oder falscher Ton. Es gab muntere Dialoge (und zum Glück in modernem Hebräisch mit deutschen Untertiteln), aber niemals ein Abgleiten zur Geschwätzigkeit. Dabei überzeugte der Film besonders durch seine optische Eindringlichkeit. GISELHER SCHMIDT

Aristokraten aus dem Bilderbuch

So viel Verruchtheit, Dekadenz, gepaart mit Charme und Eleganz, kann es nur bei der Sagan geben: **„Russisches Dreieck"** (ZDF). Und wie stets bei ihr drehte es sich auch diesmal vor allem um die Liebe und all ihre Spielarten, egal, ob es nun die Liebe zu einer Frau oder die zum Spiel ist. Hätte Regisseur Roger Vadim das Theaterstück nicht mit einem Augenzwinkern verfilmt und wären da nicht einige vorzügliche Darsteller wie Danielle Darrieux und Phillipe Léotard mit von der Partie gewesen, hätte man bei soviel Schmalz und Passion, Spielwut und Waffengerassel Augen- und Ohrenschmerzen bekommen.

So aber konnte man wenigstens darüber lächeln – über all die wunderschönen Bilderbucharistokraten in ihren herrlichen Kostümen inmitten prächtiger Dekors.

MARGARETHE v. SCHWARZKOPF

STUDIO

In der Ausgabe vom 5. Oktober 1983 hatten wir im „Studio" gemeldet, daß die ARD/Degeto in ihrer Auseinandersetzung mit dem Filmhändler Leo Kirch und der MGM bereits 500 000 Mark Anwaltskosten nach Amerika überweisen mußte. Die Degeto legt Wert auf die Feststellung, daß dies unzutreffend sei. Laut Degeto sind zwei Verfahren, die die Kirch-Firma Taurus beim Landgericht Frankfurt gegen die Degeto anhängig machte, zu ungunsten der Taurus ausgegangen, so daß die Kirch-Firma sämtliche entstandenen Kosten tragen mußte. Und weiter: Da es in den USA keine Rechtsanwalt-Gebührenordnung gebe, habe die Degeto für die dort angefallenen Kosten nur einen „winzigen Bruchteil" der Summe ausgegeben, die „DIE WELT" genannt hat.

*

„Überwältigend" (New York Times), „Eine Klasse für sich" (The Observer), „Das bedeutendste Werk, das dem Fernsehen je gelungen ist" (Daily Telegraph), „Die beste Serie, die je im amerikanischen Fernsehen zu sehen war" (Washington Post) – die britische und amerikanische Presse überschlug sich, als vor zwei Jahren die elfstündige Serie **„Wiedersehen mit Brideshead"** nach dem Roman von Evelyn Waugh ausgestrahlt wurde. Im kommenden Dezember wird „Brideshead" – in sieben Teilen – deutsch synchronisiert vom Deutschen Fernsehen/ARD gezeigt. Beginn: 7. Dezember, letzte Folge: 23. Dezember.

Buch und Film handeln vom Leben und Sterben eines adligen katholischen Clans in England. Der britische Schriftsteller Evelyn Waugh (1903 bis 1966) schrieb „Wiedersehen mit Brideshead" im Jahr des Kriegsendes (1945), der Zerstörungen, der Trümmer und der Hoffnungslosigkeit: eine nostalgische Erinnerung an Pomp und Glanz, Süße, Schwermut und Dekadenz einer Oberschicht, die Waugh für untergegangen hielt. Vor vier Jahren machte sich die britische Fernsehgesellschaft „Granada TV" mit Unterstützung des Norddeutschen Rundfunks daran, den Roman zu verfilmen. Die Gesamtkosten beliefen sich auf mehr als 20 Millionen Mark. Gedreht wurde in Großbritannien, Venedig, auf Malta und in New York.







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Fußball-Europapokal
11.45 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Gefühls-Sachen
Einsamkeiten
17.50 Matt und Jenny
16. Die Bellinis
17.25 Wie geht's?
Spaß für Mitdenker
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Pro und Contra
Unter der Leitung von Emil Obermann vertreten das Pro und Contra zwei profilierte Wirtschaftsjournalisten, Udo Kölsch vom Norddeutschen Rundfunk und Peter Gillies von der WELT. Ihre Sachverständigen:
Für das Pro: Franz Steinkühler, IG Metall, und der österreichische Arbeitsminister Alfred Dallinger
Für das Contra: Dr. Ernst-Gerhard Erdmann, Hauptgeschäftsführer der deutschen Arbeitgeberverbände und Dr. Dietegen Äbli, Direktor des Arbeitgeberverbandes der schweizerischen Maschinenindustrie
21.00 Britische Nachbarn
Der rote Ken
Porträt des Bürgermeisters von London, Ken Livingstone
Von Wolf von Lojewski
21.30 Bei Bio
Gespräche und Musik live
Mit Alfred Biolek und Gästen:
Frank Christoph – Popsänger, Maren Kroymann – Kabarettistin, Hans-Joachim Kulenkampff – Showmaster, Emil – Komiker aus der Schweiz, Théâtre de Mouvement – Bewegungstheater aus Paris, Peter Herbolzheimer Rhythm Combination & Brass.
22.30 Tagesthemen
23.00 Friedrich Luft im Gespräch mit Manfred Krug
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Es begann vor zwei Millionen Jahren
Sendereihe von Jürgen Voigt
3. Akazien für den Senegal
Der Sahel, diese gewaltige Dürrezone quer durch ganz Afrika, ist mehr als fünfzehnmal so groß wie die Bundesrepublik. Acht Länder gehören zum Sahel, von Senegal im Westen bis Somalia im Osten, mit zusammen etwa 27 Millionen Menschen. Der Sahel gehört zu jenen Trockengebieten der Erde, in denen westliche Entwicklungshilfe am dringendsten und zugleich am schwierigsten ist. Tief im Bewußtsein der Menschen steckt die Erinnerung an die Dürrekatastrophe der siebziger Jahre, die das Vieh zu Hunderttausenden verdursten ließ und ganze Völkerwanderungen in Gang setzte.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
Mit Bauchredner Fred Roby
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Flohmarkt
Wege des Himmels
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Der Paragraphenwirt
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Spiel und Spaß
Von und mit Hans Rosenthal
Kandidaten: Hartmut Griesmayr, Elmar Gunsch, Monika Peitsch, Anita Kupsch, Christian Simon, Jürgen Hingsen, Gisela Grothaus.
21.00 heute-journal
21.20 Frieden ohne Waffen
Alois Mertes und Egon Bahr im Streitgespräch
Gesprächsleitung: Gustav Trampe
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Studioprogramm
Hungerjahre – in einem reichen Land
0.00 heute

Die drei Bellinis, denen nachgesagt wird, sie hätten gestohlen – Aus der Reihe „Matt und Jenny", ARD, 17.50 Uhr
FOTO: TELEBUNK



III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Luzie, der Schrecken der Straße (2)
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sturzflug ins Glück
US-Spielfilm, 1944
21.45 Wohin mit dem Müll?
Abfallwirtschaft auf Abwegen
Film von Johannes Glöckner
22.15 Nachtschalter unterwegs ...
Linz – die „Andere Avant Garde"
23.15 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Luzie, der Schrecken der Straße (2)
18.30 Aerobic – Fitness mit Vernunft (4)
18.45 Follow me
19.15 Was tun?
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Cincinatti Kid
US-Spielfilm, 1965
21.55 Kultur aktuell:
Jazz
Moderation: Manfred Eichel
22.40 Beat-Club
23.25 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Luzie, der Schrecken der Straße (2)
18.30 Urmel spielt im Schloß (1)
19.00 Vier fröhliche Fretchdachse
19.10 Lied Jetta + Michael Kunsch
19.15 Die ersten Menschen (4)
20.00 Tagesschau
20.15 Filmstudio
Die Frauen
US-Spielfilm, 1939
22.25 Drei aktuell
22.40 Kulturkalender
23.10 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Luzie, der Schrecken der Straße
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
20.15 zu Gast
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Von Menschen im Land
Nur für das Saarland
20.15 Das Denkmal von nebenan
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.00 Macbeth – in Originalsprache

BAYERN
18.15 Avanti! Avanti! (5)
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
Friede den Hütten – Krieg den Palästen!
20.00 Poesie und Revolution
20.35 Sky
20.45 Rundschau
21.00 Pop Stop
21.45 Europa nebenan
22.30 Sportclub
23.15 Rundschau

Lancia Prisma: Wenn wir schon nicht wie die Italiener leben können, sollten wir wenigstens wie sie fahren.



Woran denkt ein italienischer Automobil-Konstrukteur, wenn er ein neues Auto entwirft? An den Luftwiderstandskoeffizient? Naturalmente! An die Sicherheitsvorschriften? Sicuro! An die Schnelligkeit? Ma veloce! An die Langlebigkeit? Sempre! An das Design? Si, si, si! Doch bei alledem denkt er auch sehr an den Spaß, den eine »bella macchina« machen soll!

Und das spürt man auch dem neuen Prisma von Lancia ab: Er hat eben das gewisse Etwas... Doch bevor wir unseren Prisma selbst loben, lassen wir das lieber andere tun:

mot 9/83: »Daß der Prisma zu flotter Gangart animiert, ergibt sich aus dem drehfreudigen Motor ebenso wie auch der erstklassigen Straßenlage... Nachahmung verdient der geteilt vorklappbare Rücksitz. Er gestattet den Transport von Skiern im Innenraum auch dann, wenn hinten noch ein Erwachsener mitfährt...«

Diners Report 5/83: »Und natürlich ist der Motor ein Leckerbissen, mit seinen zwei obenliegenden Nockenwellen ein »heißes Eisen«, auch wenn's aus Alu-Legierung gegossen ist...«

Motor Reise Revue 2/83: »Das aufwendige Fahrwerk sorgt für ausgezeichnete Fahreigenschaften und die komfortable Federung macht den Prisma zu einem angenehmen Reisewagen, ohne ihm etwas von seiner Sportlichkeit zu nehmen...«

auto motor und sport 8/83: »Drehfreudiger und elastischer Motor. Sehr sicheres Fahrverhalten. Guter Federungskomfort. Reichhaltige Ausstattung...«

FAZ vom 27. 7. 83: »Besonders eindrucksvoll waren die Elastizität und der Antritt aus niedrigen Drehzahlen... Heizung und Belüftung sind perfekt... Die Innenausstattung strahlt sanften Luxus aus...«

Zu so viel Lob kommen noch zahlreiche Extravaganzen, die Sie nicht extra bezahlen müssen. Der Prisma 1600 hat u. a. 5 Gänge, 4 Türen, athermische Scheiben, elektrische Türverriegelung, digitale Zündelektronik, höhenverstellbares Lenkrad, Econometer, 11 Check-Controls, 14 Korrosionsschutzmaßnahmen, 77 kW/105 PS. Alles in allem kostet er DM 18.664,– (unverbindliche Preisempfehlung ab Kippenheim/Baden).

Der Prisma 1500 hat 63 kW/85 PS; wahlweise 5 Gänge oder (gegen Aufpreis) Getriebe-Automatik.

Machen Sie doch mal bei einem Lancia-Händler eine piccola prova! Lancia, Salzstr. 140, 7100 Heilbronn.



1. FC NÜRNBERG

Kritik an Manager und Trainer Klug

sid, Nürnberg

Nach der Serie von 17 Auswärts-Niederlagen gerät Udo Klug beim Deutschen Rekord-Fußballmeister 1. FC Nürnberg zunehmend in die Schußlinie. Denn Klug (55), seit der Entlassung von Heinz Elzner vor 25 Monaten in Nürnberg Manager und Trainer in Personalunion, wird von seinen Kritikern in doppeltem Sinne für den niederschmetternden Negativrekord der Bundesliga verantwortlich gemacht. Schließlich hat der Hesse im Frankenland durch seine beiden Ämter alle personellen Entscheidungen weitgehend beeinflußt.

Hinter vorgehaltener Hand wird gemunkelt, daß aus Vorstandskreisen bereits vor Wochen zu dem arbeitslosen Trainer Horst Franz Kontakte geknüpft worden seien, um Klug und seinen Assistenten Fritz Popp auf der rein sportlichen Ebene zu entlasten. Nach der jüngsten Auswärts-Niederlage in Mönchengladbach (0:2) wagte sich erstmals ein Mitglied aus dem Umfeld des Präsidiums mit einer Kritik an Udo Klug an die Öffentlichkeit. „Nicht die Spieler sind für diese Misere verantwortlich, sondern Herr Klug", sagt der Immobilien-Makler Hans Sperl.

Klug nahm den Vorwurf ziemlich gelassen auf. „Ich bin kein Totengräber des Vereins", sagte er. Doch ein wenig unter die Haut scheint ihm die Kritik doch gegangen zu sein, denn er äußerte sich zum Thema einer möglichen Ablösung ziemlich eindeutig: „Wenn man mit meiner Arbeit nicht zufrieden ist, dann soll man mir das sagen. Ich bin mir jedenfalls keiner Schuld bewußt und würde deshalb an einer Entlassung auch nicht seelisch zugrunde gehen."

Vereins-Präsident Michael A. Roth hat einen derartigen Schritt noch nicht erwogen. Für ihn liegt die Hauptschuld bei den Spielern. „Ich verstehe nicht, daß sie zu Hause um ihr Leben laufen und sich dann auf des Gegners Platz regelrecht verstekken", sagte Roth.

Doch eine Heimniederlage gegen den wiedererstarkten Pokalsieger 1. FC Köln am Samstag und weitere Ausrutscher in den danach folgenden Gastspielen in München und Stuttgart könnten bei dem millionenschweren Teppich-Unternehmer einen raschen Sinneswandel herbeiführen.

Die Weichen für die künftige Zusammensetzung des Präsidiums hat der clevere Geschäftsmann indes schon gestellt. So soll der bisherige Schatzmeister Ernst-Ludwig Zeitz, den Eingeweihte nicht eben zu den Klug-Anhängern zählen, als Vizepräsident kandidieren. Als neuer Schatzmeister ist der bislang beim Handball-Bundesligaklub TuSpo Nürnberg als Manager tätige Immobilienmakler Gerd Schmelzer vorgesehen.

Schmelzer hat bereits klare Vorstellungen für die Zukunft entwikkelt. „Ich bin kein Sportdirektor, sondern möchte mit Präsident Roth ein Konzept zur Sanierung des Vereins erarbeiten". Die Schuldenlast des 1. FC Nürnberg beziffert sich derzeit auf rund drei Millionen Mark.

EUROPAPOKAL / Werder enttäuschte bei der 0:1-Niederlage gegen Lokomotive Leipzig

Die Fans der „DDR" feierten die Bremer, aber nur vor dem Spiel bei der Autogrammjagd ...

D. D. Leipzig

Neue Fans in der „DDR" hat der Bundesligaklub Werder Bremen nach der 0:1-Niederlage bei Lokomotive Leipzig bestimmt nicht gewonnen. Nach einem enttäuschenden Spiel müssen die Bremer jetzt auf das Rückspiel am 2. November in Bremen hoffen. Bremens Trainer Otto Rehhagel hatte schon vor dem Spiel befürchtet, daß es für seine Mannschaft nicht ganz leicht werden würde. Dennoch war die „DDR"-Mannschaft in der zweiten Runde des UEFA-Pokals kein allzu starker Gegner. Die Bremer haben es sich durch ihre Passivität selbst zuzuschreiben, daß sie nun einem Rückstand nachlaufen müssen.

Das Interesse der „DDR"-Fans an der Bundesliga-Mannschaft war vor dem zwölften deutsch-deutschen Duell wie immer riesengroß. Einen geplanten Spaziergang am Abend vor dem Spiel mußten die Bremer Spieler schon nach wenigen Minuten abbrechen – mehr als 50 Fans belagerten sie und forderten immer wieder Autogramme. Dabei hatten sich die Bremer besonders auf die Souvenir- und Autogrammwünsche der Fans in Leipzig eingestellt. Sie verteilten Aufkleber und andere Fan-Artikel. Bruno Pezzey scheute sich auch nicht, bei der Ankunft direkt in eine Gruppe von „DDR"-Fans zu gehen, um fleißig seinen Namenszug auf jedes hingehaltene Stück Papier zu schreiben. Für viele „DDR"-Fans bedeutete dieser Spieltag im Europapokal ein Tag der weiten Reisen. Viele waren in Leipzig, um von den Bremern Autogramme zu sammeln.

Zahlreiche Leipziger Fans waren enttäuscht, daß sie keine Karten bekamen. Von den 25 500 Tickets kamen nur 6000 in den öffentlichen Verkauf. Sie waren nach nur zwei Stunden vergriffen. Die übrigen Karten wurden in den Betrieben verteilt. Auf dem Schwarzmarkt stieg der Preis von fünf Mark auf 50 Mark. Dennoch waren die Straßen an diesem Nachmittag in Leipzig leergefegt, obwohl das „DDR"-Fernsehen dieses Spiel nicht original übertrug, sondern sich für die Partie Ost-Berlin gegen Belgrad entschieden hatte. Doch die Fans kamen auf ihre Kosten, weil das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) übertrug ...



Von Autogrammjägern verfolgt: Torwart Dieter Burdenski bei einem Spaziergang vor dem Leipziger Hotel „Astoria". FOTO: DPA

Die Presse in der „DDR" befaßte sich noch nicht einmal so sehr mit diesem Spiel. Vielmehr empörten sich die Zeitungen über die harte Gangart des FC Magdeburg im letzten Pokal am Samstag in Leipzig. Die Magdeburger, im Europapokal gegen Barcelona bereits ausgeschieden, zeigten sich bei ihrem 2:0-Sieg nicht gerade zimperlich, so daß einige Leipziger Spieler mit Verletzungen gegen die Bremer spielen mußten.

Doch in den ersten 45 Minuten war davon wenig zu spüren. Was allerdings daran lag, daß die Bremer die Leipziger nicht sonderlich forderten. Sie waren eher darauf bedacht, das Spiel zu verschleppen. Wenig Konstruktives brachten sie dabei zustande. Die Zuschauer im Bruno-Plache-Stadion langweilten sich sogar.

Gute Kombinationen, torgefährliche Szenen waren in den ersten 45 Minuten Mangelware. Doch nach 35 Minuten erwies sich die Verschleppungstaktik der Bremer als fraglich. Stürmer Hans Richter, der extra zum Toreschießen von Karl-Marx-Stadt nach Leipzig befohlen wurde, wurde seinem Ruf als Torjäger gerecht. Weil Bremens Libero Bruno Pezzey nicht rechtzeitig eingriff, konnte Richter von der Strafraumgrenze ungehindert zum 1:0 einschießen. Mit seinen vier Treffern in den zwei Spielen gegen Bordeaux hatte Richter dafür gesorgt, daß Leipzig in die zweite Runde kam.

Die Bremer konnten nach diesem Rückgang nur einmal ihre Torgefährlichkeit unter Beweis stellen. Doch einen Kopfball von Gruber wehrte Verteidiger Bredow noch von der Linie ab.

Auch nach der Halbzeit wurde es nicht besser. Die Bremer waren weiterhin bemüht, möglichst kein Tor mehr zu erhalten. Lok Leipzig dagegen hatte zu wenig Schwung, Können und Möglichkeiten, um den Bundesligaklub noch ernsthaft in Gefahr zu bringen. Die Zuschauer sind bestimmt nicht auf ihre Kosten gekommen. Ob Rudi Völler, Uwe Reinders oder Norbert Meier – sie blieben alle weit hinter ihren Möglichkeiten. Nicht zuletzt deshalb, weil sie genau wußten, daß sie in Bremen beim Rückspiel am 2. November für die dritte Runde alles klarmachen können.

FUSSBALL / Jahreshauptversammlung in München

Paul Breitner will nicht mehr Vizepräsident werden

sid, München/Saloniki

„Ich habe einen Termin in Frankreich und bin deshalb gar nicht in München." Mit dieser Aussage beendete Paul Breitner alle Spekulationen um ein künftiges Ehrenamt beim FC Bayern München. Denn trotz vieler Dementis wurde der ehemalige Nationalspieler immer wieder als möglicher Vize-Präsident ins Gespräch gebracht. Zuletzt von dem 54 Jahre alten Baukaufmann Alexander Richter, der bei der Jahreshauptversammlung heute abend gegen den bisherigen Klubchef Willi O. Hoffmann kandidieren wird.

Vor dem UEFA-Cup-Spiel bei PAOK Saloniki gab sich der Präsident Hoffmann angesichts der oppositionellen Strömungen gelassen. „Wir sind ein demokratischer Verein, wo sich jeder zur Wahl stellen kann", sagte Hoffmann. Dennoch birgt die Versammlung, die erstmals bei Alkoholverbot im Deutschen Museum stattfindet, plötzlich Zündstoff.

„Ich kandidiere erneut als Schatzmeister, unabhängig davon, wer Präsident wird", kündigte Professor Fritz Scherer an und gab damit zu erkennen, daß er nicht unbedingt auf die Gefolgschaft zu Hoffmann eingeschworen ist. Der Augsburger Universitäts-Dozent, der auch von der Opposition als Schatzmeister akzeptiert wird, verzichtete zum ersten Mal in seiner vierjährigen Amtszeit auf die Reise zu einem Europapokal-Auswärtsspiel.

Im Vorfeld der Jahreshauptversammlung hatte der Augsburger Universitäts-Professor in Anwesenheit von Geschäftsführer Walter Fembeck ein Gespräch mit Alexander Richter über die wirtschaftlichen Verhältnisse beim FC Bayern geführt.

Nach Auskunft von Präsident Hoffmann hat der Bundesliga-Rekordmeister mit Ende des letzten Geschäftsjahres (30. Juni 1983) 3,5 Millionen Mark Schulden, denen ein Immobilienvermögen in Höhe von zehn Millionen Mark gegenübersteht. Manager Uli Hoeneß glaubt, den Schuldenberg innerhalb der nächsten zwei Jahre abtragen zu können.

Schon auf dem Flug nach Saloniki hatte Manager Uli Hoeneß gesagt: „Ich schaue mir das ganze am Donnerstag an – wenn aber ein Chaot das Kommando übernimmt, bin ich schnell weg. Allerdings gibt es derzeit wirklich keinen Grund, etwas zu ändern. So gut standen wir noch nie da. Und im nächsten Jahr, wenn unser Sponsorvertrag mit Iveco ausläuft, werden wir noch bessere Finanzen haben. Ich habe schon eine Firma an der Hand."

MODERNER FÜNFKAMPF / Drama in Los Angeles

Fünfkämpfer Chichosz kroch und wankte über Zielstrich

sid, Los Angeles

Dort, wo im nächsten August die Fünfkampf-Olympia-Medaillen vergeben werden, spielte sich bei den Junioren-Weltmeisterschaften am Dienstag ein deutsches Drama ab. Zwei vor dem Start zum abschließenden Geländelauf greifbar nahe Medaillen gingen verloren, am Ende blieb für das deutsche Team statt einer sicheren Silbermedaille nur Rang sechs. In Abwesenheit der UdSSR holte sich Ungarn den Titel und alle Einzelmedaillen.

Kurz nach 16.00 Uhr nachmittags lag starker Dunst über den Bergen um Coto de Caza 100 km südlich von Los Angeles, als Mathias Cichosz aus Warendorf erstmals zu Boden fiel, nur 200 m vom Ziel entfernt. Der 21jährige Soldat, vor dem 3000-m-Start an dritter Stelle der Einzelwertung und als sehr starker Läufer eingeschätzt, hatte sich im ersten Abschnitt total verausgabt, war von der Spitze zurückgefallen und kämpfte nur noch um den Teamerfolg.

Cichosz raffte sich, von den Betreuern und den Zuschauern auf der Tribüne angefeuert, wieder auf, stürzte aber mehrmals, zuletzt zehn Meter vor dem Ziel, und kroch und wankte bis zum Schlußstrich weiter.

Per Hubschrauber wurde er ins nächste Krankenhaus geflogen, konnte aber noch am gleichen Abend entlassen werden. Ärzte, Trainer und Athleten meinten übereinstimmend, daß der Vorfall nicht den Witterungsverhältnissen zuzuschreiben sei. Bundestrainer Herbert Rieden, der Cichosz seit sieben Jahren betreut, war vollkommen erschüttert: „Mathias hat sich offensichtlich schon zu Beginn übernommen, trotzdem kann ich mir den Zusammenbruch nicht erklären. Es gab kein Anzeichen, daß er geschwächt ins Rennen ging. Hoffentlich bleibt uns so etwas hier bei Olympia erspart."

Am Vormittag hatte sich die deutsche Mannschaft durch den Sieg im *Pistolenschießen von Rang vier auf* Platz zwei hinter Ungarn vorgeschoben. Bei Normalform von Cichosz hätte sie gut 700 Punkte mehr erreicht und damit im Endergebnis rund 300 mehr als Italien, das vor den USA Silber gewann. So war es kein Wunder, daß der vierte Platz von Detlef Kreher aus Berlin hinter drei Ungarn nur am Rande registriert wurde.

Es gewann der Ungar Fabian mit 5425 Punkten die Einzelwertung vor seinen Landsleuten Demeter (5374) und Bardi (5346). Kreher kam auf 5304 Punkte. Neben Kreher und Cichosz gehörte noch der Warendorfer Marsollek zur deutschen Mannschaft, die auf 15 195 Punkte kam.

NACHRICHTEN

Wunderlich: Nur ein Spiel?

Damp (sid) – Erhard Wunderlich wird der deutschen Handball-Nationalmannschaft beim Vierländerturnier vom 21.–23. Oktober in Dänemark voraussichtlich nur im Auftakt-Spiel am Freitag gegen Vizeweltmeister Jugoslawien zur Verfügung stehen. Zu den Spielen gegen Dänemark (Samstag) und die CSSR (Sonntag) wird er nicht antreten können, weil sein Klub, der FC Barcelona, am Sonntag ein Punktspiel gegen San Sebastian bestreitet.

Loontiens verlängert

Krefeld (dpa) – Beim Fußball-Bundesligaklub Bayer 05 Uerdingen hat Peter Loontiens seinen bis zum 30. Juni 1984 befristeten Vertrag für weitere zwei Jahre bis zum 30. Juni 1986 verlängert. Der 25jährige Stürmer war im Dezember 1981 von Borussia Mönchengladbach nach Uerdingen gekommen.

Zwei Diskuswerfer gedopt

Paris (sid) – Gedopt waren die Diskuswerfer Dariusz Juzyszyn (Polen) und Agnes Herczeg (Ungarn) beim Leichtathletik-Europacupfinale in London im August. Das gab die Europäische Leichtathletik-Union bekannt. Sie wurden disqualifiziert und müssen mit einer Mindestsperre von 18 Monaten rechnen.

Regierung sagt Hilfe zu

Rom (dpa) – Ministerpräsident Bettino Craxi hat dem italienischen Nationalen Olympischen Komitee (NOK) offiziell das Einverständnis und die Unterstützung für eine Bewerbung für die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 1990 zugesichert.

Olympia-Treffen in Füssen

München (dpa) – Bis jetzt haben rund 50 Aktive der Olympiamannschaft für Sarajewo ihre Teilnahme am Olympia-Treffen angekündigt. Es wird vom Nationalen Olympischen Komitee (NOK) ausgerichtet und findet am 21./22. Oktober in Füssen statt.

ZAHLEN

RADSPORT

79. Berliner Sechstagerennen, Endstand: 1. Clark/Doyle (Australien/England) 536 Punkte, 2. Frank/Oersted (Dänemark) 490. Eine Runde zurück: 3. Braun/Rinklin (Deutschland) 505. Vier Runden zurück: 4. Freuler/Känel (Schweiz) 480. Fünf Runden zurück: 5. Kristen/Dill-Bundi (Deutschland/Schweiz) 300, 6. Pijnen/Raas (Holland) 299, 7. de Wilde/Wiggins (Belgien/Australien) 254. Sechs Runden zurück: 8. Thurau/Schütz (Deutschland) 394.

MODERNER FÜNFKAMPF

Junioren-Weltmeisterschaften in Coto de Caza/Los Angeles, Einzelwertung, Endstand: 1. Fabian 5425 Punkte, 2. Demeter 5374, 3. Bardi (alle Ungarn) 5346, 4. Kreher (Deutschland) 5304, 5. Pohl (USA) 5264, 6. Lundblad (Schweden) 5260, 7. Czyzowitz (Polen) 5228, 8. Scott (USA) 5228, 9. Marsollek (Deutschland) 5220, 10. Olszewski (Polen) 5197. **Mannschaftswertung, Endstand:** 1. Ungarn 16 145 Punkte, 2. Polen 15 619, 3. UßA 15 616, 4. Italien 15 329, 5. Schweden 15 241, 6. Deutschland (Kreher, Marsollek, Cichosz) 15 195.

TENNIS

Damenturnier in Brighton, erste Runde: Lloyd-Evert (USA) – Mesker (Holland) 6:1, 6:4.

Grand-Prix-Turnier in Wien, erste Runde: Feigl (Österreich) – Becka (Deutschland) 6:2, 6:0, Simonsson (Schweden) – Westphal (Deutschland) 5:7, 6:4, 7:5.

HANDBALL

Juniorinnen-Weltmeisterschaften in Paris, Trostrunde Gruppe eins: Dänemark – Japan 23:18, Deutschland – China 27:27. – Gruppe zwei: Italien – Norwegen 16:36, Elfenbeinküste – Holland 17:21.

STANDPUNKT

„DDR" und die Realität

Wolfgang Schmidt, der frühere Mannschaftskapitän der „DDR"-Leichtathleten, durfte nach fast 14monatiger Haft das Gefängnis *in Frankfurt/Oder verlassen (die* WELT berichtete). Ob der ehemalige Diskus-Weltrekordler nun seinen Frieden mit den „DDR"-Behörden gemacht hat – die Zeit wird es zeigen.

Fest steht momentan nur, daß Wolfgang Schmidt in der „DDR" nicht mehr als öffentliche Person gilt. Als führende amerikanische Leichtathleten eine Resolution „Freiheit für Wolfgang Schmidt" unterzeichneten und diese dem Präsidenten des Verbandes für Leichtathletik der „DDR" übergaben, verteidigte sich Professor Wieczik so: Wolfgang Schmidt sei bereits im Juli 1982 anläßlich der „DDR"-Meisterschaften in Dresden offiziell aus der Nationalmannschaft verabschiedet worden. Infolgedessen fühle sich der „DDR"-Verband und darüber hinaus auch jede Behörde und jede Regierungsstelle in Ost-Berlin nicht als Adressat für eine solche Unterschriften-Sammlung.

Das alles ist unsinnig, weil es so nicht stimmt. Wolfgang Schmidt wurde zu keiner Zeit mit den üblichen Insignien eines verdienten „DDR"-Sportlers verabschiedet. Als er im September 1982 bei den Europameisterschaften in Athen nicht am Start war, war niemand aus der Mannschaftsführung der „DDR" bereit, über diese angebliche Verabschiedung Schmidts zu reden. Damals hieß es nur, der Ex-Weltrekordler sei leider verletzt.

Es bleibt dabei: Der Fall Schmidt ist „DDR"-Realität 1983 – auch wenn das in der „DDR" mancher nicht wahrhaben will. DW.

OLYMPIA

Zuschlag für Berchtesgaden

dpa/sid, Frankfurt

Die erste Entscheidung im Kandidaten-Wettstreit zwischen Garmisch-Partenkirchen und Berchtesgaden um den deutschen Austragungsort für die olympischen Winterspiele 1992 ist gefallen. Das Präsidium des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK) entschied sich gestern in Frankfurt nach fast dreistündiger Diskussion dafür, der NOK-Mitgliederversammlung am 5. November in Saarbrücken die Region Berchtesgaden zur endgültigen Abstimmung zu empfehlen.

„Die Entscheidung fiel mit Stimmenmehrheit. Um die Mitgliederversammlung nicht zu beeinflussen, geben wir das Abstimmungsergebnis nicht bekannt", erklärte NOK-Präsident Willi Daume nach der Sitzung. Das Ergebnis soll 7:2 für Berchtesgaden gewesen sein. Eine endgültige Entscheidung zugunsten Berchtesgadens mit Bad Reichenhall, Ruhpolding, Reit im Winkl und Inzell sei, so Daume, angesichts „beider hochrangiger Bewerbungen" damit noch lange nicht gefallen.



Nina Grunenberg porträtiert Friedrich Zimmermann

Sein Programm heißt: action

Seit Strauß nicht mehr zum politischen Erzfeind taugt, ist Friedrich Zimmermann der Angstgegner der Liberalen geworden, der Buhmann der Nation. Weniger durch seine Taten als durch seine provokanten Reden hat der Bonner Innenminister das innenpolitische Klima verändert: Türken bangen um ihre Aufenthaltsgenehmigung, Demonstranten fühlen sich eingeschüchtert, der FDP ist er ein Stachel im Fleisch: Durch seine Vorgaben auf dem Felde der Rechts- und Sicherheitspolitik stellt er ihre Durchsetzungskraft in der Koalition kaltblütig in Frage. Bewußt bietet er sich als Kontrastfigur zu allen jenen Politikern an, die moralisch, philosophisch, bürgernah an den Leiden dieser Welt verzagen. Sein Programm heißt: action. Friedrich Zimmermann ist der geborene Exekutor, ein leidenschaftlicher Vollstrecker, aber er ist kein Vordenker. Sein Leben lang hat er sich in der entsagungsvollen Rolle des Hausknechts stilisiert, der seinen Herrn adoriert und die schmutzige Arbeit für ihn erledigt, der immer gebraucht, aber nie geliebt wird. In dieser Funktion war er 25 Jahre lang Franz Josef Strauß' treuester Gehilfe. Jetzt steht er selber auf dem Spielfeld – ein alleingelassener zweiter Mann, der Unsicherheiten zeigt. Lesen Sie das ganze Porträt.

Heute in DIE ZEIT

Deutschlands große Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur. Jeden Donnerstag neu.

SSD ließ nach Demonstration Frau ausreisen

DW. Berlin

Die „DDR“ hat nach einer Demonstration am Berliner Sektorenübergang Checkpoint Charly in einer bisher unüblichen Art und Weise reagiert, wie es in einer Presseerklärung der „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ heißt. Die Demonstranten, drei freigekaufte politische Häftlinge, hatten dagegen protestiert, daß der Ehefrau und Kindern eines der Beteiligten die Ausreise verweigert wurde. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft wurden die Frau und die beiden 11 und 15 Jahre alten Kinder bereits am 13. Oktober, wenige Stunden nach Beginn der Protestaktion, abgeschoben.

Wie von der Arbeitsgemeinschaft weiter mitgeteilt wurde, hatte der Staatssicherheitsdienst die Ehefrau aus der Wohnung geholt und auf der Dienststelle aufgefordert, ihren Mann telefonisch zu bitten, die begonnene Demonstration am Sektorenübergang zu beenden. Sie werde schnellstmöglich entlassen. Bei ihrer Abschiebung konnten die Frau und die Kinder keinerlei Gepäck mitnehmen.

Noch zwei Tage zuvor hatten die Behörden in der „DDR“ das Begehren nach Ausreise abgelehnt.

Chirac rät den Europäern, ihre eigene Verteidigung zu verstärken

Verwirrung in Paris um Bonner Äußerungen des Gaullistenchefs / Hernu: „Erstaunlich“

Co./v. K. Bonn/Paris

Der französische Gaullisten-Führer Jacques Chirac tritt für eine engere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland in der Sicherheitspolitik ein. Beide Länder sollten, empfahl Chirac gestern vor Journalisten in Bonn, den Weg intensiver sicherheitspolitischer Konsultationen weitergehen und alle damit zusammenhängenden Fragen diskutieren.

Nach seinen Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher, Franz Josef Strauß und Richard von Weizsäcker bejahte er auch mit Nachdruck eine enge Partnerschaft zwischen Europäern und Amerikanern, weil sich Europa nicht allein verteidigen könne. Aber kein Volk könne sich voll und endgültig auf andere verlassen. Darum müsse Europa seine eigenen militärischen Mittel verstärken mit dem Ziel, seine Grenzen zu sichern. Der Gaullisten-Führer ließ allerdings offen, wie im einzelnen die stärkere Verteidigungsgkraft der Westeuropäer aussehen solle. Er bestritt ausdrücklich, damit zu meinen, daß die Bundesrepublik Deutschland auch in die atomare Verteidigung einbezogen werden sollte.

Berichte, Chirac habe in Bonn die Einbeziehung der Bundesrepublik in ein europäisches System nuklearer Verteidigung befürwortet, hatten in Frankreich zu heftigen Reaktionen geführt. Verteidigungsminister Charles Hernu sprach von „erstaunlichen“ Äußerungen. Der außenpolitische Sprecher der Sozialisten, Jacques Huntzinger, nannte entsprechende Überlegungen unseriös. Der ehemalige sozialistische Industrieminister Pierre Chevenement sah sogar das Ende des Gaullismus heraufdämmern und vertrat außerdem die Auffassung, eine derartige politische Aufwertung der Deutschen fände bei den übrigen europäischen Staaten keine Mehrheit.

Bis in die von Chirac geleitete gaullistische Sammlungsbewegung RPR hinein wurden Zweifel angemeldet, ob so etwas wünschenswert und möglich sei, ohne die gesamte alliierte Deutschlandpolitik in Frage zu stellen. Bei den Giscardisten waren ähnliche Auffassungen zu hören. Deren „historischer Chef“, der ehemalige Präsident Giscard d'Estaing, hatte bereits während seiner Amtszeit auf ähnliche Fragen geantwortet, daß „ein deutscher Finger am Abzug einer westlichen Atomwaffe ein Casus belli für die Sowjetunion“ und daher „auf absehbare Zeit unmöglich“ sei.

In der Tat bestreitet keine französische Partei, die KPF eingeschlossen, den nationalen Ausschließlichkeitscharakter der französischen atomaren Abschreckungsstreitmacht. Der Sozialist Huntzinger sagte in seiner Kritik an Chirac indes nichts darüber aus, ob diese Streitmacht eines Tages eine europäische mit oder ohne deutsche Mitbestimmung sein könnte.

Das Thema „europäische Verteidigung“ wird in Frankreich seit Jahren kontrovers diskutiert. Der 1980 verstorbene Generalsekretär der Gaullisten, Alexandre Sanguinetti, hatte kurz vor seinem Tod bereits eine deutsch-französische Atomstreitmacht für Europa gefordert, war damit aber auf Ablehnung gestoßen.

Seite 2: Sorge um die Deutschen

Reagan warnt vor Versuch einer Einschüchterung

„Wer bedroht den Frieden?“ / Appell an Jugend Europas

dpa/rtr. Washington/München

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat an die „Friedensbewegung“ und die Jugend Europas appelliert, die Gründe für die geplante Aufstellung der neuen Atomwaffen noch einmal zu überdenken. Der Westen dürfe sich nicht einschüchtern lassen. Gleichzeitig unterstrich er vor Journalisten in Washington seinen Willen zu erfolgreichen Raketenverhandlungen mit der Sowjetunion noch vor der Aufstellung neuer US-Raketen in Westeuropa.

„Ich möchte die jungen Menschen in Europa dringend bitten, darüber nachzudenken, daß es nicht die Vereinigten Staaten und die NATO sind, die den Frieden bedrohen“, sagte Reagan. Die USA hätten keine Mittel- oder Langstreckenraketen in Europa. Sie seien bereit, „darauf vollkommen zu verzichten“. Es sei die Sowjetunion, die mit mehr als 1300 Sprengköpfen auf Mittelstreckenraketen die Staaten in Europa, Asien und anderswo bedrohe. Jede Woche werde von ihr eine neue SS-20-Rakete mit drei Sprengköpfen aufgestellt.

Reagan unterstrich die Bereitschaft der USA, jedes Abkommen mit der UdSSR zu treffen, das fair und nachprüfbar für alle Seiten sei. Dies schließe die Abschaffung einer ganzen Klasse atomarer Waffen ein, oder „wenn sie (die UdSSR) nicht soweit gehen will, zumindest einen Teil davon, und je mehr, desto besser“.

Das US-Außenministerium hatte zuvor Äußerungen des sowjetischen Generals Tscherwow über die Aufstellung sowjetischer Raketen in der Nähe der USA als neuen Versuch eines „Nervenkrieges“ zwischen Moskau und Washington bezeichnet.

Als „Armeen des politisch-psychologischen Krieges, vom Kreml gezielt eingesetzt und gesteuert“, hat der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß gestern die „Friedensbewegung“ bezeichnet. Strauß forderte im CSU-Organ „Bayernkurier“ jene Tausende von „Mitläufern“, die aus christlichen oder anderen „im Einzelfall ehrenhaften Motiven“ mitmarschierten, eindringlich auf, einen „Trennungsstrich zu den Kommunisten und Drahtziehern“ zu ziehen.

Krankenstand ging 1983 weiter zurück

HH. Bonn

Der Krankenstand der Arbeitnehmer hat im ersten Halbjahr 1983 das niedrigste Niveau seit den siebziger Jahren erreicht. Nach Berechnungen des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) wurden bei gesetzlichen Krankenkassen 4,5 (erstes Halbjahr 1982: 4,9) Prozent aller Pflichtmitglieder als krank registriert. Bereits seit 1980 sei die Zahl der Krankmeldungen von 5,7 auf 4,6 Prozent (Jahresdurchschnitt 1982) zurückgegangen. Die Ursache sieht das der Industrie nahestehende Institut „eindeutig in der konjunkturellen Entwicklung“.

Diese Tendenz widerlegt nach Meinung des Instituts die verbreitete Auffassung, der niedrige Krankenstand sei damit zu erklären, daß gesundheitlich labile Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit abgedrängt würden.

Denn pflichtversicherte Arbeitslose – das sind rund 75 Prozent aller Arbeitslosen – würden im Krankheitsfall in die Krankenstatistik einbezogen. „Folglich kann das gegenwärtige Krankenstandstief schon aus statistisch-methodischen Gründen nicht mit der ‚Verdrängungsthese' erklärt werden“, schreibt das Institut.

Bonn: Keine Hilfe für Moon-Sekte

AP, Bonn

Entgegen früheren Zusagen will das Bundespresseamt einer Gruppe ausländischer Journalisten, die der Jugendsekte des Koreaners Moon nahestehen, bei ihrem bevorstehenden Besuch in Bonn keine Hilfestellung gewähren. Regierungssprecher Jürgen Sudhoff erklärte gestern vor Journalisten, das Amt werde der Gruppe weder logistische Unterstützung zuteil werden lassen, noch werde das Auswärtige Amt für ein Pressegespräch zur Verfügung stehen.

Sudhoff räumte ein, daß diese Pläne ursprünglich bestanden, doch sei keine Entscheidung so gut, daß sie nicht verbessert werden könne.

Das Presseamt habe zwischen der ausländischen Journalisten zukommenden Höflichkeit und der Gefahr von Mißverständnissen in der Öffentlichkeit abwägen müssen. Die Bundesregierung sei weiterhin der Auffassung, die Moon-Sekte stelle eine „Gefährdung“ dar.

Indira Gandhi sucht Kontakt zu Kohl

Neu-Delhi für engere Zusammenarbeit mit Bonn / Vor dem Kanzlerbesuch in Indien

BERNT CONRAD, Bonn

Die indische Premierministerin Indira Gandhi will den Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Neu-Delhi am 6. November nutzen, um eine Etappe engerer deutsch-indischer Beziehungen einzuleiten. Diesen Eindruck hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Stercken bei Gesprächen mit Frau Gandhi, Außenminister Narasima Rao und dem indischen Parlamentspräsidenten in Neu-Delhi gewonnen.

Stercken hatte Anfang der Woche während der Rückreise von der Versammlung der Interparlamentarischen Union in Seoul auf Einladung des Parlamentspräsidenten einen zweitägigen Aufenthalt in der indischen Hauptstadt eingelegt. Dort erfuhr er zu seiner Überraschung, daß die Premierministerin und der Außenminister großen Wert auf Begegnungen mit ihm legten. Beide betonten den Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen auch über den diplomatischen Bereich hinaus.

Wie der CDU-Politiker in einem Gespräch mit der WELT erläuterte, sehen die Inder die erstrebte enge Kooperation mit Bonn sehr stark im europäischen Kontext. Offenbar gingen sie davon aus, daß die Bundesregierung ihre besonderen politischen Interessen und Beziehungen in den Rahmen der Europäischen Gemeinschaft einbringe, während die in Indien sehr aktiven Franzosen weitgehend im eigenen nationalen Interesse operierten. Da Indien aber an der Zusammenarbeit mit Europa interessiert sei, baue es primär auf die Bundesrepublik.

Frau Gandhi brachte ihren Wunsch nach besseren Kontakten nach Sterckens Angaben mit der Führungsrolle ihres Landes in der Dritten Welt in Zusammenhang. Auf die Anregung des CDU-Abgeordneten, man sollte die gemeinsamen Wertvorstellungen, die Bonn und Neu-Delhi verbänden, stärker herausstellen, erwiderte die Premierministerin: „Wir wehren uns dagegen, daß die Europäer unsere Blockfreiheit oft völlig mißverstehen.“ Für Indien bedeute Blockfreiheit keine Wertneutralität. Indien müsse dies klar herausstellen, um sich von der Politik der kommunistischen Länder abzusetzen.

Das Vorspiel in Neu-Delhi zeigt nach Ansicht von Experten, daß der Kurzbesuch Kohls in Indien am 5. November von größerer Bedeutung sein wird als ursprünglich angenommen. Nachdem eine von Frau Gandhi vorgeschlagene Begegnung mit dem Kanzler in New York anläßlich der UNO-Vollversammlung nicht zustande gekommen war, hatte die Premierministerin auf einen Zwischenstopp des Kanzlers auf dem Rückweg von dessen Japan- und Indonesien-Reise gedrungen.

Blüm ringt um Regelung

● Fortsetzung von Seite 1

bei einer Quote von 70 Prozent rund eine Viertel Milliarde Mark jährlich, bei nur 30 Prozent aber schon etwa 1,3 Milliarden Mark. Da heute niemand sagen kann, wie hoch die Neueinstellung tatsächlich ausfallen wird, ist Stoltenberg auch so zurückhaltend, um Mehranforderungen an den Etat rechzeitig abzuwehren.

Die Gewerkschaften müßten sich insofern an der Finanzierung beteiligen, als sie sich im Tarifvertrag verpflichten, bei der Entlohnung für die gesamte Branche in dem Maße auf Lohnzuwächse zu verzichten, wie die Arbeitgeber durch die Tarifrente zusätzlich belastet werden. Dies erscheint jedoch nicht praktikabel, da niemand sagen kann, wie die Lohnforderungen ohne eine zu vereinbarende Tarifrente ausgesehen hätten.

Neben der NGG setzen sich vor allem die IG Chemie, die IG Textil und die IG Bau, Steine, Erden für dieses Modell ein. Die DGB-Führung und vor allem die IG Metall peilen die 35-Stunden-Woche an. Derzeit sind rund 560 000 Arbeitnehmer älter als 58 Jahre.

dpa, Köln

Eine Verkürzung der Arbeitszeit auch ohne vollen Lohnausgleich ist nach Auffassung des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolf von Amerongen, für viele Branchen und damit für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht förderlich. Im Deutschlandfunk sagte Wolff gestern, das Wesentliche bei einem außenhandelspolitischen Land wie der Bundesrepublik Deutschland sei jedoch, daß diese Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibe. Bewiesen sei nicht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auch weniger Arbeitslose bringe.

Eine andere Frage sind nach Darstellung Wolffs sogenannte flexiblere Arbeitsplätze. Dabei müsse der Staat mit Änderungen gesetzlicher Vorschriften helfen.

Shamir übersteht Mißtrauensantrag

dpa, Jerusalem

Die neue israelische Regierung unter Ministerpräsident Shamir hat gestern den ersten Mißtrauensantrag der Opposition überlebt. Breiten Schichten der Bevölkerung wurde zur Behebung der schweren Wirtschaftskrise eine Senkung des Lebensstandards angekündigt.

Der von allen drei Oppositionsparteien vorgelegte Mißtrauensantrag ist vom Parlament mit 61 gegen 54 Stimmen abgewiesen worden. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte ihren Antrag – ähnlich wie die linksprogressive Schinui und die moskautreue Rakach – mit dem Vorwurf begründet, die vom Parteienblock Likud geführte Regierung habe die israelische Wirtschaft durch „Verantwortungslosigkeit und Leichtsinn an den Rand des Ruins geführt“. Der erst am Vortag vereidigte neue Finanzminister Jigal Cohen-Orgad räumte ein, daß die derzeitige Krise „Auswirkungen auf alle Bereiche der Wirtschaft“ habe.

Für die Familienharmonie in Ihrer EDV-Organisation

Eine gute Nachricht für national und international operierende große Unternehmen: Nixdorf bringt einen Micro-Computer für den integrierten Einsatz an den dezentralen Arbeitsplätzen in Fachabteilungen, Zweigstellen, Niederlassungen oder Auslandsfilialen.

Damit kommt endlich eine Lösung für die Probleme des unkontrollierten Einsatzes autonomer Datenverarbeitungskapazität vor Ort. Die neuen Micros von Nixdorf sorgen dafür, daß die Computer-Organisation an der Peripherie nicht unkontrollierbar wird und nicht in Insellösungen zerfällt.

Deshalb ist Nixdorf's neues Baby das Wunschkind vieler EDV-Leiter.

Bei den Nixdorf Micros zeigt sich im Kleinen die große Nixdorf-Erfahrung mit arbeitsplatzorientierter Datenverarbeitung: sie sind konsequent eingebunden in das weltweit erfolgreiche Systemkonzept von Nixdorf. Mit allen Vorteilen für die EDV-Organisation: Die Micros sind kompatibel zur Nixdorf-Systemfamilie in Hardware, Systemsoftware und Anwendersoftware, kompatibel auch zu Fremdsystemen. Sie sind netzwerkfähig: in herstellerspezifischen wie in öffentlichen Kommunikationsnetzen.

Die Nixdorf Micros haben alle guten Eigenschaften ihrer großen Brüder.

Nixdorf's neuem Baby ist die ganze Software-Kapazität in die Wiege gelegt: Die Anwender-Software.

Die neuen Micros bieten alle Möglichkeiten der Software bestehender Nixdorf Systemfamilien.

Aus der internationalen Softwarebank Nixdorf COMET® können darüber hinaus mit einem Checklisten-Programm einzelne Software-Bausteine nach Bedarf abgerufen und zusammengestellt werden.

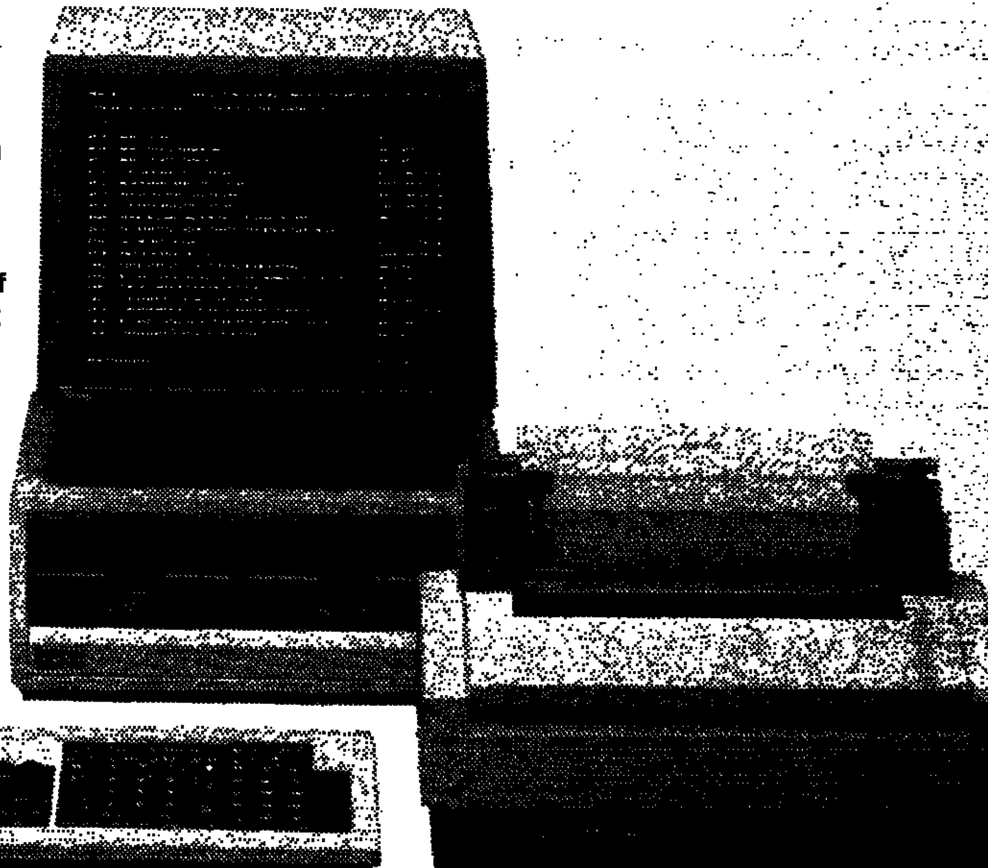
Ergebnis: Eine Software, die den kommerziellen Anforderungen wie den individuellen Erfordernissen optimal entspricht.

Dienstleistung liegt in der Nixdorf-Familie.

Kundendienst wird auch bei den Micros von Nixdorf großgeschrieben. Die Dienstleistungs-Palette reicht von der Organisationsberatung über die Installation und die Schulung bis zur Betreuung durch den leistungsfähigen technischen Kundendienst.

Das gewährleistet eine rundum sichere, zuverlässige und kontinuierliche Betreuung und Pflege der neuen Babies von Nixdorf.

Nixdorf Computer AG
Fürstenallee 7, 4790 Paderborn
Telefon 05251/300578



Nixdorf's neues Baby präsentiert sich auf der Systems, Halle 19, Stand 19005 und Halle 23, Stand 23110.

Der Micro-Computer in der Nixdorf-Familie

NIXDORF COMPUTER

Stiftung in der Klemme

J. G. – „Es ist ein mächtiger Trieb im Menschen, für seine Hinterbliebenen zu sorgen, diejenigen, denen er im Herzen so nahe stand, nicht in Not zu hinterlassen. Die Gesittung und Ökonomie der Gesellschaft ist dadurch wesentlich gesichert, die ökonomische Kontinuität gewahrt." So schrieb es vor gut einem halben Jahrhundert der berühmte Finanzwissenschaftler Schanz zum Thema „Erbschaftsteuer", und so ist es immer noch wahr.

Als neue Wahrheit aber ist hinzugekommen, daß Familienunternehmer höllisch aufpassen müssen, wenn sie vermeiden wollen, daß die Erbschaftsteuer die Firma zerschlägt und die geschröpften Erben das Restvermögen verjubeln. Ein Problem, das so oder ähnlich zum Beispiel für die Hälfte des deutschen Industriepotentials und entsprechend viele Arbeitsplätze gilt.

Das im Erbfall steuerunschädliche Instrument der Familienstiftung ist da passé, seitdem die weiland sozial-liberale Bonner Koalition die Ersatzerbschaftsteuer mit Rechtskraft ab 1984 einführte. Der große Klöckner-Fall, wo sich die Erben nun erfolgreich mit Flucht in eine gemeinnützige Stiftung vor dem für den Bestand der Firma tödlichen Steuer-Fallbeil retteten, zeigt nur die berühmte Spitze des Eisbergs. Vielen anderen, die mehr als das bei Klöckner seit Jahrzehnten übliche eine Promille vom Ertrag der Familienstiftung fürs Privatkonto brauchen, wird die Flucht in die gemeinnützige Stiftung viel schwerer oder gar unmöglich sein.

Förderung der Familie, auch wenn es Unternehmer sind, sollte sich da die christ-liberale Regierung aufs Panier schreiben. Statt dessen ist sie zum Vollstrecker einer aus Unternehmerfeindlichkeit geborenen „Neidsteuer" geworden.

Öl auf Termin

fu (London) – Vor zweieinhalb Jahren begann an der International Petroleum Exchange (IPE) in London der Handel mit Heizöl-Terminkontrakten. Schon damals wurde, allerdings mit verständlicher Zurückhaltung, von der Aussicht gesprochen, später einmal auch andere Mineralölprodukte und Rohöl selbst in den Terminhandel aufzunehmen. Der bisherige Erfolg der IPE hat ihren Initiatoren recht gegeben. Bereits am 21. November wird offiziell der Handel mit Rohöl-Terminkontrakten aufgenommen. Das Ziel, das sich die IPE zunächst gesetzt hat, klingt bescheiden: Für die ersten sechs Monate wird mit einem Handelsvolumen von 500 Kontrakten pro Börsentag über jeweils 1000 Barrel Rohöl der Qualität Brent, abzuliefern in Rotterdam oder Amsterdam, gerechnet. Doch der immense Erfolg des Rohöl-Terminhandels in New York, wo der Umsatz schon zweimal die gesamte Opec-Tagesproduktion überschritten hat, läßt auch für London erwarten, daß die IPE schon bald zum Größten der Rohstoff-Terminbörsen in Europa aufgestiegen sein wird.

DIHT-KONGRESS / Sechs Thesen zur Wirtschaftspolitik verabschiedet

Überwindung der Anspruchsmentalität ist Voraussetzung für Wachstum

INGE ADHAM, Frankfurt

Positive Konjunktursignale registriert der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT): Seit dem Sommer übertrifft die Produktion in der gewerblichen Wirtschaft wieder das Vorjahresniveau, die Kapazitätsauslastung hat sich erhöht. Im Gegensatz zu früher stammen die Auftriebskräfte nicht vom Export, sondern aus der Binnenwirtschaft. Im übrigen fehlt dem Aufwärtstrend nach Ansicht von DIHT-Präsident Otto Wolff von Amerongen noch die nötige Breite.

Nach zweitägiger Dauer verabschiedete der DIHT-Kongreß in Frankfurt sechs Thesen zur Wirtschaftspolitik, die nach Ansicht der Wirtschaft Wege aufzeigen, die international geschwächte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, ohne deren Stärkung ein dauerhafter Aufschwung nicht möglich sei, zu verbessern. Hauptaufgabe nach diesem Forderungskatalog der Wirtschaftspolitik ist, die Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum nachhaltig zu stärken. Denn, so der DIHT, offensive Wachstumspolitik ist das wirksamste Mittel zur Lösung der Beschäftigtenprobleme.

Als Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Politik wertet der DIHT die Beseitigung der Anspruchsmentalität. Jahrzehntelanger Wohlstand habe den Blick für die Leistungsabhängigkeit dieses Wohlstands verschleiert, beklagt der DIHT, der von der Bundesregierung eine konsequente Durchsetzung der Wachstumspolitik gegen „verteilungsorientiertes" Bewußtsein fordert. Grundsätzlich müsse aber die Wirtschaft selbst die Initiative für mehr Innovation und Investition und somit für mehr Wachstum und Beschäftigung ergreifen. Dazu sei allerdings eine Reduzierung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt nötig, betont der DIHT, um so notwendige Freiräume für Eigeninitiativen zu schaffen.

Für gescheitert hält der DIHT alle Versuche, das Problem der Arbeitslosigkeit durch Beschäftigungsprogramme zu lösen: „Strukturelle Ursachen der Arbeitslosigkeit und fehlenden Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt machen konjunkturpolitische Maßnahmen zur Lösung der Beschäftigtenprobleme unwirksam", betont die Spitzenorganisation der Handelskammer in Deutschland.

Notwendig sei vielmehr eine Doppelstrategie aus Förderung der Wachstumskräfte und einer Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen Anpassungsflexibilität. Als Voraussetzung für den Erfolg dieser Strategie sehen die Kammern eine Verringerung des Defizits der öffentlichen Hand. In den nächsten Jahren müsse der Anstieg der Staatsausgaben deutlich unter dem des Bruttosozialprodukts bleiben: Dabei steht im Vordergrund ein Stopp der Expansion der Personalkosten und ein Abbau der Subventionen. Dies würde auch Raum geben für die von der Wirtschaft für unerläßlich gehaltene Absenkung der Steuerquote: „Die Steuerlast muß dort gesenkt werden, wo sie Leistungssteigerung verhindert", heißt es in den „Frankfurter Thesen", die gleichzeitig vor einer weiteren Erhöhung der Mehrwertsteuer warnen, die nur die Tendenz zur Schattenwirtschaft weiter fördern würde.

Mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt wird die Bemühungen um mehr Wirtschaftswachstum entscheidend erleichtern, heißt es weiter in den DIHT-Thesen. Der Zusammenhang zwischen Arbeitskosten und Beschäftigung müsse stärker zur Geltung kommen. Unterschiede müßten nach Qualifikationen, Branchen und Regionen berücksichtigt werden.

Eine klare Absage erteilt der DIHT in seinen Thesen den Forderungen nach der 35-Stunden-Woche: „Pauschalregelungen für alle Branchen und Betriebe beruhen auf rein rechnerischen Hoffnungen", heißt es. Nur Individualregelungen seien wachstumspolitisch wirksam. Änderungen der Arbeitszeit müßten die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft erhöhen und deshalb kostenneutral und auch reversibel sein, um eine rasche Anpassung an veränderte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsbedingungen zu ermöglichen. Den Unternehmen empfiehlt der DIHT, Individualregelungen, wo sie möglich sind, alsbald zu treffen, „um bei anhaltender Arbeitslosigkeit Pauschalregelungen von oben vorzubeugen".

AUTOINDUSTRIE

Opel: Entlassungsgerüchte Panikmache der IG Metall

HARALD POSNY, Düsseldorf

Als „reine Spekulation" hat die Adam Opel AG die Äußerungen des Betriebsratsvorsitzenden im Stammwerk Rüsselsheim, Richard Heller, zurückgewiesen, das Unternehmen werde bis 1988 rund 6000 Arbeitsplätze in den inländischen Betriebsstätten abbauen. Diese Zahlen waren verbreitet worden, nachdem die Geschäftsleitung intern die üblichen Planungszahlen zur Erzielung notwendiger Produktivitäts-Fortschritte erstellt hatte. Sie waren von Heller mit dem Hinweis kommentiert worden, daß es sich bei den Entlassungen nicht um eine separate Opel-Aktion, sondern um eine Entwicklung in der gesamten Autoindustrie handele. Sie sei das Ergebnis einer Reihe von künftigen Rationalisierungsschüben. Bei Opel würden die genannten 6000 Arbeitsplätze rund 10 Prozent der Gesamtbelegschaft sein, von denen im Durchschnitt des letzten Jahres reichlich 34 000 in Rüsselsheim, 18 500 in Bochum sowie 6700 in Kaiserslautern beschäftigt waren. Überträgt man die von Heller genannten 10 Prozent der Mitarbeiter auf die gesamte Automobilbranche, würde dies einem Abbau von etwa 40 000 Arbeitsplätzen entsprechen.

Die Opel AG sieht in den Äußerungen Hellers „den untauglichen Versuch, mit dieser Panikmache die IG-Metall-Forderungen nach Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zu rechtfertigen". In diesem Zusammenhang wird auf ein Gewerkschafts-Flugblatt verwiesen, das die Frage aufwarf: „Arbeitslos oder 35-Stunden-Woche?"

Opels Personalvorstand Walter Schlotfeldt: „Mit der 35-Stunden-Woche werden Opel und die gesamte Branche auf den internationalen Märkten wettbewerbsunfähig." Die Betriebsratsbehauptungen werden als umso bedenklicher angesehen, da Opel in den letzten beiden Jahren das höchste Wachstum in Produktion und Absatz erzielt hatte und zudem mehr Beschäftigte eingestellt hatte als jeder andere Autobauer.

Bei Opel wie in der Gesamtbranche wird dem Ringen um höhere Produktivität eine besondere Bedeutung beigemessen. Dabei sei auch nicht auszuschließen, daß mittelfristig in bestimmten Arbeitsbereichen – wie in der gesamten Industrie – Arbeitsplätze wegfallen.

Im Juli dieses Jahres noch hatte Opels Personalvorstand Schlotfeldt erklärt, das Unternehmen beabsichtige keine Entlassungen im Zuge technischer Entwicklungen. Schon damals diskutierte Entlassungszahlen wurden dementiert. Opel-Vorstandsvorsitzender Ferdinand Beickler hatte zudem erklärt: „Nicht die Einführung moderner Fertigungstechnik führt zu Beschäftigungseinbußen. Zu derlei Einbußen führt der Verlust von Wettbewerbsfähigkeit aufgrund unterlassener Produktentwicklung und Modernisierung der Betriebe." Bei Opel geht man im Bemühen um höhere Produktivität von höheren Absatzzahlen und damit stabiler oder verbesserter Beschäftigung aus.

Pariser Börsenwunder

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Während sich in allen anderen westlichen Industriestaaten – mit den USA an der Spitze – das Konjunkturklima immer mehr erwärmt, hat es in Frankreich den Gefrierpunkt unterschritten. Gleichwohl steigen die französischen Aktienkurse weiter. Ihr Index hat inzwischen den Jahresendstand 1982 um mehr als 40 Prozent übertroffen. Das ist ungefähr das Doppelte der Wall-Street-Hausse. Auch Frankfurt, London und Tokio blieben deutlich hinter Paris zurück.

Dieses „Wunder" wird in hiesigen Finanzkreisen vor allem damit erklärt, daß die Pariser Börse 1982 weniger zugelegt hatte als die anderen Plätze. Es sei deshalb ein Rückstand aufzuholen gewesen, zumal die französische Wirtschaft bis vor einem Jahr stärker expandierte als die Weltwirtschaft. Eine solche Betrachtung wird aber der jüngsten Wirtschaftsentwicklung und den verhältnismäßig schlechten französischen Konjunkturaussichten nicht gerecht.

Noch bis zum Sommer konnte man die überdurchschnittliche Pariser Aktienhausse zum Teil darauf zurückführen, daß zahlreiche Gesellschaften für ihr noch gutes letztes Geschäftsjahr mit bedeutenden Dividendenerhöhungen überraschten. Andererseits aber mehrten sich die Unternehmenszusammenbrüche, und die von der Regierung Ende März verschärfte Austerity-Politik (einschließlich Kreditrestriktionen) ließen eine weitere Verstärkung der Konkurswelle erwarten. Allenfalls konnten die großen Exportunternehmen dank der Franc-Abwertung mit besseren Zeiten rechnen.

Aber Frankreichs Uhren gehen auch an seiner Börse anders. Von großer Bedeutung für ihre Sonderentwicklung ist die Marktenge, die sich durch die Verstaatlichung der größten Industriekonzerne sowie aller notierten Banken noch weiter zugespitzt hat. Dadurch schrumpfte die Börsenkapitalisierung um ein Achtel. Trotz der Hausse erreicht sie zur Zeit gerade 280 Milliarden Franc. Aber nur ein Drittel dieser Aktien ist im Umlauf. Die Umsätze konzentrieren sich auf etwa 50 Titel.

Um so stärker ist das Anlegerinteresse für Obligationen, die in Frankreich vom breiten Publikum traditionell bevorzugt werden. Immerhin hat die Regierung den Aktienmarkt inzwischen etwas nach unten erweitert. Für die Aktien kleinerer und mittlerer Firmen wurde ein neuer Sekundärmarkt geschaffen, der allerdings auch qualitativ (verminderte Publizität) zweitrangig ist. Dazu sind verschiedene neue Anlageformen getreten, von denen die sogenannten Partizipationsscheine (titres participatifs) größere Bedeutung erlangt haben.

Es handelt sich dabei um ein Mittelding zwischen Aktie und Obligation, das finanzanalytisch zu den Eigenmitteln gezählt wird. Wie bei der Aktie ist die Laufzeit dieser Titel unbegrenzt, allerdings besitzen ihre Inhaber kein Stimmrecht. Den Obligationen vergleichbar ist die feste Mindestverzinsung, zu der ein variabler, an die Gewinn- oder Umsatzentwicklung gebundener Zins tritt.

Diese neue Form der Kapitalbeschaffung ist bisher vor allem von den verstaatlichten Unternehmen benutzt worden. Saint-Gobain, Rhône-Poulenc, Thomson, Générale de l'Electricité (CGE) und Renault haben bereits für vier Milliarden Franc Partizipationsscheine ausgegeben, die einen reißenden Absatz fanden. Dies liegt wohl nicht nur an der attraktiven Verzinsung, sondern auch daran, daß sich die Anleger eine Vorzugsbehandlung für den Fall versprechen, daß es nach einem Regierungswechsel zu einer Reprivatisierung dieser Unternehmen kommt. Jedenfalls sind die Partizipationsscheine eine Hintertür dafür, um den Staat von der Eigenkapitalversorgung seiner Unternehmen etwas zu entlasten, ohne die Eigentumsverhältnisse anzutasten.

Schließlich hat die Regierung die steuerlichen Anreize für das Aktiensparen verstärkt und spezielle Sparformen vor allem zugunsten der Industrie geschaffen. Sie will damit nicht zuletzt das fortschreitende Desinteresse an Immobilien- und Goldanlagen für Investitionen in Aktien nutzen. Jedenfalls ist diese Interessenverschiebung ein sehr wichtiger Faktor für die starke Pariser Aktienhausse gewesen. Nunmehr aber rechnet man damit, daß diese Sonderfaktoren allmählich an Wirkung verlieren. Paris würde damit wieder stärker in den Sog der Weltbörsen geraten. Rein konjunkturell gesehen ist jetzt sogar ein Rückschlag nicht mehr auszuschließen.

AUF EIN WORT



„Der Finanzminister als Hüter der Bundeskasse verfügt ja über eine besondere Art von Kohle, mit der viele Staatsaufgaben zu erfüllen sind. Nur muß ich darauf hinweisen, daß ich keinerlei diesbezügliche Halden besitze und auch über keine nationale Kohle-Reserve verfüge, sondern statt dessen über einen hohen Bestand an Schulden. Das heißt: Ich bin knapp an Kohle."

Dr. Gerhard Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen, Bonn
FOTO: H. DIETRICH HABBE

Schwierige Lage für den IWF

rtr, Zürich

Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird sich möglicherweise gezwungen sehen, auf die privaten Kapitalmärkte zurückzugreifen, sofern der amerikanische Kongreß eine Quotenerhöhung des IWF verweigern sollte. Diese Ansicht hat Fritz Leutwiler, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank und Vorsitzender der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), in Basel zu verstehen gegeben. Leutwiler betonte, daß eine Rückweisung der Quotenerhöhung durch den US-Kongreß den IWF und damit die ganze Welt mit einer neuen und extrem schwierigen Situation konfrontieren würde.

AUSSENHANDEL

Südostasien von deutscher Wirtschaft vernachlässigt

HECK/VWD, Bonn/München

Zu verstärktem Engagement in Südostasien hat der parlamentarische Staatssekretär beim Wirtschaftsminister, Martin Grüner (FDP), die deutschen Unternehmen ermuntert. Auf einer vom Ifo-Institut München veranstalteten internationalen Konferenz zum Thema „Wachstumsmarkt Südostasien – Chancen und Risiken unternehmerischer Kooperation" erklärte Grüner, die beachtliche Wachstumsphase dieser Länder sei „der Aufmerksamkeit der deutschen Wirtschaft weitgehend entgangen". Zwar sei die Bundesrepublik in der EG stärkster Handelspartner der Asean-Länder Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand. Doch die knapp vier Prozent Anteil an deren Außenhandel seien kein Grund zur Zufriedenheit. „Unsere wirtschaftlichen Beziehungen zur Asean-Region können nur dann stabilisiert und verstetigt werden, wenn deutsche Unternehmen sich entschließen, sich in diesem Raum stärker zu engagieren.

Auch Helmut Laumer, Vorstandsmitglied des Ifo-Instituts, wies darauf hin, daß das Gros der deutschen Exportwirtschaft lange Zeit das Wachstumspotential des südostasiatischen Markts nicht erkannt habe. Die relativ schlechte Position deutscher Wettbewerber liege nicht an der mangelnden Konkurrenzfähigkeit ihrer Produkte, sondern an einem unzureichenden Engagement. Die Bundesrepublik laufe Gefahr, meint Laumer, in der „wachstumsträchtigsten Region des Weltmarkts" den Anschluß an ihre europäischen Konkurrenten zu verlieren. Der Direktor des Instituts für Forschung und Kommunikation in Manila, Jesus P. Estanislao, betonte, daß die Asean-Länder auch in Zukunft ein starkes Wachstum erwarteten.

FORSCHUNGSPOLITIK

Der BDI vermißt den angekündigten Kurswechsel

HEINZ HECK, Bonn

Die deutsche Industrie fürchtet, daß es bei dem von der neuen Bundesregierung angekündigten Kurswechsel in der Forschungspolitik bei der Ankündigung bleibt. Ein Indiz für diese Befürchtung sieht der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in der Absicht des Parlaments, die Mittel für das Personalkostenzuschußprogramm im Bundeshaushalt 1984 von 350 auf 320 Millionen Mark zu kürzen.

Das Programm ist nach Meinung des BDI, wie Hauptgeschäftsführer Siegfried Mann in Schreiben an die zuständigen Regierungsmitglieder und Parlamentarier der Bonner Koalition erklärt hat, „eines der zentralen Instrumente indirekter Forschungsförderung, das sich in der Vergangenheit als höchst wirksam erwies und auf breite Akzeptanz stieß". Über 8000 kleine und mittlere Unternehmen hätten für 1983 Anträge gestellt.

Der BDI unterstützte das Bemühen um Sanierung der öffentlichen Haushalte. Er gibt jedoch zu bedenken, daß die „ohnehin bescheidenen Gestaltungsansätze zur Vorwärtsorientierung dieser Unternehmen" nicht einer pauschalen Kürzung unterworfen werden sollten. Sie würde auch angesichts der beabsichtigten Neuorientierung der staatlichen Forschungsförderung in Richtung auf indirekte Elemente „nicht verstanden".

Die für den Wirtschaftsetat (dort ist das Programm angesiedelt) zuständigen Berichterstatter im Haushaltsausschuß haben die Kürzung auf 320 Millionen Mark vorgeschlagen. Der BDI erinnert daran, daß sich in den letzten Jahren eine „Bugwelle von mindestens 160 Millionen Mark" angestaut hat, so daß Neuanträge kaum noch zum Zuge kämen.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Allianz will Eagle Star übernehmen

München (rtr) – Die Allianz-Versicherungs AG will das britische Versicherungsunternehmen Eagle Star Holding Plc übernehmen und hat zu diesem Zwecke am Mittwoch ein Angebot auf Erwerb für sämtliche ausstehenden Aktien des Unternehmens unterbreitet. Wie das Unternehmen weiter mitteilte, hat die Allianz ihre Beteiligung bereits von bislang 28 auf 30 Prozent aufgestockt, strebt mit diesem Angebot aber noch eine weitere Erhöhung an. Nach britischem Recht kann diese Erhöhung nur bewerkstelligt werden, wenn sie eine Beteiligung von über 50 Prozent erreichen kann. Unterdessen hat der Vorstand des britischen Versicherungskonzerns Eagle Star das Übernahmeangebot von fünf Pfund Sterling je Eagle-Aktie der Allianz als völlig unannehmbar abgelehnt.

EG setzt USA Frist

Brüssel (AP) – Die Europäische Gemeinschaft hat einer eigenen Mitteilung zufolge den Vereinigten Staaten eine Frist bis zum 30. November für eine Vereinbarung im Streit um die europäischen Stahlausfuhren in die USA gesetzt und erwägt angeblich Vergeltungsmaßnahmen für den Fall, daß es zu keiner Einigung kommt. Die ursprüngliche Frist für Verhandlungen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) hätte heute auslaufen sollen, ist nach Mitteilung der EG jedoch verlängert worden. Eine neue Gesprächsrunde soll am 26. Oktober beginnen. Falls keine Vereinbarung erzielt werde, würden die Außenminister der Gemeinschaft Ende November über „Vergeltungsmaßnahmen" beraten.

Besorgt über Preiskämpfe

Frankfurt (dpa/VWD) – Besorgt über den ruinösen Preiswettbewerb im deutschen Handel hat sich der Präsident der Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, Ernst-Wilhelm Lindow, geäußert. Auf der Jahresmitgliederversammlung der Zentrale wies Lindow in Frankfurt auf jüngste Urteile des Bundesgerichtshofs (BGH) hin, die gezeigt hätten, daß Niedrigpreisstrategien – in den betroffenen Fällen ging es um den Verkauf von Waren unter Einstandspreisen –, mit den Mitteln des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) nur unzureichend zu bekämpfen seien. Als nachahmenswertes Beispiel nannte Lindow die am vergangenen Freitag in Berlin getroffene Zusage führender Vertreter von Lebensmittelindustrie und -handel an den Präsidenten des Bundeskartellamts, Wolfgang Kartte, systematische Verkäufe unter Einstandspreis beim Lebensmittelverkauf künftig zu vermeiden.

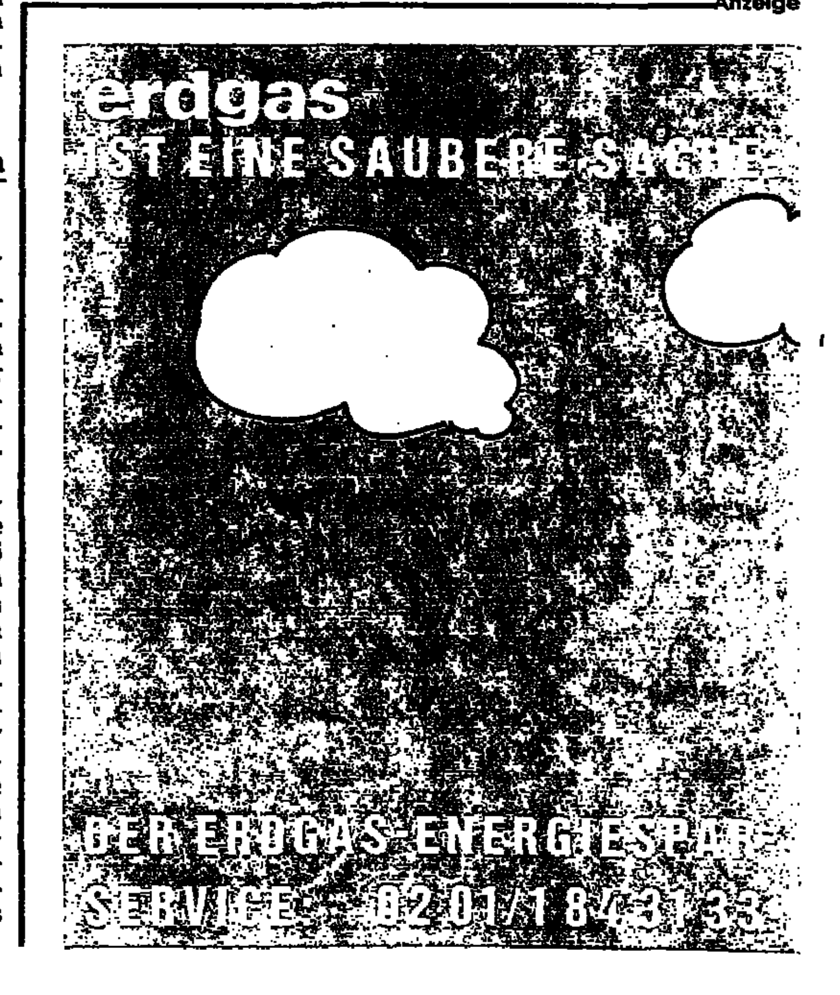
Fischfangabkommen

Luxemburg (dpa/VWD) – Die Bundesrepublik und Dänemark haben ein Fischfangabkommen abgeschlossen, das der deutschen Hochseeflotte in dieser Saison zusätzliche Kabeljau-Fänge bis zu 8000 Tonnen in grönländischen Küstengewässern garantiert. Wie Staatssekretär Wolfgang von Geldern vom Bundesernährungsministerium am Rande des EG-Fischereirates in Luxemburg mitteilte, wurde das Abkommen vor zwei Tagen geschlossen und ist bereits in Kraft getreten.

Für Erhalt von Arbed

Saarbrücken (VWD) – Der saarländische Landtag hat sich am Mittwoch einmütig für den Erhalt der vom Konkurs bedrohten Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, und einer möglichst großen Zahl der bei dem Unternehmen noch bestehenden 17 200 Arbeitsplätze ausgesprochen. Mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP forderte das Landesparlament in einem in namentlicher Abstimmung verabschiedeten Antrag, ein „Höchstmaß an Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie des Saarlandes auf Dauer zu erhalten" und einen eventuell notwendigen Personalabbau bei Arbed Saarstahl „sozial zu begleiten".

Anzeige



DEUTSCHE AKTIEN

Commerzbank sieht noch Kursspielraum für die Börse

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Commerzbank, die für 1984 mit einem realen Wirtschaftswachstum um 2–2½ Prozent rechnet, ist auch für die beiden folgenden Jahre zuversichtlich gestimmt. Sie setzt auf einen allmählich wieder anziehenden Export, Nachholbedarf bei den Investitionen und zusätzliche Kaufkraft nach einer Steuerreform. Mittelfristig sieht sie den Anstieg für das Wirtschaftswachstum jedoch eher bei zwei Prozent als bei den in vielen Projektionen genannten drei Prozent. „Wir müssen für die Versäumnisse der letzten Jahre zahlen, nachdem wir auf die zweite Ölkrise zu spät reagiert und dann auch nicht konsequent genug das Steuer herumgerissen hatten", begründet Commerzbankchef Walter Seipp diese vorsichtige Einschätzung. Günstig beurteilt der Bankier die weitere Entwicklung der D-Mark und der deutschen Aktienbörse, wo er mehr Kursspielraum sieht als am Rentenmarkt, für den er bis Ende des Jahres immerhin noch einen viertelprozentigen Zinsrückgang erwartet.

Die internationale Schuldenkrise ist nach Seipps Auffassung zwar noch nicht gelöst, doch werde sie eher beherrschbar, so daß kein Anlaß zu Panikmache und Hysterie bestünde. Eindrücklich mahnte er, daß sich keine Gläubigerbank bei Umschuldungspaketen ausschließen darf. Er plädierte dafür, von jährlichen Hilfskonstruktionen weg zu langfristigen Konzepten zu kommen.

In diesem Zusammenhang forderte der Bankier von der Bankenaufsicht und vom Gesetzgeber Verständnis für die Wünsche des Kreditgewerbes für eine längere Frist zur Anpassung der international tätigen Bankkonzerne an die Konsolidierungsvorschriften einer diskutierten Novelle zum Kreditwesengesetz.

DEUTSCH-BULGARISCHER HANDEL / Graf Lambsdorff reist zu Gesprächen nach Sofia

Warenaustausch hat Dynamik verloren

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff reist heute auf Einladung des bulgarischen Außenhandelsministers Christo Christov für zwei Tage nach Sofia. Lambsdorff wird auch mit dem Staatsratsvorsitzenden Todor Shivkov zusammentreffen. Die Wirtschaftsgespräche finden vor dem Hintergrund statt, daß sich der Warenaustausch in den vergangenen vier Jahren unter dem Strich zwar recht günstig entwickelt hat, daß der Handel in jüngster Zeit jedoch lahmt.

Der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hängt nach Ansicht von Experten vor allem davon ab, ob Bulgarien neben seinen Verpflichtungen innerhalb des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) noch freie Produktionskapazitäten für den Export wettbewerbsfähiger Erzeugnisse zur Verfügung stellen kann. Mit einem Anteil von mehr als 75 Prozent am gesamten Außenhandel erreichte der RGW-Warenaustausch Bulgariens die mit Abstand höchste Quote aller Ostblockländer.

Nachdem der deutsch-bulgarische Handel 1981 noch kräftig ausgeweitet werden konnte – die Einfuhren waren um 43,8 und die Ausfuhren um 29,7 Prozent gestiegen –, erhöhten sich im vergangenen Jahr die Importe nur noch um 3,7 Prozent auf 483 Millionen Mark und die Exporte um 9,2 Prozent auf 1,235 Milliarden Mark. In den ersten acht Monaten dieses Jahres nahmen die Einfuhren noch leicht um 6,3 Prozent zu, während die Exporte bereits um 2,5 Prozent sanken. Der Bedarf Bulgariens an hochtechnisierten Produktionsanlagen zum Ausbau der Industrie, wird nach wie vor als erheblich veranschlagt und er dürfte auch zu einem beachtlichen Teil durch Einfuhren aus der Bundesrepublik gedeckt werden. Aber Bulgarien steckt jetzt auch in einer Devisenklemme.

Dies liegt zum einen an den gesunkenen Exporten in die Industriestaaten und an dem Ausfall einiger wichtiger Handelspartner in der Dritten Welt wie Libyen, Nigeria, Iran oder Irak, zum anderen spielen die gesunkenen Einnahmen aus dem Tourismus – 25 Prozent der Deutschen blieben in diesem Jahr aus –, eine Rolle.

Die verschlechterte Außenhandelssituation hat dazu geführt, daß die Konsumentenpreise um bis zu 35 Prozent heraufgesetzt wurden, um Importe zu drücken. Erst kürzlich beklagte sich Shivkov offen über den schlechten Qualitätsstandard von bulgarischen Waren, die auf den internationalen Märkten kaum wettbewerbsfähig seien. Er forderte mehr Arbeitsdisziplin, um die Produktivität zu steigern. In Sofia wird die Unternehmenskooperation als ein Ausweg aus dem Dilemma steigender Energie- und Rohstoffkosten einerseits und weiterer devisenaufwendiger Industrialisierung andererseits gesehen.

USA–JAPAN

Yen-Wechselkurs wirkt belastend

H.-A. SIEBERT, Washington

Der Wechselkurs des japanischen Yen, der von vielen Währungsexperten als manipuliert bezeichnet wird, belastet die amerikanisch-japanischen Beziehungen. Zu diesem Schluß kommt eine Kommission aus beiden Ländern, die in monatelangen Beratungen die zwischenstaatlichen Schwachpunkte ausgelotet und darüber einen ersten Zwischenbericht vorgelegt hat. Beide Regierungen werden darin aufgefordert, „in einer Eilaktion die Paritäten des Yen und des Dollars in ein besseres Gleichgewicht zu bringen".

Nur so könnte das wirtschaftliche Klima zwischen den USA und Japan verbessert werden, erklärte der amerikanische Vorsitzende der Kommission, David Packard, in Washington. Er war früher stellvertretender US-Verteidigungsminister. Folgt man dem Bericht, dann ist realistischer, wenn der gegenwärtige Dollarkurs nicht 230, sondern nur 200 Yen beträgt. Laut Packard verteuern sich dadurch US-Waren für japanische Käufer um 20 bis 30 Prozent; bei einem Handelsdefizit, das im laufenden Finanzjahr von 20 auf 30 Milliarden Dollar steigen könnte, hätten die Vereinigten Staaten bereits zwei Millionen Arbeitsplätze verloren.

In dem Bericht werden aber auch die Rekordhaushaltsdefizite der USA attackiert. Durch einen Abbau könnte Washington die wirtschaftliche US-Position nachhaltig korrigieren, sei aber so kurz vor einer Präsidentschaftswahl aus politischen Gründen nicht bereit dazu, wird betont. Kritisiert wird andererseits Tokios Agrarpolitik, die zu hohen Importbarrieren gegen amerikanisches Getreide, Fleisch und Südfrüchte geführt habe.

SÜDFRÜCHTE

BGA kritisiert EG-Einigung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) wertet die Entscheidung des EG-Agrarministerrats über den zusätzlichen Schutz für Mittelmeererzeugnisse „als einen Umfall der Bundesregierung bei leeren Kassen". In einer ersten Stellungnahme kritisiert der Verband vor allem, daß der Zwangskartellierung (Ausdehnung der Regeln von Erzeugergemeinschaften auf Nichtmitglieder) gegen eindeutige Stellungnahmen von Bundesrat, Bundestag und Mitgliedern der Bundesregierung beschlossen wurde. Die Bundesregierung habe zuvor auf ordnungspolitische und verfassungsrechtliche Bedenken hingewiesen, über die sie sich jetzt hinweggesetzt habe.

Die Ausdehnung des Protektionsgrades für landwirtschaftliche Erzeugnisse geht nach Ansicht des BGA vollständig zu Lasten der Drittländer, aber auch der Verbraucher. Die jüngsten Entscheidungen stünden in diametralem Gegensatz zu den Zielen einer Sanierung der EG-Agrarpolitik. Vielmehr sei das offensichtlich gescheiterte Konzept einer Agrarförderung durch mehr Protektionismus nochmals aufgegriffen worden. Zu einer Zeit, da der Gemeinschaft drohe, von den Agrarkosten stranguliert zu werden, müsse eine solche Entscheidung als abenteuerlich bezeichnet werden.

Die im Obst- und Gemüsesektor ergriffenen Maßnahmen würden sich während der Übergangszeit des Beitritts Spaniens zu Lasten der Einfuhren aus diesem Land auswirken. Dies muß nach Ansicht des BGA zusätzliche Forderungen Spaniens provozieren.

ITALIEN / Illegal durchgeführte Bauvorhaben – Neuer Gesetzentwurf

Haushaltssanierung mit Hindernissen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Regierung wird noch vor Ende dieser Woche die geänderte Gesetzesverordnung erlassen, mit der laufende Strafverfahren gegen gesetzwidrig durchgeführte Bauvorhaben durch Zahlung einer Geldbuße niedergeschlagen werden sollen.

Die Ende September vorgelegte erste Fassung der Verordnung war in der vergangenen Woche durch Heckenschützen aus den eigenen Koalitionsreihen vor der Parlamentshürde gestolpert. Die 8500 Milliarden Lire, die die Regierung aus dem Amnestie-Gesetz einzunehmen hofft, machen weit mehr als ein Drittel der Einkünfte aus, die zur Stabilisierung des Haushalts 1984 zusätzlich aufgetrieben werden sollen.

Das Schicksal dieser ersten Stabilisierungsmaßnahme und die Schwierigkeiten mit der die Regierung, offensichtlich auch in der eigenen Koalition zu kämpfen hat, haben neue Schatten auf die Chancen geworfen, das Haushaltsdefizit im kommenden Jahr wie in dem Ende September dem Parlament zugeleiteten Finanzgesetz vorgesehen bei 90 000 Milliarden Lire einzufrieren.

Gleichzeitig geben diese Schwierigkeiten denjenigen neuen Auftrieb, die dem regierungsamtlichen Puzzle-Spiel zum Abbau des tendenziellen Defizits ohnehin nur wenig Erfolgsaussichten einräumen. Verstärkter Druck wird dabei sowohl von seiten der Gewerkschaften als auch innerhalb eines Teils der Koalitionsparteien ausgeübt, um die Regierung zur Einführung einer Vermögenssteuer zu bewegen.

Obwohl der republikanische Finanzminister Bruno Visentini eine solche Möglichkeit vor dem Senat vor wenigen Tagen ausschloß, hat sich inzwischen der sozialdemokratische Haushalts- und Planungsminister Pietro Longo erneut dafür eingesetzt, aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit zu dieser fiskalen Maßnahme zu greifen. Verfechter einer Vermögenssteuer sind auch die Gewerkschaften. Sie vor allem wollen damit vorbeugen, daß zur Schließung des Etatlochs noch weitergehende Eingriffe im Sozial- und Gesundheitswesen erfolgen.

Das Ende September dem Parlament zugleitete Finanzgesetz sieht für 1984 Kürzungen der tendenziellen Ausgaben von 26 400 Milliarden Lire und Mehreinnahmen von 21 400 Milliarden Lire vor. Mit diesen insgesamt rund 47 700 Milliarden Lire hofft die Regierung in der Lage zu sein, das Defizit auf der gleichen Höhe des Kassenfehlbetrages des laufenden Jahres halten zu können. Selbst dann wird der Anteil des Defizits am Bruttosozialprodukt allerdings noch etwa 16 Prozent betragen; viermal soviel wie in Frankreich.

Besonders schwierig ist der Abbau des Fehlbetrages im Falle Italiens nicht zuletzt deshalb, weil zwei Drittel davon dem Zinsendienst für die Staatsverschuldung zuzuschreiben sind.

RGW-STAATEN / Rund 20 Prozent der Produktion fließt in Entwicklungsländer

Handelsüberschüsse kräftig gestiegen

IRENE ZÜCKER, Genf

Während der Welthandel rückläufig ist und die Dritte Welt mit Zahlungsschwierigkeiten kämpft, erzielten die sozialistischen Staaten im Handel mit den Entwicklungsländern 1982 ein Exportwachstum von 12,5 Prozent. Gleichzeitig wurden jedoch die Importe aus diesen Ländern um 1,4 Prozent gekürzt.

Die Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) konnten ihre Handelsüberschüsse mit der Dritten Welt von 918 Millionen Rubel im Jahr 1980 auf 8,3 Milliarden Rubel in 1982 steigern. Dies belegt eine Studie der Organisation für Handel und Entwicklung (Unctad) in Genf. In den letzten drei Jahren hat der Ostblock den Entwicklungsländern Handelsbilanzüberschüsse von über 14 Milliarden Dollar abgenommen.

Rund 20 Prozent der osteuropäischen Produktion fließt heute in die Dritte Welt. Wichtigster Handelspartner ist die Sowjetunion. Zur Zeit bestehen Handelsbeziehungen mit über 100 Entwicklungsländern, meist als zwischenstaatliche Vereinbarungen, die in 500 Abkommen geregelt sind. Diese Vereinbarungen werden, so die Unctad, von normalen rechtsgültigen Dokumenten nach und nach zu Instrumenten umgeformt, die die Handelspolitik und die wirtschaftlichen Ziele des Entwicklungslandes bestimmen. Nur 22 der 101 Dritte Welt-Handelspartner der UdSSR haben noch keine Handelsabkommen abgeschlossen.

Zwischen dem RGW und den Entwicklungsländern sind über 100 langfristige Kooperationsverträge in Kraft. 1982 wurden solche Abkommen auch mit Ländern geschlossen, die als westlich orientiert gelten, wie Saudi-Arabien, Kuwait, Thailand, den Philippinen, Malaysia und Venezuela.

Mit der Hilfe der sozialistischen Länder wurden bis Ende 1982 über 6400 Industrieprojekte in Asien, Afrika und Lateinamerika verwirklicht, die Hälfte davon unter sowjetischer Leitung. Die neueste Stufe der Zusammenarbeit sind Joint Ventures.

Den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bilden nach der Unctad Energieprojekte, ganz besonders mit der UdSSR. Sie baut oder plant gegenwärtig in Afrika 20 Kraftwerke, dazu kommen zwei Kernkraftwerke in Indien und eines in Libyen sowie südamerikanische Kraftwerke in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Nicaragua, Peru. Ungarn als weiteres Beispiel führt die Elektrifizierung Nigerias durch. Eine aktive Rolle spielen die RGW-Länder im Bergbau, der Erschließung von Rohstoffvorkommen sowie beim Bohren nach Öl und Gas, wobei sich die Sowjets im Erdöl- und Gasbereich spezialisiert haben.

Die Hilfe des Ostblocks beinhaltet auch die Ausbildung der Bevölkerung: 1982 zum Beispiel hat allein die Sowjetunion 1,4 Millionen Menschen der Entwicklungsländer zu Facharbeitern, Ingenieuren, Ärzten, Lehrern, Akademikern und anderen Berufen ausgebildet.

Die Strategie des Ostblooks, die Entwicklungsländer wirtschaftlich zu durchdringen stellt die Unctad fest, wird mit dem gesamten Instrumentarium zentralistisch gesteuerter Staaten durchgeführt. Während der Westen mit seinen unterschiedlichen Interessen und zersplitterten Entscheidungsstrukturen nichts Vergleichbares anzubieten hat.

BRASILIEN

Bankenberatung in London

WILHELM FURLER, London

Brasiliens Auslandsverschuldung wird von 1988 an nicht weiter wachsen. Dieser Überzeugung ist der Gouverneur der brasilianischen Zentralbank, Alfonso Celso Pastore. Nach einem Treffen in London mit Vertretern von rund 200 ausländischen Gläubiger-Banken erklärte der Notenbank-Gouverneur, daß das Defizit in Brasiliens Leistungsbilanz, das bis zum Ende dieses Jahres rund 7,7 Milliarden Dollar (rund 20 Milliarden Mark) erreicht haben dürfte, spätestens Ende 1988 beseitigt sein werde. Das Ungleichgewicht in Brasiliens Außenhandel hat mit zu der hohen Auslandsverschuldung des südamerikanischen Landes geführt.

Vor den in London anwesenden Bankern bestätigte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Internationalen Währungsfonds (IWF), William Dale, daß das vom brasilianischen Notenbankgouverneur gesteckte Ziel in der Tat erreichbar sei. Gegenwärtig liegt die Auslandsverschuldung Brasiliens bei etwa 90 Milliarden Dollar.

Der Hinweis auf die Beseitigung des Leistungsbilanz-Defizits bis zum Jahre 1988 ist insofern von großer Bedeutung, als von diesem Zeitpunkt an Brasilien mit der Rückzahlung eines Konsortialkredits in Höhe von 6,5 Milliarden Dollar beginnen muß. Um dessen Zustandekommen wirbt das Land gemeinsam mit dem IWF bei seinen etwa 800 Gläubigerbanken: Er ist Teil eines Beistands-Paketes in Höhe von insgesamt elf Milliarden Dollar, dem grundsätzlich auf der IWF-Konferenz in Washington im vergangenen Monat zugestimmt wurde.

Das Londoner Treffen war eines von vielen überall in der Welt im Rahmen einer gut vorbereiteten Kampagne.

GEMEINNÜTZIGE

Gegen weitere Belegungsbindung

HEINZ STÜWE, Hamburg

Der Vorstandsvorsitzende des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, Helmut Tepper, hat die Pläne, zusätzliche Belegungsbindungen für die gemeinnützige Wohnungswirtschaft einzuführen, als „staatliche Eingriffe mit zwangswirtschaftlichem Charakter" zurückgewiesen. Auf dem Verbandstag der norddeutschen Wohnungsunternehmen (VNW) in Hamburg betonte Tepper, die Wohnungsbaugenossenschaften wären gezwungen, das Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht zu verlassen, wenn entsprechende Empfehlungen einer Bund-Länder-Kommission verwirklicht würden.

Ordnungspolitische Bedenken gegen die gemeinnützige Wohnungswirtschaft bezeichnete Tepper als unbegründet. Auch in Zukunft sei es notwendig, daß Anbieter außerhalb von Gewinnmaximierung Wohnungen für minderbemittelte Bevölkerungsgruppen bereitstellten. Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen verwalten derzeit 3,3 Millionen Wohnungen, die zu über 40 Prozent von Rentnern bewohnt würden.

Der den zumeist genossenschaftlich organisierten Unternehmen gewährte Vorteil der Steuerbefreiung, die fiskalisch ohnehin keine Bedeutung habe, wird nach Teppers Ansicht durch die bereits heute praktizierte staatliche Überwachung, den Verzicht auf Gewinnmaximierung, die Begrenzung der Gewinnbeteiligung sowie die jährlichen Pflichtprüfungen wieder ausgeglichen. Übereinstimmend befürworteten die Wohnungsunternehmen, die rechtlichen Voraussetzungen für eine sogenannte Unternehmensmiete zu schaffen, die eine Mischkalkulation zwischen verschiedenen Objekten ermöglichen würde.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Kreuznach: Heinrich Preuß, Stukkateurmeister, Inh. d. Stukkateur- u. Gipsergeschäfts Heinrich Preuß; **Bocholt:** Walter Nießling, Gerätebau GmbH, Borken 1; **Essen:** Nachl. d. Johann Andress; Reinhold & Murach GmbH & Co. Industriehydraulik KG; Reinhold & Murach GmbH; **Hamburg:** Heinz Herbert Sander, Kaufm., Alleininh. d. a) Herbert Sander, Sanitär. Großhandel, b) Sander & Sander; **Köln:** Nachl. d. Rainer Böttger, früher handelnd u. Sperrholz- u. Furnierhandlung Böttger & Co.; Kiler Supermarkt Aktiengesellschaft; **Lampertheim:** Günter Krämer, Inh. e. Heizungsbaufirma, Hofheim; **Langen:** KG i. Moto.-Center Peter Discher KG, Langen; **Minden:** Nachl. d. Wilhelm Kramer, Petershagen; **Mönchengladbach:** Nachl. d. Wolfgang Karl Rathgeb; **München:** Karl-Heinz Hofstetter, Inh. d. Express-Reinigung + SB Waschsalon; ECD Handels GmbH, Neufahrn; Nachl. d. Lorenz Halbich; **Wesel:** Hans Mzyk jun., Inh. d. Kfz-Handels, Hünxe; **Wittlich:** ESM Wohnungsbauges. mbH, Gerolstein.

Anschlußkonkurs eröffnet: Lüdenscheid: Elke van Leeuven, Kauffrau, Inh. d. Einzelhandelsgeschäfts „Elke's Schuh-Basar".

Vergleich beantragt: München: N. H. G. Handelsges. mbW.

NAMEN

Hans-Georg Brög, früheres Vorstandsmitglied der Nordstern-Versicherungen, Köln, wird am 21. Oktober 70 Jahre.

Heinz P. Kemper, Ehrenvorsitzender der Veba AG, feiert heute den 80. Geburtstag.

Dr. Walter Trautmann, Nestor der Frankfurter Wirtschaftsjournalisten, der für eine Reihe in- und ausländischer Zeitungen und Zeitschriften vor allem über außenwirtschaftliche und währungspolitische Themen schrieb, ist im 78. Lebensjahr gestorben.

Gerd Kettler, bisher Generalbevollmächtigter der Gesellschaften Landwirtschaftlicher Versicherungsverein aG, Münster, ist zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied bestellt worden.

Roman Keller, seit fast 30 Jahren im Vertrieb der Hünnebeck-Unternehmensgruppe, Ratingen, tätig, ist in die Geschäftsführung der Hünnebeck GmbH berufen worden.

Das neue Hör+Seh-Erlebnis
Schneider ›DCS 8070‹

Machen Sie mit Schneider DCS 8070 den Schritt in eine neue Erlebnisdimension. Diese komplette, kompakte und zukunftsorientierte Audio+TV-Geräteeinheit hebt Hören und Sehen auf eine neue Ebene. Alle Bausteine sind microprozessorgesteuert. Sie werden mit dem DCS Direct-Contact-Stecksystem – eine Schneider Innovation – in beliebiger Anordnung zusammengesteckt. Ohne äußere Kabelverbindung.
Mit DCS 8070 stellt Schneider einmal mehr sein Erfolgsprinzip unter Beweis: intelligente Technik zu vernünftigen Preisen.
In „made-in-Germany" Qualität.

Ihr 1. Schritt: Schneider DCS 8070 Audio-Paket:
DM 1.998,–*

- HiFi-Stereo-Equalizer-Vorverstärker
- 2 x 70/120 Watt Sinus/Musikleistung (Endverstärker in den Aktivboxen)
- 5stufiger grafischer Oktav-Equalizer (63 Hz, 250 Hz, 1 kHz, 5 kHz, 15 kHz)
- Übertragungsbereich 16 Hz-100 kHz
- Zentraleinheit und Fernbedienungsempfänger
- HiFi-Stereo-Synthesizer-Tuner
- quarzkontrolliertes Sender-Abstimmsystem
- 30 Speicherplätze (UKW/MW/LW)
- direkte Frequenzeingabe
- UKW-Trennschärfe 70 dB
- FM-Empfindlichkeit 0,9 μV
- HiFi-Stereo-Sliding-Recorder
- Hoher Bedienungskomfort durch mikrocomputergesteuertes Laufwerk, Anzeigen- und Bedienungsautomatik
- Dolby NR Rauschunterdrückung
- Übertragungsbereich 30 Hz-18 kHz
- Fremdspannungsabstand 68 dB (Dolby NR)
- Autoplay/Autorewind-Funktion
- Automatische Bandsorten-Erkennung, -Anzeige und -Umschaltung
- 3-Wege-Aktivboxen
- Kalotten Hoch- und Mitteltöner
- Stromzufuhr und Signalübertragung in nur 1 Kabel integriert (nur von Schneider)
- Fernbedienungsgeber
- 60 Funktionen für Audio und Video

Ihr 2. Schritt: Schneider DCS 8070 TV-Paket:
DM 1.998,–*

- Stereo-TV-Tuner
- PLL-gesteuerte Frequenzsynthese-Abstimmung
- Kabel TV-Tuner, 99 Kanäle, 30 Programmplätze, vorbereitet für Videotext und Secam DDR Kopfhöreranschluß mit Umschaltmöglichkeit bei Mehrkanalton
- Separate AV-DIN-Buchsen für Videorecorder und Bildplatte
- Farb-Monitor
- 56 cm Black-Matrix-Inline-Bildröhre. Hohe Brillanz, Schärfe und getreue Farbwiedergabe

Weitere Bausteine als Extras
- Tangential-Plattenspieler DCS 8070 TP
- Sliding-Plattenspieler DCS 8070 PSL
- Compact Disc Plattenspieler CDP 8000 (wie abgebildet)
- Videotext-Decoder
- PAL-Secam-Decoder

Lassen Sie sich mal von Schneider DCS 8070 beeindrucken.
Beim Fachhandel und in Kaufhaus Fachabteilungen.
Und fragen Sie, warum die „Digitalfestigkeit" dieser Anlage heute so wichtig ist.

* unverbindliche Preisempfehlung

Schneider
HiFi·TV·Video



COMMERZBANK / Höchstes Betriebsergebnis

Die Schieflage beseitigt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die gestern bereits gemeldete Absicht des Commerzbankvorstandes, die Dividendenzahlung (wahrscheinlich 6 DM je 50-DM-Aktie) wieder aufzunehmen, dokumentiert auch nach außen, daß die Normalisierung des vor wenigen Jahren von Schieflagen gekennzeichneten Geschäfts gute Fortschritte gemacht hat. Schon jetzt lasse sich absehen, so Vorstandsvorsitzender Walter Seipp, daß die Commerzbank ihr bisher höchstes Betriebsergebnis erzielen wird, das vor Wertberichtigungen, Abschreibungen und Steuern, aber einschließlich der Eigenhandelsgewinne eine Größenordnung von mehr als 800 Mill. DM erreichen dürfte nach knapp 500 Mill. DM im letzten Jahr. Zu dieser Aussage fühlt sich Seipp ermuntert, nachdem bereits in den ersten drei Quartalen ein Ergebnis von 640 Mill. DM erwirtschaftet worden ist.

Damit steht genügend Ertrag zur Verfügung, um die Bank gegen die Risiken des Kreditgeschäfts, vor allem die Länderrisiken im internationalen Geschäft, weiter abzusichern. Dabei schwebt Seipp eine ähnliche Größenordnung wie im 1982er Abschluß (knapp 700 Mill. DM) vor, doch sind die Wertberichtigungen diesmal ohne Mobilisierung stiller Reserven finanzierbar. Die offenen Rücklagen sollen voraussichtlich wieder um 50 Mill. DM gestärkt werden.

Ihre Ertragsverbesserung verdankt die Bank vor allem der Verbilligung der Geldeinstandskosten, die bei praktisch unverändertem Geschäftsvolumen die Zinsspanne von rund zwei auf 2,6 Prozent steigen ließ, so daß sich der Zinsüberschuß um 29,3 Prozent auf 1,43 Mrd. DM erhöhte. Als Ergebnis vor allem eigener Anstrengungen wertet der Commerzbankchef die Zunahme des Provisionsüberschusses um 18,2 Prozent auf 448 Mill. DM. Dem 26,4prozentigen Anstieg dieser laufenden Erträge steht eine nur 11,3prozentige Zunahme der Gehälter, Löhne und Sozialabgaben sowie des Sachaufwands gegenüber, so daß ein Teilbetriebsergebnis von 677 Mill. DM verbleibt, ein Plus von 62,5 Prozent gegenüber der Vorjahresvergleichszahl. Mit dem Gesamtergebnis, zu dem auch bessere Eigenhandelsgewinne als 1982 beigetragen haben, zeigt sich Seipp „voll zufrieden".

Im Geschäft der Commerzbank gab es keine besonderen Höhepunkte. Das Geschäftsvolumen blieb mit 68,8 Mrd. DM noch leicht hinter dem Stand vom Jahresende zurück, ebenso das Kreditvolumen mit 45,4 Mrd. DM, Spiegelbild der konjunkturbedingt geringen Firmenkreditnachfrage. Lediglich die Baufinanzierung florierte. Refinanziert hat sich die Bank weiterhin in starkem Maße durch Hereinnahme kurzfristiger Termingelder, die insgesamt sanken. Gleichzeitig wurden die über Schuldverschreibungen hereingenommenen langfristigen Finanzierungsmittel verstärkt. Weitere langfristige Mittel besorgte sich die Bank an den internationalen Märkten.

Industriebank spürt Belebung

J. G. Düsseldorf

Mit 1,25 Mrd. DM hat die Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank (IKB), Düsseldorf, in der ersten Hälfte 1983/84 (31. 3.) ihrer Kundschaft um 29 Prozent mehr Kredite zugesagt als vor Jahresfrist. Zur Halbzeit des neuen Geschäftsjahres hob Vorstandssprecher Walter Krüger auf der Hauptversammlung ferner hervor, daß in dem seit März auf 9,9 (9,74) Mrd. DM erhöhten Debitorenbestand der Langfristanteil weiter und mit positiver Wirkung für die „zufriedenstellende" Ertragsentwicklung gestiegen sei.

Allerdings habe in den letzten Monaten parallel zum Wiederanstieg des Zinsniveaus das Interesse an längeren Kreditlaufzeiten wieder etwas nachgelassen. Die große Spanne zwischen den niedrigen Kurzfristzinssätzen und den Kapitalmarktzinsen verleite wieder viele Kunden zum Aneinanderstückeln von Überbrückungskrediten für Langfrist-Investitionen. Die dabei mitspielende Erwartung auf einen neuen Abwärtstrend des Kapitalmarktzinses teilt der IKB-Vorstand nicht.

Andererseits sieht er im hohen Zins kein sonderlich großes Hindernis für die anlaufende Konjunkturerholung. Entscheidender sei, daß sich die miserable Ertragslage der Industrie seit Anfang 1983 deutlich bessere. Das werde „vielleicht erst später im Jahre 1984" zu einem Anstieg der Unternehmensinvestitionen auf breiter Front führen.

Triumph-Adler will Stellung ausbauen

sz. München

Mit einer stärkeren Software-Orientierung und „produktübergreifenden Bürokommunikations-Fähigkeiten" will der nach eigenen Angaben größte deutsche Mikrocomputer-Anbieter, die Triumph-Adler AG, Nürnberg, ihre internationale Marktstellung deutlich ausbauen. Wie Harro D. Welzel, Vorstandsmitglied für Vertrieb und Marketing, anläßlich der Systems '83 in München mitteilte, sollen im kommenden Jahr bereits über 50 000 Mikrocomputer weltweit verkauft werden. In der Bundesrepublik strebt man für die kommenden Jahre eine Verdoppelung des bisherigen Marktanteils bei Mikrocomputern auf über zehn Prozent an.

Bisher hat das Unternehmen insgesamt rund 50 Mill. DM in ein Investitionsprogramm gesteckt, das im wesentlichen die Einführung neuer Produktionstechnologien beinhaltet. Darüber hinaus werden, wie Welzel erläuterte, weitere 50 Mill. DM in die Entwicklung anwendungsfreundlicher Softwareprogramme investiert und der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen kontinuierlich gesteigert. Besonders gute Marktchancen mit Mikrocomputern sieht Welzel bei solchen Zielgruppen, die sich bislang dem EDV-Einsatz gegenüber sehr reserviert gezeigt haben. Diese Kunden will Triumph-Adler nun insbesondere mit seinen neuen Systemen „alphatronic PC" und „Fritz" bedienen.

KLÖCKNER & CO. / Gemeinnützige Stiftung als Hauptaktionär für neue KGaA

Dem Steuer-Fallbeil elegant entronnen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Drohung war fürchterlich. Die 1974 von der sozialliberalen Bonner Koalition eingeführte, erstmals ab 1984 geltende Ersatzerbschaftsteuer für Familienstiftungen (alle 30 Jahre eine Erbfall-Simulation) hätte mit 35prozentigem Steuersatz die seit 1937 existierende Peter-Klöckner-Familienstiftung als eine der ersten großen derartigen Stiftungen in der Bundesrepublik und hier gleich mit einer Steuerlast von 295 Mill. DM getroffen.

Das wäre für diese Kommanditistin und Haupteigentümerin des Duisburger Handels- und Holdinghauses Klöckner & Co. KG (etwa 11,5 Mrd. DM 1983er Weltumsatz) und damit für das auf Familienkapital ruhende Herzstück des Klöckner-Reichs „existenzvernichtend" gewesen, wie die geschäftsführenden Gründer-Enkel, die Brüder Jörg A. Henle und C. Peter Henle, betonen.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im März 1983 diese Steuer wider Erwarten für verfassungskonform erklärte, wurde nun in „sehr schwierigen" Verhandlungen mit dem zuständigen nordrhein-westfälischen Innenministerium eine per saldo steuerunschädliche, vom Innenminister bereits genehmigte Neukonstruktion für den Bestand von Klöckner & Co. geboren.

Die Familienstiftung überträgt fast ihr gesamtes Vermögen auf die neugegründete gemeinnützige „Peter-Klöckner-Stiftung". Da eine gemeinnützige Stiftung nicht in einer Personengesellschaft „Mitunternehmer" sein darf, wandelt sich das Handelshaus in die Firma „Klöckner & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien" mit 270,3 Mill. DM AK und vier Aktionären: Die neue Stiftung (98 Prozent), die beiden Henle-Brüder als Komplementäre und die alte Familienstiftung, die das Gros des ihr verbliebenen (und zur Ersatzerbschaftsteuer herangezogenen) Vermögens mit etwa 14 bis 15 Mill. DM als nachrangiges Darlehen in der Firma läßt.

Welche Dotationen im weiten Feld der Förderung gemeinnütziger Zwecke von Wissenschaft und Kunst bis zu Mildtätigkeit und Denkmalschutz aus der Klöckner-Kasse künftig ins Volk fließen werden, wird sich erstmals 1985 erweisen. Satzungsgemäß hat die neue KGaA jeweils mindestens die Hälfte ihres Reingewinns den (jetzt überhaupt nicht vorhandenen) Rücklagen zuzuführen.

Wesentlicher als Spekulationen über die Dimension künftiger Wohltätigkeit (die man sicherlich nicht sehr hoch setzen darf) ist die denn doch gewichtige strukturelle Änderung der Familienfirma. Sie bekommt erstmals einen (paritätisch mit je 6 Anteilseigner- und Arbeitnehmervertretern bestückten) Aufsichtsrat.

Für die Gründungsphase wurden da bereits der Koblenzer Unternehmer Hanno Ludwig (Vorsitz) berufen, der frühere Bundeslandwirtschaftsminister Josef Ertl und der Frankfurter Rechtsanwalt Hans-Jürgen Hellwig aus der Sozietät des mit Klöckner jahrzehntelang verbundenen Rudolf Mueller. Beibehalten will Klöckner & Co. als wertvolles Beratergremium seinen „Gesellschafterausschuß" mit dem Vorsitzenden Karl Klasen (vormals Bundesbankpräsident), Hugh E. Amos in Genf (aus dem Familienkreis), Eberhard von Brauchitsch (vormals Flick-Gesellschafter) und Daimler-Chef Gerhard Prinz.

Beibehalten will Klöckner & Co. bei dieser dem Stifterwillen des Konzerngründers Peter Klöckner noch am ehesten entsprechenden Neukonstruktion (Unternehmensbestand statt allfälligem Konsumrausch der Erben) auch den Familiencharakter der Firma. Kapitalbeschaffung durch Aktienemission ins Publikum sei nun zwar möglich, aber beileibe nicht geplant.

Bitterkeit schwingt mit, wenn Jörg A. Henle als Vorsitzender der Gesamtleitung von Klöckner & Co. die Mühsal der letzten Monate zur Rettung der Firma vor dem Steuerfallbeil mit dem tatsächlichen Gebaren der nun fast komplett „enteigneten" alten Familienstiftung konfrontiert. In ihren 45 Lebensjahren habe sie von 771 Mill. DM Bruttoeinnahmen nach Steuern (438 Mill. DM) und Verwaltungskosten 304 Mill. DM in den Bestand der Firma investiert und ganze 1,16 Mill. DM an Familienmitglieder ausgeschüttet.

CONTI GUMMI / Aufnahme der Dividendenzahlung für 1983 noch fraglich

Reifenkonzern zeigt wieder mehr Profil

J. BRECH, Hamburg

Die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, bedeutendster Reifenhersteller und Gummiverarbeiter in Deutschland, und mit einem Marktanteil von 13 Prozent Nummer zwei auf dem europäischen Reifenmarkt, ist nach den Worten des Vorstandsmitglieds Horst W. Urban in einer Phase des „Comeback". Das Unternehmen, so betonte der Finanzchef vor der Wirtschaftspresse in Hamburg, laufe trotz schwierigen Umfelds „auf vollen Touren" und sei „bis an die Halskrause" ausgelastet. Das gelte sowohl für die Werke im In- und Ausland als auch für die einzelnen Produktbereiche. In den ersten 9 Monaten habe das reale Wachstum rund 4 Prozent betragen; es liege damit um das Doppelte über dem Branchendurchschnitt. Im Konzern dürfte Conti 1983 einen Gesamtumsatz von 3,4 Mrd. DM erreichen, wovon rund 35 Prozent im Ausland abgewickelt wird.

Positiv bewertet Urban auch die Ertragsentwicklung. Conti schreibe in allen Produktgruppen schwarze Zahlen, seit 1978 erstmals auch wieder im Bereich technische Produkte. Die Erträge dieser Sparte bezeichnete Urban allerdings als noch nicht ausreichend. Im Reifengeschäft, so Urban, gebe es in Europa neben Conti zur Zeit nur noch einen amerikanischen Konkurrenten, der mit Gewinn arbeite. Genaue Angaben zum Ergebnis machte Urban nicht. Das Betriebsergebnis vor Steuern im Konzern habe sich aber gegenüber 1982 wesentlich verbessert.

Offen ließ Urban die Frage, ob Conti nach vielen Jahren erzwungener Dividendenabstinenz für 1983 wieder eine Ausschüttung vorsehe. Vor dem Hintergrund, daß des Unternehmen zur Finanzierung seiner langfristigen Pläne über kurz oder lang an die Börse müsse, bezeichnete Urban den Zustand der Dividendenlosigkeit auf Dauer als untragbar. Vor der Wiederaufnahme einer Dividendenzahlung stünden aber Hürden, von denen man bislang nicht wisse, ob man sie überspringen werde. Einmal gebe es zur Zeit nur eine Mengenkonjunktur. Der Preiswettbewerb sei dagegen unverändert ruinös. Um die Positionen am Markt langfristig noch weiter auszubauen, könne Conti sich diesen Preiskämpfen nicht entziehen. Zum anderen müsse Conti aus früheren Verlustjahren fiskalische Altschulden bedienen, so daß im Fall einer Gewinnausschüttung die Steuerquote fast 80 Prozent erreichen würde.

Auf das Grundkapital von 270 Mill. DM ist in den letzten 10 Jahren nur einmal 5 Prozent Dividende gezahlt worden. Die Besitzverhältnisse bei Conti sind zur Zeit unübersichtlich. Nachdem sich die Deutsche Bank, Bayer AG und die Münchener Rückversicherung von ihren 11-Prozent-Beteiligungen getrennt haben, sind die Umsätze an der Börse mit Conti-Aktien sprunghaft gestiegen. Allein in diesem Jahr, so Urban, seien bereits Aktien im Nominalwert von 800 Mill. DM umgesetzt worden. Dies spreche nicht dafür, daß es einen neuen Großaktionär gebe.

Den neuerlichen Aufstieg der Conti begründet Urban einmal damit, daß die früher bestehende technologische Lücke im Reifenbereich geschlossen sei. Conti habe heute in Teilsegmenten sogar technologischen Vorsprung. Zum anderen zahle sich die Vorwärtsstrategie mit der primären Ausrichtung auf den großeuropäischen Raum aus. Wichtiger Ansatzpunkt hierfür sei die 1979 erfolgte Übernahme der Uniroyal Engelbert-Gruppe gewesen, die inzwischen erheblich zum Erfolg des Konzerns beitrage. Die Präsenz auf den wichtigsten Übersee-Märkten sichere sich Conti über Kooperationsverträge, da ein direkter Marktzugang die Finanzkraft des Unternehmens übersteige. Mitte 1983 ist die Produktion von Conti-Reifen in den USA durch General Tire angelaufen, ähnliche Vereinbarungen bestehen mit dem japanischen Reifenhersteller Toyo Rubber und dem Marktführer in Indien Modi. Strategisches Ziel bleibe es, Conti als internationales Unternehmen unter den fünf größten Reifenkonzernen der Welt fest zu etablieren.

Die WELT berichtet von der Anuga

Neue Märkte im Visier

Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft ist auf dem heimischen Markt härtester Konkurrenz ausgesetzt. Sie stammt nicht nur vom Wettbewerb untereinander und von dem Konzentrationsprozeß des Handels, das Ausland drängt ebenfalls mit immer neuen Produkten auf diesen größten Verbrauchermarkt in Europa. 1982 lieferten Staaten wie Frankreich, die Niederlande, Dänemark, Italien oder die USA Waren für 50 Mrd. DM nach Deutschland. Die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), in der die verkaufsfördernden Aktivitäten der überwiegend mittelständischen Ernährungsindustrie zusammengefaßt sind, hat also alle Hände voll zu tun.

Wie ihr Geschäftsführer Helmut Fahrnschon gegenüber der WELT erklärte, komme es immer mehr darauf an, neue Märkte im Ausland zu erschließen und die Branche bei der Herstellung des „richtigen Produkts für das jeweilige Land zu beraten". Gerade die Qualität, die Geschmacksrichtung und die Zuverlässigkeit deutscher Lebensmittellieferungen hätten viel dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik heute an vierter Stelle der Nahrungsmittel-Exportländer liege.

Von den rund 15 000 Unternehmen der Ernährungsindustrie mit 130 Mrd. DM Umsatz setzen 1200 Betriebe regelmäßig ihre Produkte im Ausland ab. Im letzten Jahr wurden mit der Ausfuhr von Gütern der Land- und Ernährungswirtschaft 24 Mrd. DM erzielt. Dieses Jahr ist es bisher noch nicht so gut gelaufen. Der Rückgang des Exportwertes um 6,6 Prozent oder 800 Mill. DM zur Jahresmitte hänge aber weitgehend mit den ausgefallenen Lieferungen nach dem Ostblock, Iran und nach Ländern in Südamerika zusammen, betonte Fahrnschon. Diese Länder befänden sich in finanziellen Schwierigkeiten und könnten die notwendigen Mittel für die deutschen Spezialitäten zur Zeit nicht aufbringen. Dafür habe der Export in andere Staaten wie Nordamerika und innerhalb der EG wieder deutlich zugenommen. Per Oktober sei der Verlust nur noch minimal, meinte Fahrnschon, und zeigte sich zuversichtlich, daß der Export der Ernährungsbranche bis zum Jahresende wieder ein Plus verzeichnet.

Die Voraussetzungen dafür hat die CMA zusammen mit den Bundesländern und 1600 deutschen Unternehmen auf der Anuga geschaffen. Breiten Raum nimmt das Export-Service-Center ein, das dem ausländischen Einkäufer Beratung und Betreuung bietet. Hier wird speziell über das Lebensmittel- und Getränkeangebot informiert und gezielte Kontakte zu den geeigneten deutschen Firmen vermittelt. „Aufgrund der Nachfrage und des Messebesuchs können wir feststellen", meinte Fahrnschon, „daß unsere Aktion sehr erfolgreich verläuft". Gegenüber der letzten Anuga vor zwei Jahren sei der Besuch ausländischer Importeure und Großhändler sehr viel höher.

Das bestätigte auch der Leiter des Service-Centers, Claus Böcking, der insgesamt eine Steigerung der Auslandsbesucher um 35 Prozent feststellen konnte. Auffallend sei, daß sich diesmal die Gespräche häufiger als früher in umfangreichen Geschäften niedergeschlagen habe. Deutsche Lebensmittel würden im Ausland wieder enorm nachgefragt. Die deutschen Unternehmen der Ernährungsbranche meldeten nach Angaben von Böcking im Export mehr Abschlüsse als im Inland. CMA-Geschäftsführer Fahrnschon stellte aber auch für den heimischen Markt eine selektive Belebung fest. Vor allem Produkte mit Qualitätszeichen würden vom Verbraucher immer mehr verlangt.

HENNER LAVALL

Wachstum bei Tiefkühlkost

Nach vorübergehender Umsatzabflachung im Vorjahr rechnet die deutsche Tiefkühlwirtschaft für 1983 wieder mit einem deutlichen Plus. 1982 war der Absatz nur noch um 2,1 Prozent auf insgesamt 592 000 Tonnen gestiegen, im Einzelhandel lag der Zuwachs gerade noch bei mageren 0,9 Prozent. Lediglich der Großverbrauchersektor, der fast die Hälfte der abgesetzten Menge aufnahm, kam auf ein Plus von 3,3 Prozent. Ohne Berücksichtigung von Geflügel und Speiseeis betrug der Gesamtumsatz mehr als 3,5 Mrd. DM. Mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 9,6 Kilogramm liegt die Bundesrepublik derzeit im europäischen Mittelfeld.

Die starke konjunkturelle Bremswirkung hielt auch zu Jahresbeginn 1983 noch an, nach Angaben des Deutschen Tiefkühlinstituts in Köln ist inzwischen jedoch wieder eine spürbare Absatzsteigerung festzustellen, so daß sowohl im Einzelhandel als auch im Großverbrauchersektor für dieses Jahr mit einer Mengensteigerung von etwa vier Prozent gerechnet wird.

Überdurchschnittliche Zuwachszahlen verzeichnet gegenwärtig der Sortimentsbereich Gemüse und hier vor allem die Convenience-Artikel wie Gemüsezubereitung. Das gleiche gilt auch für Snack-Produkte sowie für deutsche und internationale Fertiggerichte und Suppen. Weitere Zuwächse kommen aus dem Bereich Betriebsverpflegung und das trotz rückläufiger Beschäftigungslage in der Wirtschaft. Hier wirken sich Kostenüberlegungen zugunsten von Fertigmenüs aus. Sie gehen zu Lasten von Fernküchen und vor allem von nicht mehr rentablen Werksküchen.

Mit großer Sorge beobachten die Tiefkühlkostanbieter jedoch die Absicht der Bundesregierung, die Verpflegungszuschüsse in ihren Kantinen und Kasinos zu streichen. Dies könnte eine Lawine ähnlicher Maßnahmen auch in anderen Bereichen auslösen, sogar bei der Schulverpflegung, was zu erheblicher Absatzminderung für Fertigmenüs führen könnte.

HEINZ HILDEBRANDT

In kleinen Dingen sind wir so genau wie in großen.

Präzisionsgeräte aus Puerto Rico, U.S.A., können Sie ruhig mit jedem anderen Präzisionsgerät prüfen.

Woran denken Sie beim Namen Puerto Rico? Bestimmt nicht an künstliche Nieren, Herzschrittmacher, Kernstrahlungs-Absorptions-Meßgeräte oder elektronische Hilfsgeräte für Blinde.

Dennoch, Puerto Rico, USA, ist eines der führenden Produktionszentren für Präzisionsinstrumente. Nicht zuletzt durch die Ansiedlung von Herstellern medizinisch-technischer Geräte oder anderer hochempfindlicher Produkte der Meß- und Regeltechnik.

Mehr als 1000 amerikanische Unternehmen haben ihre Niederlassungen auf Puerto Rico. Davon gehören 550 Firmen zu den Herstellern hochtechnisierter Produkte. Sie allein beschäftigen über 60000 Mitarbeiter. Und warum? Weil die puertoricanischen Arbeiter geschickt und produktiv sind. Sie lernen fleißig und schnell, auch schwierige technische Vorgänge.



Beweis für den hohen Leistungsstandard der Facharbeiter in Puerto Rico: Herzschrittmacher „Made in Puerto Rico".

Und die andere gute Seite von Puerto Rico ist das Thema Geld: Puerto Rico ist ein Teil der USA. Die Währung ist der US-Dollar. Der Warenverkehr in die USA erfolgt ohne Zollaufschläge. Außerdem hat Puerto Rico die erste Freihandelszone, die von den US-Behörden außerhalb des Festlandes autorisiert wurde. Und nicht zu vergessen: Ganz Nord-, Süd- und Mittelamerika liegt vor der Haustür.

Für einen reibungslosen Start in Puerto Rico steht für Sie ein Team von Experten bereit. Es hilft bei der Standortbestimmung für Ihre Niederlassung, bei der Personalsuche und bei der Erarbeitung von Trainingsprogrammen für die neuen Mitarbeiter. Was die Produktionsstätten angeht, bieten sich zwei Möglichkeiten: Entweder Sie bauen Ihre eigene „maßgeschneiderte" Fabrik, oder Sie leasen eines der vorgefertigten Gebäude, die Ihnen die Regierung von Puerto Rico zu äußerst konkurrenzfähigen Bedingungen anbietet.

Was können wir noch tun, um Sie für Puerto Rico, USA, zu interessieren?

Das vielleicht beste Argument für Puerto Rico sind die gewinnträchtigen Erfahrungen von Unternehmen, die schon hier sind. Unternehmen wie Rodenstock aus Deutschland, Hoffmann La Roche und Nestlé aus der Schweiz und die über 1000 namhaften Firmen aus den USA, die sich bereits für eine oder mehrere Produktionsstätten auf Puerto Rico entschieden haben.

Für viele Branchen haben wir Fallstudien erstellt. Kreuzen Sie die gewünschte Fallstudie an, schicken Sie uns den Coupon auf Ihrem Firmenbriefbogen, und Sie bekommen umgehend die vielleicht interessanteste Lektüre seit Ihrem letzten Jahresabschluß.

Oder noch einfacher, Sie wählen die Telefonnummer 0611/74 26 44 und rufen Herrn Carl H. Jahns an. Unseren Mann in Frankfurt (Telex Nr. 4189 257). Er wird Ihnen auf gut deutsch alles erklären.

Ich interessiere mich für eine Fabrikationsansiedlung in Puerto Rico, USA, und was andere Unternehmen dort für Erfahrungen gemacht haben. Bitte schicken Sie mir Informationen und Fallstudien über

- ☐ die Industrie für Präzisionsgeräte und für Meß- und Regeltechnik
- ☐ die Elektro- und Elektronik-Industrie in Puerto Rico mit Referenzliste
- ☐ die Maschinen- und Maschinenzubehör-Industrie
- ☐ die Computer-Industrie und Zulieferer von elektronischen Bauteilen
- ☐ Freihandelszonen
- ☐ das Arbeitskräfte-Potential auf Puerto Rico
- ☐ Finanzierungsmöglichkeiten
- ☐ Puerto Rico, USA. Eine solide Basis zur Kapitalbildung
- ☐ die Infrastruktur
- ☐ das Transport- und Verkehrswesen
- ☐ Erfahrungsberichte von Investoren

Name:
Firma:
Adresse:
Tel.:

An Herrn C. H. Jahns, Director Europe, Government of Puerto Rico, Mendelssohnstraße 53, 6000 Frankfurt/Main 1.



Ausländer sorgten für Auftrieb

Im Mittelpunkt: Siemens, Deutsche Bank und Daimler

DW. – Der Aktienhandel stand vorbörslich und auch noch in der ersten halben Stunde der offiziellen Börsenzeit im Zeichen der vorangegangenen Wall-Street-Schwäche und des leicht anziehenden Dollar. Die Börsenkulisse nahm auf breiter Front Glattstellungen zu teilweise rückläufigen Notierungen vor. Die Tendenz änderte sich aber schlagartig, als recht massive Kaufaufträge aus dem Ausland eintrafen und zwar nicht nur aus den USA, sondern auch aus England, Belgien, Frankreich und der Schweiz. Die Ausländer konzentrierten ihre Käufe auf Aktien von Siemens, Deutsche Bank und Daimler.

Mit einiger Befriedigung wurde vermerkt, daß trotz der in einigen Papieren beachtlichen Umsätze Kursübertreibungen ausgeblieben sind. Dies ist nicht zuletzt einigen institutionellen Anlegern zu verdanken, die bei steigenden Notierungen vermehrt Gewinne mitnehmen. So kam es auch, daß in den weniger von den Ausländern beachteten Titeln die Kurse zum Teil leicht nachgebend waren. Das war in der Maschinenbaubranche ebenso der Fall wie bei einigen konsumnahen Papieren. So gaben Karstadt um fünf DM nach. Bei den Aktien der Großchemie blieben diesmal Steigerungen aus. Dagegen hat sich am Bankenmarkt die Hausse verbreitert und hier zu Kursgewinnen bis zu fünf DM geführt.

Düsseldorf: Heinrich erhöhten um 7,50 DM auf 285 DM und Leffers um 5 DM auf 415 DM. Keramag stockten um 3 DM auf 155 DM und Stahl Bochum um 5 DM auf 180 DM auf. Nachgeben mußten Rheintextil um 5 DM, Kochs Adler um 5 DM, Bochum Gelsenkirchener um 5 DM und Sternbräu um 4 DM. Kromschröder verloren 3 DM auf 166 DM.

Frankfurt: Stark aus dem Ausland gefragt waren Siemens mit 372,80 DM plus 6,30 DM. Von Nebenwerten blieben Lahmeyer 375 DM minus 15 DM, die Blauen Quellen 277 DM minus 11 DM, Deutsche Steinzeug 215 DM minus 10 DM und Braubank 415 DM minus 10 DM. Bei den Auslandsaktien wurden Alcan bei Minusankündigung auf 94,50 DM zurückgenommen.

Hamburg: HEW waren lebhaft gefragt und gingen zu 106 DM (plus 2 DM) aus dem Markt. Dagegen gaben NWK-Vorz. auf 173,50 DM (minus 1,50 DM) nach. Phoenix Gummi begannen zu 153 DM (minus 3 DM) und lagen später bei 154 DM. Ebenfalls leichter tendierten Reichelt bei 90 DM (minus 2 DM) und Triton bei 131 DM (minus 1,50 DM). Holsten Brauerei stiegen weiter leicht auf 275 DM (plus 1 DM).

München: Lloyd Deckel AG erhöhten um 4,50 DM auf 95 DM und Gehe AG um 3 DM auf 246 DM. NAK Stoffe stockten um 2,80 DM auf 51 DM auf. Wanderer Werke verbesserten sich um 3 DM auf 265 DM.

Berlin: Herlitz Stämme wurden um 7 DM heraufgesetzt. Rheinmetall erholten sich um 1,50 DM. Berliner Kindl lagen um 1 DM geringfügig freundlicher. Orenstein mußten ein Minus in Höhe von 7,50 DM hinnehmen.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

	19.10.	18.10.		19.10.	18.10.		19.10.	18.10.
H AachM Beteil. 9	905	925	Hn Brsch. Jute *0	74G	73,5bG	M En. Ostb. 5	310bG	311G
H Aach. M. Vers. 6+1	375	355G	H Breitenb.-C. *28	510G	510G	H Elkraft 0	47	47
D Aach. Rück. 9+7,5	1318	1348G	H Br. Straßb. *0	-G	-G	B Engelhardt 7	246G	246G
D Aseag *4	165G	168G	H Br. Vulkan 0	41	40	D Enka 2,67	156	155
M Ack-Gögg 0	107bG	107bG	H Br. Wollk. 4,5 + 1,5	124	124,8	M Erka 18	475B	475bB
H Adca 0	128,2	128	F BBC 6	226,7	222,5	M Erste Kulmb. 8	845	855B
D Adler 9	291G	291G	S BSU Textil %28	1300G	1300G	S esbi *0	18,9bG	17,8bG
F Adt AG 4	161,5	160	D Bochum-W. 0	113G	113G	S Essl. Masch. *10	520G	520
F AEG-Telef. 0	84,5	84,6	D Buderus *12	446G	446G	M Exterer **10	540B	540B
D AEG-Kabel 7,5	247	247	M Bgl. Br. Ing. *11+1	750G	750G	D Farb. Liqu. RM 0	10,9	11
S Aesculap 6	318	315bG	S Bgl. Brh. Rav. *0	365G	365G	F Flachglas 8	292bG	295
F AGAB 5	135	133	S Calw D. **18	670G	670G	D Ford *0	1100	1100T
D Agrippina *7	590G	590G	F Camelia *7	499	495,1	B Forst Ebn. *4	1920G	1920G
M Agrob *0	355bG	355bG	F Ceag 0	112	110,5	M Fr. Obld.W. 5	305bG	305bG

	19.10.	18.10.
H Holsten-Br. 6	275	274
F Holzmann 18	428	428
D Horten 0	169	169,5
B Hw. Kayser *12	268T	268T
D Hussel 7	271	269
D Huta Heg. 0	110G	109G
M Hutschenr. 9	245bB	245
H Hypo Hbg. 10+2,5	434G	435G
D IKB 7	197	198
S IWKA 0	158	157bG
M Isar-Amper 6	332bG	325bG
D Isenbeck *9,5	305G	305G
H Jacobsen *6	615G	615G

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

	19.10.	18.10.
… Breweries	132	132
… Am. Corp. $	17,5	17,75
… Am. Gold $	112,25	11,475
… cock Int.	147	145
… clays Bank	434	434
… cham	301	303
… water	199	197
… T. Industries	138	139
… Leyland	55	58
… ish Petroleum	424	424
… mah Oil	–	153
… bury Schweppes	96	97
… rner Cons.	218	221
… s. Gold. Fields	479	472
… s. Murchison	–	–
… rtaulds	92	92
… Beers $	7,85	8,00
… illers	211	211
… fontein $	29,12	30,17
… lop	52	53

Mailand

	19.10.	18.10.
Centrale	1370	1400
Fiat	2858	2854
Fiat Vz.	2025	2000
Finsider A	37,25	38
Generali	–	134500
IFI Vz.	4399	4399
Italcementi	44000	44700
Italgas	1009,5	1012
Lepetit St.	25900	25980
Magneti Marelli	860	881
Mediobanca	63900	63900
Mondadori	2527	2521
Montedison	179	182,5
Olivetti Vz.	2970	3000
dgl. St.	3130	3130
Pirelli SpA	1425	1430
Rinascente	320	318
RAS	136500	137400
S. A. I.	11850	11950
SIP	1570	1600
Snia Viscosa	1118	1115
STET	1640	1680
Index	–	183,45

Amsterdam

	19.10.	18.10.
Unilever	235,8	236,7
Ver. Masch.	84	85,5
Volker Stevin	29,4	29,6
Westland Utr. Hyp.	105,6	105,5
Index: ANP/CBS	–	116,7

Wien

	19.10.	18.10.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	212	212
Gösser-Brauerei	319	323
Länderbank Vz.	211	211
Österr. Brau AG	297	296
Perlmooser	340	341
Reininghaus	375	373
Schwechater Br.	171	172
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	150	150
Universale Hoch Tief	220	224
Veitscher Magnesit	209	206
Index	–	54,66

Tokio

	19.10.	18.10.
Sanyo Electric	461	467
Sharp E.	1250	1290
Sony	3570	3400
Sumitomo Bank	500	500
Sumitomo Marine	232	229
Takeda	770	770
Teijin	356	358
Tokyo Marine	504	510
Tokyo El. Power	1060	1080
Toray	410	414
Toyota Motor	1240	1280
Index	–	681,29

Kopenhagen

	19.10.	18.10.
Den Danske Bank	278	273
Jyske Bank	595	592
Kopenh. Handelsbk.	262	255
Novo Industri	3215	3235
Privatbanken	277	269
Ostasiat. Komp.	173	169
Dan. Sukkerfabr.	755	740
For. Bryggerier St.	1180	1130
Kgl. Porc. Fabr.	380	375

Zürich

	19.10.	18.10.
Sulzer Partizip	245	250
Swissair	885	880
dgl. NA	744	746
Winterthur Inh.	3125	3120
Winterthur Part.	2790	2790
Zür. Vers. Inh.	17110	17300
Ind.: Schw. Kred.	292,2	292,2

Brüssel

	19.10.	18.10.
Arbed	1250	1290
Brux. Lambert	2335	2335
Cockerill Ougrée	175	175
Ebes	2220	2220
Gevaert	2420	2450
Kreditbank	6300	6300
Pétrofina	5560	5610
Soc. Gén. d. Belg.	1725	1725
Sofina	4905	4940
Solvay	3405	3440
UCB	4000	4100
Index	–	127,1

Hongkong

	19.10.	18.10.
China Light + P.	12,30	12,50
Hongkong Land	2,32	2,37
Hongk. + Sh. Bk.	7,00	7,00
Hongk. Teleph.	32,50	32,75
Hutch. Whampoa	11,40	11,80
Jard. Matheson	9,00	–
Swire Pac. + A +	–	–
Wheelock + A +	2,82	2,82

Singapur

	19.10.	18.10.
Cycle + Car.	4,75	4,85
Cold Storage	5,08	5,08
Dev. Bk. of Sing.	9,45	9,45
Fraser + Neave	4,35	4,30
Kl. Kepong	3,12	3,30
Mal. Banking	9,45	9,55
Nat. Iron	4,70	4,45
OCBC	10,90	10,90
Sime Darby	2,45	2,47
Singapur Land	5,95	4,10
Un. Overs. Bank	5,48	5,25

Sydney

	19.10.	18.10.
ACI	1,41	1,41
Ampol. Explor.	3,35	3,35
Bk. New S. Wales	3,45	3,45
Brok. Hill. South	–	–
Brok. Hill. Prop.	11,95	11,98
Coles	3,52	3,55
CRA	5,40	5,34
CSR (Thales)	3,75	3,80
Metals Expl.	0,78	0,78
MIM-Holdings	3,58	3,62
Myer Emporium	1,42	1,40
North Broken Hill	2,98	3,00
Oakbridge	1,05	1,05
Peko Wallsend	4,80	4,80
Poseidon	4,45	4,45
Thomas Nat. Tr.	1,82	1,85
Waltons	0,53	0,55
Western Mining	5,40	5,58
Woodside Petr.	1,19	1,16
Index	–	682,3

Optionshandel

… 1-620/37,50, 1-640/20, Babcock St. 1-170/20,50, 1-180/10, 4-170/24, 4-180/17,20, Kloeckner 4-45/3,50, 7-45/4,50, Mercedes 4-520/68, 4-590/20, RWE St. 4-180/9, VEW 1-130/8,70, Chrysler 4-90/6, 7-85/9,40, Sony 1-48/4,10, Royal Dutch 4-120/13, Elf 1-60/4,10, 4-60/5,40. Verkaufsoptionen: AEG 1-80/1,80, 1-85/3, 4-80/2,60, 4-85/6,40, 7-85/6,80, Siemens 1-340/1, 1-350/3, 1-360/5, 4-350/4,70, Bayer 1-150/1,90, Hoechst 1-170/4,50, BMW 1-390/5, 4-380/5, 7-350/3,30, VW 1-220/1,90, 1-230/3,80, 1-240/14, 4-210/1,80, 4-220/3,50, 4-230/7,10, 7-220/5,40, 7-230/9,40, Conti Gummi 4-110/1,20, 4-120/5, Lufthansa St. 4-130/9, Commerzbank 1-170/2,85, 4-170/4,70, Dt. Bank 1-300/3,90, 1-310/5,80, Dresdner Bank 1-170/2, 4-180/6,20, 7-180/8, Hoesch 4-95/2,50, 4-100/4, 7-95/4, 7-100/6,80, Mannesmann 7-130/3,40, 7-140/7,50, Preussag 7-260/12, Thyssen 4-75/2,95, BHF 1-290/6,50, BBC 7-210/6, 7-220/11,40, Daimler 7-640/30, Babcock St. 1-180/9, Degussa 7-360/20,60, GHH St. 7-150/5, Kali + Salz 1-200/1,90, Karstadt 4-280/5, Chrysler 1-80/4,60, 4-90/6,70, Litton 1-160/4,50, 4-170/10,40, Xerox 1-100/3,40, 7-110/12,90, Royal Dutch 1-120/5, Elf 4-60/5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 19. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛– 9½	5⅜–5⅝	3⅞–3⅞
3 Monate	9⅝– 9¾	5⅝–5⅞	4 –4⅜
6 Monate	9½– 9⅞	5¾–6	4¼–4½
12 Monate	9⅞–10⅛	6 –6¼	4¼–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 19. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1420,00	1732,80
10 US-Dollar (Indian)**)	1105,00	1310,75
5 US-Dollar (Liberty)	440,00	592,80
1 £ Sovereign alt	234,00	289,56
1 £ Sovereign Elizabeth II	230,00	285,00
20 belgische Franken	182,00	234,84
10 Rubel Tscherwonez	245,00	306,66
2 südafrikanische Rand	232,00	298,14
Krüger Rand, neu	1037,00	1223,08
Maple Leaf	1086,00	1220,94
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	244,00	306,52
20 schweiz. Franken „Vreneli"	205,00	257,64
20 franz. Franken „Napoléon"	200,00	251,94
100 österr. Kronen (Neuprägung)	887,00	1154,82
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	435,00	535,80
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

19. 10. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,5859	2,5939	2,5647	2,54	2,63
London1)	3,871	3,885	3,844	3,82	3,97
Dublin1)	3,093	3,107	3,049	3,01	3,16
Montreal3)	2,0992	2,1072	2,0842	2,05	2,14
Amsterd.	88,920	89,140	88,95	88,00	90,00
Zürich	123,150	123,350	123,25	121,75	124,00
Brüssel	4,890	4,910	4,853	4,72	4,94
Paris	32,630	32,780	31,98	31,50	33,50
Kopenh.	27,460	27,580	27,17	26,50	28,50
Oslo	35,440	35,580	34,86	34,50	36,25
Stockh.**)	33,270	33,430	32,86	32,25	34,00
Mailand2) **)	1,639	1,649	1,593	1,61	1,71
Wien	14,200	14,240	14,198	14,10	14,32
Madrid**)	1,714	1,724	1,643	1,65	1,77
Lissabon**)	2,080	2,100	1,96	1,70	2,50
Tokio	1,1085	1,1115	–	1,07	1,13
Helsinki	45,920	46,120	45,01	45,00	46,75
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,758	2,812	–	2,00	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,2640	2,2830	–	2,32	2,42
Johannesbg.*)	2,3000	2,3190	–	2,10	2,35

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar konnte sich am 19. 10. gut behaupten und kletterte von der niedrigsten Tagesbasis vom 2,5675 auf 2,5930. Die Stagnation der Zinssätze und die nachlassende Verkaufsneigung in New York sorgten für die leichte Verbesserung, die in einem äußerst ruhigen Markt stattfand. Die amtliche Notiz wurde mit 2,5899 ohne Beteiligung der Bundesbank festgestellt. Schwächer lag der japanische Yen mit einer um 40 Punkte niedrigeren Notiz von 1,1100, wozu die erwartete Diskontsenkung in Japan den Hintergrund darstellt. Die meisten anderen notierten Währungen konnten dagegen leichte Kursgewinne erzielen. Die dänische Krone verbuchte mit 27,52 erneut einen historischen Tiefpunkt. Dollar in: Amsterdam 2,9100; Brüssel 52,87; Paris 7,9230; Mailand 1576,05; Wien 1821,50; Zürich 2,1018; Ir. Pfund/DM 3,100; Pfund/Dollar 1,4974.

Ostmarkkurs am 19. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

1/16 Prozent rückläufige DM-Zinssätze am Euromarkt führten am 19. Oktober zu unwesentlich veränderten Dollar-Abschlägen gegen D-Mark per Termin.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,98/0,83	2,57/2,47	5,02/4,82
Pfund/Dollar	0,04/0,06	0,14/0,17	0,21/0,26
Pfund/DM	1,80/0,40	4,00/2,80	7,40/6,00
FF/DM	27/11	78/63	164/148

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 19. 10.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,1–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 19. 10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 19. 10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50)–8,00 (6,71)–8,00 (7,11)–8,50 (7,42)–8,50 (7,60)–10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50)–8,00 (6,74)–8,00 (7,16)–8,50 (7,60)–10,00 (8,08)–10,00 (8,35). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85.

Warenpreise – Termine

Einbußen in allen Sichten verzeichneten am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. In engen Grenzen uneinheitlich notierte dagegen Kupfer. Zu Abschlägen in den vorderen Sichten und Gewinnen in den entfernteren Kontrakten kam es bei Kaffee. Gut behauptet ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	18. 10.	17. 10.
Dez.	372,75	369,50
März	385,50	383,50
Mai	386,25	383,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	18. 10.	17. 10.
St. Lawrence 1 CW	240,50	241,55
Amber Durum	257,85	258,90

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	151,00	154,50
Dez.	154,20	157,00
März	161,00	163,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	134,50	135,00
Dez.	128,60	129,30
März	126,50	128,60

Hafer Chicago (c/bush)	18. 10.	17. 10.
Dez.	192,50	191,00
März	198,75	198,00
Mai	201,75	201,25

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	347,50	350,50
März	348,75	350,25
Mai	350,50	350,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	18. 10.	17. 10.
Okt.	137,90	139,30
Dez.	134,30	135,40
März	135,90	137,20

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	18. 10.	17. 10.
Dez.	142,40	143,70
März	138,60	138,70
Mai	134,50	134,90

Kakao New York ($/t)	18. 10.	17. 10.
Dez.	1953	1945
März	1982	1972
Terminkontr. Mai	2009	2000
Umsatz	2874	5040

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	10,50	10,85
März	10,98	11,22
Mai	11,39	11,57
Juli	11,68	11,85
Sept.	11,88	12,03
Umsatz	9 393	5 960

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	18. 10.	17. 10.
	10,08	10,06

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	18. 10.	17. 10.
Nov.	1908–1910	1921–1923
Jan.	1891–1892	1901–1905
März	1795–1796	1811–1812
Umsatz	2186	2773

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1427–1428	1415–1417
März	1432–1433	1428–1429
Mai	1445–1446	1440–1441
Umsatz	3157	3081

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	175,00–176,00	175,25–175,50
März	–	182,15–182,35
Mai	187,50–188,00	187,25–187,50
Umsatz	1382	1951

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	18. 10.	17. 10.
schw. Sarawak spez.	267,50	267,50
weißer Sarawak	380,00	380,00
weißer Muntok	382,50	382,50

Orangensaft New York (c/lb)	18. 10.	17. 10.
Nov.	125,00	125,35
Jan.	120,30	121,25
März	118,50	119,50
Mai	117,50	118,75
Juli	117,40	118,60
Umsatz	400	500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	18. 10.	17. 10.
Südstaaten fob Werk	53,00	53,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,00	28,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	31,50	32,30
Dez.	31,65	32,40
Jan.	31,80	32,80
März	31,95	32,55
Mai	31,30	32,35
Juli	30,10	31,75
Aug.	28,25	30,25

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	32,50	31,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	17,50	17,50
Choice white hog 4% fr. F.	14,50	14,50

Talg New York (c/lb)		
top white	17,00	17,00
fancy	16,50	16,50
bleichfähig	16,25	16,25
yellow max. 10% fr. F.	14,50	14,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	41,52	41,30
Dez.	42,35	42,00
Febr.	45,35	45,52

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	61,50	61,37
März	61,57	61,50
Mai	63,35	63,20

Häute Chicago (c/lb)	18. 10.	17. 10.
Ochsen einh. schwere River Northern	54,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	867,00	882,00
Jan.	882,00	901,00
März	903,00	914,00
Mai	904,00	912,00
Juli	894,00	900,00
Aug.	861,00	873,00
Sept.	778,00	783,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	234,00	239,50
Dez.	238,50	239,00
Jan.	239,00	240,00
März	241,00	242,00
Mai	241,00	242,10
Juli	242,50	243,00
Aug.	231,50	231,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	18. 10.	17. 10.
Okt.	382,50	386,10
Dez.	388,00	385,00
März	401,50	405,00

Kokosöl New York (c/lb)	18. 10.	17. 10.
Westküste fob Werk	39,50	34,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	19. 10.	18. 10.
jegl. Herk. cif	1075,00	1075,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	615,00	625,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	685,00	685,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Nieder. fob Werk	205,50	212,00

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	885,00	890,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	322,50	320,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	18. 10.	17. 10.
Okt.	78,25	78,10
Dez.	79,40	79,30
März	80,10	80,10
Mai	80,55	80,40
Juli	75,85	75,35
Okt.	74,65	74,50

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1:	59,00	60,75

Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	18. 10.	17. 10.
Dez.	420–424	418–422
Jan.	418–419	417–420
März	422–424	421–423
Umsatz	11	43

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	18. 10.	17. 10.
Dez.	46,30	geschlossen
März	46,80	geschlossen
Mai	47,20	geschlossen
Juli	47,50	geschlossen
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	18. 10.	17. 10.
Okt.	549,0–552,0	554,0–556,0
Dez.	562,0–563,0	564,0–565,0
März	581,5–582,0	583,0–584,0
Umsatz	146	174

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	18. 10.	17. 10.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	18. 10.	17. 10.
Okt.	13 497	13 482
Nov.	13 566	13 556

Kautschuk London (p/kg)	18. 10.	17. 10.
Nr. 1 RSS loco	79,00–80,50	77,75–79,25
Nov.	79,10–80,50	78,00–79,00
Dez.	79,40–80,50	78,50–79,00
Jan/März	80,60–80,70	79,40–79,60
Tendenz: stetiger		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	18. 10.	17. 10.
Nr. 1 RSS loco:	255,50–256,50	255,00–256,00
Okt.	260,00–261,00	259,50–260,00
Nov.	262,50–264,00	262,00–263,00
Nr. 2 RSS Okt.	252,50–253,50	252,50–253,50
Nr. 3 RSS Okt.	249,00–250,00	249,00–250,00
Nr. 4 RSS Okt.	242,50–243,50	242,50–243,50
Tendenz: ruhiger stetig		

Jute London (£/lgt)	18. 10.	17. 10.
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	396,00	396,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Blei: Basis London	19. 10.	18. 10.
laufend. Monat	112,76–112,96	109,78–109,97
drittfolg. Monat	115,77–116,07	112,89–113,06
Zink: Basis London		
laufend. Monat	230,57–230,96	223,45–223,64
drittfolg. Monat	235,63–236,01	228,86–229,08
Produz.-Preis	228,25	227,81
Reinzinn 99,9%	3640–3676	3669–3706

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	19. 10.	18. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	381,51–383,84	380,05–382,38
Blei in Kabeln	120,50–121,52	117,50–118,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	19. 10.	18. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	346–359	345–357
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	388–391	387–391
MS 63	392–397	391–395

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	18. 10.	17. 10.
ab Werk prompt (Ring./kg)	30,26	30,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	19. 10.	18. 10.
Leg. 225	428–436	438
Leg. 226	430–440	440
Leg. 231	460–463	470–473
Leg. 233	470–483	480–493

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	19. 10.	18. 10.
Platin (DM je g)	35,20	35,55
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 250	33 350
Rücknahmepr.	32 500	32 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 120	33 320
Rücknahmepr.	32 130	32 320
verarbeitet	34 760	34 970
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 900	33 000
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	838,00	854,50
Rücknahmepr.	808,70	824,60
verarbeitet	875,20	892,40

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	19. 10.	18. 10.
10.30	393,60	396,75
15.00	394,00	397,25
Zürich mittags	393,80–394,30	396,25–397,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	100 950	101 350
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	661,55	674,20
3 Monate	676,15	689,60
6 Monate	691,20	705,60
12 Monate	730,15	738,00

Platin (£-Feinunze)	18. 10.	17. 10.
London fr. Markt	266,50	265,15
Palladium (£-Feinunze)		
London	97,05	–
1. Händlerpr.	97,05	97,20

New Yorker Preise	18. 10.	17. 10.
Gold H & H Ankauf	397,25	395,00
Silber H & H Ankauf	1017,00	1009,00
Platin fr. Händlerpr.	400,00–405,00	400,00–405,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	145,00–147,00	148,00–149,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	1007,30	[illegible]
Nov.	1010,80	[illegible]
Dez.	1015,00	[illegible]
Jan.	1026,60	[illegible]
März	1040,00	[illegible]
Mai	1056,10	[illegible]
Juli	1079,60	[illegible]
Umsatz	25 000	[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	18. 10.	17. 10.
Okt.	65,80	[illegible]
Nov.	66,10	[illegible]
Dez.	66,55	[illegible]
Jan.	67,30	[illegible]
März	68,60	[illegible]
Mai	69,90	[illegible]
Juli	71,40	[illegible]
Umsatz	6 000	[illegible]

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	18. 10.	[illegible]
Kasse	1056,0–1057,0	[illegible]
3 Monate	1084,0–1085,0	[illegible]
Blei (£/t) Kasse	290,25–290,75	[illegible]
3 Monate	298,00–298,75	[illegible]
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	969,50–970,00	[illegible]
3 Monate	994,00–994,50	990,00–991,00
abends Kasse	–	974,00–975,00
3 Monate	–	[illegible]
(Kupfer-Standard) Kasse	946,00–947,00	[illegible]
3 Monate	970,00–971,00	974,50–975,00
Zink (£/t) Kasse	593,50–594,50	[illegible]
3 Monate	606,50–607,50	[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	8520–8530	[illegible]
3 Monate	8610–8620	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	[illegible]

Sein Wert ist Ihnen sicher - versiegelt oder unversiegelt.

Der Sachwert-Diamant.

Für die Kapitalanlage in mehrere kleinere Sachwert-Steine empfiehlt sich das Klein-Depot. Es wird verplombt und versiegelt, um spätere Verwechslungen auszuschließen und um eine sichere Aufbewahrung zu ermöglichen. Dabei ist es wichtig zu wissen, daß jeder Stein im Klein-Depot vor der Versiegelung in meinem Hause begutachtet und bewertet wird. Und zwar nach internationalen Richtlinien, um einen Wiederverkauf in jedem Land der Erde zu ermöglichen. Diese Praxis erlaubt es mir, die volle Qualitätsgewähr zu übernehmen und Ihnen das Anrecht auf Wiederverkauf auch dann einzuräumen, wenn Sie das Klein-Depot nachträglich ordnungsgemäß öffnen lassen wollen. Denn Qualität muß jederzeit nachweisbar bleiben, versiegelt oder unversiegelt. Also beim Klein-Depot wie beim Einzelstein mit Expertise.

Untenstehende Informationen erhalten Sie gegen Zusendung dieser Anzeige.

☐ *Senden Sie mir das Anlage-Ratgeber-Buch „Diamanten", erschienen im Belser Verlag. Auch im Buchhandel für DM 32,– erhältlich.*

☐ *Senden Sie mir die Gratis-Info-Broschüre „Diamanten als Anlage".*

SEIT 1964 IHR PARTNER FÜR DEN INTERNATIONALEN QUALITÄTS-SACHWERT-DIAMANTEN.

Präzise informiert – sicher gekauft!
○ Bitte schicken Sie mir kostenlos und unverbindlich „Die Checkliste für Diamanten-Anleger".

Susann Lange-Mechlen
DIAMOND CORPORATION
Marktplatz 6/IV
7000 Stuttgart 1
Telefon 07 11/29 74 81

W 12

AUSTRALIEN-INVESTITION?
Information von: HENKELL BROTHERS
P. O. Box 40, 3054 North Carlton, AUSTRALIA

DUDELSACK
269,–, Prospekt, Utzmeier, 8000 München 45, Postf.

GRUNDBESITZ IN AUSTRALIEN
Inform. von: HENKELL BROTHERS
Starenweg 15, D-7958 Laupheim 5

Exclusive Distributorship
A rare and unusual opportunity to get in the highly profitable business of Vinyl Repair and Recoloring. Huge demand, exceptional profit, customers waiting. Entire German market available. George Ross, Vinyl Industrial Products (VIP), 2021 Montrose, Chicago, IL 60618 USA – Phone: 312-929-5700. Telex: 25-4359

TaunusTagungsZentrum

Bad Soden ist mit dem neuen Tagungs-Zentrum in unmittelbarer Nähe Frankfurts nicht nur für die Rhein/Main-Region ein attraktives Ziel, sondern auch für Tagungen auf bundesweiter Ebene äußerst interessant.

● Variables Raumprogramm für 10–900 Personen.
● Großer Saal (teilbar) klimatisiert bis 906 Plätze. Hubbühne.
● First-class-Hotel mit 130 Zimmern (260 Betten).

Kongreß-Tagungs- und Seminarangebote auf Anfrage

Bitte fordern Sie den Informationsprospekt an.

Name
Anschrift
Firma Telefon

Kur- und Kongreß Park GmbH
Königsteiner Str. 88 · 6232 Bad Soden a. Ts.
(061 96) 2000 · Telex 410589 kkp

BAD SODEN am Taunus

Als seltenen Glücksgriff und Erfolgsfall, als Berater und Regulator des Umfeldes für

Persönlichkeit, kleines traditionsbewußtes Unternehmen o. ä. im In- oder Ausland

möchte sich erweisen

43jähr. Dipl.-Ing., verbindlich, unabhängig, überzeugend, 15 J. selbständig, mit fest fundiertem, breiten Können und Umsetzungsvermögen in einer ganzen Reihe von Berufs- und Lebensbereichen.

Mit Leistung möchte ich Substanz vermehren und Sympathie und Vertrauen gewinnen.

Ang. erb. u. Y 1420 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Gründen Sie Ihre eigene Existenz
Verdienstmöglichkeit 10 000,– bis 20 000,– DM pro Monat. Erforderl. sind: 30 000,– DM Startkapital, Telef. u. PKW, Freude am Umgang m. Menschen. (Außendiensterfahrungen wären vorteilhaft.) Schulung wird geboten.
Zuschr. u. V 1549 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Australienpläne?
Intern. tät. Consult.-Firma übern. f. Sie Geschäftsanb. m. austr. Untern. u. Vertr., Dienstl. sow. alle Art. von Probleml. dir. v. Ort. In Austr. Mitte Nov. – Dez. 83. Hon. n. Vereinb.
Schmidtsdorff
Industrial Consulting GmbH
Milchstraße 21, 2000 HH 13
T. 0 40 / 41 70 25, Telex 2 173 405

Deutscher Importeur oder Vertretung gesucht
Dänischer Hersteller von Carports mit BRD-Typgutachten, Gartenfliesen, Wochenendhäusern etc. sucht bundes- oder länderweite Vertretung. Preiswerte Qualitätsprodukte aus bestem skand. Holz.
Zuschrift. an B.O. Carports ApS
Norgesvej 7, Dänemark

Importeur gesucht
Dänischer Hersteller von Gartenmuhlen, Springbrunnen, charmanten Birkenmännern (Holzskulpturen) sucht bundesweite, evtl. länderweite BRD-Vertretung. Preisgünstige Qualitätsprodukte aus Dänemark zur Verjüngung des Gartens.
Zuschriften an Per Kirk
Sorevej 75
DK-4171 Glumsø

Patentrechte zu verkaufen
Energieeinsparende Beleuchtung mit Leuchtstoffröhren.
Zuschr. u. P 1544 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Vielseitiger Kfm. übernimmt Ihre Vertretung in Bremen. Büro, Telex usw. i. Bremen-City vorhanden.
Zuschr. unter PM 47125 an WELT-Verlag, 2000 Hamburg 36, Wilhelmstr. 6.

Geld!!
Wir zeigen Ihnen, wie Sie schnell Geld verdienen können. Wir haben etwas, was Sie interessieren wird. Nutzen Sie diese einmalige Chance. Wir garantieren Ihnen, daß Sie durch uns viel Geld verdienen können. Gegen die geringe Gebühr v. DM 25,– erhalten Sie unsere ausführl. Unterlagen. Handeln Sie schnell, Sie werden es nicht bereuen. Ein paar Zeilen genügen.
Zuschr. u. T 1656 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

U.S.A.
EINWANDERUNGSVISA
Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern.
Informationen: VIC GmbH
Widenmayerstr. 18/I · 8000 München 22
Tel. (089) 22 91 33 · Telex 5 216 534 indad

Euro-Botenfahrten
m. eig. Pkw, schnell u. diskret.
Tel. 0 40 / 6 51 47 20
Tag- und Nachtdienst

Probleme, Schwierigkeiten?
Wir helfen Ihnen bei Absatzschwierigkeiten, Einkaufsproblemen, Finanzierung, Firmen- u. Anlagenberatung. Durch unser Computersystem finanzieren, verkaufen u. kaufen Sie besser. Wir sind Ihr Ansprechpartner f. jedes Problem in allen Branchen. Außerdem vermitteln und handeln wir mit sämtlichen Rohstoffen u. Industriegütern des In- u. Auslandes. Rufen Sie uns an. Auch Sie!!
Tel. 0 22 41 / 33 36 46

Werden Sie Ihr eigener Chef
Bauen Sie sich Ihr Unternehmen auf
Wir suchen für das ganze Bundesgebiet
Top-Verkäufer, -Manager und Geschäftsleute
für den Aufbau einer Vertriebsorganisation, welche bereit ist, unser internationales Spitzenprodukt aufzunehmen.
Ein Produkt, das den Markt erobert
Wir bieten eine bewährte Marketingkonzeption zu Ihrer Unterstützung. Generalvertrieb mit Gebietsschutz, Aufteilung in verschiedene Gebiete möglich. Interessantes Vertriebsprojekt, guter Gewinn und schneller Kapitalumschlag dank großem Weihnachtsgeschäft. Eigenkapital ab DM 46 000,–. Bitte schreiben Sie für ein persönliches Gespräch an:
Elwerbo AG, Handel-Import-Export, Postfach 850
FL-9490 Vaduz, Telex 8 62 821

Erf. techn. Kaufmann reist Anfang 1984 nach
Australien
Für Ihre Verhandlungen der geeignete Partner. Wenn Sie Geschäftsabwicklungen vorzunehmen haben bzw. Kontakte suchen, wenden Sie sich bitte unter PA 47115 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

SÜDAFRIKA
erf. dts. Unternehmerberater zieht nach SA und übernimmt Kundenaufträge.
Angeb. erb. u. A 1400 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

mach mit . . .
Aktion Saubere Landschaft e. V.
Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

Zwei erfahrene
Vertriebskaufleute (37 + 44)
suchen neue Herausforderung. Gewünscht: Vertretung bzw. Repräsentanz für hochwertige Produkte, vorzugsweise Investitionsgüter bei denen wirklich seriöse und qualifizierte Beratung gefragt ist.
Angebote erb. u. W 1418 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Limited statt GmbH?
Vermögenssicherung, Haftungsausschluß, Gewerbefreiheit, Steuerersparnis, Lizenzgebühren, Bankgeheimnis etc. Wenn Sie Fakten wollen statt Halbwahrheiten, dann fragen Sie bitte uns:
Roger und Wolfgang, die Anwälte, Philip und Heribert, die Wirtschaftsprüfer, Joe und Michael, die chartered secretaries, Fred, den Banker, Maurice aus Gibraltar und Jim von den Kanalinseln, Verena und Albert, die Berater.
MBC Derbyspring Ltd. – die Experten
9–15 Leonard Street
London EC2A 4HP
Tel. 0 04 41 / 2 51 92 01, Telextx. 2 64 079 Leonar G

Wir haben den absoluten Markt!
Wir produzieren als Spitzenhersteller Verbrauchsprodukte für Spendersysteme, die millionenfach in Verwaltung und Wirtschaft der BRD etabliert sind. Wir suchen Partner, die sich hier eine lukrative Existenz oder zweites Bein in Vertrieb und Service sichern wollen. Geschäftskapital erforderlich. Rendite erstklassig.
Concentra Chemie Gesellsch. mbH
Am Kreuzstein 82–84, 6457 Maintal 2, Tel. 0 61 94 / 6 32 39, Telex 04 185 955

Hamb. Werksvertretungshaus
hat noch Kapazitäten frei. Wir besuchen den Elektro-GH, sowie alle Märkte u. Küchenspezialgeschäfte. Außerdem Lager, Kommissionierung u. Versand.
Zuschr. u. PL 47124 an WELT-Verlag, 2000 Hamburg 36, Wilhelmstr. 6.

Exportservice Skandinavien
Ing.- und Dolmetsch.-Firma mit langjähriger Erfahrung bewerkstelligt Marktuntersuchungen, off. Gutheißungen, Marktanpassungen, Patentgesuche sowie Übersetzungen in die nordischen Sprachen. Zuschriften an INTREX, DK-4100 Ringsted, Dänemark

Friesische Klinkerkolonne
zur Verklinkerung von 1- und Mehrfamilienhäusern, kurzfristig einsatzbereit. Angebote jederzeit unverbindlich. Meisterbetrieb. Frisa-Klinkerbau, Friedrich-Ebert-Str. 163, 35 Kassel, Tel.: 05 61 / 77 21 25

Wer kann verkaufen?
Wir können produzieren!
Oder wer hat Lizenzen zu verkaufen?
Maschinenbaubetrieb mit gutem Personalstamm und Maschinen sucht neue Produktion, auch Lohnfertigung. Raum Bielefeld–Hamm, an der BAB A 2.
Zuschriften erbeten unter U 1416 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Top-Adresse in Düsseldorf!
OSC
OFFICE + SERVICE-CENTER
INTERIM-BÜROS GMBH

FINANZANZEIGE

Hypothekenbank in Hamburg
AKTIENGESELLSCHAFT

Freiwillige vorzeitige Auslosung

Wir setzen auch in diesem Jahr im Interesse unserer Pfandbriefsparer unsere freiwillige Aktion zur vorzeitigen Rückzahlung unserer 5%igen und 5½%igen Schuldverschreibungen weiter fort und kündigen

zur Rückzahlung zum Nennwert am 31. Dezember 1983

1. von unseren **5½%igen Hypothekenpfandbriefen Em. 40 A/O – 270 029 –**

sämtliche bisher nicht gelosten Stücke zu **DM 2000,–** mit den Endziffern: 3, 4, 5, 6, 8 und 0.

Einzureichen sind Stücke mit Zinsscheinen per 1. April 1984 uf. Gleichzeitig werden die Zinsen für die Zeit vom 1. Oktober bis 30. Dezember 1983 in Höhe des halben Wertes eines Zinsscheines vergütet;

2. von unseren **5½%igen Hypothekenpfandbriefen Em. 48 J/J – 270 034 –**

die Stücke zu **DM 5000,–** mit den Endziffern: 3 und 5

Diese Endziffern sind von unserem Treuhänder durch Auslosung festgestellt worden.

Einzureichen sind Stücke mit Zinsscheinen per 1. Juli 1984 uf. Die Vergütung der Zinsen für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1983 erfolgt am 2. Januar 1984.

Die Verzinsung endet am Fälligkeitstag. Der Gegenwert fehlender Zinsscheine wird vom Einlösungsbetrag abgezogen.

Restanten: Von den früheren vorzeitigen Auslosungen sind bisher folgende Werte nicht eingelöst worden:

Em. 40:	Stücke zu DM 500,- und DM 1000,- Stücke zu DM 2000,- mit den Endziffern: 1, 2, 7 und 9
Em. 45, Em. 48 u. Em. 51:	Stücke zu DM 1000,-
Em. 54:	Stücke zu DM 100,-

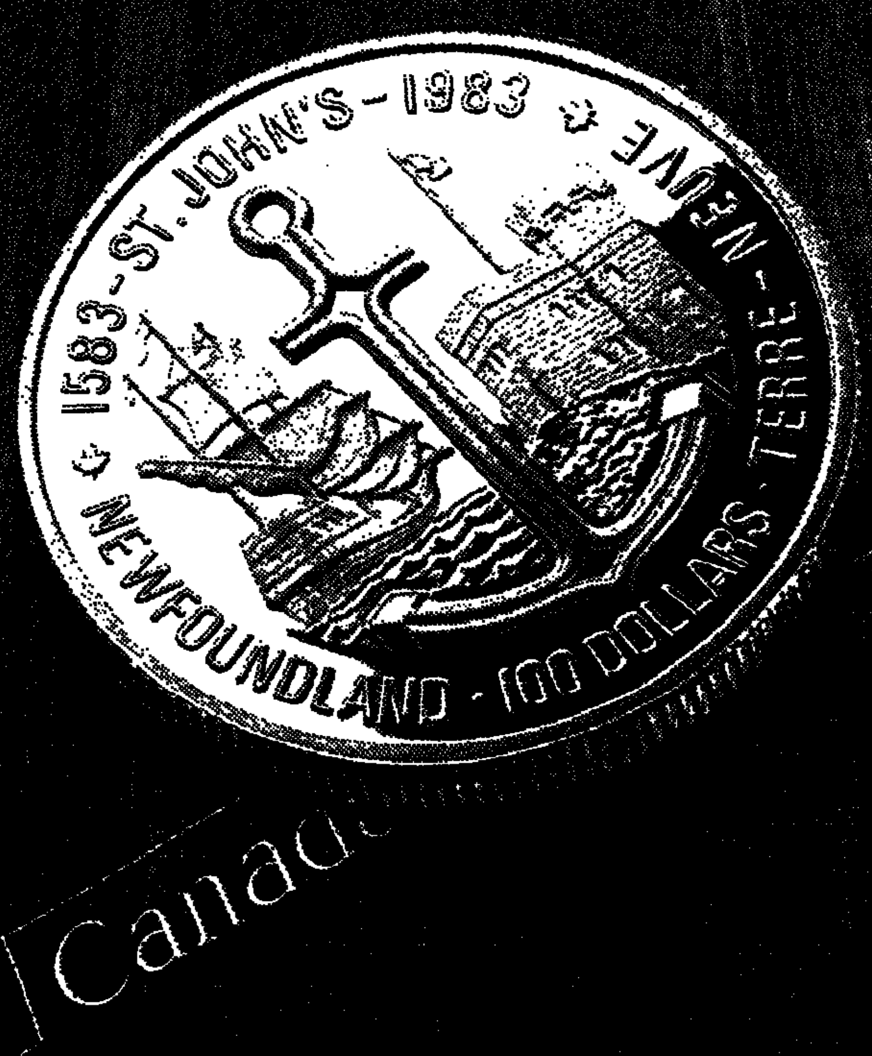
Hamburg, im Oktober 1983



Hypothekenbank in Hamburg
Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35 91 0-0

Canadä

Die Schönheit in Gold. Ein unvergleichliches Erlebnis.



Die achte 100-Dollar-Goldmünze der Royal Canadian Mint.

Seine faszinierende Anziehungskraft gewinnt Gold immer erst durch eine kunstvolle Bearbeitung. Und das ist es auch, was die achte 100 Dollar Goldmünze der Königlich Kanadischen Münze so begehrt macht. Eine große Schönheit, die man aber auch aus sehr logischen Gründen erwerben kann:

1. Sie wird im Auftrag der kanadischen Regierung herausgegeben.
2. Sie ist Teil einer weltberühmten Sammler-Kollektion.
3. Ihr typisch kanadisches Thema ist mit höchster Präzision in 22karätiges Gold geprägt.
4. Der Entwurf von John Jaciw aus Windsor, Ontario symbolisiert die Eroberung von Neufundland für die Englische Krone durch Sir H. Gilbert im Jahre 1583. Die Insel wurde 1949 zehnte Provinz Kanadas und ist heute von großer Bedeutung für die Entwicklung des Landes.
5. Geprägt in höchster Qualität mit polierten Stempeln: Schiff, Anker, Turm und Beschriftung in Matt-, Land, Wasser und Hintergrund in Hochglanz-Prägung.
6. Die Münze enthält 15,551 g Feingold (½ Fein-Unze).
7. Sie ist gesetzliches Zahlungsmittel in Kanada.
8. Die Auflage ist streng limitiert auf 200.000 Münzen. Bestellungen müssen bis zum 30. November 1983 bei der Königlich Kanadischen Münze eingegangen sein. Jede Münze ist durch eine Klarsichtkapsel geschützt und wird in einem Lederetui angeboten. Ein numeriertes Zertifikat garantiert die Echtheit jeder Münze.

So bietet die achte 100 Dollar Goldmünze der Königlich Kanadischen Münze wirklich alle Vorzüge, die eine Münze wahrhaft begehrenswert machen. Und wenn es allein die Liebe zur Schönheit ist, die Sie besonders anspricht - vielleicht ist gerade sie das stärkste aller Motive, die für den Erwerb dieser Münze sprechen.

Wegen weiterer Informationen wenden Sie sich bitte an die Bank oder Sparkasse Ihres Vertrauens oder senden Sie diesen Coupon an: Münzhandelsgesellschaft, Deutsche Münze, Domplatz 4 · D-3300 Braunschweig.

Royal Canadian Mint · Monnaie royale canadienne

Autorisierte Vertriebsstellen

DEUTSCHLAND
Münzhandelsgesellschaft mbH Deutsche Münze, Domplatz 4 · D-3300 Braunschweig, Tel. 05 31 / 48 14-122 bis 125
H. W. Hercher, Münzgroßhandel
7801 Umkirch bei Freiburg (für Großhandel an Banken, Sparkassen und Münzhandel)

Coupon
Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich Ihre ausführlichen Informationen über die achte 100 Dollar Goldmünze der Königlich Kanadischen Münze.
Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Alter: Beruf:

Bundesanleihen

		19. 10.	18. 10.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,5G
5½ Bund 78 I	1/84	99,85	99,85
6 dgl. 64 I	1/84	100G	100G
8 dgl. 76 I	2/84	100,5	100,5
7 dgl. 77	3/84	100,2	100,25
7½ dgl. 76 II	4/84	100,6	100,5
5 dgl. 78	5/84	99,4	99,4G
6 dgl. 78 III	9/84	99,5	99,45
8½ dgl. 75	9/84	101,3	101,3
6 dgl. 78 IV	12/84	99,35bG	99,35
6½ dgl. 79	1/85	99,25	99,25
8½ dgl. 73 I	3/85	101,7	101,7
7 dgl. 79	4/85	99,95	99,95
7¼ dgl. 79 II	6/85	100	100
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,95	100,95
8 dgl. 76 IV	10/85	101,3	101,25
5½ dgl. 78 II	3/86	95,85	95,7
5¾ dgl. 78	5/86	95,15	95,25
7½ dgl. 78 I	12/86	98,85	98,85
6½ dgl. 79	1/87	96,2	96,2G
7¼ dgl. 76 II	1/87	98,4	98,3G
6¾ dgl. 77	4/87	98,55	98,5
6½ dgl. 77	7/87	95,4	95,3
6 dgl. 77	10/87	94,1	94,05
6 dgl. 78 I	1/88	93,3	93,2
6½ dgl. 78 I	9/88	94,35	94,36
6½ dgl. 78 II	12/88	94	94
6¾ dgl. 79	1/89	94,7	94,73
7¼ dgl. 79 I	4/89	96,46	96,65
10 dgl. 81	4/89	108,1G	107,9
7½ dgl. 79 I	6/89	97,65bG	97,65
8 dgl. 79 I	7/89	99,8	99,75
8 dgl. 79 II	8/89	99,8	99,6
7½ dgl. 79 II	9/89	97,5	97,4
7¾ dgl. 79 II	11/89	98,6	98,5
7¾ dgl. 80 I	1/90	98,2	98,2bG
10 dgl. 80	4/90	108,65	108,3
5¾ dgl. 78	5/90	90,8	90,75
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,25	100,25G
8¼ dgl. 80 II	11/90	100,1	100,2
7¾ dgl. 82	11/90	97,5	97,7
8 dgl. 81	2/91	103,7	104
10¼ dgl. 81	7/91	110,75	110,85
10¾ dgl. 81	9/91	113,8	112,9
10 dgl. 81 II	12/91	109,75	109,75
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,25bG	108,4
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,3	108,4
6 dgl. 78 II	3/93	88,75	88,6
9,5 dgl. 82	4/92	106,95	107,05bG
9 dgl. 82	5/92	104,15G	104,25
8½ dgl. 82	6/92	101,15	101,35
9 dgl. 82	8/92	104,35	104,35
8¾ dgl. 82	9/92	102,95G	102,95
7¾ dgl. 82	12/92	98,75	98,75bG
7½ dgl. 83	1/93	95,95	95,15
7½ dgl. 83 II	3/93	95,1	95,15
7¾ dgl. 83 III	5/93	95,85	95,8
8¼ dgl. 83	6/93	99,8	99,85
8 dgl. 83	7/93	99,8	99,3bG
8¼ dgl. 83 II	8/93	99,8	99,85
8¼ dgl. 83 III	10/93	101,5	99,85
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	101,5	101,05
8 dgl. 80 S.2	2/85	100,9	101
8¾ dgl. 80 S.3	2/85	101,3G	101,3G
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,6	102,55
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,9	101,9
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,3	101,35
8 dgl. 80 S.7	6/85	100,75	100,8
7¾ dgl. 80 S.8	8/85	100,05	100,1
8¾ dgl. 80 S.9	10/85	101,5	101,5
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102G	102G
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,6	102,6
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104	103,9G
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,45	104,4
9½ dgl. 81 S.14	4/86	103,85G	103,65
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,6	104,6
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,8	105,85
11 dgl. 81 S.17	8/86	107,43	107,35G
10½ dgl. 81 S.18	10/86	106,5	106,6
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,4G	105,4
9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,1G	104,1
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,1G	106,1
10 dgl. 81 S.22	11/86	105,4G	105,4
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,1	104,05
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,1	104,75
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,1	104,15
9¾ dgl. 82 S.26	4/87	103,45	103,5
9 dgl. 82 S.27	4/87	102,75G	102,75
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,35	101,3bG
9½ dgl. 82 S.29	7/87	104,5	104,45bG
9 dgl. 82 S.30	8/87	103,05	103bG
8¾ dgl. 82 S.31	8/87	102,2	102,35
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,7	100,8
8 dgl. 82 S.33	11/87	100,15	100,15
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	99,25	99,35
7½ dgl. 82 S.35	12/87	98,25	98,35
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	97,3	97,4
6¾ dgl. 83 S.37	5/88	95,4	95,4
7 dgl. 83 S.38	5/88	96,15	96,2G
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	96,9bG	97,2
7½ dgl. 83 S.40	6/88	98	97,95
8 dgl. 83 S.41	9/88	99,9	99,9bG

Bundesbahn

		19. 10.	18. 10.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
10 Bdbahn 73 II	11/83	–	–
7½ dgl. 72	2/84	100,4	100,3
8 dgl. 72	9/84	101,1	101
8¼ dgl. 76	9/84	101,45	101,3
6 dgl. 78 III	11/84	99,5	99,3
6½ dgl. 79	2/85	99,85	99,6bG
8½ dgl. 73	2/85	101,35	101,35G
7 dgl. 77	2/87	97,6bG	97,2
6 dgl. 77	9/87	94,05G	94bG

		19. 10.	18. 10.
F 6 dgl. 78 II	7/88	92,5	92,45
6½ dgl. 77	5/88	93,15	93,15G
8 dgl. 79 I	7/88	99,8bG	99,75
6 dgl. 78 I	2/90	90,35	89,95
8 dgl. 80 II	7/90	99,25	99,25
9 dgl. 81	3/91	104	103,95
10½ dgl. 81	9/91	112,1	112,15G
10¼ dgl. 81	11/1	111,05	111,1G
8 dgl. 80 I	2/92	96,2	96,1
10 dgl. 82	2/92	109,9G	109,5
9½ dgl. 82	7/92	107,2	107,15G
8 dgl. 82	11/92	99,3	99,3
7¾ dgl. 83	1/93	96,4	96,45

Bundespost

		19. 10.	18. 10.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
8 Bdpost 72 II	12/83	100,25	100,25G
6½ dgl. 68	6/88	98,2	98,3
8 dgl. 72 I	9/87	100,05	100
10 dgl. 81	3/89	107,95	107,85
10¼ dgl. 81	6/89	109,2	109,1G
8 dgl. 80	3/90	99,25	99,2bG
7¾ dgl. 80	9/90	98,15	98,15
8¾ dgl. 80	12/90	102,7	102,6
10½ dgl. 81	10/91	112,4G	112,4
9¾ dgl. 82	2/92	108,45	108,45
8¾ dgl. 82	6/92	102,8G	102,8
8½ dgl. 82	10/92	101,2	101,2
7¾ dgl. 83	2/93	98,55	98,5
8½ dgl. 83	9/93	101,45	101,45

Länder – Städte

		19. 10.	18. 10.
S 8½ Bd.-Wttbg. 78	86	96,4	96,25G
8¼ dgl. 82	92	99,8	99,9bG
M 7 Bayern 66	86	99,5G	99,7G
6½ dgl. 67	87	100,25	100,25G
6 dgl. 68	85	98,5	98
7 dgl. 72	84	100,4	100G
7½ dgl. 76	84	100,4bG	100,6G
6 dgl. 78	88	92,9G	92,9G
8¾ dgl. 80	90	102,25G	101,75G
8¾ dgl. 82	90	102,25	102,25G
7½ dgl. 83	93	95,25G	94,25
B 8½ Berlin 70	85	101,5	101,5G
8 dgl. 72	85	100,5	100,5G
7½ dgl. 76	84	100,3	100,4
7 dgl. 77	86	99,8	100G
6½ dgl. 78	88	95	95,2G
8¾ dgl. 80	88	102,9	102,9G
Br 7¾ Bremen 71	87	100,5	100,25ex
8 dgl. 72	87	100,75G	100,5G
7½ dgl. 83	93	94,5G	94,25G
H 8½ Hamburg 70	85	101,4G	101,3G
6¼ dgl. 77	92	94,7G	94G
8 dgl. 80	92	98,7	99,1
9¾ dgl. 82	92	107,7G	108,1
7½ dgl. 83	92	94,25	93,4bG
F 8 Hessen 71	86	100,25	100
6¼ dgl. 78	88	93,5	93
Hn8 Nieders. 69	84	99,8G	99,8G
8½ dgl. 70	85	101,6G	101,6
7½ dgl. 72	87	99,25	99,5
8 dgl. 72	87	100,4	100,5
7½ dgl. 79	87	98,3	98,6
7¾ dgl. 82	92	96	95,3
8 dgl. 83	93	97,5G	96,8G
D 7½ NRW 71	83	100,1bG	100,1bG
7½ dgl. 83	93	94,75G	94,75
7¾ dgl. 83	93	96,25G	96,25
8½ dgl. 83	93	101	101,1
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	98,1G	98,85G
8 dgl. 71	86	100,5	100,75
F 8½ Saar 70	85	101	101,25
7 dgl. 72	87	98G	97,5G
6 dgl. 78	88	92,8	92,5
H 5½ Schl.-H. 59	84	98,5G	98,5G
6 dgl. 64 II	84	99,5G	99,2G
7¼ dgl. 72	87	99	99G
8½ dgl. 73	85	101,25G	101,25
D 7 Essen 72	85	100G	100.1bG
M 6 München 64	84	99,35G	99,35
S 7½ Stuttgart 71	86	100,25G	100,25G
7¾ dgl. 72	87	100,25G	100,25G
8 dgl. 83	93	98,75	98,25

Bankschuldverschreib.

	19. 10.	18. 10.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	99	99
F 7¼ Bakolz Pf 104	99,9G	99,9G
8 dgl. Pf 106	102,45G	102,45G
10 dgl. Pf 108	107,25G	107,25G
7 dgl. KS 132	94,6G	94,6G
8 dgl. KS 155	98,45G	98,45G
9 dgl. KS 169	102,4G	102,4G

Renten wenig verändert

Am Rentenmarkt war die Stimmung zunächst wegen des leicht anziehenden Dollar und der labilen Zinstendenz in den USA gedrückt. Im Verlaufe kam es aber auch hier wie am Aktienmarkt zu einer Tendenzstabilisierung. Dazu sollen Kaufaufträge aus dem Ausland beigetragen haben, die in der Hauptsache Kurzläufer betrafen. Öffentliche Anleihen schwankten bei meist nur kleinem Geschäft um 0,10 Prozentpunkte. Ähnlich war es bei den DM-Auslandsanleihen. Am Pfandbriefmarkt bewegten sich die Kurse kaum.

	19. 10.	18. 10.
M 5½ Bayer.Hdbs Pf 14	90,25TG	90,25TG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 3	94,25G	94,25G
7 dgl. Pf 27	100,3G	100,3G
8½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,25G	123,25G
5½ dgl. Pf 11	130G	129G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
6 dgl. KO Pf 50	99,5G	99,5G
8½ dgl. Pf 10	81,5G	81,5bG
8 dgl. KS 1	98,5G	98,5G
M 6 Lds. Aufb. IS 15	98G	98G
6 dgl. IS 16	94,75G	94,75G
6 dgl. IS 17	93,75G	93,75G
8½ dgl. KO 49	101,5G	101,5G
8½ dgl. KO 48	101,5G	101,5G
M 7½ Bay.Lbkz. Pf 103	99,25G	99,25G
9¼ dgl. Pf 105	101,6bG	101,6bG
10 dgl. KS 307	101,75G	101,75G
9¾ dgl. IS 726	102,25G	102,25bG
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	118G	118G
5½ dgl. Pf 28	78G	76G
6 dgl. Pf 4	89,5G	89,5G
6½ dgl. Pf 3	85,5G	85,5G
6½ dgl. Pf 12	85G	85G
7 dgl. Pf 20	95,5G	95,5G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	104,5G	104,5G
7 dgl. Pf 31	98,25G	98,25G
6 dgl. Pf 34	95,5G	95,5G
6½ dgl. Pf 37	98G	98G
8 dgl. Pf 51	100,5G	100,5G
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	117G	117G
7 dgl. Pf 80	85G	85G
7½ dgl. Pf 87	90,3G	90,3G
6 dgl. KS 29	78,75G	78,75G
7 dgl. KS 30	96,9G	96,9G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	114G	114G
5 dgl. Pf 54	114,5bG	114,5bG
6 dgl. Pf 109	78G	78G
6½ dgl. Pf 123	85G	85G
6½ dgl. Pf 141	85G	85G
7 dgl. Pf 143	90G	90G
8½ dgl. Pf 191	100,5G	100,5G
7 dgl. KO 113	100G	100G
9 dgl. KO 217	101,5G	101,5G
9 dgl. KO 215	101,5G	101,5G
9¾ dgl. KO 218	102,5G	102,5G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	114G	114G
5½ dgl. Pf 50	73G	73G
6 dgl. Pf 84	99,95G	99,95G
9 dgl. KS 139	103,2G	103,2G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,8G	100,8G
8 dgl. Pf 239	102,6G	102,6G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	107,75G	107,75G
7 dgl. KS 35	98,4G	98,4G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	90,9G	90,9G
6 dgl. IS 71	99,3G	99,3G
6½ dgl. IS 73	95,8G	95,8G
6¾ dgl. IS 80	99,9G	99,9G
F 8 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	82G	82G
6 dgl. KO 48	78G	78
7 dgl. KO 97	100,2	100,2G
7½ dgl. KO 185	95,7G	95,7G
9 dgl. KO 129	102T	102T
10 dgl. KO 125	101,6G	101,6G
Hn5 Dt. Hyp. Hann. 48	100G	100G
6 dgl. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,35G	99,35G
10 dgl. KS 134	103,25G	103,25G
8¾ dgl. KS 140	102G	102G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 67	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	77G	77G
8¾ dgl. KS 258	98,55G	98,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	71G	71G
5½ dgl. Pf 59	78	78
6 dgl. Pf 162	78G	78G
B 9 Dt.Pf.Wi. Brl. 482	103,5G	103,5G
Br 8 Dt. Schiffsbk. Pf 46	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 82	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	97,75G	97,75G
6¾ dgl. Pf 60	94,15G	94,15G
6¼ dgl. Pf 74	97,55G	97,55G
6¼ dgl. Pf 76	98,9G	98,9
Br 6½ dgl. Pf 77	93,3G	93,3G
6 dgl. Pf 42	99,8G	99,8G
8½ dgl. Pf 47	101,8G	101,8G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 66	68G	68G
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	78G	78G
6 dgl. Pf 130	91G	90,5G
6½ dgl. Pf 133	86T	86T
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	116G	116G
6 dgl. 14	89,25G	89,25G
6 dgl. 47	77	77
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
8 dgl. Pf 80	93,2G	93,2
8 dgl. Pf 73	100,45G	100,45G
4 dgl. KO 5	99G	99G
H 8 Hyp.i.Hbg. Pf 96	81	80,75
6½ dgl. Pf 80	89,25	89,25
8 dgl. Pf. 248	100,9	100,9
9 dgl. KO 125	100,85	100,85
8 dgl. KO 175	100,5	100,5
9 dgl. KO 259	102,25	102,25
9¾ dgl. KO 282	102,4G	102,4G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	112G	112G
5 dgl. Pf 12	91G	91G
7 dgl. Pf 25	93,25	93,25G
10 dgl. Pf 40	102,6G	102,6G
8 dgl. KO 30	99,5G	99,5G
9¾ dgl. K 84	101,75G	101,75G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 11	86G	86G
7 dgl. Pf 12	90,75G	90,75G
4½ dgl. KO 6	100,25G	100,25G
5½ dgl. KO 4	100G	100G
7½ dgl. KO 80	100,6G	100,6G
8½ dgl. KO 81	99G	99G
S 8½ LKbK Badw. Pf 6	101G	101G
6 dgl. Pf 28	88G	88G
6 dgl. Pf 49	85G	85G
8 dgl. KS 1	–	–
8¼ dgl. KS 8	100,5G	100,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	83G	83G
7 dgl. Pf 97	89,5G	89,5G
10 dgl. Pf 32	101G	101G
10 dgl. Pf 33	102,9G	102,9G
6½ dgl. KS 78	97,5G	97,5G
10 dgl. IS 85	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 86	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo.Pf 100	84G	84G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	100	100
6½ dgl. Pf 42	98,5G	98,5G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101bB	101G
9 dgl. KO 53	102,25G	102,25G
7½ dgl. IS 6	98,6G	98,6G
10 dgl. IS 37	102,5G	102,5bG
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108T	108T
6 dgl. Pf 58	83,75G	83,75G
6 dgl. Pf 85	80G	80G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	122G	122G
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	103G	103G
6 dgl. Pf 28	92G	92G
6½ dgl. Pf 67	84G	84G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9½ dgl. KO 58	102G	102,25G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	68G	68G
7 dgl. Pf 125	96,25G	96,25G
7 dgl. Pf 128	89G	89G
8 dgl. Pf 177	104G	104G
9 dgl. Pf 167	100,75G	100,75G
6 dgl. KS 77	78G	78G
8½ dgl. KS 80/1	99,75G	99,75G
8½ dgl. KS 110	100,25G	100,25G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110bB
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	81,2G	81,2G
5½ dgl. Pf 43	80,5G	80,5G
6 dgl. Pf 56	78G	78G
7 dgl. Pf 61	84,25G	84,25G
8 dgl. Pf 70	99,25G	99,25G
9 dgl. Pf 68	101,45G	101,45G
H 8 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	99,9G	99,9G
M 6 Südboden Pf 41	89G	89G
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93,5G	93,5G
7 dgl. Pf 87	93,5bG	93,5G
7½ dgl. Pf 104	95,5G	95,5G
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	99G	99G
8 dgl. KS 133	99G	98,75G
8½ dgl. KS 132	101,5G	101,5G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	104G	104G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	118G	118G
5 dgl. Pf 95	78bG	78G
7 dgl. Pf 100	99,25G	99,25G
D 8 WestLB Pf 350	100,6G	100,6G
6¾ dgl. Pf 403	98,15G	98,15G
9½ dgl. Pf 1007	105,6G	105,6G
8 dgl. Pf 1015	98,55bG	98,55G
7 dgl. KO 556	99,3G	99,3G
6¼ dgl. KS 420	94,5G	94,5G
9¼ dgl. KO 1301	104,55G	104,5bG
8½ dgl. KS 1278	101,25G	101,25G
8 dgl. IS 1512	99,8G	99,8G
8½ dgl. IS 1520	102,25G	102,25G
8½ dgl. IS 679	93,5G	93,5bG
7½ dgl. IS 1503	100,55G	100,55G
D 4 Westf. Land. Pf 4	98G	98G
5 dgl. Pf 16	94G	94G
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	88,5G	88,5G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	101,4G	101,4G
9 dgl. Pf 564	103,4bG	103,4G
9¾ dgl. KS 294	103,3G	103,3G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	78G	76G
7 dgl. KS 58	99G	99G
S 6¾ Wür. KoLa Pf 1	87,25G	87,65G
7 dgl. Pf 5	100,1G	100,05G

Sonderinstitute

	19. 10.	18. 10.
D 6 DSLB Pf 28	83,5G	83,5G
6 dgl. Pf 47	79,5G	79,5G
7 dgl. Pf 63	88,5G	88,5G
5½ dgl. PF 99	93G	92G
8 dgl. Pf 104	97bG	97G
8 dgl. Pf 165	99,75G	99,25G
5½ dgl. RS 45	99,75G	97,75G
6 dgl. RS 73	95,75G	95,75bG
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl. RS 153	101,5G	101,5G
7 dgl. RS 162	95G	95G
9½ dgl. RS 172	104bG	104G
9 dgl. RS 186	104bG	104bG
10 dgl. RS 193	104,5G	104,5G
11¼ dgl. RS 195	108G	108G
D 6½ IKB 69	100G	100G
F 7½ KfW 70	-Zhg.	-Zhg.
8 dgl. 70	101	101
8 dgl. 76	100,1	100,1
7¼ dgl. 79	98	97,9
10 Kredit 81	108,7G	108,7G
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	101,1	101,1
F 6 Landw.Rentbk. RS 13	100G	100G
6 dgl. RS 14	99,8G	99,8G
6 dgl. RS 15	95,75G	95,75
6 dgl. RS 16	95,5G	95,5G
6 dgl. RS 19	98,75	98,75
6 dgl. RS 20	99,25G	99,25G
6 dgl. RS 21	98,75G	98,75G
6 dgl. RS 26	99G	99G
7½ dgl. RS 27	100,25G	100,25G
6½ dgl. RS 60	95G	95G
7 dgl. 94	95G	95G
7 dgl. 99	99,6G	99,6G
8 dgl. 101	99,25G	99,25G
7½ dgl. 102	96,5G	96,5G
9½ dgl. 126	104G	104G
D 7¾ LAG TS 76	100,35	100,4
8 dgl. TS 75	101	101G
6½ dgl. TS 77	95,3G	95,3
5½ dgl. 78	92,3G	92,3G
7 dgl. 79	97,1G	97,1

Industrieanleihen

	19. 10.	18. 10.
F 6 Badenwerk 64	99,5G	99,5G
6 dgl. 78	94	93,4G
5 BASF 59	98,5G	98,5G
5 Bayernw. 59	98,75G	98,75G
F 6 Chem. Hüls 71	100T	100T
7¾ Cont. Gum. 71	99,5bG	99,5T
6 Dt. Texaco 64	99,25bG	99,2bG
6 Gelsenb. 64	99,5G	98,75
5¾ HEW 62	95,75T	96,35
7½ dgl. 71	99,25G	99,25
7¾ dgl. 71	100G	99,5G
4½ Harpen 59	1620G	1780T
6 Hoechst 64	99,75T	99,25T
6 Hoesch 64	99T	98T
7½ dgl. 71	99G	98,75
7½ Karstadt 71	99bG	99,25G
7½ Kaufhof 71	99G	98,75G
7¾ dgl. 71	99,5T	99T
7½ dgl. 76	98,75	98,75G
7½ Klöckner W. 71	98,75T	98,75G
8 dgl. 72	99,5	99,4G
6 Krupp 64	99,5G	99,4G
6 Linde 64	99G	99T
5 Mannesmann 59	98,1G	98,1T
6 Mcselkraft 63	99,5G	99,5G
6 NWK 61	98G	98
6 dgl. 62	95	95
6 DbDon. Krwk. 64	93T	93T
D 6 Rhn.Wb. Stk. 68	99G	99G
F 5½ Rh.Briw. 58	99,25G	99G
6 dgl. 63	94,5T	94,75
6 dgl. 65	94,5G	94,25G
5½ RWE 59	98,6G	98,5
6 dgl. 63	95,25G	95,5
6 dgl. 65	94,5	94,5G
7¾ dgl. 71	99,9	99,9G
7 dgl. 72	98T	97,75G
6 Rh.-M.-Don. 62	98,75G	98G
6½ dgl. 68	98,75G	98,75
8 Schleswag 71	100G	100bG
5 STEAG 58	98G	98G
7½ Thyssen 71	99,35	99,35G
8 dgl. 72	100,25	99,8T
7¼ dgl. 77	95,75T	96T
5 Veba 59	98G	98G
8 VEW 71	100T	100,1G
6¾ dgl. 77	95,1T	94,7
7 VW 72	97,75G	97,6

Wandelanleihen

	19. 10.	18. 10.
F 4¾ AKZO 69	86G	88G
3½ All Nippon 78	94	94,25G
3½ Asahi Opt. 78	118T	120T
4¾ Canon Inc. 77	360T	365T
3½ Cas. Comp. 78	250T	255G
5¾ Daiei Inc. 80	121T	121,5G
4¼ Fujitsu Lim. 78	570G	600G
5 dgl. 79	385G	400G
5¼ Hoogovens 68	89G	89G
3½ Izumiya Co 78	101	101
3½ Jusco Co. 78	98G	98
4 Kansai El. 79	100,25G	100,25
6 Komatsu 76	151,5T	151,5T
6 Konishiroku Pho. 81	123,5	121
6¾ dgl. 82	118G	117G
3½ Koraiten 78	94G	94G
7½ Kraft Inc. 70	112,5	113G
3½ Marudai F 78	96	96,75
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	205	205
4 dgl. 79	157G	160G
6¼ Mitsub. Ch. 76	203G	203
6,75 Mitsub. H 81	141,5G	143,25
6 dgl. 81	111	111G
6 Nichii Co Ltd 80	120G	120G
7 Nippon Sh. Gl. 82	158G	158T
3¾ Nippon Sh. 78	150G	150
3½ Nissan Mot. 78	94G	94G
4 Nisshin Steel 78	143G	141G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	237G	239G
3¾ Omron Tat 78	322G	322G
4¾ Orient Fin 79	215G	210G
3½ Ricoh Comp. 78	172T	172G
6¼ Rothm. Int. 72	95,5	95,25
3¾ SankyoElec. 78	110,5G	110G
3½ Sanyo Elec. 78	170G	170G
3¾ Seiyu Stores 78	95,75	95,75G
6¼ Sekisui 76	142G	142G
3½ Stanley 78	129G	129G
5 Taiyo Yuden 82	123,5G	123
5 Texaco Int. 68	95,8bG	96
3½ Tok. Elec. 78	360G	370G
4¾ Tok. Sanyo 77	280G	280
4 Tokyu Land 79	108,5T	108
3½ Trio Kenw. 78	110	110,25
6½ Uny Ltd. 79	153G	153

Optionsscheine

	19. 10.	18. 10.
F 11 BASF Over Zee 82	47,4	47,4
7¾ Bayer Fin. 79	45,3	45,9
10½ Bayer Fin. 82	61,8	62,5
7½ BHF Bk. Int. 83	96,2	98
6¾ Ciba-Geigy 75	1035	1047
3½ Commerzbk. 78	50	49,5
7 Combk. Int. Lux. 83	76,5	78,1
4½ Dt. Bk. Comp. 77	132	130
3½ Dt. Bk. Int. 83	81,75	88
8¾ Degussa 83	136	138,2
4 Dresdner Bk. Int. 83	58	57,2
10 Hoechst 75	272	270,5
6¾ dgl. 79	64,5	–
8 Hoechst 83	78	77,4
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1580	1572
5¾ Jusco 83	2580	2580
Mitsui 82	328	334
7¾ Siemens 83	171,2	164,9
6½ Wells F. 73	307	314

Optionsanleihen

	19. 10.	18. 10.
F 8¼ BASF 74 m O	141	140
8¼ BASF 74 oO	100,5G	100,5
M 3½ Stumpf 88 mO	156,3G	156,3G
M 3½ Stumpf oO	80,9G	81G

Währungsanleihen

	19. 10.	18. 10.
F 8 Brasilien 72	97T	98,5T
6¼ Kopenhagen 72	95G	95
9¼ Norwegen 79	99	98,25G

Optionsanleihen

	19. 10.	18. 10.
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	109G	108,6G
7½ dgl. 83 oO	80	80
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	108,7bG	108,7G
F 3½ dgl. 78 oO DM	87,75T	87,2G
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	127G	127G
4½ dgl. 77 oO $	83,75	84,25
3¾ Dt. Bk. 83 mO	108,75	108
3¾ dgl. 83 oO	81,75	81,8
7½ Jap. Synth. 82	157,5G	157,5
7½ dgl. 82 oO	99,4	99,25bB
5¾ Jusco 83 mO	134,5	133,5
5¾ dgl. 83 oO	92,25	91,75T
F 6½ Wells F. 73 mO DM	128G	128G
6½ dgl. 73 oO DM	97G	97

Optionsscheine

	19. 10.	18. 10.
F 8¼ BASF 74	80,5	81,8
Stumpf 78	82bG	83,8

Wandelanleihen

	19. 10.	18. 10.
F 5 Bayer 69	104,2	104,1
H 6 Beiersdorf 82	166	168
F 4½ Commerzbk. 78	99,6	99,55G
D 9 Girmes 74	340	339
6½ KSB 83	124	123,5

Privatplazierungen

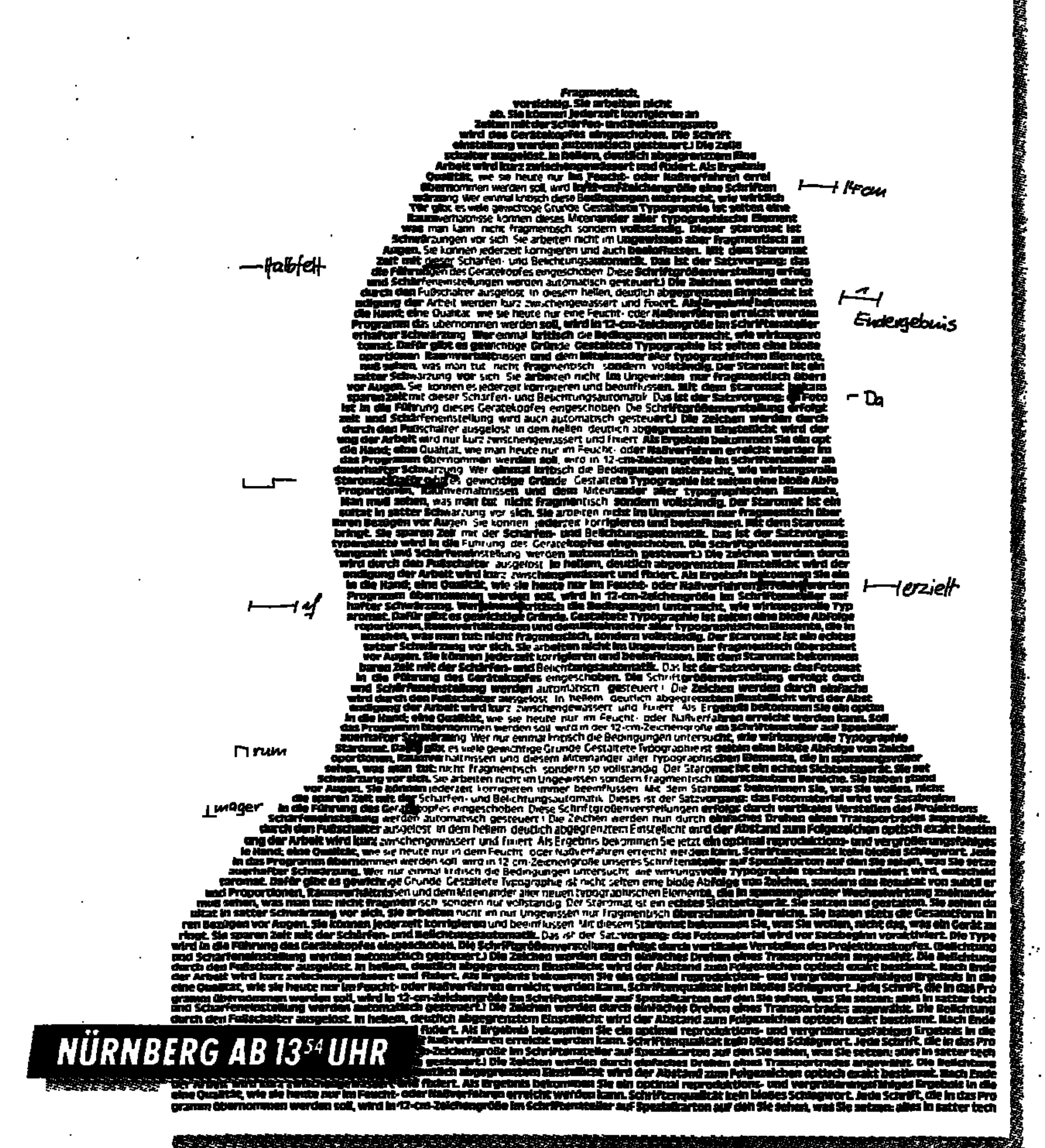
DM-Auslandsanleihen

	19. 10.	18. 10.
F 6 AKZO 84	99G	99G
6½ dgl. 86	97/7,75	97/7,75
7¾ Arbed 83	98,75G	98,75G
7½ dgl. 86	93G	93G
9 dgl. 87	98T	98T
F 6¾ Ardal 89	93,5/4,5	93,5/4,5
10 dgl. 88	104,25G	104,25G
8 Austr. 87	102,5G	102,5G
8¼ dgl. 87	103G	103G
F 7¼ BEC 83	99,95G	99,95G
5 CFDB 84	99,4/9,9	99,4/9,9
6½ Essel 84	97G	97G
6¼ dgl. 85	98,75G	98,75G
8¾ dgl. 87	97,5G	97,5G
6¼ Euratom 91	92/93,25	92/93,25
F 6¾ Eurofima 87	-Zhg.	-Zhg.
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	91T	91T
6½ Lufthansa 86	98,25G	98,25G
6 Montanunion 90	92,5/3,5	92,5/3,5
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99G	99G
7½ Parker-H. 87	97,5G	97,5G
7¼ Schweden 89	97,5/8,5	97,5/8,5
F 6¾ Weltbank 83	99,9G	99,9G
6¼ dgl. 85	99G	99G
7½ dgl. 87	98/9,5	98/9,5
7¾ dgl. 90	98/9,5	98/9,5
9 dgl. 88	102G	102G
6½ dgl. 88	101,5	101,5
7¾ dgl. 88	100,5	100,5
9½ dgl. 89	104,5G	104,5G
8 dgl. 90	98,8/9,8	98,8/9,8
11 dgl. 91	112G	112G

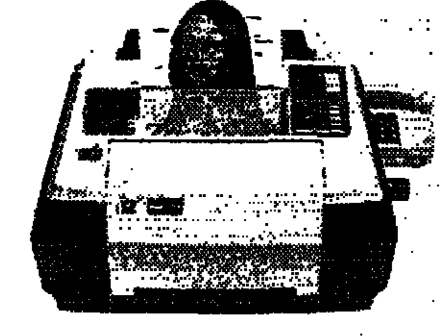
Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

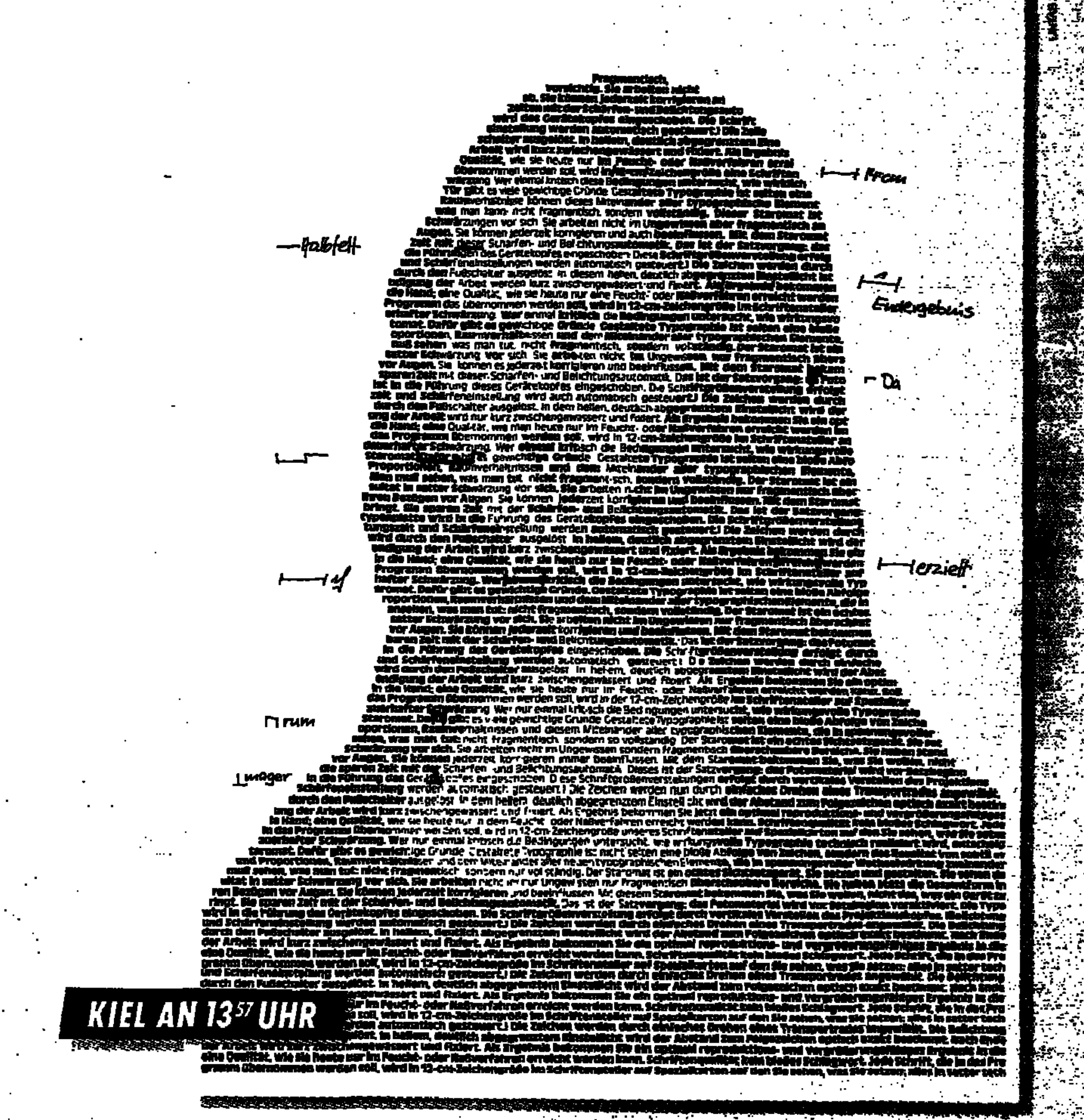
Ausländische Aktien

	19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.
F L'Air Liquide	[illegible]	[illegible]	D Matsushita El.	18,4	18,8
D Akzo	66,2	66,3	M McDonald's	177	172,5G
F Alcan	97,5	[illegible]	M Merrill Lynch	78,8	83,7
F Alcoa	112	113	F McDonnell D.	126,7	141
F Alg. Bk. Nedld.	328G	331	D Minnesota M.	221G	220G
F All Nippon Air	3,55	3,58	D [illegible]	[illegible]	78
F Amax	63,4	63,8	F Mitsubishi Chem.	3	3,05
F Am. Cyanamid	144G	145	F Mitsubishi El.	4,9	4,55
D American Expr.	87	89,5T	F Mitsui Bk.	4,89	4,6
D Am Motors	21,5	22	F Mitsui & Co.	48	46
F Am. T & T	167	168	F Mitsui Engin.	1,85B	1,85B
F Amro Bank	59,7	55	F Mitsui O. S. K.	1,36	1,32
M Anglo Am. Gold	290	295	F Mitsumi El.	8	8,7
F Anglo Am.m.O.	–	–	H Mobil Oil	79,6	81,5
F Arbed	82	83	F Monsanto	290G	290G
F Asahi Chem.	4,05T	4,05bG	F Montedison	0,3	0,3
M Atl. Richfield	130,4	121,5	F [illegible]	28T	28T
H Atlas Copco	[illegible]	[illegible]	M Nat. Semicond.	142,2	[illegible]
M Avon	63	64,8	D Nat. Westminster	22G	22G
F Bell Canada	21,85	22	F Nestlé	[illegible]	[illegible]
F Banco Central	22,4	22,4	D Nikko Sec.	4,95	4,95
F Banco di [illegible]	21	20,9	F Nippon El.	14	14,7
F Banco de Santander	16,5bB	16,2	F Nippon Kokan	1,7	1,7
F Banco de Vizcaya	27	27,2	F Nippon Shinpan	7,86	7,85
F Banco Hisp. Americ.	17,9	17,85	F Nippon Yusen	2,86	2,85
D Beatrice Foods	79G	79T	F Nissan Motor	7,7	7,6
D [illegible]	[illegible]	[illegible]	F Nisshin Steel	1,7T	1,7T
F Black & Decker	64	65	F Nissho-Iwai	3,3T	3,5T
F Boeing	100,7	101	F Norsk Hydro	167,5	169
M Bougainville Copper	6,65	6,65G	F Norton Simon	–	–
F Bowater	7,55	7,65	H Occ. Petroleum	84	84
D BP	18,35	18,35	D Océ v. d. Grinten	190	190
M Broken Hill	27,9	27,7	F Olivetti Vz.	5	6,1
F Bull	12,8T	12,8T	F Olympus Optical	13,2	13,2
F Can. Pacific	101,7	103G	H v. Ommeren	28	28
F Canon	14,4	14,8	F Onoda Cement	17	17,3
F Casio Comp.	15,5B	16	F Pakhoed	82,3	[illegible]
F Caterpillar	108	110exD	M [illegible]	[illegible]	[illegible]
D Ch. Manhattan	122G	122,5G	M Pepsi	88,6	91
F Chrysler	78,5	81,4	F Pernod-Ricard	285G	285G
M Citicorp.	87,4G	87	F Peugeot	85,5	86,5
F City Investing	98	98T	F Philip Morris	173,5	180G
F Coca-Cola	137,5	137,5	H Philips	40,8	41,2
D Colgate	61,5exD	64bG	D Phoenix Ass.	12,56	[illegible]
F Cons. Gold F.	19,1	19,6	F Pirelli	2,45B	2,5
D Cont. Group	123G	123T	M Polaroid	88,3	87,7
F Control Data	128	131	M Prime Computer	41	40,5
M CRA	12,55	12,45	F Procter & G.	148,5	154,9
M CSR	8,8	8,7	D [illegible]	[illegible]	[illegible]
F Dart & Kraft	183G	183G	M Ranger Oil	28,4	28,7
M De Beers Cons.	20,8	20,9B	F Rank Org.	6,4T	6,7
F Deere Comp.	98bG	100G	F Ricoh	18,4	18,2
F Diam Shamr.	65	66	F Rio Tinto NA-St.	22	22,3
M Digital Equipm.	300	301,1	B Robeco	281,5	285,5
M Disney Prod.	183,5	184,2	F Rockwell	81	82
M Dome Petroleum	10,4G	10,3	H Rolinco	280,2	[illegible]
D Dow Chemical	96	95	F Rorento	–	–
D Dresser	52,5bG	55,25G	F Rothmans Int.	4,16	4,2bB
D DuPont	131G	136	H Royal Dutch	117,5	118,9
M East Driel. Gold	76,8	79,1	M Rustenburg Plat. Hold.	28G	[illegible]
D East Air Lines	16,9	16,3	F [illegible]	2,85T	2,85T
F Eastman Kodak	184	186,8	F [illegible] Corp.	8,79	8,78
F Elf Aquitaine	55,2	58	M Santos	7,7	[illegible]
F Enhart	145G	145G	F Sanyo Elec.	6,4	6,4
D Ericsson	142T	141T	F [illegible]	3,25	3,25
D Esmark	229G	227G	M SASOL	9,8	[illegible]
D Exxon	100	100bG	F Schlumberger	146	147,3
D Fiat St.	4,8	4,8	F Schw. Alum.	[illegible]	[illegible]
D dgl. Vz.	3,45	3,45bG	F Schw. Bankverein	311,3	314
F [illegible]	–	–	M Sears, Roebuck	97,4	102,8
D [illegible]	277G	277	F [illegible]	76	76
M Fluor	48,2	47,1	F Sekisui Prefab.	6,3G	[illegible]
D Ford	176	169,3	F [illegible]	36G	[illegible]
F [illegible]	50	50	M Shell T & T	22,9B	23
F Fujitsu	13,9	14,4	D Singer	65	65,6
F General Electric	136	137,5	F Snia Viscosa	1,9	1,92
F General Mining	57,8	60,5	D Solvay	[illegible]	–
D General Motors	200,5G	205	D Sony Corp.	39,8	40,5
D Gen. Shopping	730G	730G	D Sperry Corp.	113,5	117
M Getty Oil	180,6	184,8G	F Squibb	134,9	[illegible]
D Gevaert	119T	119T	F Stanley Elec.	87	87
F Goodyear	81	82,8	F Steyr-Daimler-P.	80,7	80,7
H Grace	123B	120,5	F Sumitomo Heavy	2,285	[illegible]
D GKN	8,35G	8,5	D Sumitomo Metal	1,76	1,76
F Gulf	120	120	F Sumitomo Shoji	8,76	8,9
F Highveld m. St.	11,2	11,2	D Sun	[illegible]	[illegible]
F Hitachi	[illegible]	[illegible]	M Sunshine Mining	34,9	35,7
M Holiday Inns	134,5	136,5	F [illegible]	1077	[illegible]
F Homestake	73,5	74,9	F Taisei Kens.	[illegible]	[illegible]
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,49	2,48	M Tandy	93,5	93,1
D Hoogovens	30,5	31	F Tenneco	108G	105
F IBM	335	342	D Texaco	95,5	95
F ICI	21	21	D Thomson-CSF	84G	–
M Impala Plat. Hold.	31,2	31,7	D Thorn Emi	21T	[illegible]
M Imperial Oil	77	78	D Tokyo Pac	280G	280G
F Inco	39,3	41	F Tokyo Sanyo El.	66	66
F Int. T & T	110	112,5	F Trio Kenwood	7,49	7,45
D Istituto Fin.	7,29	7,35G	F TRW Inc.	185G	185G
F [illegible]	78	72G	D Toray	4,86	4,9
F Izumiya	8,36	8,39	D Toshiba	4,15G	4,18G
F Japan Line	1,85G	1,85G	D UAL	79G	78
D Jusco	8,76	8,76	H Unilever	298	300,5
F Kawasaki Kisen	1,56	1,56	F Union Carbide	172,5	175,5
F Kawasaki Steel	1,99	1,96	D Uniroyal	44,5	44,5G
M Kloof Gold Min.	101	100	F United Techn.	170,8	172
F Komatsu	5,48G	5,5B	F US Steel	74	76,1
D KLM	140G	141	M Vaal Reefs Expl.	295,5	[illegible]
F Kubota	3,2bG	3,2G	D [illegible]	74,5	76
D Lafarge	85G	84G	D Volvo A	137G	140G
D Litton Ind.	185B	186B	D dgl. Ser. B	137G	140G
F Lone Star	71G	70G	F Warner Commun.	68	61,2
D LTV	41,3	41,5	F Warner Lambert	78	80
M M.I.M. Hold.	16,7	17G	F Wells Fargo	88,1	88,5
F [illegible]	–	–	M Western Deep L.	128,3	130
D Marubeni	3G	3G	M Western Mining	8,75	8,45
F Marudai Food	8,8T	8,8T	F West.-Utrecht H.	94,1	94,7
			D Xerox Corp.	124	123,5

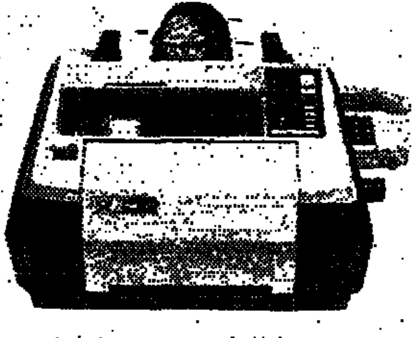


automatisch senden ...





... automatisch empfangen



Da lacht die Korrektur: Nur 3 Minuten für die Tour. **Per Telefon und Fernkopierer – der Telefaxdienst macht's möglich.** Ob Sie Zeichnungen oder andere Vorlagen (Originale bis zum Format A4) auf die Reise schicken – sie sind schwarz auf weiß ... minutenschnell beim Empfänger. Und das soweit das Telefon reicht. Denn die Fernkopierer werden einfach zusätzlich zum Telefon an das Telefonnetz angeschlossen. Alle Fernkopierer im Telefaxdienst arbeiten reibungslos zusammen. Fernkopierer können Sie direkt von der Post mieten oder privat beschaffen. Die Geräte der Gruppe 2 übermitteln in 3 Minuten, wie z.B. der automatische Fernkopierer der Post, AF 21 – der setzt Sie auch dann noch ins Bild, wenn Ihr Büro bereits geschlossen ist. In Automatikstellung ist er jederzeit empfangsbereit. Und er kann selbsttätig nacheinander bis zu 30 verschiedene Vorlagen versenden, wenn Sie einen Partner angewählt haben. Nur etwa eine Minute dauert die Übertragung mit den schnelleren Fernkopierern der Gruppe 3. Und wie hoch die Wiedergabequalität ist, beweist der obige Vergleich von Original und Kopie. Über den **Telebriefdienst** der Post können Sie Fernkopien auch an Partner übermitteln, die noch keinen Telefaxanschluß haben. Lassen Sie sich ausführlich und unverbindlich bei Ihrem Fernmeldeamt beraten! **Partner für Telekommunikation.**

Post

Der Löwe trägt Trauer

P. D. – Um die Buchkunst ist es nicht zum besten bestellt. Seit der Lichtsatz vorherrscht, sieht es meist recht trübe mit der Typographie aus. Die hübschen Kleinigkeiten, die einst die Bücher auf unauffällige Weise zu schmücken vermochten, sind in Vergessenheit geraten. Initial, Vignetten oder Verzierungen aus dem Setzkasten haben nicht den Weg in die Satzcomputer gefunden. Bleiwüsten füllen nur zu oft die Buchseiten.

Da horcht man auf, wenn jetzt ein Verlag mit einer neuen Reihe „Denkanstiftendes, Heiteres und Skurriles" ankündigt und zugleich verspricht, er wolle „an eine alte Tugend anknüpfen: schöne Bücher zu machen". Was den Inhalt der Reihe „Diederichs Kabinett" betrifft, da wird das Versprechen eingelöst. Da gibt es Gedichte von Günther Eich bis Sarah Kirsch, die alte Märchenmotive variieren („Mädchen, pfeif auf den Prinzen") oder allerhand Exotisches über „Die orientalische Katze", da werden wir zu Spaziergängen in „Paradiese der Liebe" wie in „Gärten des Bösen" („Von Paradiesen und anderen Gärten") eingeladen, da doziert William Morris „Wie wir leben und wie wir leben könnten". Das ist lesenswert und amüsant.

Nur was das „schöne Buch" betrifft, da liegt Köln, wo Diederichs jetzt residiert, allzu weit von Jena entfernt. Dort gaben einst E. R. Weiß, Peter Behrens, F. H. Ehmcke oder Rudolf Koch dem Verlag ein unverwechselbares Gesicht. Heute versucht man das mit einem Rückgriff auf Scherenschnitte von Luise Duttenhofer, mit Jugendstilvignetten oder Morris' Buchschmuck. Aber die alten Zutaten harmonieren nicht mit Satzspiegel und Schrift, die Seiten wirken vollgestopft und durch den häufigen Wechsel zur Kursiven unruhig, auch die Reproduktionen orientalischer Miniaturen gerieten zu grau und flach. Kein Wunder also, daß der Diederichs-Löwe, wie ihn J. V. Cissarz anno 1899 entwarf, nicht gerade fröhlich auf diese Reihe blickt. Oder hält er Ausschau nach einem guten Typographen?

Universitäten und „Friedensbewegung": WELT-Interview mit E. K. Scheuch

Falsches Spiel mit Kompetenz

In diesen Tagen wird von diversen Organisationen an den Universitäten „im Interesse des Friedens" zu Streik und Vorlesungsboykott aufgerufen. Wie ist die Situation an den Hochschulen wirklich? Die WELT sprach darüber mit dem Soziologen Prof. Erwin K. Scheuch von der Universität Köln. Prof. Scheuch ist führendes Mitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaft.

WELT: Herr Professor Scheuch, wichtige Teile der „Friedensbewegung" rekrutieren sich aus der Universität und entfalten dort auch ihre Aktivitäten. Leiden darunter der Lehrbetrieb und vielleicht sogar die Forschung?

Scheuch: Bisher ist an den Universitäten zwar viel Aktivität, aber wenig Reaktion zu sehen. Hier soll erst eine Bewegung gemacht werden. Der Akzent liegt dabei darauf, die sogenannte Friedensbewegung, also die Politik der einseitigen Rüstungsbeschränkung bzw. Vorleistung, als eine wissenschaftlich gebotene Handlungsweise hinzustellen. Schwerpunktmäßig wird in Flugblättern der Anspruch erhoben, Naturwissenschaftler hätten eine besondere Befähigung zu sagen, welche Politik im Rüstungsbereich eher geeignet sei, „dem Frieden zu dienen".

WELT: Sie sagen, keine Reaktion – es wird aber doch immer wieder darauf verwiesen, daß es gerade in der Universität eine „breite Basis" für die Gegner des NATO-Doppelbeschlusses gebe?

Scheuch: Ja, selbstverständlich. Aber da muß man sehen, wer einem da vorgesetzt wird. Da wird zum Beispiel ein Geograph genannt, der bekannt ist als Linksextremist und sich darüber äußert, welchen Charakter die SS 20 und welchen die Pershing 2 haben. Nur – der Mann hat nicht die Spur mehr Kompetenz als irgendein anderer. Die Berufung auf die Naturwissenschaft und damit die „Kompetenz", die aus dem Amte folge, ist eine einzige große Augenwischerei, der Versuch einer Bevormundung der normalen Menschen, die mit der Autorität des Titels erschlagen werden sollen. Die Wissenschaftler in diesem Feld, die ich kenne, wissen nicht ein Jota mehr – politisch – von Rüstung, als der Durchschnittsbürger.

WELT: Immer wieder wird als Vorbild auf die Erklärung der Göttinger Sieben in den fünfziger Jahren verwiesen?

Scheuch: Die Göttinger widersprachen damals einer Sachaussage, über die sie aus besonderer Kompetenz als Atomphysiker urteilen konnten. Darüber, ob die Pershing 2 eine Erstschlagwaffe ist oder nicht, könnte man als Militärwissenschaftler oder Rüstungsexperte etwas sagen, nicht aber als Atomphysiker qua Amt. Im übrigen ist diese Einordnung der Pershing eine faustdicke Lüge – und wenn sie dann mit dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit aufgestellt wird, ist sie besonders infam.

WELT: Das, was Sie da beschreiben, zeigt doch einen großen Mangel an Wissenschaftlichkeit, die man schon bei Promovierten oder Habilitierten erwarten dürfte.

Scheuch: In den siebziger Jahren ist es ja als Programm zu einer Politisierung der Wissenschaft gekommen. Jede Wissenschaft sollte entsprechend dem Leninismus in die Pflicht genommen werden. Wir haben damals mit Hilfe der Linken eine Fülle von Professoren bekommen, die nicht nur kaum wissenschaftlichen Ansprüchen genügen, sondern auch im Grunde ihres Denkens Politprofis sind. Hinzu kommt das grundsätzliche Phänomen, daß gerade Naturwissenschaftler sehr oft sehr naive Leute sind.

WELT: Aber dies kann man doch kaum alles dem spezifischen Hochschulumfeld anlasten.

Scheuch: Nein – der eigentliche Aktionsraum für die Agitation sind die Schulen. Die Universitäten sind in erster Linie die Orte, wo man Lehrer indoktriniert. Es geht im Kern darum, die Schulkinder zu Rekruten der Protestbewegung in unserer Gesellschaft zu machen. Und letztlich gibt es auch das Ziel, alle Kulturberufe zu einer Gegenwelt zu machen gegen den Rest der Gesellschaft. Dazu gehört auch der Versuch, alle Kulturberufe in einer Einheitsgewerkschaft gleichzuschalten, der von dem Extremisten und Millionärssohn Detlef Hensche stammt; der bisherige Vorsitzende der IG Druck und Papier, Mahlein, hat ihn abgesegnet. Diesen Dingen müssen wir wehren. Denn wenn es zu dieser Gleichschaltung kommt, dann ist eine Korrektur sehr schwierig. Man darf angesichts des Kampfplatzes „Friedensbewegung" diese wichtige Entwicklung nicht übersehen.

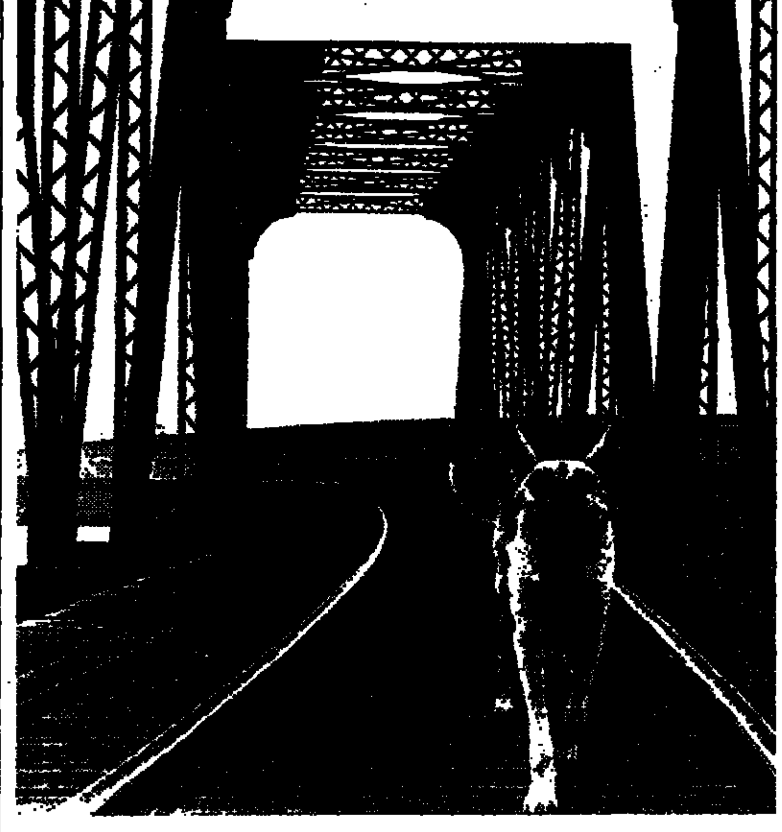
WELT: Zum Kampfplatz Friedensbewegung sagten Sie allerdings vorhin, hier gebe es an den Universitäten keine starke Bewegung.

Scheuch: Ja, denn aus der Friedensbewegung ist ja im wesentlichen der Dampf heraus. Dort ist im Moment keine wirkliche Dynamik, die Mitglieder werden sich nach und nach in die Parteien verlaufen. Der gegenteilige Eindruck entsteht vor allem durch die Medien. Da wurde jetzt von den Aktivitäten von etwa 200 Protestlerinnen in Bonn ein Film in den Fersehnachrichten endlos abgespult. Wirkliche Nachrichten konnten dadurch kaum oder gar nicht übermittelt werden.

WELT: Es wird im Zusammenhang mit der „Friedenswoche" verschiedentlich zum Boykott von Lehrveranstaltungen aufgerufen, zum Teil auch zu einem sogenannten Vorlesungsstreik. Was heißt eigentlich Streik der Studenten?

Scheuch: Dies ist vor allem erst einmal ein Mißbrauch des Wortes Streik. Streik heißt ja, dem anderen seine Arbeitskraft vorenthalten – in diesem Sinne könnte es höchstens einen Professoren-Streik geben. Bei den Studenten haben wir hingegen praktisch einen Boykott der Kunden. Wenn allerdings auch noch die Behinderung von Hörwilligen hinzukommt, dann ist es letztendlich sogar Nötigung und Camouflage für den Wunsch, Gewalt auszuüben. Als Hochschullehrer mag ich dies alles bedauern, aber im Prinzip ist es mir so lang wie breit, ob zum Beispiel die Juso-Hochschulgruppe meine Vorlesungen bestreikt.

PETER PHILIPPS



Fremdheit in der Nähe: „Hund und Brücke" (1976) von Alex Colville, aus der Berliner Ausstellung FOTO: BINDER-THIELE

Berlin: Bilder des Kanadiers Alex Colville

Magische Wirklichkeit

Warum? Die Frage steht gleichsam in Großbuchstaben über den meisten Bildern von Alex Colville. Warum stellt der Künstler sich selbst mit einer Luftpistole am Tisch dar? Warum wandert der Blinde unter hellen Straßenlaternen durch die stockfinstere Nacht? Warum trottet ein Hund über die Bahngeleise? Warum? Warum? In den Bildern des kanadischen „magischen Realisten" verbinden sich verschiedene Realitätsebenen. Colvilles gemalte Wirklichkeit ist erfunden. Sie hat den Zug des Sonderbaren, ja einer traumatischen Surrealität. Ein Akt und eine Schneiderpuppe stehen in sprachlosem Dialog. Ein nervös bewegtes Pferd hastet an einer geschlossenen Kirche vorbei.

Natur und Technik prallen immer wieder in viel- (nie ein-)deutigen Allegorien aufeinander. Das berühmteste Colville-Bild überhaupt: Ein Pferd galoppiert einem sich nähernden Expreßzug entgegen. Colville, der vor mehr als einem Jahrzehnt als Gast des DAAD-Künstlerprogramms an der Spree gelebt hat, sagte heute, die Straßen Berlins seien ihm vertrauter als jene seiner Heimatstadt Toronto. Er lebt längst erfernt von den Großstädten – am Atlantik in Nova Scotia. Immer schon war er Natur und Tieren eng verbunden. Sein großartiges Gemälde „Hund und Knabe am Saint John River" blieb eine Ausnahme – selten nur zeigte er den Menschen in ungebrochener Einigkeit und Harmonie mit der Landschaft. Beinahe verloren, abgetrennt von gesichertem Lebensgrund, läßt er eine Schwimmerin unbeirrt die Wellen eines weiten Wassers durchqueren. Und immer wieder behaupten sich einzelne Menschen, voneinander abgewandt, in der Landschaft: Die Einsamkeit, die „Fremdheit in der Nähe" ist eines von Colvilles großen Themen.

Er gehört unbestritten heute zu den bedeutendsten „Realisten" weltweit. Er kennt die italienische Renaissance, auch malend, gründlich. Seine Bewunderung für Grant Wood und Edward Hopper ist augenfällig. Seine eigenen Bilder, sein gesamtes Werk umweht die Aura der Ungewöhnlichkeit. Die hyperpräzise Arbeitsweise, die Brillanz seiner Werke, in dem die Stofflichkeit der Felle genauso frappierend wirkt wie die glatte technoide Oberfläche von Lastwagen, die Struktur der holzgebauten Häuser, erlaubt nur ein bis zwei Bilder pro Jahr. Sie werden mit äußerster mathematisch-geometrischer Sorgfalt geplant. Keine extremere malerische Position ließe sich zur gegenwärtig grassierenden blitzschnellen Spontanbildnerei denken.

Colville hat schon als Kriegsmaler im Dienste der kanadischen Armee keine platten Abbilder und Heroisierungen geschaffen. In seinen Bildern wurden Last, Bedrückung, Melancholie spürbar. In Kaseintempera, später in Acryl, inszenierte er dann die unverwechselbare Irrealität (nicht Sinnlosigkeit) der realen Erscheinungswelt. Durch vielerlei Anschnitte, ungewöhnliche Perspektiven, kompositorische Irritationen entsteht eine verblüffende Un-Heimlichkeit, die Ahnung ungewisser bevorstehender Ereignisse. Aus manchen Bildern spricht ein geradezu romantisches Unendlichkeitsgefühl, auch wenn der Blick der Gestalten nicht in den Hintergrund, sondern, mit Ferngläsern oder Sonnenbrillen, geradewegs in die Richtung des Betrachters zielt. Colville ist es gelungen, die Selbstgewißheit und zugleich die diffusen Ängste des modernen Menschen, immer auf höchstem Niveau, Bild werden zu lassen.

Die Arbeiten des Niederländers Co Westerik, die hier leidigerweise gleichzeitig präsentiert werden, haben neben der malerischen Qualität und Dringlichkeit Colvilles nicht etwa einen schwachen – sie haben ungerechterweise gar keinen Stand. Erotisch vorwitzig, perspektivisch originell, auch mitunter nett im Detail, mit cartoonhaften Anflügen bei den Zeichnungen, bilden diese Arbeiten kaum mehr als das Entree, durch das man schnell zum Eigentlichen gelangen möchte, zu Colville. Daß beide Künstler nach eigenem Bekunden erst beim Betreten der Kunsthalle davon erfuhren, daß sie hier Schulter an Schulter ausstellen würden, gibt zu denken. Es ist gewiß nicht Colville, der in dieser Konkurrenz leiden müßte. (Bis 16. Nov.; Köln: 6. Dez. bis 15. Jan.; Katalog, Verlag Schirmer/Mosel, 30 Mark; im Buchhandel 78 Mark.)

PETER HANS GÖPFERT

JOURNAL

Bürgerrechtler in Haft schwer erkrankt

DW. Moskau

Der 55jährige russische Bürgerrechtler, Dichter und Pharmazeut Viktor Nekipelow sollte schwerkrank aus dem Gefängnis Tschistopol in das Leningrader Gefängnishospital überführt werden. Bei ihm wurde eine Lymphdrüsengeschwulst festgestellt. Aus unbekannten Gründen wurde der Kranke jedoch auf dem Wege nach Leningrad in das Gefängnis von Wladimir (in der Nähe von Moskau) gebracht, wo er sich augenscheinlich zur Zeit noch befindet. Seiner Frau wurde ein Besuch bei ihrem Mann verwehrt. Nekipelow, der Mitglied der inzwischen aufgelösten Moskauer Helsinki-Gruppe ist, verbüßt eine zwölfjährige Freiheitsstrafe.

Das Concertgebouw muß renoviert werden

SAD, Amsterdam

Das bald hundert Jahre alte Amsterdamer Concertgebouw muß nach der Saison 1984/85 wegen dringend gewordener Renovierung für etwa 14 Monate geschlossen werden. Die auf 32 Millionen Mark veranschlagten Kosten will die Direktion des als Aktiengesellschaft betriebenen Concertgebouw zum Teil durch einen Zuschlag auf Eintrittskarten und durch Sonderkonzerte ausländischer Orchester selbst aufbringen. Die Fundamente des 1888 eröffneten Concertgebouw sind im Laufe der Zeit um 13 Zentimeter abgesackt, wodurch sich Sicherheitsprobleme für einige Teile des Gebäudes ergeben haben. Ungeklärt ist noch, wo das weltberühmte Concertgebouw-Orchester während der Schließungszeit spielen kann. Zu den Vorschlägen gehört die Errichtung eines provisorischen Gebäudes auf dem nahen, mit weiten Grünflächen bedeckten Museumplein.

Klaus Reichert erhält Wieland-Übersetzerpreis

DW. Stuttgart

Der „Freundeskreis zur internationalen Förderung literarischer und wissenschaftlicher Übersetzung e. V. Stuttgart" hat den Christoph-Martin-Wieland-Übersetzerpreis 1983 zum dritten Mal, und zwar für die Übersetzung eines Hörspiels, ausgeschrieben. Die Wahl der Jury fiel auf Klaus Reichert, Professor für Anglistik an der Universität Frankfurt, für seine Übersetzung des Hörspiels „James Joyce, Marcel Duchamps, Eric Satie: Ein Alphabet" von John Cage.

Frost für Ungarns Kulturleben?

Bal. Budapest

Gabor Demszky, Herausgeber der ungarischen Dissidenten-Zeitschrift „Beszélö" und eine der leitenden Persönlichkeiten der intellektuellen Opposition, wurde jetzt ein Untersuchungsverfahren angedroht. Demszky war bereits Mitte September in Budapest auf offener Straße von einer Streife der Verkehrspolizei einer schikanösen Durchsuchung unterzogen und, als er dagegen protestierte, schwer mißhandelt worden. Demszky verlor vor zwei Jahren seine Stelle als Redakteur bei „Valosag" (Realität), als er für polnische Kinder einen Erholungsurlaub in Ungarn organisierte. Außerdem wird aus Budapest bekannt, daß Ferenc Kulin, der Chefredakteur der kritischen Monatszeitschrift „Mozgó Vilg" (Welt in Bewegung) abgelöst wurde. Beobachter schließen daraus, daß die regierende kommunistische Partei – wohl um von dem liberaleren Wirtschaftskurs abzulenken – Restriktionen auf kulturellem Gebiet beschlossen hat.

Peter R. Hofstätter zum 70. Geburtstag

Die Kunst der Klarheit

Es wird mit Recht immer wieder beklagt, daß die meisten maßgeblichen Wissenschaftler der Gegenwart ihre Forschung so eng auf spezielle Gebiete eingeschränkt hätten, da sie kaum noch in der Lage seien, die Ergebnisse einem breiteren Kollegenkreis verständlich darzustellen. Erst recht könne die Öffentlichkeit von den maßgeblichen Autoritäten kaum noch in zureichender Weise informiert werden. Eine rühmliche Ausnahme bildet hier Peter Hofstätter, der Psychologe von internationalem Rang, der heute siebzig Jahre alt wird.



Psychologe von internationalem Rang: Peter R. Hofstätter FOTO: DIE WELT

Hofstätter versteht es in hervorragender Weise, entscheidende Konsequenzen von Forschungsergebnissen anschaulich vorzutragen und ihre Bedeutung für den Alltag zu erhellen. Das hat er im letzten Jahrzehnt nicht zuletzt den Lesern der WELT immer wieder vordemonstriert, in Kommentaren zu aktuellen Ereignissen, in Hintergrundanalysen gegenwärtiger weltanschaulicher Strömungen, luziden Essays und Rezensionen.

Er konnte das nur leisten, weil er mit seiner außerordentlichen Begabung als Forscher eine immense Kenntnis der Philosophie wie der klassischen Literatur von der Antike bis zur Gegenwart vereint. So findet er immer wieder treffende Beispiele dafür, wie manche scheinbar neuen Probleme im Denken vergangener Zeiten längst erörtert worden sind. So habe z. B. bereits Aristoteles (384 bis 322 v. Chr.) in seinem Buche „Über die Seele" viele wichtige Probleme der Psychologie in Angriff genommen, wenn er sie auch nicht alle habe lösen können. Die Isolierung von der Philosophie aber hat die Psychologie im letzten halben Jahrhundert wesentlicher Möglichkeiten beraubt. Sie ist in ihrem wissenschaftlichen Niveau nach Hofstätter weit hinter der Physik zurückgeblieben: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Psychologie immer noch auf ihren Newton wartet – oder sich mit mäßigem Geschick über diese Tatsache hinwegzutäuschen sucht."

Peter Robert Hofstätter wurde am 20. Oktober 1913 in Wien geboren, wo er vor allem bei Karl Bühler Psychologie und Philosophie studierte. 1941 habilitierte er sich in Wien, durfte aber unter der nationalsozialistischen Herrschaft nicht an der Universität lehren. Nach Kriegsende begann er seine Hochschultätigkeit an der Universität Graz, kam 1949 an das berühmte Massachusetts Institut for Technology in den USA und wurde 1960 Direktor des Instituts für Psychologie an die Universität Hamburg. Vor allem durch sein Lehrbuch „Quantitative Methoden der Psychologie" und die Werke „Differentielle Psychologie" und „Sozialpsychologie" errang er der deutschen psychologischen Forschung hohes internationales Ansehen. Anwendungsfragen der Psychologie behandelte er überzeugend und verständlich in seinen Büchern „Psychologie der öffentlichen Meinung", „Individuum und Gesellschaft", „Menschen im Betrieb". Erstaunlich, daß ihm daneben noch die Zeit verblieb für sein erlesenes Hobby, nämlich die Sammlung etruskischer Kunst.

ALBERT MENNE

Die Nobelpreise 1983 für Physik und Chemie

Mikro- und Makrokosmos

Einmal mehr haben die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Vormachtstellung auf dem Sektor der naturwissenschaftlichen Forschung unter Beweis gestellt. Gestern hat die Schwedische Akademie der Wissenschaften in Stockholm dem Amerikaner William Fowler und dem in den USA tätigen gebürtigen Inder Subrahamanyan Chandrasekhar den mit rund 495 000 Mark dotierten Nobelpreis für Physik zu gleichen Teilen verliehen.

Dem an der Universität Chicago beschäftigten Chandrasekhar (Jahrgang 1910) wurde die Auszeichnung für seine theoretischen Studien über physikalische Prozesse verliehen, die für die Struktur und Entwicklung der Sterne von Bedeutung sind. In der weiteren Begründung der Preisverleihung an Chandrasekhar erinnert die Akademie an die zahlreichen Veröffentlichungen des Wissenschaftlers auf dem Gebiet der Sternevolution. Gerade auf diesem Gebiet habe er mit seiner Studie über die in verschiedenen Phasen der Evolution auftauchenden Stabilitätsprobleme einen wichtigen Beitrag geleistet.

Der am kalifornischen Institut für Technologie in Pasadena tätige William Fowler (Jahrgang 1911) wurde, wie es in der Begründung heißt, für seine theoretischen und experimentellen Studien von Atomreaktionen ausgezeichnet, die für die Bildung chemischer Elemente im Universum von Bedeutung sind.

Fowlers und Chandrasekhars Arbeiten sind zu sehen vor dem Hintergrund des gemeinsamen Bemühens von Astronomen und Elementarteilchenphysikern, die Entstehung der Welt physikalisch zu begründen. Wir wissen heute, daß der Kosmos, den der Mensch praktisch als statische Struktur erlebt, eine ungeheuer bewegte Vergangenheit und eine nicht minder dynamische Zukunft besitzt.

Die „Geburt" des Alls, der Urknall, wird heute auf ungefähr 15 Milliarden Jahre zurückdatiert. Über die Ereignisse, die in der ersten Sekunde abliefen, wissen wir wenig. Quarks, die Urteilchen der Materie, scheinen dort eine sehr bedeutende Rolle gespielt zu haben. Vermutlich schon in der ersten Millionstel Sekunde haben sich daraus die Nukleonen, Protonen und Neutronen gebildet, aus denen sich dann, noch in den ersten Sekunden, die ersten leichten Atomkerne synthetisierten. Dann: Das Universum verfestigt sich. Die Materie gewinnt gegenüber dem Lichtblitz des Urknalls die Oberhand, sie bestimmt dominant den Expansionsrhythmus des Kosmos.

So gesehen, wurde der Nobelpreis für Physik verliehen für Arbeiten mit philosophischem Hintergrund: Wo steht der Mensch im Kosmos, wie wurden wir, wie wir sind? Ist das Leben Zufälligkeit oder Notwendigkeit? Vergangenheit und Zukunft allen Lebens, das wissen wir schon heute mit Sicherheit, liegen in den Sternen.

Der Nobelpreis für Chemie wurde – entgegen dem häufigen Brauch in den vergangenen Jahren, mehrere Forscher auszuzeichnen – diesmal nur an einen Wissenschaftler vergeben. Es ist der 1915 in Saskatoon, Kanada, geborene Henry Taube, der 1940 an der University of California seinen Doktorgrad erwarb. Seit 1962 lehrt er an der Stanford University Chemie. Die Stockholmer Akademie, die ihm den Preis „für seine Arbeiten über die Reaktionsmechanismen der Elektronenübertragung, insbesondere bei Metallkomplexen", zusprach, nannte ihn „einen der kreativsten zeitgenössischen Forscher auf dem Gebiet der anorganischen Chemie".

KLAUS BRUNS





Vorherrschaft der Nordamerikaner zementiert: Die neuen Nobelpreisträger für Physik und Chemie, S. Chandrasekhar, William A. Fowler und Henry Taube (v. l.) FOTOS: UPI/AP

KULTURNOTIZEN

Theatertage zum Thema „Mensch und Natur" veranstaltet die Landesarbeitsgemeinschaft Spiel und Theater Nordrhein-Westfalen am 24. und 25. Oktober in Recklinghausen.

„Die Habsburger. Ein europäisches Phänomen", eine Monographie aus Ungarn, liegt jetzt als Gemeinschaftsprojekt der Verlage Corvina und Kremayr & Scheriau auch in deutscher Übersetzung vor.

„Boccioni in Mailand", eine Ausstellung über den italienischen Futuristen, die zuerst in Mailand (s. WELT v. 14. 1. 82) und dann in Hannover zu sehen war, wird bis 18. Dezember in Münchens Museum Villa Stuck gezeigt.

„In beyderley Gestalt", die Übersicht über „Evangelisches Altargerät von der Reformation bis zur Gegenwart", (s. WELT v. 24. 9. 83) ist im Mönchengladbacher Schloß Rheydt bis 16. November zu sehen.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Das Jahresmagazin „Literatur konkret"

Null Bock auf „Schopenhauer II."

Die Buchmesse hat so ihre Rituale. Dazu gehört der Aufmarsch der Alten Garde der Revolution. Er findet statt in „Literatur Konkret", dem jeweils zu diesem Termin (noch) einmal jährlich erscheinenden Ableger von „Konkret". Und das ist bekanntlich das Organ jener linken Veteranen, die nicht, wie die junge linke Masse, zu den anarchoiden Bewegungen, den Alternativen, den Grünen abwandern mögen. Die keine Lust haben, sich durch Distanzierung vom „real existierenden Sozialismus" ein Alibi zu verschaffen.

Diese roten Gardegrenadiere sind übrigens nicht zum Kampf gegen den „Faschismus" angetreten, sondern gegen die permissive Gesellschaft. Aber vielleicht ist das für sie dasselbe. Auf jeden Fall ist es auffällig, daß die Gremliza, H. H. Holz, Piwitt, Scharang, Platschek dort, wo sie sich ereifern, das gegen „neue Innerlichkeit" und gegen das Wuchern des Privaten tun. Manchmal vergessen sie dabei sogar, sich auf ihren orthodoxen Marixmus zu berufen. Für wen ist das nun gefährlich, für sie oder für uns? Es bilden sich da kuriose Fronten.

Auffällig schon, wie man sich um ein gutes Deutsch bemüht. Sogar eine „sprachlich-künstlerische klassische Form" wird verlangt und das mit Fotos von klassizistischer Architektur (aber nicht Speer) illustriert. „Mit der sprachlichen Schluderei fängt ohnehin der Verfall der Literatur an." Von der Blässe der Frankfurter Schule sind nur wenige Beiträger angekränkelt.

So liest sich denn die Ironie über die modisch linke, mit der SPD sympathisierende Mutter, die ihre Kinder nicht mehr versteht, besonders doppelbödig: „Die Kinder dagegen finden Zimmermann ‚geil', lachen sich scheckig über seine Kraftsprüche, drehen bei Strauß-Reden den Fernseher laut und gähnen nur, wenn sie Vogel sehen."

Übrigens ist das Blatt nicht nur sprachlich streng, sondern auch sittlich. Einmal kein Klo-Geruch, auf über 100 DIN-A-4-Seiten, und *in sexualibus* ist man ausgesprochen prüde. Allerdings überrascht es nicht, daß Orwell als übler Sexist entlarvt wird, denn in einem voraufgehenden Artikel liest man: „... 1984 im Munde führen, heißt im allgemeinen: Ich laß mir mein kleines Plappermäulchen nicht verbieten." Aber die näherstehende Statue von Traven wird ebenfalls demoliert – wegen des „latenten Rassismus" dieses Autors, der doch gerade diejenigen für die Indianer gewonnen hatte, die auf Karl May nicht ansprachen.

So gibt es viele verwirrende Begegnungen in dieser Zeitschrift, die „versucht, aus der Sackgasse der privaten Beliebigkeit herauszukommen". Mit besonderem Interesse liest man die Kritik eines jungen „DDR"-Philosophen an dem bundesrepublikanischen Bestseller „Kritik der zynischen Vernunft" von dem hierzulande so sehr überschätzten Peter Sloterdijk. Man muß dabei viel marxistische Orthodoxie verdauen, aber das ist vielleicht der Wegzoll für das Publizieren jenseits der Mauer.

Nachdenklich stimmt jedoch die Kritik des jungen Mannes von drüben, Sloterdijks Buch, das „die Frechheit als Gipfel einer neuen Tugendlehre präsentiert", sei genau der Philosophie-Ersatz, den unsere permissive Gesellschaft benötige. Jürgen Busche von der FAZ, der Sloterdijk zu einem philosophischen Schriftsteller „vom Range Schopenhauers" ernannt hat, sollte sich diesen Klassifizierungsvorschlag des jungen Mannes überlegen: „Die wirklichen Väter der Sloterdijkschen Philosophie und Sprache sind nicht Heine und nicht Kant, sondern das westdeutsche Feuilleton und Erich Kästner." Das trifft sich recht genau mit der souveränen Beurteilung Sloterdijks durch – die „Neue Zürcher Zeitung". Da soll sich noch einer in der kritischen Landschaft auskennen...

ANTON MADLER

Staatlicher Mord oder Schutz der Gesellschaft?

In den USA neue Diskussion um Todesstrafe ausgebrochen

GITTA BAUER, New York

Einundvierzig Minuten lang lag James David Autry in einem texanischen Gefängnis mit acht weißen Lederriemen angeschnallt auf einer Bahre, die Arme wie zu einer Kreuzigung auf Stützen ausgebreitet. In seinen Venen staken Katheter, durch die eine Salzlösung floß. Einunddreißig Minuten, bevor durch die Kanülen die tödliche Mischung in seinen Blutkreis strömen sollte, wurde die Vollstreckung durch Einspruch des Obersten Richters aufgeschoben. Autry, ein verurteilter Mörder, der wegen sechs Flaschen Bier zwei Menschen umgebracht und einen dritten zum geistigen Krüppel geschossen hatte, hat sechs Monate Zeit gewonnen, in der sein Fall erneut überprüft wird – mit ihm an die 300 Todeskandidaten in ähnlicher Situation in Texas und Kalifornien.

Nicht nur wegen seiner Dramatik – Rettung in letzter Minute – hat Oberstrichter Byron R. Whites Einspruch eine Diskussion erneut entfacht, die seit mehr als zehn Jahren die Argumente des Für und Wider der Todesstrafe bei solchen Anlässen aufflammen läßt. Damals, 1972, hatte das neunköpfige Oberste Gericht der USA zum erstenmal die Todesstrafe für „ungewöhnlich und grausam" und damit verfassungswidrig befunden. Das löste einen Aufschrei der Befürworter der Kapitalstrafe aus. Mord unterliegt in den USA der Gerichtsbarkeit der Bundesstaaten. 35 Bundesstaaten faßten den Spruch dahingehend auf, daß sie ihre Statuten zu ändern hätten, was sie auch taten. Aber schon 1976 revidierte dies der Oberste Gerichtshof in Washington. Die Todesstrafe wurde wieder verfassungskonform. Sechs Monate später starb der mehrfache Mörder Gary Gilmore, dem Norman Mailer in seinem „Lied des Henkers" einen Nachruf gewidmet hatte, in Utah unter den Kugeln eines Exekutionskommandos. Die Welle von Hinrichtungen, die Gegner der Todesstrafe vorausgesagt hatten, blieb jedoch aus. Seit Gilmores Tod sind nur sieben Verurteilte hingerichtet worden – einer von ihnen zum ersten Mal nach dem in Texas und jetzt auch in New Jersey eingeführten Modus, der tödlichen Injektion.

Mittlerweile bevölkern 1230 Menschen die Todeszellen in 34 Bundesstaaten Amerikas. Die Debatte um ihr Schicksal bestimmt eine neue Frage: „Warum müssen manche zum Tode Verurteilte sterben, während andere, unter vergleichbaren Umständen verurteilt, einen Aufschub erhalten?" Diese Fragen hat das Oberste Gericht selbst heraufbeschworen. Im vorigen Dezember weigerte es sich, dem Mörder Charlie Brooks in Texas Aufschub zu gewähren, während genau einen Monat später Thomas A. Barefoot, dessen Antrag auf Aufschub sich prozedural durch nichts von dem gerade Abgewiesenen unterschied, von der Exekution verschont blieb.

So wie die acht Männer und eine Frau, die – nach deutschen Maßstäben – Bundesgericht und Bundesverfassungsgericht in einem verkörpern, gespalten in ihren Auffassungen sind, so ist es das Land.

Die Gegner „staatlich approbierten Mordes" werden angeführt von der American Civil Liberties Union, einer Bürgerrechtsbewegung. Meist sind es ihre Anwälte, die in letzter Stunde einen Aufschub erwirken. Ihr Hauptargument: Die USA seien das letzte demokratische Land, das noch die Todesstrafe vollziehe, nachdem sie selbst in England und Frankreich aufgehoben worden sei.

Mehr denn je melden sich jedoch jetzt die Befürworter zu Wort und erinnern daran, daß viel von den zum Tode Verurteilten, nur wenig aber von ihren Opfern gesprochen werde. „Newsweek" brachte in einer ellenlangen Titelstory die Geschichte der Hinterbliebenen der von Autry ermordeten Opfer. Die Gesellschaft habe das Recht auf Schutz vor Mördern, ist das Hauptanliegen von 62 Prozent Amerikanern, die sich in einer Gallup-Umfrage zur Todesstrafe bekannten. Gegen sie waren nur 27 Prozent.

Eine schreckliche Frage bleibt jedoch unbeantwortet: Nähme das Oberste Gericht endlich eine klare Haltung ein, und ließe es keine Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Todesstrafe: Wie soll man die 1230 Menschen umbringen? Selbst wenn nur einer pro Tag hingerichtet würde, dauerte es bis zum Frühjahr 1987, bis die Todeszellen geräumt wären. Das aber käme, so die ACLU „einem Massenmord gleich". (SAD)

4 Jahre Haft im „Bochumer Rezepte-Skandal" beantragt

Staatsanwalt schockiert über Zustände im „Heilgewerbe"

rtr, Bochum

Gegen den Apotheker Ulrich-Otto Affeldt hat die Staatsanwaltschaft gestern im Zusammenhang mit dem „Bochumer Rezepteskandal" vor der 10. Großen Strafkammer des Landgerichts eine Freiheitsstrafe von vier Jahren und vier Monaten sowie ein vierjähriges Berufsverbot gefordert. Affeldt hatte nach umfassenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gestanden, die öffentlichen Versicherungsträger von 1978 bis 1982 durch zahlreiche Rezeptschwindeleien um mindestens 550 000 DM betrogen zu haben.

Statt der vom Arzt verordneten Medikamente hatte der 35jährige Apotheker einer ganzen Reihe von Kunden Alkohol, Kosmetika und andere hochwertige Genußmittel ausgehändigt. Wie die Staatsanwaltschaft ermittelte, gehörten zu diesen „Klüngelkunden" vor allem Ärzte und Arzthelferinnen. Oberstaatsanwalt Karl Lucks wertete es als strafmildernd, daß der Angeklagte als angestellter Apotheker in einem „System der Kungelei großgeworden" sei.

Die Ermittlungen, die sich gegen insgesamt 33 Apotheker und 42 Ärzte im Bochumer Raum richten, hätten gezeigt, daß Affeldt nicht „das schwarze Schaf in der Bundesrepublik, sondern eines von vielen ist". Er habe das praktiziert, was andere schon Jahre zuvor betrieben hätten. Die Staatsanwaltschaft sei von der „niedrigen Hemmschwelle" im Heilgewerbe erschüttert gewesen. Schockiert zeigte sich Lucks darüber, daß die Ärzte bedenkenlos fast alles verschrieben, nur um von den Krankenkassen das dafür gewährte Honorar zu kassieren. Bei den Kassenpatienten hätte diese Praxis eine regelrechte „Begehrlichkeit" erweckt. Als strafverschärfend bewertet der Staatsanwalt die Kaltblütigkeit, mit der Affeldt die Krankenkassen jahrelang betrogen habe.

Kein Verständnis zeigete Lucks dafür, daß sich Affeldt während der neun Verhandlungstage „in die Rolle des Halbmärtyrers" geflüchtet habe und die Erpressungsversuche seiner „Klüngelkunden" für diesen „schweren fortgesetzten Betrug" verantwortlich machte. Der Verteidiger Affeldts forderte aufgrund des Strafantrags der Staatsanwaltschaft eine einwöchige Bedenkzeit für sein Plädoyer.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: An der Südseite eines Sturmtiefs über Skandinavien fließt polare Meeresluft nach Deutschland.

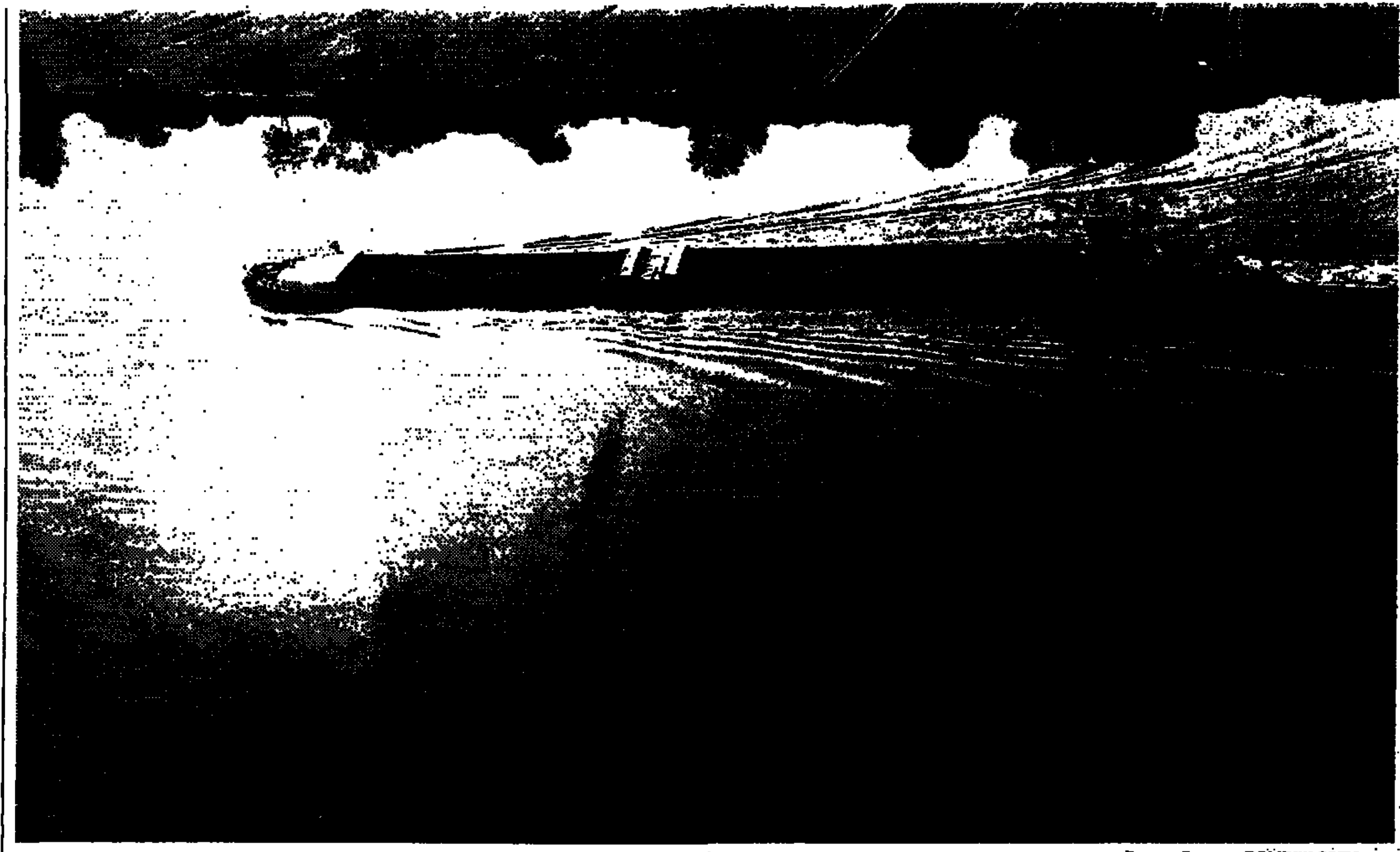
Vorhersage für Donnerstag:
Das gesamte Bundesgebiet: Südlich der Donau anfangs bedeckt und zum Teil länger andauernder Niederschlag, der bis in 1000 m Höhe in Schnee übergeht. Gegen Mittag wie schon im übrigen Bundesgebiet Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern, an der Küste auch kurze Gewitter. Tagestemperaturen um 10 Grad, Nachtwerte 8 bis 3 Grad. Mäßiger bis frischer, in den Bergen und an der See starker bis stürmischer Wind aus West bis Nordwest.

Weitere Aussichten:
Im Süden und Westen abklingende Schauer und allmählich abschwächender Wind, weiterhin kühl.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	26°
Bonn	16°	Kopenh.	12°
Dresden	15°	Las Palmas	23°
Essen	11°	London	13°
Frankfurt	13°	Madrid	20°
Hamburg	13°	Mailand	16°
List/Sylt	13°	Mallorca	26°
München	13°	Moskau	10°
Stuttgart	14°	Nizza	22°
Algier	20°	Oslo	13°
Amsterdam	13°	Paris	15°
Athen	20°	Prag	13°
Barcelona	21°	Rom	22°
Brüssel	14°	Stockholm	11°
Budapest	15°	Tel Aviv	28°
Bukarest	15°	Tunis	16°
Helsinki	10°	Wien	16°
Istanbul	19°	Zürich	13°

*Sonnenaufgang am Freitag: 6.55 Uhr, Untergang: 17.18 Uhr, Mondaufgang: 17.34 Uhr, Untergang: 5.59 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel.



Wellenlänge

Fotografiert von DOMINIK OBERTREIS

Wenn Eltern ihre Kinder quälen

PETER LAUDON, London

Im Saal wurde es still. Der Herzog von Westminster hielt eine elektrische Kochplatte empor: „Hiermit wurde ein kleines dreijähriges Mädchen von seinen eigenen Eltern schrecklich verbrannt." Das war der traurige Höhepunkt einer Veranstaltung des englischen Kinderschutzbundes in London, mit der eine Kampagne für einen Spendenaufruf eingeleitet wurde. Die „National Society for the Prevention of Cruelty to Children" benötigt und erhofft sich knapp fünfzig Millionen Pfund.

„Dieses Geld brauchen wir dringend, um Schulden zu bezahlen und die von uns für notwendig erachteten sechzig neuen Beratungsstellen im ganzen Land einzurichten", sagte ein Sprecher der Gesellschaft gestern zum Springer-Auslandsdienst. „Die dreijährige Tracy, die von ihren Eltern auf den Kocher gesetzt wurde und schwerste Verbrennungen an Händen, Füßen, Knien und am Gesäß erlitt, ist kein Einzelfall."

Mindestens ein Kind pro Woche stirbt in England an Verletzungen, die ihm von seinen Eltern beigebracht worden sind. Viel mehr Kinder werden von ihren Eltern verstümmelt. Weitere 50 000 Kinder erleiden nach den Worten von Alan Gilmour, dem Direktor des Kinderschutzbundes, grobe Vernachlässigung, körperliche und seelische Mißhandlung, sexuellen Mißbrauch sowie Gefühlskälte.

Neben dem Herzog von Westminster, dem reichsten Mann Englands, unterstützen Queen-Schwester Prinzessin Margaret und Premierministerin Thatcher die Aktion, die aus Anlaß des im nächsten Jahr hundertjährigen Bestehens der Gesellschaft stattfindet.

In einer Grußadresse erklärte die Prinzessin, die auch Präsidentin des Kinderschutzbundes ist: „Es erscheint unglaublich, daß in diesem Land jedes Jahr Tausende von Kindern unter Vernachlässigung, körperlichen oder seelischen Grausamkeiten leiden müssen – oder auch nur ungeliebt sind." Die Premierministerin, die einen persönlichen Scheck ausgestellt hatte, ließ sagen: „Es ist zutiefst traurig, daß wir immer noch eine Gesellschaft zur Verhinderung von Grausamkeiten an Kindern brauchen. Aber es ist leider so."

Der Kinderschutzbund will künftig auch eine größere Rolle bei der Verhinderung von Kindesmißhandlung spielen. „Mit den sechzig neuen Beratungsstellen werden wir in der Lage sein, effektiver den Kindern oder Eltern, die unsere Unterstützung brauchen, zu helfen", sagte Gilmour.

Immer mehr Eltern werden sich darüber klar, daß es keine Schande ist, sich hilfesuchend an die Gesellschaft zu wenden. Ihr gelingt es selbst in allerschwersten Fällen häufiger, die Familie im Interesse des Kindes wieder zusammenzubringen.

Mehr als neun Millionen Kindern konnte in den vergangenen hundert Jahren geholfen werden. 1982 wurden 13 952 Fälle untersucht. Davon wurde bei etwa einem Prozent der Kinderschutzbund eingeschaltet. Aber nur sechs Elternpaare wurden angezeigt. Eine Plakataktion mit Bildern geschundener Kinder von heute und vor hundert Jahren soll die Öffentlichkeit aufmerksam machen. Der Text auf den Plakaten: „Die Gesichter ändern sich, die Wunden nicht." Das Motto von vor hundert Jahren gilt auch heute noch: „Das Elend und nicht die Kinder aus dem Haus schaffen."

„Oft geht es darum, einen Kreislauf von Generation zu Generation zu durchbrechen", meint Gilmour. Ein Kind, das von seinen Eltern geschlagen worden ist, schlägt später als Erwachsener seine eigenen Kinder. Und Norman Beggs, der Oberinspektor der Gesellschaft für die Grafschaft Kent, sagt: „Oft ist es schwerer, seelisch mißhandelten Kindern zu helfen als körperlich mißhandelten. Knochenbrüche heilen schneller als seelische Wunden."

Von einem Teil des Geldes, das die Sammelaktion einbringen soll, will der Kinderschutzbund reine Schulden in Höhe von acht Millionen Mark bezahlen. „Wir sparen schon, wo wir können", sagt Gilmour. „Aber weitere Einsparungen würden nur noch zu Lasten der Kinder gehen können." Wie dringend notwendig die Arbeit ist, zeigt der jüngste Fall eines 59jährigen, von seiner Frau verlassenen arbeitslosen Schotten, der jetzt seinen vier Kleinkindern die Kehle durchschnitt und sich selbst lebensgefährlich verletzte. (SAD)

Europa jetzt drittstärkste Raumfahrt-Macht

dpa, Kourou

Die Europarakete Ariane hat mit ihrem erfolgreichen dritten kommerziellen Start in der Nacht zum Mittwoch endgültig den internationalen Durchbruch geschafft. „Wir sind jetzt die drittstärkste Macht im Bereich der Raumfahrt auf der Welt", sagte der Generaldirektor der europäischen Raumfahrtagentur Esa, Eric Quistgard.

Die dreistufige Rakete erfüllte bei ihrem siebten Flug den ersten außereuropäischen Auftrag und brachte den in den USA gebauten Kommunikationssatelliten „Intelsat-V F-7" in die Erdumlaufbahn. Damit bestand Ariane die entscheidende Bewährungsprobe im Kampf gegen die Konkurrenz der US-Raumfähre und der amerikanischen Atlas-Centaur-Raketen.

Ab Frühjahr 1984 übernimmt die Gesellschaft Arianespace die Vermarktung der europäischen „Wegwerfrakete", an deren Entwicklung Frankreich mit fast zwei Dritteln und deutsche Firmen wie ERNO in Bremen mit rund einem Fünftel beteiligt sind. Die Starts der Ariane sind mit rund 27 Millionen Dollar preiswerter als die der amerikanischen Atlas-Centaur-Raketen (rund 46 Millionen Dollar). In den Auftragsbüchern für Ariane stehen bereits 26 Festbestellungen im Wert von mehr als 1,6 Milliarden Mark.

Vor dem erfolgreichen Start der Rakete vom Raumfahrtzentrum der Esa in Kourou in Französisch-Guayana (Südamerika) mußte der Countdown nur einmal kurz unterbrochen werden. Intelsat-Direktor Allan McCaskill sprach von einem „sehr, sehr normalen Start". Der 1870 Kilogramm schwere Satellit soll sieben Jahre lang im Raum arbeiten. Er kann bis zu 12 500 Telefongespräche und zwei Fernsehprogramme gleichzeitig übertragen.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie, Heinz Riesenhuber, hat gestern in Washington die Absicht Bonns bekräftigt, an dem etwaigen amerikanischen Projekt einer bemannten Weltraumstation mitzuarbeiten.

Eisbrecher vereinigen sich zur „mächtigen Faust"

Lage der eingefrorenen sowjetischen Schiffe wird prekär

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Der Kampf um die sowjetischen Handelsschiffe, die Anfang Oktober vor der ostsibirischen Küste von starker Eisbildung überrascht wurden und teilweise festfroren, ist noch nicht zu Ende. Die Rettungsaktionen verlaufen dramatischer, als die staatliche Nachrichtenagentur Tass zum Ausdruck bringt. Während sie sich um einen optimistischen Tonfall bemüht, geht aus den Berichten einiger Moskauer Zeitungen hervor, daß zahlreiche Schiffe und selbst Eisbrecher schwer beschädigt wurden und nur mühsam einen Hafen ansteuern. Einige der Schiffe sind manövrierunfähig und müssen geschleppt werden.

Im „Sektor östliche Arktis" zwischen dem ostsibirischen Hafen Pewek und der Behringstraße befinden sich auf diese Weise gegenwärtig 35 Schiffe in den Eisfeldern „in Bewegung". Sie bemühen sich mit Hilfe von Eisbrechern, nach Osten oder Westen der Kältezone zu entkommen. „Wir werden dieses verfluchte Eis zerschlagen, bis wir die ganze Tschuktensee zerspalten haben", polterte der Chef der staatlichen Reederei für Seeschiffahrt, Majnagaschew. In diesem Gebiet, dem Zentrum der Eisbildung, aber auch westlich davon bis zur Lena-Mündung werden alle einsatzfähigen Eisbrecher zusammengezogen, über die Moskau verfügt. Unter ihnen befindet sich mit Atomantrieb der stärkste sowjetische Eisbrecher „Leonid Breschnew". Der mehr als zwei Jahrzehnte alte Eisbrecher „Lenin" fiel bereits aus: Ihm zerstörte das Eis einen tonnenschweren Flügel der linken Schraube. Schlimmer noch erging es dem konventionellen Eisbrecher „Georgij Sedow". Beim Zusammenstoß mit einem mächtigen Eisklotz wurde das Ruder beschädigt.

Zwei Eisbrecher stecken zusammen mit zwei Tankern und drei Frachtschiffen unbeweglich in tiefem Packeis. An die Rettung dieser Schiffsgruppe, zu der auch der vorige Woche gesunkene Frachter „Nina Sagaidak" gehörte, ist vorläufig nicht zu denken. Sie werden von Hubschraubern aus versorgt.

Aus einer anderen Gruppe konnte nach zweiwöchiger Gefangenschaft als erstes Schiff der Frachter „Wladimir Mordwinow" dem Eis entkommen. Im Hafen Pewek kam „endlich", wie es in den Berichten heißt, der wegen seiner Brennstoffladung dringend erwartete Tanker „Nischnij Wartowsk" an. Mit aufgerissener Schiffswand wird der Frachter „Kolja Mjagotin" von zwei Eisbrechern abgeschleppt. Immer wieder muß die Fahrt unterbrochen werden, weil Wasser in den Schiffsleib eindringt. Mehr oder weniger starke Beschädigungen erlitten weitere acht Schiffe, die zum Teil am Haken von Eisbrechern dem Hafen Prowidenije südlich der Beringstraße zustreben. Zwei von ihnen waren beim Abschleppen zusammengestoßen.

Erst wenn die bewegungsfähigen Schiffe in Sicherheit gebracht sind, werden sich alle Eisbrecher zu einer „mächtigen Faust" vereinigen können, um den Rest der Schiffe zu befreien. Ein zentraler Einsatzstab koordiniert die Rettungsarbeiten und versucht gleichzeitig, einen Notplan für die Zustellung der dringendsten Frachtgüter zu erarbeiten, auf die die Menschen im hohen Norden angewiesen sind.

Die Witterungsverhältnisse haben sich inzwischen noch verschlechtert. Aus nördlichen Richtungen faucht der Wind jetzt mit einer Stärke von 24 Metern pro Sekunde in die Tschuktensee, so daß sich die freigebrochene Fahrrinne bei Temperaturen um minus 20 Grad sogleich wieder schließt. Die Zone „schweren Eises" ist 20 Meilen breit. In zwei bis drei Meter starkem Festeis läßt sich aber nichts mehr bewegen. Schon 30 Zentimeter werden für ein normales Schiff zum unüberwindlichen Hindernis.

Moskau baut zwar jetzt gigantische Atomeisbrecher mit 75 000 PS, und weitere Exemplare mit bis zu 150 000 PS sind in der Planung. Aber selbst die kraftvollsten Eisbrecher garantieren noch lange nicht den Sieg über den Winter.

Treibhaus-Effekt der Erde schneller als befürchtet

dpa, Washington

Die Entwicklung der Erde zu einem „Treibhaus" wird nach einer Untersuchung der US-Umweltschutzbehörde (EPA) schon 1990 einsetzen und wahrscheinlich in schnellerem Tempo – als bisher angenommen – voranschreiten. Die auch von vielen Wissenschaftlern mit Besorgnis beobachtete zunehmende Erwärmung der Erdatmosphäre werde die Nahrungsmittelproduktion erheblich verändern, zu einem Anstieg des Meeresspegels führen, viele Küstengebiete überfluten und das Leben der Menschen vielfach beeinflussen, heißt es in dieser ersten von der Regierung erstellten und jetzt veröffentlichten Studie.

Das Klima wird sich weltweit um durchschnittlich zwei Grad Celsius bis zum Jahre 2040 und um fünf Grad bis zum Jahre 2100 erwärmen. In den Polregionen werde der Temperaturanstieg bis zu drei Mal so stark sein und zu einer rapiden Schmelzung der Eiskappen führen. Erste Anzeichen für Klimaveränderungen könne man schon 1990 beobachten, schreiben die Experten.

Diese Berechnungen enthalten nach ihren Angaben zwar einen beträchtlichen Unsicherheitsfaktor über Tempo und Ausmaß der Erwärmung, sind aber die zur Zeit wahrscheinlichsten Annahmen. Wissenschaftler, die die Regierungsstudie begutachteten, glauben, daß die Voraussagen eher zu vorsichtig seien.

Die Ursache für die zunehmende Erwärmung der Erdatmosphäre sehen die Experten im wesentlichen in dem Verbrennen fossiler Stoffe. Das dabei freiwerdende Kohlendioxyd sammelt sich in der Atmosphäre. Die Sonnenstrahlen können so durch das dichter werdende Kohlendioxyd hindurchdringen und die Erde erwärmen. Umgekehrt wird aber das Aufsteigen der Hitze in den Weltraum behindert.

Mögliche Veränderungen beschreiben sie so: Da die zunehmende Erwärmung regional unterschiedlich ist, werde es zu extremen Hitze-, Trocken- und Regenperioden kommen. New York könne in rund 100 Jahren ein Klima haben wie jetzt Daytona Beach im sonnenverwöhnten Florida. In manchen Gebieten könnten mehr Regen und Sonne die Agrarproduktion steigern, gegenteilige Effekte mit Kosten in Höhe von Milliarden-Dollar seien anderswo zu erwarten.

Kosmonauten im All gestrandet?

AP, Moskau

Die UdSSR hat gestern einen britischen Fernsehbericht dementiert, nach dem die sowjetische Raumstation Saljut 7 manövrierunfähig und damit die beiden Kosmonauten Wladimir Ljachow und Alexander Alexandrow „im Weltall gestrandet" sein sollen. Die britische Fernsehanstalt BBC hatte Dienstag abend gemeldet, durch ein in einem Treibstoffbehälter aufgetretenes Leck sei Saljut 7 praktisch nicht mehr zu steuern. Man wisse nicht, wie es die sowjetische Bodenkontrolle bewerkstelligen werde, die beiden Kosmonauten zur Erde zurückzubringen. Daraufhin teilte ein Sprecher der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften gestern in Moskau mit, es habe kein Leck gegeben. Der Flug werde normal fortgesetzt und den Kosmonauten gehe es gut.

„Irrtum" teuer versteigert

dpa, Hamburg

Für 74 000 Mark hat gestern in Hamburg der „Gscheidle-Irrtum" auf einer Briefmarken-Auktion den Besitzer gewechselt. Die nicht in den Umlauf gebrachte Marke „Olympiade 80" hatte Elisabeth Gscheidle versehentlich auf eine Postkarte geklebt und abgeschickt. Die Marke ist der Entwurf einer Olympia-Sondermarke, die sich im Besitz des damaligen Postministers Kurt Gscheidle befand. Von dieser Reihe sind nur vier Marken bekannt.

Kissinger in „Denver Clan"?

SAD, London

Henry Kissinger, früherer US-Außenminister und derzeit Lateinamerika-Berater von Präsident Ronald Reagan, spielt demnächst im „Denver Clan" mit. Er hat sich von der Alexis-Darstellerin Joan Collins dazu überreden lassen. Auf die Frage, wie sie das geschafft habe, antwortete die Collins dem Londoner „Daily Mirror": „Er ist ja so ein entgegenkommender Mensch." Die „Denver Clan"-Folge mit Kissinger wird in Amerika im Dezember ausgestrahlt.

Riesiger Kokain-Fang

AFP, San José de Costa Rica

Auf dem Flughafen von San José de Costa Rica sind Dienstag abend 500 Kilogramm Kokain im Schätzwert von 325 Millionen Dollar beschlagnahmt worden. Es handelt sich um einen der größten Fischzüge in der Geschichte der Drogenbekämpfung. Zwei Drogenhändler wurden verhaftet.

Ungesunde Bildschirmarbeit

AFP, Washington

Menschen, die regelmäßig an Bildschirmgeräten arbeiten, leiden häufiger an Augen- und Kopfschmerzen als an traditionellen Arbeitsplätzen eingesetzte Personen. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung, die der amerikanische Kongreß veranlaßt hat.

Anzeige

Mit uns erfolgreich tagen.

hotel nikko düsseldorf

Verkaufsdirektion

Telefon: 0211/8661 · Telex: 8582080

Immermannstr. 41 · D-4000 Düsseldorf 1

ZU GUTER LETZT

Zwanzig Jahre unfallfreies Fahren ohne Führerschein – wurde nicht prämiert, meldete die französische Nachrichtenagentur Agence France Press.

Justiz stoppt neuen Coup des Millionenbetrügers

Schotte-Natscheff darf sein Buch nicht veröffentlichen

WILM HERLYN, Düsseldorf

„Ich will eher eine Beugehaft auf mich nehmen, als das Buch zurückziehen", reagierte spontan die Alleininhaberin des Düsseldorfer Simon-Verlages, Sibille Schleimer, auf die einstweilige Verfügung, mit der unter Androhung eines Ordnungsgeldes von 500 000 Mark die auf der Frankfurter Buchmesse vorgestellten Enthüllungen des ehemaligen Finanzdisponenten Günter Maximilian Schotte-Natscheff verboten werden sollen.

Erwirkt hat die Verfügung das Unternehmen Metro-SB-Großmärkte GmbH & Co KG, das „Unwahrheiten" in dem Manuskript seines ehemaligen Angestellten entdeckt haben will. Es stimme nicht, daß Schotte-Natscheff, der das Unternehmen mit simplen Tricks in nur drei Monaten um mehr als 34 Millionen Mark betrogen hatte, in Paraguay von Metro-Mitarbeitern mit einer Tränengaspistole zur Rückkehr nach Deutschland und Herausgabe der Millionen gezwungen worden sei. Unrichtig sei auch die Behauptung des 41jährigen, bei der Suche nach dem Millionen-Betrüger hätten Metro-Mitarbeiter in Südamerika ein fingiertes Fernschreiben der Düsseldorfer Kriminalpolizei vorgelegt.

Beide Vorwürfe zielen direkt auf die rechte Hand des Metro-Chefs Otto Beisheim, Hansjörg Bereth. Dieser hatte nach Bekanntwerden des Schwindels sofort einen Krisenstab gebildet, Privatdetektive angeheuert und neben der Polizei selbst recherchiert. Mit den Detektiven setzte er sich persönlich auf die Spur des ungetreuen Disponenten, die ihn von Paris über Rio de Janeiro in das First-Class-Hotel „Chako" der paraguayanischen Hauptstadt Asunción führte. Dort klopften am 2. Februar 1981 er und der Chef-Revisor der Metro, Klaus Noack, an die Tür des Zimmers 608 – die 13tägige Flucht des Millionendiebes war zu Ende. Nach bisheriger Darstellung sollen die beiden Metro-Manager Schotte-Natscheff klargemacht haben, er habe keine Chance zu entkommen. Außerdem sei ein Killer-Kommando der Mafia hinter ihm her, die es ebenfalls auf die Millionen abgesehen hätten. Das überzeugte den Betrüger. Schotte-Natscheff wurde später zu fünf Jahren Haft verurteilt.